



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 52. Sitzung  
- endgültige Fassung\* -

**1. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 19. Oktober 2023, 12.00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)  
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

<b>Einzigiger Tagesordnungspunkt</b>	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
<b>Kapitän zur See U [REDACTED] B [REDACTED]</b> Leiter des Referats „Konzeptionelle und querschnittliche Aufgaben“ beim BMVg (Beweisbeschluss Z-56)	<b>9</b>
<b>Tjorven Bellmann</b> Beauftragte für Sicherheitspolitik im Auswärtigen Amt (Beweisbeschluss Z-57)	<b>66</b>
<b>Dr. Eva Högl</b> Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages (Beweisbeschluss Z-58)	<b>116</b>

\* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.  
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.00 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere 52. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 23. Beweisaufnahmesitzung ist.

Dabei stelle ich fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist. Ich begrüße ganz herzlich unsere Zuschauerinnen und Zuschauer, insbesondere die Stammgäste, die ich auf der Tribüne schon alle persönlich kenne, und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Aus guten Gründen weise ich darauf hin, wir haben auch einen Vertreter der Bundespolizei bei uns, der eben gerade noch an der Tür stand, jetzt auf der anderen Seite ist, aber der da ist, sodass also auch Menschen hier sind, die auf uns aufpassen.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen hier im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen.

Ich erlaube mir noch mal den Hinweis, dass sich der Ausschuss aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden hat, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das bedeutet jedoch nicht, dass der Persönlichkeitsschutz aufgehoben wird. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regelungen des Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Des Weiteren will ich Sie darauf hinweisen, dass Ton- und Bildaufnahmen während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig sind. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses führen - das wäre schlimm genug -, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

### Öffentliche Zeugenvernehmung

**Kapitän zur See U [REDACTED] B [REDACTED]**  
Leiter des Referats „Konzeptionelle und querschnittliche Aufgaben“ beim BMVg  
(Beweisbeschluss Z-56)

**Tjorven Bellmann**  
Beauftragte für Sicherheitspolitik im  
Auswärtigen Amt  
(Beweisbeschluss Z-57)

**Dr. Eva Högl**  
Wehrbeauftragte des Deutschen  
Bundestages  
(Beweisbeschluss Z-58)

Wir werden den Zeugen und die Zeuginnen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Und nun noch ein letzter Hinweis: Wir werden die Vernehmungen heute um circa 15 Uhr wegen Wahlen zu Gremien unterbrechen müssen. Es gibt auch noch andere Unterbrechungen, aber das ist die schon am Horizon aufscheinende Unterbrechung. Wir verfolgen aber nebenbei immer das Geschehen im Plenum aufmerksam, sodass uns nicht entgeht, wann wir losmüssen.

### Vernehmung des Zeugen

U [REDACTED] B [REDACTED]

Unser erster Zeuge, Kapitän zur See U [REDACTED] B [REDACTED], hat bereits Platz genommen. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 4. Oktober bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Zunächst bin ich gehalten, Herr B [REDACTED], Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor; sie ist also auch für jeden gleich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann weise ich Sie noch darauf hin, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie das Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen

Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen; gelegentlich kommen solche Hinweise auch von der Bundesregierung. Es handelt sich aber immer um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein, keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich komme jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie dies wünschen; Sie müssen das nicht, aber Sie können es. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Das ist eine geübte Praxis hier und, ich glaube, gut.

Haben Sie zu dem Ablauf noch Fragen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. Bitte sehr.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Mein Name ist U [REDACTED] B [REDACTED]. Ich bin geboren am [REDACTED] und damit 56 Jahre alt. Meine ladungsfähige Adresse ist die Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin, das Bundesministerium der Verteidigung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Danke, dass wir Ihr Alter nicht ausrechnen mussten. Das Datum



## Nur zur dienstlichen Verwendung

entfernen wir wieder aus dem Protokoll, aber alles andere war korrekt so. - Vielen Dank.

Übrigens will ich darauf hinweisen, dass, wenn die Mitglieder des Ausschusses nachher Fragen an Sie richten werden und Ihnen Vorhalte aus Akten machen, Sie das Recht haben, die entsprechende Unterlage gezeigt zu bekommen. Unsere Fragestellerinnen und Fragesteller wissen, dass es am besten funktioniert, wenn sie die MAT-Nummer vorher nennen, sodass alle das verfolgen können, was sich abspielt.

Nun können Sie, wenn Sie wollen, im Zusammenhang vortragen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Herzlichen Dank. - Ich beginne mit einem Eingangsstatement. Ich möchte kurz das Aufgabenportfolio des Referates SE III 1, dem ich im fraglichen Zeitpunkt vorstand, darstellen - - die einen Bezug zu dem Untersuchungsgegenstand haben, und werde mich dann insbesondere vertiefend einlassen zu der Erstellung der Unterrichtung des Parlamentes, also der regelmäßigen Information des Parlamentes über die Einsätze der Bundeswehr.

Zu meiner eigenen Person. Ich bin seit 1986 Soldat und diene seitdem in der Bundeswehr. Ich habe die gängigen Marineverwendungen eines Staboffiziers durchlaufen, zuletzt als Kommandant einer Fregatte.

Ich bin nunmehr in meiner dritten Verwendung im Bundesministerium der Verteidigung und werde seit 2017 als Referatsleiter des Referates SE III 1 eingesetzt. Seit März 2022 nehme ich die Aufgaben des Unterabteilungsleiter SE III wahr. Dies ist erforderlich, weil eine dauerhafte Personalvakanz mich in die Vertretungsposition gedrängt hatte.

Als Referatsleiter SE III 1 obliegt mir im Schwerpunkt die Verantwortung für die Erstellung von Berichten zu den Einsätzen der Bundeswehr für den parlamentarischen Raum. Dies machen wir zum einen für den Verteidigungsausschuss bei dem Tagesordnungspunkt 2 zur Lage in den Einsatzgebieten. Die Berichterstattung bereiten wir

für die Staatssekretärin Möller vor, zum gegenwärtigen Zeitpunkt jeweils für den Parlamentarischen Staatssekretär, der diese Aufgabe wahrgenommen hat.

Zusätzlich zu der Vorbereitung des Tagesordnungspunktes 2 für den Verteidigungsausschuss erstellen wir wöchentlich die Unterrichtung des Parlamentes, kurz UdP.

Darüber hinaus ist das Referat SE III 1 auch zuständig für die Reisen in die Einsatzgebiete, unter anderem auch für Reisen aus dem politisch-parlamentarischen Raum.

Das Parlamentsbeteiligungsgesetz verpflichtet die Bundesregierung, den Bundestag regelmäßig über den Verlauf der Einsätze der Bundeswehr und über die Entwicklungen in den Einsatzgebieten zu unterrichten. Als Teil dieser Unterrichtungsverpflichtung berichtet das BMVg wöchentlich im Rahmen der Unterrichtung des Parlamentes über Ereignisse und Entwicklungen der letzten sieben Tage in den Einsatzgebieten. Stichtag für unsere Berichterstattung ist jeweils der Mittwoch, 10 Uhr.

Die Veröffentlichung der UdP, also die Übermittlung an das Parlament, erfolgt dann jeweils zum Freitag.

In Fällen von Ereignissen von besonderer Relevanz, die zwischen diesem Mittwoch und dem Freitag erfolgen, können wir über Nachträge in Einzelfällen die UdP noch mal aktualisieren.

Die Berichterstattung erfolgt somit rein rückblickend zu den Entwicklungen der letzten sieben Tage und umfasst neben der Berichterstattung zu den durch den Deutschen Bundestag mandatierten Einsätzen zusätzlich auch die Berichterstattung zu den nicht mandatierten einsatzgleichen Verpflichtungen, Dauereinsatzaufgaben und sonstigen Kräftebindungen der Bundeswehr.

Die UdP wird als Verschlussache-Nur für den Dienstgebrauch veröffentlicht. Aufgrund dieser Einstufung ist eine detaillierte Berichterstattung zu Ereignissen, Entwicklungen und Vorkommnissen, die einer höheren Einstufung unterliegen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

müssen, nicht möglich. Dies gilt beispielsweise dann, wenn entsprechende Angaben in der UdP Rückschlüsse auf Fähigkeiten oder Einschränkungen der eingesetzten Kräfte zulassen.

Um der Berichtspflicht dennoch zu entsprechen, nutzt das BMVg zur Vermittlung höher eingestufte Informationen andere Formate. Zu diesen gehören die Sitzungen des Verteidigungsausschusses oder die Obleuteunterrichtungen. Die fachliche Verantwortung zur Erstellung der UdP obliegt dem Referatsleiter SE III 1; im fraglichen Zeitraum lag diese Verantwortung also bei mir.

Der Erstellungsprozess einer UdP ist recht langwierig; deswegen möchte ich etwas detaillierter darauf eingehen. Sie beginnt bereits in der Vorwoche der Veröffentlichung. Um es in Fußballersprache zu sagen: Nach der UdP ist vor der UdP. - In dem Augenblick, in dem wir eine UdP absteuern, beginnt schon die Arbeit an der weiteren, an der nächsten.

Eingebunden werden hierbei die Abteilung „Politik“ und die Abteilung „Strategie“, in denen die fachliche Verantwortung für die Führung bzw. Begleitung der Einsätze liegt. Zusätzlich binden wir das Einsatzführungskommando der Bundeswehr ein und gleichermaßen auch das Auswärtige Amt.

Bei der Vielzahl der Beiträge, die zusammengeführt werden, erhält SE III 1, wenn Sie so wollen, eine koordinierende Rolle.

Die erste inhaltliche Zuarbeit erhält das Referat dann an dem Montag der Veröffentlichung. Hier erfolgt zunächst eine redaktionelle Überprüfung. Das heißt, wir versuchen, das Militärsprech in verständliche Sprache für das Parlament zu übersetzen. Und zusätzlich wird in einem ersten Anlauf geprüft, ob die Angaben in diesen Entwürfen umfassend sind, ob alle Einsatzgebiete hinreichend dargestellt werden. Ist das nicht der Fall, erfolgt in enger Abstimmung mit den fachlich zuständigen Referaten eine Abstimmung und gegebenenfalls eine Anpassung.

Am Nachmittag des Dienstages erfolgt dann erstmalig die Einbindung meiner Person, und ich

prüfe im Schwerpunkt, ob die inhaltliche Vollständigkeit gegeben ist. Dafür nutze ich die regelmäßigen Gesprächsformate innerhalb des BMVg. In meiner Rolle als Referatsleiter SE III 1 habe ich täglich beim Abteilungsleiter in der Morgenlage mitgesessen und war damit entsprechend informiert über die Ereignisse in den Einsatzgebieten.

Ich habe dann, wenn es aus meiner Sicht einen Ergänzungsbedarf gegeben hat, unmittelbar Kontakt aufgenommen zu den fachlich zuständigen Referaten und eine Ergänzung angeregt. Die fachliche Zuständigkeit blieb bei den Referaten, und diese entschieden dann, ob sie meinen Empfehlungen nachkommen oder auch nicht. Sie sehen also, dass auch weiterhin die Fachreferate unabhängig waren in ihrer Bewertung, was in der UdP zu berichten ist.

Am Mittwoch um 10 Uhr war die finale Mitzeichnung dann abgeschlossen. Sie wurde dann anschließend durch mich gezeichnet und in den weiteren Billigungsgang innerhalb des BMVg gegeben. Bis Freitag erfolgte dann die Billigung durch den Generalinspekteur der Bundeswehr, und nach seiner abschließenden Billigung wurde das Dokument dann an das Parlament zur Kenntnis weitergeleitet. Der Versand erfolgte dabei durch das Parlaments- und Kabinettsreferat des BMVg.

Zusammenfassend stelle ich fest: Dem Referat SE III 1 kommt zum einen eine koordinierende Rolle zu, und das Referat oder der Referatsleiter ist die erste Prüfinstanz nach einer umfassenden und vollständigen Berichterstattung innerhalb der UdP gegenüber dem Parlament.

Ich lege Wert auf die Feststellung, die UdP ist retrospektiv. Sie blickt nur nach hinten, und zwar die letzten sieben Tage. Der Blick in die Zukunft ist nicht in der UdP vorgesehen, sondern dies ist vorgesehen für die Formate, die ich bereits angesprochen habe: den Verteidigungsausschuss oder gegebenenfalls eine Obleuteunterrichtung.

Ebenfalls nochmals betonen möchte ich die Tatsache, dass der Verschlussgrad VS-NfD bestimmte Informationen zur Veröffentlichung in diesem Dokument einfach ausschließt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Damit bin ich mit meinem Eingangsstatement durch und stehe für Fragen zur Verfügung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen herzlichen Dank. - Dann geht es los mit der SPD-Fraktion, und das Wort hat Herr Kollege Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich werde heute kurz beginnen. - Wir stellen eingangs auch immer Fragen zu der Organisation Ihrer Arbeit in Ihrem Referat, und ich darf heute damit beginnen, Sie zu fragen, aus wie vielen Personen Ihr Referat bestanden hat, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihnen zur Verfügung standen und wie die Aufgabenteilung in Ihrem Referat sich dargestellt hat.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das Referat besteht aus zehn Personen. Mit der eigentlichen Bearbeitung der Unterrichtung des Parlamentes ist jeweils ein Referent beauftragt. Ist dieser abwesend, wird ein Vertreter festgelegt, der diese Aufgabe dann wahrnimmt. Das heißt, die Bearbeitung der UdP erfolgt durch eine Person und wird durch den Referatsleiter anschließend geprüft.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nur damit wir diesen Eindruck auch tatsächlich vollständig haben: Die Unterrichtung des Parlaments betrifft sämtliche Einsatzgebiete der Bundeswehr, während wir uns hier ja vorwiegend ausschließlich mit dem Einsatzgebiet Afghanistan beschäftigen, -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das ist richtig, alle Einsatzgebiete.

**Jörg Nürnberger (SPD):** - also von der Westsahara über sämtliche Einsatzgebiete in und um das Mittelmeer herum bis auf das Einsatzgebiet am Hindukusch. Alle diese Sachen wurden in einer UdP einmal pro Woche dargestellt. Ist das richtig?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Richtig. Das Dokument umfasst etwa 30 Seiten und wird in Kapitel aufgeteilt, und zunächst einmal werden die mandatierten Einsätze darin beleuchtet.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann haben Sie in Ihrem Eingangsstatement bereits angedeutet, dass Sie jemanden auch abwesenheitsbedingt vertreten

mussten. In den Unterlagen finden sich dazu Hinweise, dass Ihre Chefin als Unterabteilungsleiter SE III in den Jahren 2020 und 2021 auch von Ihnen vertreten wurde. Ist es auch richtig, dass Sie auch die Frau Ministerialdirigentin Spies-Otto der Abteilung SE II vertreten haben?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein. Frau Spies-Otto ist die Unterabteilungsleiterin SE III, und nur diese Aufgabe habe ich vertretungsweise wahrgenommen. Die Unterabteilung SE II gehörte nicht zu meinem Aufgabenbereich.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie noch näher darstellen, in welchem Zeitraum Sie diese Vertretung innehatten? Während des gesamten Untersuchungszeitraums oder nur in bestimmten Zeitabschnitten?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein, ich habe die Vertretungsrolle erst nach dem Untersuchungsgegenstand durchgehend wahrgenommen, also ab März 2022. Bis dahin habe ich sie in ihrer Abwesenheit vertreten. Das war in krankheitsbedingter Abwesenheit über einen längeren Zeitraum und zu dem Zeitraum, wo sie im Zusammenhang mit der Coronapandemie ein zusätzliches Aufgabepaket übernommen hat.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir haben aus Ihren Aussagen auch vernommen, dass Sie im Prinzip eine koordinierende Aufgabe hatten und diese verschiedenen, von anderen Stellen zugelieferten Informationen dann - in einer Sprache, die auch der BND gern benutzt - in ein Produkt umsetzen mussten. Wer hat Ihnen denn im Hinblick auf die Sicherheitslage und Bedrohungslage in Afghanistan diese Informationen zur Verfügung gestellt? Aus dem Fachreferat? Oder welche anderen Referate in Ihrem Hause haben Ihnen Informationen - und jetzt immer im Blick auf die Lage in Afghanistan - übermittelt, die Sie dann in der UdP verarbeitet haben?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja, die Sicherheits- und Bedrohungslage wird zur Verfügung gestellt durch das Referat SE I 3. Die weiteren Entwicklungen bzw. der Rückblick über das, was in dem Gebiet aus militärischer Sicht stattgefunden hat,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde von dem Referat SE II 1 zur Verfügung gestellt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn Sie mir, nachdem ich das ganze Organigramm des BMVG nicht auswendig im Kopf habe, vielleicht noch erläutern können, welches die erstgenannte Abteilung bzw. das Referat war.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja. Beide gehören der Abteilung „Strategie und Einsatz“ an. Die Unterabteilung I beschäftigt sich insgesamt mit dem militärischen Nachrichtenwesen in unterschiedlichen Aufgabenpaketen, und das Referat I 3, das dritte Referat in dieser Unterabteilung, beschäftigt sich über das militärische Nachrichtenwesen dann auch mit der Sicherheits- und Bedrohungslage in jedem einzelnen Einsatzgebiet.

Innerhalb dieses Referates werden dann in der Regel zwei Referenten zuständig sein für Afghanistan.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben in Ihren Ausführungen auch dargelegt, dass Sie bei Ihrer Plausibilitätsprüfung und der Zusammenführung dieser Teilstücke, dieses Mosaiks gelegentlich auch Rückfragen hatten. Kam es auch vor, dass Sie hinsichtlich der Sicherheits- und Bedrohungslage in Afghanistan entweder mit diesem von Ihnen genannten Referat oder mit anderen Stellen diese Rückfragen hatten? Und, wenn ja, können Sie darstellen, in welchem Umfang und bei welchen Gelegenheiten das der Fall war?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Dies war insbesondere dann der Fall, wenn es Ereignisse wie Anschläge oder Ähnliches gegeben hat oder besondere Operationen gegeben hat, dass wir dann um kurzfristige Ergänzungen gebeten haben, um den Sachverhalt umfassender darstellen zu können.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Darf ich Sie schon an der Stelle - wir kommen sicher später noch einmal darauf zurück - bitten, ein ganz konkretes Beispiel anzuführen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das fällt mir jetzt spontan schwer. Mit Blick auf die Entwicklung der Sicherheits- und Bedrohungslage, die sich ab

2019/2020 ja rapide verschlechtert hat, hat es Anschläge auf afghanische Streitkräfte gegeben oder Anschläge auch auf andere Einrichtungen bzw. Partnerorganisationen, und wenn so was passiert ist, haben wir versucht, dies umfassend darstellen zu können. Wir haben also Wert darauf gelegt, dass wir eine wöchentliche Entwicklung der Sicherheits- und Bedrohungslage darstellen konnten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nachdem das BMVG ja ein sehr großer und auch relativ vielfältiger Apparat ist, sind wir zur Feststellung gekommen, dass die Federführung hinsichtlich des Einsatzes in Afghanistan beim Referat SE II 1 gelegen hat.

(Der Zeuge nickt)

- Sie haben das gerade durch Kopfnicken bestätigt. - Können Sie uns auch erläutern, wie aus Ihrer Sicht diese Zuständigkeitsgrenze zwischen den verschiedenen Referaten, SE III, SE II 1, war, wie die Zusammenarbeit und die Abstimmung zwischen diesen Referaten dann gelaufen ist im Hinblick auch auf Ihre Arbeit?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Die Abteilung „Strategie und Einsatz“ teilt sich in drei Unterabteilungen auf. Die erste habe ich bereits erwähnt; die beschäftigt sich mit dem militärischen Nachrichtenwesen und dem Einsatz von Spezialkräften. Die Unterabteilung II befasste sich zu diesem Zeitpunkt über Länderreferate mit einer regionalen Zuständigkeit. Das Referat SE II 1 besaß dabei unter anderem die regionale Zuständigkeit für Afghanistan, Vorderasien noch mit dazu. Aber da zu dem Zeitpunkt dort nichts von Belang war, fokussierte sich das Referat auf den Einsatz in Afghanistan.

Die Unterteilung III, „Unterstützung“, beinhaltet dabei auch das Referat III 1, das im Zuge seiner Aufgaben unter anderem auch zuständig war für die parlamentarische Kommunikation.

Vor dem Hintergrund fand ein reger Austausch, ein nahezu tagtäglich Austausch zwischen dem Referat II 1, das sich mit der Lage vor Ort beschäftigt hat, und III 1, die das kommunizieren sollten in den parlamentarischen Raum, statt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt haben Sie auch auf meine Nachfrage dargestellt, dass Sie für sämtliche Einsatzgebiete der Bundeswehr diese UdP erstellt haben. Mich würde an der Stelle interessieren: Wie war die Bedeutung des Afghanistan-Einsatzes im Hinblick auf die vielen anderen Einsätze? Ich habe vorhin schon mal erwähnt, wir sind auch in der Westsahara tätig, ich glaube, mit einem oder mit zwei Kräften zurzeit vor Ort, mit wenig aufregenden Ereignissen. Wenn Sie in Ihren Worten darstellen könnten, wie die Bedeutung von Afghanistan auch innerhalb der Erstellung der UdP war im Verhältnis zu den anderen Bundeswehreinsätzen.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Es war mit Abstand der größte Einsatz, und er stand auch tagtäglich in der Presse im Fokus. Vor dem Hintergrund hatte dieser eine besondere Bedeutung, und es wurde auch dadurch deutlich gemacht, dass der Afghanistan-Einsatz an erster Stelle in der Berichterstattung in der UdP stand.

**Jörg Nürnberger (SPD):** In Afghanistan war nicht nur die Bundeswehr tätig, und die Unterrichtung des Parlaments ist, wie Sie selber eingangs dargestellt haben, festgeschrieben aufgrund gesetzlicher Vorschriften. Aber dennoch stellt sich auch im Blick auf Ihre Arbeit die Frage, inwieweit die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts der Bundesregierung eine Rolle gespielt hat, weil ich mir durchaus vorstellen kann, dass im Hinblick zum Beispiel auf sicherheitsrelevante Situationen auch die eingesetzten Polizeikräfte oder auch ganz andere Dienststellen mitbetroffen sein konnten. Können Sie dazu Ausführungen machen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das ist richtig. Wir binden jede Woche das Auswärtige Amt in die Erstellung der UdP mit ein, fordern sie auf oder fragen ab, ob sie einen politischen Beitrag zu der Lage in den jeweiligen Einsatzgebieten haben. Das findet regelmäßig statt, und es ist immer die Einleitung in jedem Kapitel über jeden Einsatz. Insofern ist das Auswärtige Amt jedes Mal mit eingebunden.

In der Vergangenheit hatten wir auch das Bundesministerium des Innern mit eingebunden, die

aber eine eigene Kommunikation in den parlamentarischen Raum betrieben haben und sich somit in der Erstellung unserer UdP nicht ausgewirkt haben. Aber auch da bestand über einen Verbindungsoffizier regelmäßige Verbindung zum BMI.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gab es ähnliche Verbindungen auch in Richtung Bundeskanzleramt und nachgeordnete Dienststellen, über die das Bundeskanzleramt die Rechts- und Dienstaufsicht führt?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein. Also, in der wöchentlichen Erstellung der Unterrichtung des Parlaments gab es keinen Austausch mit dem Bundeskanzleramt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Und auch nicht mit dem Bundesnachrichtendienst, den ich etwas verklau-suliert - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** In der Verantwortung meines Referats gab es keine Kommunikation mit dem Bundesnachrichtendienst.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt liegt der Untersuchungszeitraum schon ein bisschen zurück. Aber ich würde Sie an der Stelle um eine Einschätzung bitten, wie Sie die Zusammenarbeit, das Geben und Nehmen, mit dem Parlament aus Ihrer Sicht bewerten würden im Hinblick auf die Unterrichtung des Parlaments. Wurde Ihnen zurückgespiegelt, ob man mit Ihren Ausführungen zufrieden ist, ob man da noch vertiefende Nachfragen hat? Gab es überhaupt Rückmeldungen aus dem Rahmen des Parlaments?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein, also nicht mir gegenüber. Das ist aber auch nicht verwunderlich, weil ich im Verteidigungsausschuss auch nicht präsent bin. Insofern gab es über diesen Weg auch keine Möglichkeit eines Feedbacks. Ich weiß, dass einzelne Abgeordnete sich durchaus lobend geäußert haben über die Unterrichtung des Parlamentes. Aber ich kann jetzt keinen konkreten Zusammenhang zum Einsatz in Afghanistan mehr in Erinnerung haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben auch angeführt, dass es andere Kommunikationsformen und andere Unterrichtungen gab, zum Beispiel für die Obleuterunde und in den Sitzungen des Verteidigungsausschusses selber, die ich aus eigener Erfahrung nachvollziehen kann. Insofern ist die Frage: Gab es dann aus diesen jeweiligen Empfängerkreisen Rückmeldungen, die Sie zumindest über den Dienstweg dann auch mitbekommen haben?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Auch nicht. Okay. - Ich möchte zu einer ganz konkreten Situation kommen. Wir haben in den Akten folgenden Vermerk gefunden. Es handelt sich da - um den Hinweis des Vorsitzenden gleich vollständig und richtig aufzunehmen - um MAT A BMVg-3.55 VS-NfD, Blatt 89, und da schreibt im April 2020 Herr O [REDACTED], ein Referent im Referat II 1, zu den UdPs Folgendes - ich zitiere -:

„Ergänzend wird angemerkt, dass es wohl langsam an der Zeit ist, dem Leser der UdP - wie heute in der MoLa SE vom acting UAL SE III“

- waren das Sie in dieser Funktion? -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das war ich.

**Jörg Nürnberger (SPD):**

„vorgeschlagen - in homöopathischen Dosen darzustellen, dass die Taliban sich zwar an das USA-Taliban-Abkommen halten, was dies aber für AFG und seine Zukunft bedeutet. Wir werden mittelfristig als Zuschauer erleben, wie Distrikte nacheinander und ausgewählte Provinzhauptstädte wie Kunduz oder Mazar-e Sharif an die Taliban fallen und beispielsweise alle Mädchenschulen geschlossen werden, wenn der Plan der Taliban aufgeht, die IAN weiter zu verzögern, bis RS handlungsunfähig oder ganz abgezogen ist.“

Die erste Frage, die ich anschließen wollte, war: Waren Sie der „acting UAL SE III“?

(Der Zeuge nickt)

- Das haben Sie durch Kopfnicken bestätigt.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja, das war ich.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich würde Sie bitten, Ihren Vorschlag, der hier zitiert ist, kurz zu erläutern, warum Sie meinten, wenn es richtig wiedergegeben ist, dass man in homöopathischen Dosen darstellen müsste, wie sich die Situation in Afghanistan entwickelt und warum das nicht mit der vollen Wucht der richtigen Argumente dem Parlament gegenüber dargestellt werden konnte oder sollte.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Meine Absicht war es, in jeder wöchentlichen UdP über die Sicherheits- und Bedrohungslage so zu informieren, dass der Abgeordnete, der Empfänger dieses Produktes, ein Lagebild hat und daraus Rückschlüsse ziehen kann, wie sich die Sicherheits- und Bedrohungslage entwickelt. Ich wollte explizit nicht, dass wir es in Monats- oder Halbjahres- oder Quartalsphasen darstellen, weil dann die Veränderung aus dem Nichts heraus sich erklärt und damit schwerer zu verstehen war. Ich wollte also jede Woche über die Entwicklung der Sicherheits- und Bedrohungslage unterrichten können. Da das Produkt aber VS-NfD eingestuft ist, ist es nur schwer, dieses dann so umfassend, wie vielleicht erforderlich, in der UdP darzustellen. Vor diesem Hintergrund haben wir das Thema auch im Verteidigungsausschuss weiterbehandelt. Aber mein Ziel war es, eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Sicherheits- und Bedrohungslage sicherzustellen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt ist natürlich das Wort „homöopathisch“ im allgemeinen Sprachgebrauch dahin zu verstehen, dass ich mit einer möglicherweise wissenschaftlich nicht nachweisbaren Dosis einen Effekt auslöse, der im realen Leben dann zur Linderung oder zur Heilung von Krankheiten führt. Im Hinblick auf diese politische Wertung einer homöopathischen Dosis



## Nur zur dienstlichen Verwendung

würde ich aus einem objektiven Empfängerhorizont heraus beurteilen, dass diese Portion an Informationen so kleinteilig aufgeteilt werden soll, dass sie am Ende gar nicht mehr wahrnehmbar ist.

Sie haben jetzt geschildert, dass Ihr Vorgehen darin begründet lag, sie regelmäßig und in kleinen Dosen, also nicht in im eigentlichen Wortsinn homöopathischen, sondern in kleinen Dosen, an ihren Empfänger zu überbringen. Entspricht das tatsächlich Ihren Absichten? Weil wir haben hier - - Oder lassen Sie mich andersherum fragen: War das eine eigene Initiative von Ihnen als Person, oder wurden Sie von anderen Stellen im Hause gebeten, die Informationen auf diese Art und Weise aufzubereiten?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, dann wollen Sie andeuten, dass mir jemand gesagt hat, ich sollte möglichst wenig gegenüber dem Parlament kommunizieren. Verstehe ich die Frage richtig?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Solche Suggestivfragen würde ich mir nie erlauben zu stellen.

(Heiterkeit)

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Okay.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Deswegen die offene Frage: Gab es vonseiten Ihnen übergeordneter Dienststellen einen Auftrag, die Informationen an das Parlament in kleinere Portionen und Teile aufzuteilen und nicht die Komplexität auf einmal in einem Zug darzustellen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein, ich wurde von niemandem aufgefordert, mit Blick auf die Kommunikation irgendwelche - - oder mir wurden keinerlei Vorgaben gemacht, was die Kommunikation anbelangt. Es war meine eigene Initiative, sicherzustellen, dass wir regelmäßig in verständlichen Dosen, in verständlichen Anteilen jede Woche über die Entwicklung berichten.

Das können Sie insofern nachvollziehen, dass die Grafiken, die wir jeweils immer beigelegt haben, sich auch farblich verändert haben. Das heißt, die

umkämpften Gebiete oder die Gebiete, die an die Taliban verloren wurden, wurden rot gekennzeichnet. Und wenn Sie im weiteren Verlauf gucken, können Sie erkennen, dass die Provinzen und Distrikte sich jeweils dann in ihrer Farbe auch verändert haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie sich erinnern, weil Sie diese farbliche Darstellung gerade ansprechen, wie groß, also physisch in welchem Maßstab diese Karten dann Bestandteil der Unterrichtung des Parlaments waren, die vom Herrn Generalinspekteur dann in den parlamentarischen Bereich gebracht wurde?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Was meinen Sie mit „wie groß“?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ja, physisch.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Physisch?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Länge, Höhe.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja, okay. Innerhalb auf einer DIN-A4-Seite ungefähr eine halbe Seite. Und darauf war das gesamte Gebiet Afghanistan abgebildet, in den Distrikten und Provinzen, und die waren dann farblich gekennzeichnet.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Weil wir haben nämlich die Materialien, die uns zur Verfügung stehen - - werden diese Karten in einem Kachelmaßstab von wenigen Zentimetern auf wenigen Zentimetern dargestellt, die sich für den Leser ohne Weiteres so nicht erschließen lassen, jedenfalls nicht dann, wenn er nicht über Bildvergrößerungsgeräte verfügt.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Dann müsste ich noch mal einen Blick auf die Karte werfen, um Ihrem Urteil zuzustimmen oder eben nicht zuzustimmen. Nach meinem Kenntnisstand hat es aber hierzu keine Rückfragen gegeben oder keine Aufforderung gegeben, diese größer oder anders darzustellen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann würde ich an der Stelle an den nächsten Fragesteller/die nächste Fragestellerin gerne weitergeben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir zum Kollegen Röwekamp, CDU-Fraktion.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr B■■■■■, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen; für mich ein zusätzlicher Erkenntnisgewinn als Mitglied des Verteidigungsausschusses, wie die Staatssekretärin von Ihnen vorbereitet wird. Ganz herzlichen Dank auch dafür.

Vielen Dank auch für die sozusagen umfangreichen Schilderungen des Arbeitsablaufes in Ihrem Referat, zu dem ich jetzt am Anfang noch ein paar Verständnis- und Nachfragen habe.

Die erste Frage ist: Sie haben ausgeführt, dass bei Ihnen die Abteilungen „Politik“ und „Strategie“, das Einsatzführungskommando und das Auswärtige Amt beteiligt werden. Beim Auswärtigen Amt, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben Sie gesagt, die haben zugestellt den Teil „politische Lage“. Wir haben ja diese ganzen UdPs vorliegen, und mir fällt auf, dass es nicht in jeder UdP zu Afghanistan eine politische Lage gibt. Können Sie uns erklären, woran das liegt? Also, wurden Ihnen nicht zu jeder wöchentlichen UdP politische Lageberichte des Auswärtigen Amtes zugestellt?

**Zeuge U■■■■■ B■■■■■:** Das ist richtig. Die Beiträge des Auswärtigen Amtes haben wir immer übernommen. Es hat niemals eine Streichung der Beiträge des Auswärtigen Amtes gegeben. Das hätte zu einem völlig unnötigen Streit geführt. Die Beiträge des Auswärtigen Amtes wurden eins zu eins übernommen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das wäre meine nächste Frage: Es hat auch keine Veränderungen -

**Zeuge U■■■■■ B■■■■■:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - oder Rückfragen - -

**Zeuge U■■■■■ B■■■■■:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Also, das Auswärtige Amt hat auch dieses Format geliefert. Das passt sich ja gut ein in die sonstige UdP. Also,

von der Sprache, von der Länge, von der Intensität der Berichterstattung ist es ja mit Ihren Beiträgen - so verstehe ich das - zur Sicherheits- und Bedrohungslage vergleichbar; aber sie sind sozusagen ausschließlich zugestellt und von Ihnen inhaltlich nicht bearbeitet worden.

**Zeuge U■■■■■ B■■■■■:** Das ist korrekt. Zu dem damaligen Zeitpunkt waren die Beiträge des Auswärtigen Amtes aus meiner persönlichen Bewertung von ausgesuchter Qualität und bedurften keiner Anpassung.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das heißt, wenn in den Berichten, also in den UdPs, keine politische Lage enthalten ist, dann hat Ihnen für diese Woche das Auswärtige Amt keine politische Lage zugestellt.

**Zeuge U■■■■■ B■■■■■:** Das ist richtig.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. - Dann die zweite Frage: Ist die von Ihnen dann, wenn ich das richtig verstanden habe, am Mittwoch freigezeichnete - - am Dienstag freigezeichnete, -

**Zeuge U■■■■■ B■■■■■:** Mittwoch.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - am Mittwoch freigezeichnete UdP dann noch mal in die Abstimmung dieser beteiligten Abteilungen gegangen? Also, wurden da noch mal „Politik“, „Strategie“, Einsatzführungskommando und Auswärtiges Amt beteiligt?

**Zeuge U■■■■■ B■■■■■:** Alle angeschriebenen Stellen, die Beiträge geliefert haben, wurden nach der Zusammenführung und Anpassung der Produkte zur finalen Mitzeichnung bis Mittwoch, 10 Uhr - - allen beteiligten Stellen noch mal zur Verfügung gestellt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. - Dann würde ich gerne noch mal nachfragen: Das heißt also, auch vor Erstellung der Version, die am Freitag sozusagen durch den Generalinspekteur dann endgültig freigezeichnet wurde, haben auch Ihnen zugestellt nicht nur die fachlichen Re-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ferate - so habe ich das vorhin verstanden -, sondern auch die Abteilungen „Politik“, „Strategie“ und Einsatzführungskommando.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Nein. Dann habe ich mich nicht klar ausgedrückt. Die fachlich zuständigen Abteilungen waren die Fachreferate der Abteilung „Politik“ und die Fachreferate der Abteilung „Strategie und Einsatz“.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Und das Einsatzführungskommando - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das Einsatzführungskommando hat ebenfalls Beiträge zur Sicherheitslage und zu einzelnen militärischen Ereignissen und eigenen Vorhaben geliefert. Und das Auswärtige Amt hat das politische Dachdokument, wenn Sie so wollen - das ist der falsche Begriff -, politisch eingeleitet.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Okay. Dann habe ich das jetzt verstanden. Das heißt, Sie haben aus den zugelierten Berichten von „Politik“, „Strategie“ und Einsatzführungskommando die Sicherheits- und Bedrohungslage redaktionell erarbeitet, oder wurden Ihnen da auch fertige Textpassagen zu - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Da wurden auch fertige Textpassagen von Referat SE I 3 aus dem Bereich Militärisches Nachrichtenwesen zugeliert. Wir haben keine eigene Formulierung hierbei vorgenommen. Ich habe lediglich geprüft, ob die Inhalte aus meiner Bewertung hinreichend waren, um im parlamentarischen Raum verständlich wahrgenommen zu werden.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Okay, gut. Dann herzlichen Dank dafür. - In dem Zusammenhang habe ich dann eine Frage. Nach dem Abzug der eigenen Truppen Ende Juni aus Afghanistan haben wir von anderen Zeugen gehört, dass dies natürlich auch zu einer Verringerung sozusagen der Informationen geführt hat, die auch qualitative Einbußen hatte, also das Einklappen der Speichen schon zuvor; aber die ein oder andere Quelle war dann nicht mehr verfügbar. Hat dies Auswirkungen auf Ihre Berichterstattung gehabt?

Also, hat sich die Qualität aus Ihrer Sicht verändert?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Je weniger Personal Sie in dem Land präsent haben, das über seine eigene Berichterstattung in den Gebieten Informationen zur Verfügung stellen kann, desto geringer ist auch die Möglichkeit, ein umfassendes Bild darzustellen. Allein die technische Aufklärung löst das Problem nicht. Insofern: Natürlich, mit Einklappen der Speichen wurde der Informationsgehalt aus den entlegeneren Gebieten immer schwieriger zu erhalten.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Und dies betrifft auch den Zeitraum ab endgültigem Abzug? Also, ist das auch noch mal so eine Bruchkante gewesen, wo Sie sagen würden: „Ab da haben sich unsere Informationen noch mal qualitativ verändert“?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ab dem Abzug?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Ja.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich verstehe Ihre Frage nicht ganz.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Ja, genau, ab dem Abzug. Wir reden ja auch über den Zeitraum von Juni bis August jetzt, um es konkret zu sagen.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Okay.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Sind Sie da der Auffassung, dass sozusagen die Grundlage Ihrer Berichte qualitativ die gleiche Validität hatte wie die zuvor von Ihnen während der Zeit von Doha, muss ich jetzt ja sagen, bis zum Abzug der Bundeswehr?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Aus meiner Erinnerung heraus würde ich dem nicht vollumfänglich zustimmen wollen. Ich glaube, in den Gebieten, in denen wir noch präsent waren und wo unsere Streitkräfte stationiert waren, gab es immer noch eine hinreichend konkrete Berichterstattung zur Sicherheits- und Bedrohungslage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann würde ich Ihnen jetzt exemplarisch ganz gerne mal - ich habe es jetzt einfach gegriffen - MAT A BMVg-3.139 VS-NfD, Blatt 563, vorhalten. Wenn Sie es sehen wollen - - Aber wahrscheinlich - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich würde es gerne sehen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. Dann legen wir es mal eben vor, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Das ist jetzt eine willkürlich von mir ausgewählte, beispielhafte UdP.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Die ist vom 28. April 2021. Und da ist auf der Seite 4 unter „Bedrohungs- und Sicherheitslage“ eine Passage enthalten, die uns in ganz vielen UdPs begegnet. Und die lautet:

„Die Sicherheitslage in Afghanistan bleibt weiterhin landesweit regional unterschiedlich ausgeprägt. In den meisten urbanen Zentren ist sie ausreichend kontrollierbar. Insgesamt leben hier knapp 60 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Nordafghanistan ist die Sicherheitslage in den Provinzen Balkh und Takhar ausreichend sowie in der Provinz Samangan überwiegend kontrollierbar, in weiten Teilen allerdings überwiegend nicht kontrollierbar.“

Zitat Ende. - Das ist ja eine bewertende Äußerung. Also, Sie schildern ja an anderen Stellen konkrete Anschlagsgeschehen und Ähnliches. Aber hier wird eine Bewertung vorgenommen. Ist das eine Bewertung, die Ihnen zugestellt worden ist, -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - oder ist das eine eigene Bewertung?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Nein, das ist die Bewertung, die von dem fachlich zuständigen Referat SE I 3 zur Verfügung gestellt wird.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Mir und meinem Referat fehlen die fachlichen Kompetenzen, um das anders zu bewerten.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann haben Sie vorhin in Ihrem Einleitungsstatement gesagt, Sie haben so was wie eine Plausibilitäts- und Vollständigkeitsprüfung gemacht, und zwar anhand der Abteilungsleiterbesprechungen, wenn ich das richtig verstanden habe.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das ist richtig. Das ist eine Möglichkeit. Wir greifen zurück auf Medienberichterstattung zu aktuellen Ereignissen, um sicherzustellen, wenn etwas kurzfristig passiert ist, dass wir das auch widerspiegeln können, interne Lageberichte. Aber mit Blick auf meine Person war es besonders wertvoll, die morgendlichen Besprechungen beim Abteilungsleiter mitzuverfolgen, da in diesem kleinen Kreis über jedes einzelne Einsatzgebiet gegebenenfalls gesprochen wurde, insbesondere natürlich auch zu Afghanistan.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie vorhin gesagt haben, andere Quellen, also außerhalb des BMVg, -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Nein.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - und - das, was Sie eben geschildert haben - öffentliche Quellen standen Ihnen aber nicht zur Verfügung, also insbesondere keine Erkenntnisse des BND oder anderer sicherheitsrelevanter Behörden?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Nein. Also meinem Referat standen diese Quellen nicht zur Verfügung. Dafür gab es auch keine Veranlassung. Da gibt es ein fachlich zuständiges Referat: I 3. Die stehen im Austausch mit diesen externen Quellen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun wissen wir aus bisherigen Zeugenvernehmungen, dass es beispielsweise eine Analyse von SE I 3 aus dem Februar 2020 - das ist MAT A BMVg-3.55 VS-NfD, Blatt 25 bis 30 - oder eine Bewertung des BND-Szenarios „Emirat 2.0“, auch durch SE I 3, aus dem November 2020 - das ist MAT A BMVg-3.65 VS-NfD, Blatt 19 bis 21 - gegeben hat, in denen mögliche Szenarien nach dem Doha-Abkommen für die Entwicklung in Afghanistan und auch die Entwicklung der Sicherheits- und Bedrohungslage fortgeschrieben oder bewertet worden sind. Sind Ihnen diese Bewertungen schriftlich oder im Rahmen der Erörterung auf Abteilungsleitererebene mündlich erörtert worden?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Ich müsste den konkreten Fall sehen. Grundsätzlich sind wir bei der Erstellung solcher Produkte nicht eingebunden, sondern nur dann, wenn es Auswirkungen hat auf die Berichterstattung gegenüber dem Parlament.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann würde ich Ihnen die beiden Dokumente -

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - mal eben kurz vorlegen, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Nein, beide Dokumente sind mir nicht bekannt. An der Erstellung sind wir nicht beteiligt gewesen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Und sind diese Dokumente oder der Inhalt dieser Dokumente nach Ihrer Erinnerung Gegenstand der Erörterung auf Abteilungsleitererebene gewesen, also in den morgendlichen Lagebesprechungen?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Nach meiner Erinnerung sind natürlich die Szenarien, wie sich die Lage in Afghanistan entwickeln kann, besprochen worden, aber nicht auf der Grundlage dieser Dokumente. Zumindest waren diese Dokumente

nicht Gegenstand der Besprechungen an sich. Dass man über die Entwicklung der Lage in Afghanistan regelmäßig auch auf der Ebene des Abteilungsleiters gesprochen hat oder - in seiner Vertretung - des stellvertretenden Abteilungsleiters, das war klar.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich komme deswegen noch mal darauf zurück, weil der Kollege Nürnberger schon nach „homöopathischen Dosen“ -

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - gefragt hat. Ich sage mal, diese Erkenntnis oder der Inhalt dieser Berichte und die möglichen Szenarien tauchen in Ihrer UdP nicht auf.

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Nein.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wenn Sie sagen: „Die Szenarien sind schon mal besprochen worden“, gibt es einen Grund dafür, dass Sie nicht diese denkbaren Szenarien, die ja auch bewertet worden sind durch SE I 3, in die UdP aufgenommen haben?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Ich habe bei der Darstellung der UdP versucht, deutlich zu machen, dass sie den Blick zurückgeworfen hat für sieben Tage. Das Entwickeln von Optionen guckt nach vorne. Das ist nicht Gegenstand der Unterrichtung innerhalb der UdP. Das wären gegebenenfalls Themen gewesen, die man in anderen Formaten hätte führen können.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Das ist jetzt die perfekte Überleitung zu meiner nächsten Frage, weil Sie ja, wie Sie gesagt haben, auch die Vorbereitung der Berichte zur Lage in den Einsatzgebieten im Verteidigungsausschuss gemacht haben. Auch die liegen uns alle vor. Die unterscheiden sich ja durch die UdP aus meiner Sicht jetzt in zwei Dingen: Erstens findet eine sehr ausführliche, auch politische, Bewertung statt, also nicht nur das Einsatzgeschehen und die Darstellung der Sicherheits- und Bedrohungslage im Konkreten. Und sie bietet auch Raum, sage ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mal, für den Blick nach vorne, den wir eben zusammen miteinander erörtert haben. Deswegen meine Frage: Können Sie uns noch mal sagen, wie diese Vorbereitung des - damals waren es ja nur Männer, glaube ich - Staatssekretärs stattgefunden hat? Woher kamen diese Bewertungen und Informationen für diese Berichte?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Die kamen vom selben Kreis wie auch bei der Erstellung der Unterrichtung des Parlaments. Die Fachlichkeit oder die fachliche Zuständigkeit betraf mit Blick auf den Einsatz in Afghanistan das Referat SE II 1, mit Blick auf die Sicherheits- und Bedrohungslage das Referat SE I 3 und gegebenenfalls Ergänzungen aus der Abteilung „Politik“, hierbei insbesondere Politik II 2 und mit Blick auf mandatsrechtliche Fragen das Referat Politik II 4.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Nun sind aber auch hier ja politische Lageberichte enthalten. Wurden die auch extern, in diesem Fall vom Auswärtigen Amt, zugeliefert oder mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Diese wurden von der Abteilung „Politik“ zur Verfügung gestellt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Okay. Also, da gab es von Ihnen jetzt keine externe, direkte -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: - Eins-zu-eins-Zulieferung, wie wir es vorhin bei der UdP hatten, durch das Auswärtige Amt, sondern das war rein hausintern BMVg.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Richtig.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Das bedeutet, teilweise finden sich in diesen Berichten auch - das ist zum Beispiel jetzt MAT A BMVg-3.155 VS-NfD, Blatt 39 - - Das ist eine Vorbereitung des Parlamentarischen Staatssekretärs für die Sonderunterrichtung des Verteidigungsausschusses am 18. August 2021. Da finden sich auch Aussagen zum Ortskräfteverfahren. Da ist jetzt meine Frage: Wer hat Ihnen diese Passagen zugeliefert?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das Referat SE II 1.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Und auch bei diesen Berichten - - Also, ich frage andersherum: Sind diese Berichte von Ihnen lediglich redaktionell zusammengestellt worden, oder hat es von Ihnen inhaltliche Änderungen der zugelieferten Informationen gegeben?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Nein. Die Berichte wurden zusammengestellt, sprachlich angepasst, auf Plausibilität geprüft. Aber ansonsten haben wir keinen Einfluss auf die Umfänge bzw. auf die Inhalte genommen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Waren Sie, also Ihr Referat, nicht Sie persönlich, beteiligt an den Vorlagen zur Mandatierung der Bundeswehr durch den Deutschen Bundestag?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Mein Referat war dort nicht beteiligt. Das federführende Referat im BMVg war hier Politik II 4.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Nun wissen wir zum Beispiel, dass es Sonderunterrichtungen der Obleute oder der Fraktionsvorsitzenden gegeben hat. Waren Sie an der Vorbereitung solcher Sonderunterrichtungen beteiligt, oder woher kamen nach Ihrer Kenntnis diese Informationen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Die Vorbereitung der Obleuteunterrichtungen erfolgte durch die fachlich zuständigen Referate, nicht durch das Referat SE III 1.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Und die Unterrichtung anderer parlamentarischer Gremien oder Personen, wie zum Beispiel die dann irgendwann einsetzende Information der Fraktionsvorsitzenden beispielsweise?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Gleichmaßen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Gleichmaßen.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ebenfalls durch die Fachreferate.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das heißt, auch die tägliche Unterrichtung zur MilEvakOp, die dann irgendwann eingesetzt hat, ist nicht durch Ihr Referat erstellt worden.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das ist richtig.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. Gut. - Ich muss mal eben überlegen. - Dann habe ich keine weiteren Fragen. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Dann wechselt das Fragerecht zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Guten Tag, Herr B [REDACTED]! Ich würde noch mal auf einige Aussagen eingehen, die Sie jetzt heute schon getätigt haben, bevor ich mit meinen vorbereiteten Fragen weitermache.

Sie haben uns vorhin - „nach der UdP ist vor der UdP“ - die Abläufe ein bisschen geschildert und erzählt, dass Sie immer am Dienstag die inhaltliche Plausibilitäts- und Verständlichkeitsprüfung sozusagen vorgenommen haben. Im Untersuchungszeitraum, gab es da Momente, wo Sie gesagt haben: „Da ist etwas unplausibel, so wie mir das vorgelegt wurde“ oder: „Ich habe den Eindruck, dass etwas fehlt oder etwas zu viel drinsteht, was wir gar nicht so genau wissen“?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Den letzten - -

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, haben Sie substanzielle Änderungen erwünscht, wenn Sie das Dienstag zur Vorlage bekommen haben?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ein Teil Ihrer Frage ist ja eine Wiederholung dessen, was ich gesagt haben soll. Können Sie das noch mal wiederholen? Ich habe den Eindruck, dass da ein Teil dabei war, den ich so nicht gesagt habe.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie als Referatsleiter das erste Mal am Dienstag den Entwurf der UdP bekommen haben und dann Ihre Aufgabe

war, das auf Vollständigkeit und auf Verständlichkeit zu überprüfen. Und wenn jetzt Ihre Überprüfung ergeben hat, dass es entweder nicht vollständig war oder nicht verständlich war, wie sind Sie dann damit umgegangen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ganz banal: Ich habe in dem zuständigen Referat den beitragenden Referenten angerufen oder seinen Referatsleiter und um Erläuterung gebeten und habe angeregt, die entsprechende Passage zu ergänzen oder anzupassen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das haben die gemacht?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Dann hat das Referat darauf reagiert und hat gesagt: „Das können wir nachvollziehen, das ergänzen wir“ oder: „Das ist an anderer Stelle schon bereits berichtet worden und wird deswegen nicht wiederholt.“ Die fachliche Zuständigkeit verblieb in dem Referat. Ich habe angeregt, Dinge zu ergänzen, aber die Zuständigkeit verblieb in dem fachlich zuständigen Referat.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn jetzt die Rückmeldung war: „Das haben wir schon an anderer Stelle unterrichtet, das müssen wir hier nicht noch mal wiederholen“, was waren diese anderen Stellen, auf die dann Bezug genommen wurde?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das waren gegebenenfalls Vorgänge in der UdP oder Vorgänge, die wir in der Vorbereitung des Verteidigungsausschusses bereits getätigt haben oder die über Sofortinformationen bereits verteilt worden waren. Also, in der Regel waren das Vorgänge, die schon veraltet waren, bzw. Vorgänge, die bereits hinreichend beleuchtet worden waren.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, die Informationspflicht über die UdP wird auch kumulativ angesehen, dass sie dann kumulativ erfüllt ist.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Wie darf ich die Frage verstehen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie gerade gesagt haben: Wenn eine Information schon einmal in einer UdP drin war, dann kann das ein Grund sein, sie in der nächsten wöchentlich erscheinenden UdP nicht noch mal zu wiederholen.

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Das ist korrekt. Das gilt insbesondere dann, wenn ein einzelner Vorgang innerhalb der UdP abgeschlossen war. Wenn wir über die Durchführung einer Operation berichtet haben und diese Operation durchgeführt wurde, wir den Abschluss dieser Operation gemeldet haben, gab es aus meiner Sicht kein Erfordernis mehr, dies in der folgenden UdP erneut zu erwähnen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Galt das auch für sicherheitsrelevante Ereignisse wie Anschläge?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Ja. Das würde ja bedeuten bei der Vielzahl der Anschläge, dass wir dann allein mit Blick auf die Anschläge im Verlaufe der letzten zwei Jahre einen erheblichen Umfang nur bei der Erwähnung der Anschläge hätten auführen müssen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wäre denn der Nachteil gewesen, die Anschläge auch mit einem gewissen Zeitlauf nach hinten mehrmals zu erwähnen?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Ich kann mich da nur wiederholen: Ich glaube, es wäre einfach dann im Laufe der Zeit zu viel geworden. Ich müsste jede einzelne UdP hierbei prüfen, wie oft wir Anschläge aus der Vergangenheit noch mal wiederholt haben. Nach meiner Erinnerung haben wir sie, wenn wir sie gemeldet haben, beim nächsten Mal, wenn sie keine weiteren Auswirkungen mehr hatten, nicht mehr erwähnt.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin ja auch eine von den Leserinnen der UdP als Mitglied im Verteidigungsausschuss, und ich gebe zu, dass es mir manchmal schwerfällt, zwischen den UdPs sofort auswendig zu erkennen, was jetzt die neue Information ist und was sozusagen

auch die Wiederholung von UdPs ist, die es vorher gab, weil manche Sachen muss man ja noch mal aufschreiben. Da wäre so ein bisschen die Frage: Haben Sie das im Referat in Bezug auf Afghanistan mal in Erwägung gezogen, da irgendwie kenntlich zu machen, welche Informationen in der UdP neu dazugekommen sind?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Das haben wir in der Tat diskutiert, ob wir, ich sage mal, über Änderungshinweise das tun. Wir haben das verworfen, weil es dazu verleitet, sich nur noch auf diese einzelnen Passagen dann zu fokussieren beim schnellen Durchblättern. Deswegen haben wir entschieden, diese Änderungen nicht kenntlich zu machen oder diese Neuerungen nicht kenntlich zu machen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich würde noch mal auf das Zitat des Kollegen zu den homöopathischen Dosen zurückgehen. Da haben Sie ja auch gerade schon ausführlich noch mal zu beigetragen. Was mich da noch interessieren würde, ist, dass in der Einschätzung, die Sie da referiert haben, ja auch zum Ausdruck kommt, dass die Leserinnen und Leser der UdP eine Verschlechterung der Sicherheitslage zumindest nicht erwarten.

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Nein, das würde ich ihnen nicht unterstellen wollen. Das war nicht mein Rational, sondern mein Rational war, dass wir über die regelmäßige Berichterstattung dann das Ziel erreichen, dass sie die Entwicklung der Sicherheits- und Bedrohungslage kontinuierlich wahrnehmen und damit auch die kontinuierliche Verschlechterung der Sicherheits- und Bedrohungslage wahrnehmen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welchen Beitrag hätte eine - - Das ist jetzt schwierig, ohne Ärger von Herrn Stegner zu bekommen. Aber was ich nicht ganz verstehe, ist: Wenn die Abgeordneten kontinuierlich die Verschlechterung der Sicherheitslage wahrnehmen sollen und gleichzeitig zum Beispiel so etwas wie eine Häufung von Anschlägen in den wöchentlich erscheinenden UdPs nicht sichtbar wird, weil jeder Anschlag nur einmal erwähnt wird, und ich im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Prinzip, um die Verschlechterung zu sehen, mehrere Wochen nebeneinanderlegen müsste und mir dann selber zusammenstellen müsste: „Da gibt es jetzt eine Verdichtung von Anschlägen“ - - Also, das passt für mich nicht so ganz zusammen. Vielleicht können Sie das noch mal ausführen.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Wir berichten in jeder UdP auch über die Gesamtanzahl von Anschlägen, die in diesem Zeitraum von sieben Tagen stattgefunden haben. Wir machen dies kenntlich innerhalb der Karte. Ich gebe Ihnen recht: Die kleine Karte, die als zusätzlicher - -

(Abg. Jörg Nürnberger  
(SPD) hält Unterlagen  
hoch)

- genau - soll nur die Tendenzen innerhalb des gesamten Landes darstellen. Ich wiederhole noch mal ebenfalls den Hinweis, dass der Verschlussgrad dieses Dokumentes VS-NfD letztendlich nur beinhaltet und es entsprechend schwierig ist, diese Informationen mit diesem Detaillierungsgrad in der Einstufung VS-NfD zu veröffentlichen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Sie haben vorhin - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Entschuldigung, wenn ich das noch ergänzen darf: Die Diskussion über die Entwicklung der Sicherheits- und Bedrohungslage wäre ein Thema im Verteidigungsausschuss gewesen. Und die Tagesordnung - darauf darf ich hinweisen - für den Verteidigungsausschuss legt der Verteidigungsausschuss vor. Er entscheidet darüber und nicht wir. Wir tragen im Tagesordnungspunkt 2 die Beiträge vor, die wir selber für bemerkenswert oder vielmehr berichtenswert halten.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Ich würde noch mal zur UdP zurückkommen. Sie haben vorhin beim Kollegen Röwekamp auch ausgesagt, dass natürlich - das ist ja auch eine Binse -, wenn man weniger Personal vor Ort hat, das Lagebild dann auch etwas unvollständiger werden kann. Diese Information, dass sozusagen

durch eine Verschlechterung der Augen- und Ohren-Situation vor Ort auch das Lagebild vielleicht anders zu betrachten ist als vorher, schreibt man so was in die UdP? Also, ich kann nachvollziehen, dass das für Sie total eingängig ist, -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: - und wenn man das so ausgesprochen hört, dann ist das auch als Parlamentarierin verständlich. Die Frage ist, ob das sozusagen eine Annahme ist, wo man voraussetzen kann, dass alle Leserinnen und Leser der UdP wissen: Da geht gerade die Sensorik runter; deswegen muss ich jetzt die UdP anders lesen als vor einem halben Jahr.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: In der Rückschau - und mehr kann ich ja zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht mehr tun - würde ich Ihnen zustimmen, dass ein einzelner Hinweis hierzu empfehlenswert gewesen wäre oder richtig gewesen wäre. Dies haben wir unterlassen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Dann habe ich noch eine Frage zu VS-NfD. Also, das ist für mich total hilfreich jetzt gewesen, wie Sie es auch ausgeführt haben, und es erklärt auch sozusagen die ein oder andere Frustration im Jetzt mit den unterschiedlichen Produkten, die wir sozusagen haben bei sich rasch verändernden Lagen.

Sie haben ganz am Anfang auf das Parlamentsbeteiligungsgesetz verwiesen. Daraus ergeben sich ja Informationspflichten des Parlamentes. Wenn Sie jetzt als koordinierende Stelle feststellen: „Da gibt es jetzt eigentlich einen Informationsdruck; dem können wir aber über die Produkte, die wir haben, nicht nachkommen aus guten Gründen“ - - Also, erst mal: Haben Sie das im Untersuchungszeitraum irgendwann mal so bemerkt, dass Sie gesagt haben: „Die gesetzliche Grundlage verpflichtet uns als Haus, jetzt eigentlich mehr zu informieren, als wir über die Produkte machen können“? - Das ist die erste Frage. Und die zweite: Wenn Sie diesen Druck auch mal gespürt haben, wie sind Sie damit umgegangen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Der Druck entsteht ja insbesondere bei Ereignissen, die uns überraschen oder von besonderer Tragweite sind. Die lassen sich in der UdP insbesondere mit Blick auf den Geheimhaltungsgrad dann schlecht kommunizieren. Dann haben wir eben das Mittel der Sofortinformation genutzt. Das Einsatzführungskommando hat dann über Ereignisse berichtet und hat dann die zuständigen Abgeordneten auch direkt informiert.

Und gleichermaßen haben wir die Obleuteunterrichtung, entweder fernmündlich, wenn es der Geheimhaltungsgrad zulässt, oder im Bundesministerium der Verteidigung im Führungsraum, der dann auch im Einstufungsgrad „Geheim“ die Vermittlung von besonders schützenswerten Informationen ermöglicht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ganz kurz noch: Was ist der Einstufungsgrad von den Sofortinformationen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Der ist in der Regel auch VS-NfD.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Und wenn es darüber hinausgeht, dann müssen wir andere Möglichkeiten finden. Wenn es den Geheimhaltungsgrad „VS-Vertraulich“ oder „Geheim“ erreicht, funktioniert das entweder nur im Rahmen einer Sitzung des Verteidigungsausschusses - dann in dem entsprechenden Format - oder aber im Zuge einer Obleuteunterrichtung bei uns im Haus, im BMVg, im Führungsraum, den Sie ja auch kennen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Den kenne ich.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt jetzt das Fragerecht zur AfD.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr B [REDACTED]! Danke auch, dass Sie heute mit uns hier gemeinsam an unserem Lagebild mitarbeiten.

Nachfrage zur Rolle des BND. Sie haben eben ausgesagt, dass Sie keine direkten Zulieferungen hatten. Ich nehme an, das läuft über Fü S I 3, dass die täglichen Berichte des BND hier ausgewertet werden. Haben Sie zu diesen täglichen Berichten des BND in irgendeiner Weise dann Zugang gehabt, oder waren die Ihnen völlig verschlossen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein, ich habe keinen Zugang bekommen; habe ich aber auch nicht für nötig erachtet.

**Joachim Wundrak (AfD):** Okay.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das zuständige Referat SE I 3 hat diese Informationen zusammengeführt und bewertet.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herr Kapitän, Sie haben am 23. April 2021 ein Informationsschreiben für die Ministerin abgezeichnet. Es ging hier um die mögliche Errichtung eines Führungszentrums Afghanistan, das die Reaktionsfähigkeit des BMVg ab dem 01.05.2021 auf zu erwartende neue Talibanangriffe auf Bundeswehrpersonal erhöhen sollte. Im Schreiben hieß es unter anderem wörtlich - ich zitiere; das ist MAT A BMVg-5.202 VS-NfD, Blatt 146 -:

„Die Taliban (TLB) haben mehrfach mit der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen gegen Koalitionskräfte (CF) gedroht, sollten diese nicht zum 30. April 2021 abziehen. Eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen auch gegen DEU Kräfte ab dem 1. Mai 2021 ist ohne weitere Absprachen mit den TLB weiterhin wahrscheinlich.“

Eine solche Absprache mit den Taliban war Monate zuvor sowohl von Ihrem Nachbarreferat SE I 3 als auch durch den BND vorgeschlagen worden.

Laut MAT A BND-3.309 VS-NfD, Blatt 125 sind Ihre Ministerin, „AKK“ genannt, und Ihr Abteilungsleiter General Schütt Anfang März 2021 durch den BND zur Lage in Afghanistan gebrieft worden. Laut unserer Unterlage sensibilisierten die BND-Beamten Frau Kramp-Karrenbauer für



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Gefahr neuer Talibanangriffe und regten Gespräche deutscher Stellen mit Talibanfunktionären an, um so die zu erwartenden neuerlichen Talibanangriffe auf deutsche Soldaten verhindern zu können. Frau Kramp-Karrenbauer nahm laut BND-Unterlagen dazu wie folgt Stellung - Zitat -:

„- Frau AKK bedankte sich ... bei H... /L...“

- das sind die BND-Beamten -

„ persönlich und unterhielt sich noch mit ihnen; sie wolle BND künftig häufiger nutzen

- Dennoch Tenor BMVg: Es sei politisch nicht vertretbar, mit Taleban zu verhandeln; ... es werde schon nichts passieren, Verluste könne man ohnehin nie ausschließen“

Zitat Ende. - Offenbar stand die Ministerin mit dieser Position allein; denn nicht nur die BND-Beamten, auch Ihr Abteilungsleiter befürwortete während des Briefings offensichtlich separate Verhandlungen mit den Taliban, um deutsche Soldaten zu schützen. Zitat:

„AL SE Gen Schütt äußerte sich ... zunehmend laut in Richtung abweichender Positionen.“

Zitat Ende. -War Ihnen, Herr B [REDACTED], diese Position Ihrer Ministerin bei Abzeichnung Ihres Informationsschreibens Ende April bekannt, und, wenn ja, welche Resonanz fand diese Position der Ministerin damals im Kameradenkreis in Ihrem Bereich? Hat es dazu weitere Diskussionen im BMVg gegeben und, wenn ja, welche?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** In Teilen beziehen Sie sich bei Ihrer Frage, wenn ich es richtig verstehe, auf eine Vorlage, die in der Abteilung SE erstellt worden ist. Die würde ich gerne sehen, bevor ich darauf antworte.

An Gesprächen mit der Ministerin habe ich nie teilgenommen. Insofern kann ich mich zu einzelnen Ausführungen von Teilnehmern nicht äußern.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Wären Sie so freundlich, mir Ihre Frage, die Sie im Zusammenhang mit dem Dokument, meiner Vorlage an die Ministerin - - zu wiederholen?

**Joachim Wundrak (AfD):** War Ihnen diese Position Ihrer Ministerin, die ich Ihnen vorgetragen habe, bei Abzeichnung Ihres Informationsschreibens Ende April bekannt, und welche Resonanz fand diese Position der Ministerin damals in Ihrem Kameradenkreis?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ist nicht diskutiert worden?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, Ihr Abteilungsleiter hat das nie Ihnen gegenüber und Ihren Referatsleiterkameraden erwähnt in den täglichen - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nicht nach meiner Erinnerung. Und die Tatsache, dass der General Schütt lauter geworden ist: Wer den General Schütt kennt, -

**Joachim Wundrak (AfD):** Ich kenne ihn.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** - der wird wissen, dass er gerne laut spricht. Das ist kein besonderes Ereignis.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, okay. - Wussten Sie denn im Frühjahr 2021 aus anderen Quellen über Gründe, dass die Taliban nach dem 1. Mai 2021 dann doch keine deutschen Kräfte mehr angegriffen haben?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Mir waren solche Quellen nicht persönlich zugänglich.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herr Kapitän, Sie haben am 6. August 2021 eine Sprechempfehlung für den Parlamentarischen Staatssekretär Silber-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

horn im Vorfeld einer Obleuteunterrichtung gezeichnet. Das geht aus MAT A BMVg-5.231 VS-NfD, Blatt 42 f., hervor. In dieser Sprechempfehlung findet sich unter der Überschrift „Post Resolute Support“ folgender Passus - ich zitiere -:

„Die erste von vier möglichen Rotationen der Ausbildung afghanischer Spezialkräfte hat am 29. Juli [2021] begonnen. Angesichts des Einstufungsgrades dieser Unternehmung muss ich auf die Angaben zum Durchführungsort verzichten.“

Herr B [REDACTED], können Sie uns bitte mitteilen, in welchem Rahmen die zitierte und einen Monat nach dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan beginnende Folgeausbildung afghanischer Streitkräfte durchgeführt worden ist und welchen Beitrag Deutschland dazu geleistet hat?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Dürfte ich ebenfalls die Ausführungen noch mal - -

**Joachim Wundrak (AfD)**: Gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich kann hierzu keine Ausführungen machen. Es handelt sich hierbei um einen Beitrag des Referates SE I 5, das für den Einsatz der Spezialkräfte zuständig war. Und mit Ausnahme der hier dargestellten Ausführungen kann ich keine Ergänzungen machen.

**Joachim Wundrak (AfD)**: Vielen Dank. - Sie haben - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Damit sind wir am Ende angekommen. - Wir wechseln zum Kollegen Müller-Rosentritt, den ich hier auch herzlich begrüße. Sie haben das Wort.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Vielen Dank, Herr Kapitän zur See, dass Sie sich die Zeit nehmen, uns zu erhellen, und auch antworten. Das finde ich ganz bereichernd.

Ich würde dort weitermachen, wo die Kollegen aufgehört haben - die Fragen, glaube ich, muss man nicht wiederholen -, und würde gern noch mal zu diesem Dokument MAT A BMVg-3.55 zurückkommen, diese E-Mail, die Sie bereits zitiert haben. Ich zitiere:

„Ergänzend wird angemerkt, dass es wohl langsam an der Zeit ist, dem Leser der UdP - wie heute in der MoLa ... vorgeschlagen ...“

Und so weiter; Sie kennen diese Mail. - Das hat ja quasi noch eine weitere Komponente. Das eine ist ja das Thema „homöopathische Dosen“; das wurde ausführlich erörtert. Aber die zweite Komponente heißt ja: „wohl langsam an der Zeit“. Das suggeriert für mich - und ich war selbst zu dieser Zeit Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und kann mich an einige Unternehmungen erinnern, die die Lage für mich subjektiv - - völlig anders dargestellt bekamen, wir Abgeordneten, als wie sie sich tatsächlich dann materialisierte vor Ort.

Deshalb ist die Frage, wenn hier so was steht - es wird wohl so langsam Zeit -: Sind da bestimmte Dinge vorher eben nicht berichtet worden? Weil jetzt wird es ja quasi Zeit. Deshalb die konkrete Frage: Wurden bewusst Punkte oder Einzelheiten in den Unternehmungen des Parlamentes nicht vorgetragen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Vielleicht darf ich abschließend noch mal was zu dem Begriff „homöopathische Dosen“ sagen.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Das ist ja geklärt.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Spätestens jetzt stelle ich fest, dass das ein unglücklicher Begriff war, der zu Missverständnissen geführt hat, die ich zutiefst bedauere.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Ja. Deshalb bin ich auch nicht darauf eingegangen, auf den Punkt, sondern auf den Punkt: Es wird ja wohl langsam an der Zeit sein. - Das heißt ja, man suggeriert, es sind Dinge bekannt, wo ich jetzt anfangen muss, quasi mal zu informieren. Und die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage ist: Wurden bewusst Punkte oder Einzelheiten eben nicht in Unterrichtungen des Parlamentes vorgetragen? Da nehme ich nicht bloß die UdP. Das ist klar; das ist genauso eingestuft, wie Sie sagen. Aber es gibt ja auch noch, haben Sie gesagt, Fraktionen, Ausschuss, Obleute. Also, wurden eben bewusst Punkte oder Einzelheiten nicht in Unterrichtungen des Parlamentes vorge-  
tragen, wenn es quasi jetzt mal an der Zeit wäre?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Nein, es wurden nicht bewusst Informationen zurückgehalten, um das Parlament nicht angemessen zu informieren.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Das heißt, Sie haben also zu jedem Zeitpunkt alle Ihre bekannten Informationen an das Parlament weitergegeben.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Zu dem Zeitpunkt, wo wir sie weitergegeben haben. Wir haben umfassend Bericht erstattet. Ich will nicht sagen, dass ich mit der UdP verheiratet bin, aber ich bin mit ihr seit 2017 intensiv befasst, und das ist ein Produkt, mit dem ich mich intensiv jede Woche auseinandergesetzt habe. Insofern war es auch stets mein Bestreben, das Parlament angemessen zu informieren. Ich habe keinerlei Hinweise bekommen, auf Inhalte zu verzichten oder einzukürzen oder Ähnliches.

In diesem Zusammenhang lege ich auch Wert auf die Feststellung, dass wir bei der Entwicklung der Sicherheits- und Bedrohungslage einen Zeitpunkt erreicht haben, wo wir intensiver darüber Bericht erstatten mussten. Und es war mein Ziel, hierzu die Zustimmung aller einzuholen oder das Verständnis bei allen zu entwickeln, dass es an der Zeit wird, dies zu kommunizieren. Das Medium dafür ist nicht unbedingt die UdP - das haben Sie auch gerade festgestellt -, sondern wir haben es auch in anderen Formaten - -

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Genau. Deshalb ist die Frage ja auch: über die UdP hinaus? Ich wiederhole noch mal die Frage: Haben Sie auch in anderen Runden - Ausschuss, Obleute, auch Fraktionen; das ist ja auch eine Variante - bewusst oder - - Haben Sie da Einzelheiten, die Ihnen bekannt waren, nicht vorgetragen?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Nein.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Okay.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Das schließe ich aus.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Das heißt also: zu jedem Zeitpunkt alle Ihnen bekannten Informationen zur Lage in Afghanistan mit dem Parlament geteilt.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ja.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Okay. - Jetzt haben Sie ja schon gesagt, dass Sie viele Informationen, die Sie bekommen, ja nicht selbst bewerten, weil Sie die Kapazitäten gar nicht dafür haben, gar nicht die Fähigkeiten dazu haben. Also, ist Ihnen denn bekannt, dass die Ihnen zutragenden Dienste vielleicht Informationen zur Verfügung gehabt haben, die sie aber nicht aufschreiben konnten? Das heißt, wurde jemals eine Unterrichtung aus politischen Gründen nicht durchgeführt oder verschoben?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ich wiederhole das, was ich vorhin schon mal gesagt habe: Die Dienste haben mir nicht unmittelbar zugearbeitet. Das lief über das fachlich zuständige Referat SE I 3. Das wurde mir nicht unmittelbar zur Verfügung gestellt; dafür gibt es auch keinerlei Veranlassung.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Okay.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Und um den zweiten Teil Ihrer Frage auch noch zu beantworten: Es gab keinerlei Einfluss, Berichterstattung zu verschieben auf einen späteren Zeitpunkt oder in irgendeiner anderen Form anzupassen.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Jetzt haben Sie ja gesagt, dass das alles retrospektiv ist. Das verstehe ich auch. Trotzdem, ich erinnere mich noch ganz genau, wie die Vorträge waren, insbesondere vom Bundesnachrichtendienst, bis zu der Woche vor dem Überfall der Taliban auf Kabul. Das heißt, die Frage in die Zukunft gerichtet, also damals: War das Parlament, soweit Sie das beurteilen können, vom BMVg vollumfänglich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

über alle Vorgänge und geplanten Maßnahmen informiert? Sie haben gesagt: UdP ist immer Vergangenheit, jetzt wollen wir in die Zukunft gucken. - War denn zu dieser Zeit das Parlament, so wie Sie es beurteilen können, vom BMVG vollumfänglich über alle Vorgänge und geplanten Maßnahmen informiert?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Diese umfassende Frage kann ich alleine so nicht beantworten. Ich kann jetzt nur für meinen Zuständigkeitsbereich erläutern. Das ist die Vorbereitung Tagesordnungspunkt 2 im Verteidigungsausschuss, und das ist die Unterrichtung des Parlaments, und hierfür nehme ich in Anspruch, dass wir das Parlament jeweils vollumfassend informiert haben. Für andere Formate habe ich keine Zuständigkeit. Insofern kann ich dazu keine Ausführungen machen.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Das heißt, Sie sehen auch rückblickend keine Lücken in Ihrer Unterrichtung.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Erlauben Sie mir den Hinweis: -

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Bitte.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** - Es ist eine Frage, die nicht ganz fair ist. Wir sind jetzt alle schlauer, nachdem der ganze Vorgang so schnell, dass es keiner vorhersehen konnte, sich verändert hat zum Nachteil. Aber zu dem Zeitpunkt, wo wir die Berichterstattung durchgeführt haben, glaube ich, behaupten zu können, dass wir vollumfassend mit den Informationen, die wir zu diesem Zeitpunkt vorliegen hatten, auch das Parlament informiert haben.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ich finde das gar nicht so unfair, weil ich nehme Bezug auf Dinge, die wir heute besser wissen; da gibt es genügend. Das wissen wir alle besser. Hinterher ist man immer schlauer. Ich beziehe mich ja bewusst auf diese E-Mail, wo Sie halt eben bewusst ja schreiben oder wo bewusst geschrieben wird, es wird wohl langsam an der Zeit sein. Das suggeriert für mich als objektiven Leser, dass es quasi Dinge

gibt, die man kennt, aber halt eben nicht in vollem Umfang mit jemandem teilen möchte oder eben nicht zutragen möchte. Und deshalb ist es gar keine Frage, dass - was man jetzt sagt - man jetzt schlauer ist, sondern eher eine Frage, finde ich, die sich darauf bezieht, ob Sie vielleicht damals schon mehr gewusst haben, als Sie mitgeteilt haben.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielleicht erlauben Sie mir an dieser Stelle mal einen verfahrensleitenden Hinweis. Also, objektive Leser gibt es natürlich nicht, sondern es gibt immer nur -

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Subjektive.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - subjektive Leser. Aber abgesehen davon, dass Sie auch immer die Frage in sieben verschiedenen Varianten stellen, der Zeuge jetzt mehrmals gesagt hat, dass er jeweils zu jedem Zeitpunkt das ihm Bekannte dem Parlament übermittelt hat, sollten wir, wenn es nicht sozusagen eigene Anknüpfungspunkte gibt, die neu sind, die Frage nicht noch ein paar Mal wiederholen, sondern der Teil ist jetzt, glaube ich, hinreichend beantwortet, was nicht bedeutet, dass man zum Sachverhalt nicht noch fragen kann. Aber es müssten andere Fragestellungen sein; denn meine Fürsorgepflicht für den Zeugen gebietet es auch, darauf hinzuweisen. Wenn eine Frage - auch mit dem Zitat - schon mehrmals gestellt worden ist, dann wollen wir den Zeugen nicht erschöpfen, sondern das Thema. Und deswegen würde ich darum bitten, die Fragen dann auch anders zu formulieren.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Okay. Dann ist das zu diesem Themenkomplex für mich beendet, und ich würde weitere Fragen dann wahrscheinlich schon in der nächsten Runde stellen. Ist das okay? - Okay.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann bedanke ich mich, und wir sind mit dieser Runde dann in der Tat auch am Ende und eröffnen die nächste Runde. Und das Wort hat der Kollege Jörg Nürnberger.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Im Hinblick auf das, was der Vorsitzende jetzt ganz eindrücklich ausgeführt hat, werde ich mich bemühen, die Frage so zu formulieren, dass wir vielleicht trotzdem noch ein Scheibchen, eine Dosis - homöopathisch oder nicht - an Erkenntnisgewinn erhalten können im Hinblick darauf, wie der Prozess war, diese Vielzahl von Informationen, die an vielen verschiedenen Stellen in Ihrem Haus und an den anderen Stellen, die dazu beigetragen haben, bei Ihnen verarbeitet wurde und quasi in dieses Produkt umgesetzt wurde.

Ich könnte Ihnen jetzt diverse Fundstellen aus unseren Materialien, aus den Unterlagen vorlegen, wo ich wieder das Paradoxon aufstellen könnte: Das Verteidigungsministerium hat gewusst, aber in der UdP ist es nicht aufgetaucht. - Wir haben viele dieser Fundstellen. Wo sind aus Ihrer Erkenntnis und aus Ihrer persönlichen Wahrnehmung die Informationen aus allen Teilen des Hauses zusammengelaufen? Und wer hat dann darüber entschieden, was Sie an Informationen zur Verfügung gestellt bekommen haben, um diese UdP zu erstellen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Am Ende laufen die Informationen zur Lage in den Einsatzgebieten in der Abteilung „Strategie und Einsatz“ zusammen, dabei jeweils in dem fachlich zuständigen Referat. Mit Blick auf Afghanistan war das das Referat SE III 4\*, Ereignisse in Afrika Referat SE II 4. Die bewerten die Lage. Dort werden alle Informationen zusammengeführt, zusätzlich dazu die Sicherheits- und Bedrohungslage in der Unterabteilung I, in dem von mir bereits mehrfach erwähnten Referat SE I 3. Das sind die zwei wesentlichen Stellen, die für Informationen auch in meine Richtung dann sorgen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das heißt, allein dieser Grundstock an Informationen war der Ausgangspunkt für die Bearbeitung oder für die Erstellung der Unterrichtung des Parlaments. Also, außer aufgrund Ihrer Plausibilitätsprüfung, die Sie dargestellt haben, gab es für Sie keine Möglichkeiten, noch an zusätzliche Informationen aus dem Hause zu kommen, wenn Sie denn vom Hörensagen, von Gesprächen mit Kollegen, Kameraden

Kenntnis davon erlangt hätten, dass diese Informationen auch noch Einfluss auf die Erstellung der Lage haben könnten.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich konnte, wenn ich andere Informationen hatte oder neuere Informationen hatte, Kontakt mit dem zuständigen Fachreferat aufnehmen, und ich konnte mich zusätzlich auch informieren in der Abteilung „Politik“, in den dafür vorgesehenen Fachreferaten. Wir hatten dann insbesondere einen intensiven Informationsaustausch mit dem Referat Politik II 4, die auch ebenfalls mit dem Engagement in Afghanistan intensiv ja betraut waren, auch aus mandatsrechtlicher Sicht. Insofern konnte ich, wenn ich andere Informationen hatte, diese mir dort verifizieren lassen und dann gegebenenfalls das Referat auffordern, wenn ich das für erforderlich achtete, dann zu ergänzen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt ist ja der Wortlaut des § 6, Unterrichtungspflicht, nach dem Parlamentsbeteiligungsgesetz ein sehr dürrer. Da steht drin:

„Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag regelmäßig über den Verlauf der Einsätze und über die Entwicklung im Einsatzgebiet.“

Sie haben vorhin mehrfach betont, dass Sie nur tatsächliche Ereignisse in diesem Bericht aufgeführt haben. Ist es denn allerdings nicht so - und offensichtlich vom Wortlaut dieser gesetzlichen Norm auch durchaus gedeckt -, jedenfalls solche Ereignisse aufzuführen, die Anlass geben, bestimmte zukünftige Entwicklungen als sehr nahe liegend zu bewerten?

Also, wir haben zum Beispiel - - Ich kann Ihnen ein Beispiel zitieren. Es gab im BMVg interne Dokumente, Prognosen zur Empfehlung der Lage, zum Beispiel eine Sprechempfehlung vom 05.11.2020 in der Staatssekretärsrunde; MAT A BMVg-4.165 VS-NfD, Blatt 8 bis 9. Dort heißt es:

„Für einen operativen Erfolg der ANDSF ist insbesondere der Einsatz der afghanischen Luftstreitkräfte essentiell.“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Auch eine Binsenweisheit.

„... die TALIBAN werden weiterhin alles daransetzen, das USA-TALIBAN-Abkommen zu erfüllen, um ihre strategischen Ziele (Abzug aller internationalen Truppen, Errichtung islamisches Emirat) zu erreichen.“

Also, innerhalb des Hauses gab es die Information, dass die afghanische Armee dann zusammenbrechen wird, wenn die Luftunterstützung, der Close Air Support, nicht mehr von den afghanischen Streitkräften selber erstellt werden kann. Wir haben aber diese, wenn Sie so wollen, im engeren Sinn Prognoseentscheidung - aber eigentlich auf Grundlage feststehender Tatsachen - in dieser Form nie in den Unterrichtungen des Parlaments gefunden. Gibt es einen Grund, warum solche naheliegenden Dinge auch in Übereinstimmung mit dem Wortlaut der gesetzlichen Vorschrift nicht in die Unterrichtungen des Parlaments aufgenommen worden sind?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Eine schlichte, aber vielleicht auch nicht ganz befriedigende Antwort wäre: Das würde nach meinem Verständnis außerhalb des Einstufungsgrades VS-NfD innerhalb der Unterrichtung des Parlamentes nicht aufführen. Das wäre ein Produkt oder ein Hinweis, den ich eher im Verteidigungsausschuss erwarten würde oder in einer Obleuteunterrichtung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es ist mir gerade auch von meiner Mitarbeiterin noch mal bestätigt worden: Auch im Verteidigungsausschuss ist genau dieser Punkt eben auch nicht angesprochen worden. Und ob es VS-NfD ist oder -Vertraulich, darüber lässt sich - jedenfalls zu einem bestimmten Zeitpunkt - dann trefflich streiten. Es gab viele Informationen in Ihrem Hause, aber nicht alles ist bis ans Parlament vorgedrungen. Und mich interessiert nach wie vor: Wo war der Filter?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich kann diese Frage nicht hinreichend beantworten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann fällt uns auf, dass in hausinternen Materialien tatsächlich, was Bedrohungs- und Gefährdungslage betrifft, häufig auch sehr viele statistische Angaben, Zahlenwerke vorliegen, die dann aber im Rahmen der Unterrichtung des Parlaments in - wie haben Sie es vorhin formuliert? - für Parlamentarier verständliche Worte formuliert wurden. Aber warum hat man die Parlamentarier nicht mit den harten Fakten konfrontiert, die Zahlen dargestellt, sondern dann am Ende die Worte „hoch“, „niedrig“, „steigend“, „sinkend“ - - mit diesen qualitativen Begriffen konfrontiert?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Hier werden zwei Dinge, glaube ich, miteinander verwechselt. Mein Ziel, erstens die einzelnen Beiträge sprachlich anzupassen und verständlich zu machen, diente einfach der allgemeinen Verständlichkeit. Das sollte nicht Einfluss darauf nehmen, dass wir Zahlen nicht erwähnen. Ich habe hier gerade ein Produkt, wo wir tatsächlich die Anzahl der Anschläge zusammenfassen und nicht nach „hoch“, „niedrig“ oder Ähnlichem. Also, das Ziel der sprachlichen Anpassung war nicht dazu gedacht, Informationen dadurch zu unterdrücken, sondern sie einfach nur verständlicher zu machen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich möchte jetzt auf ein Beispiel aus einer Obleuterunde kommen. Wir haben zum Beispiel eine Karte über die Raumkontrolle der Taliban vorliegen aus dem BMVg vom 16. Juli 21. Es handelt sich um MAT A BMVg-3.165 VS-NfD, Blatt 373. In der Kontrolle der Taliban liegen demnach Mitte Juli 2021 55 Prozent der Gebiete, 27 seien umkämpft und 18 liegen im Einfluss der ANDSF. Im Einfluss der ANDSF befinden sich Kabul und angrenzende Distrikte.

Drei Tage vorher berichtet das BMVg den Obleuten des Verteidigungsausschusses in MAT A AA-8.281 VS-NfD - also immer nur VS-NfD; übrigens, auch das vorige Dokument über die ANDSF war VS-NfD, war nicht -Vertraulich - darüber, dass es eine beunruhigende Entwicklung der Sicherheitslage und ein überraschend schnelles Vorankommen der Taliban im Norden gebe. Haben Sie eine Erkenntnis darüber, wie konkret weitere Inhalte besprochen wurden? Wurden die Obleute auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

über die erhebliche Steigerung der Raumkontrolle von Juni 14 Prozent bis Juli 55 Prozent informiert?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich bin - - oder das Referat SE III 1 ist nicht zuständig für die Vorbereitung der Obleuteunterrichtung. Es lag in der Zuständigkeit des Fachreferates, in diesem Fall SE II 1 in Verbindung mit Politik II 4 und SE I 3. Insofern habe ich zu diesem Inhalt keine Kenntnis und habe auch an der Obleuteunterrichtung nicht teilgenommen. Insofern kann ich auch nicht nachvollziehen, in welchem Umfang es dort diskutiert wurde.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Zum Thema Bedrohungslage. In den Unterrichtungen des Parlaments wird in einer Miniaturkarte - und ich habe sie Ihnen einmal herausgesucht,

(Abg. Jörg Nürnberger  
(SPD) hält Unterlagen  
hoch)

und Sie haben mir bestätigt, dass die so anschauen; die gab es allerdings in farblicher Version, nicht in Schwarz-Weiß, wie ich sie hier habe - - werden innerhalb dieser größeren Karte, also im Rahmen - und das ist ungefähr ein Drittel einer Seite A4 - - Und ich beziehe mich hier, damit es auch fürs Protokoll feststeht, auf MAT A BMVg-3.138 VS-NfD, Blatt 6, und dann kommen noch ein paar andere in der Folge. Diese Karten sind wirklich sehr klein, und wir haben versucht, sie zu vergrößern. Es fehlen auch Details, es fehlt auch eine Legende dazu, um die Kartenfärbung überhaupt nachvollziehen zu können. Können Sie uns erklären, aus welchem Grund diese Karten so klein dargestellt waren, und sind Sie davon ausgegangen, dass es keine wesentliche Informationsquelle für die Parlamentarier ist?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Der wesentliche Inhalt sollte durch die Sprache, durch den Text dokumentiert und eben nur grafisch unterstützt werden. Insofern habe ich die damalige Größe der Karten für hinreichend erachtet. Das Fehlen der Legende ist tatsächlich ein Fehler.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Es wurden im Untersuchungszeitraum nur drei Karten mit jeweils veränderter Bedrohungslage verwendet; sonst blieben diese, soweit man das in diesem Miniaturformat erkennen kann, gleich. Es gibt eine Karte vom 04.03. bis 06.05.20, MAT A BMVg-3.135 VS-NfD, Blatt 7, eine Karte zur Bedrohungslage vom 29.07. bis 11.11.2020 - das ist auch ein Zeitraum über mehrere Monate -, MAT A BMVg-3.3137 VS-NfD, Blatt 6, und eine Karte vom 18.11.2020 bis 30.06. - also ein Zeitraum von über einem halben Jahr -, MAT A BMVg-3.139 VS-NfD, Blatt 738. Wurden diese Karten in den UdPs in der Zwischenzeit auf Veränderungen geprüft und aktualisiert beigelegt, oder gab es keinen Anlass für Änderungen, weil die Karten offensichtlich, jedenfalls nach unserer Auffassung, während des gesamten Zeitraums, jeweils dieser drei genannten Zeiträume, unverändert waren?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich würde sie gerne sehen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Wenn ich Ihre Frage richtig in Erinnerung habe, ist der Vorwurf, dass sich die kleinen Karten nicht verändert hätten. Ist das richtig?

(Abg. Jörg Nürnberger  
(SPD) nickt)

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Jeweils in den drei genannten Zeiträumen.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Gut.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Die drei Karten selber dürften in Details voneinander abweichen, -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das ist richtig. Das tun sie auch.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: - aber auch nur mit Lupe.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich habe nur eine Brille und erkenne das auch. Aber ich gebe zu, das sind



## Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich in Nuancen Änderungen, die dort zu erkennen sind. Die Prüfung erfolgt durch das Referat SE I 3, ob die Karten anzupassen sind oder nicht. Mit meiner Plausibilitätsprüfung habe ich den Anpassungsbedarf nicht gesehen und habe dann diesen vorliegenden Entwurf auch entsprechend gebilligt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich beziehe mich auf ein internes BMVg-Briefing der Verbindungsoffiziere Bundeswehr - MAT A BMVg-4.537 VS-NfD, dort die Blätter 24, 28, 33 und 38 -, nach dem es auch große, detailreiche Karten mit deutlich abgegrenzten Distrikten gab, die durch Änderungen der Kartenfärbung sehr deutlich eine zugespitzte Bedrohungslage gerade in dem von mir oben bereits angesprochenen Zeitraum 19.01.21 bis 20.04.21 zeigen. Wir konnten in diesen Karten, die uns aus den UdPs vorgelegt haben, diese Veränderungen nicht wirklich deutlich ablesen. Sie haben gerade geschildert, wer dafür zuständig war. Können Sie uns auch sagen, warum das in diesen Zeitabständen erfolgt ist und warum man nicht auf Material zurückgegriffen hat, das offensichtlich anderswo auch tatsächlich wieder vorgelegen hat? Lag es dann auch in der Verantwortung des Referats, das Ihnen die Informationen zugeführt hat?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das ist korrekt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich formuliere ein bisschen zugespitzt. Dass dem BMVg augenscheinlich nicht bewusst war, dass die übermittelten Informationen zu Afghanistan nicht ausreichten, zeigt sich unserer Auffassung nach in einem Vermerk von Brigadegeneral Ansgar Meyer zu einer Obleuteunterrichtung des Verteidigungsausschusses am 10. Dezember 2020 - Bezug ist MAT A BMVg-5.151, Blatt 195 -, in dem er schreibt, dass die MdBs überrascht von der Sicherheitslage seien. Unverständnis darüber lässt Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, erkennen. Auf Blatt 192 derselben Fundstelle schreibt er:

„Mich erstaunt, dass die MdB über die Sicherheitslage derart überrascht sind. M.E haben wir das doch hinlänglich in der UdP

oder, wenn der TOP2 mal aufgerufen wurde,“

- wir wissen, der kommt nicht jedes Mal dran, Herr Kollege und Frau Kollegin -

„im Ausschuss dargelegt. Die „rote“ Karte hat ja dazu ebenfalls ihren Beitrag geliefert.

Ich meine, wir müssten hier nochmal nachschärfen ...“

Kennen Sie diesen Vermerk?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich müsste ihn sehen, um das beantworten zu können.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Nein, der Vorgang ist mir nicht bekannt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann möchte ich mich darauf beziehen, nachdem der höchste militärische Vorgesetzte der Bundeswehr und militärische Berater der zivilen Leitung des Hauses die Meinung geäußert habe, man müsse hier noch einmal nachschärfen, ob tatsächlich auf dem Dienstweg zu Ihnen gelangt ist, dass hier in der UdP eine Nachschärfung, eine Veränderung der Situation der Erstellung des Vorgehens notwendig sei.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich glaube nicht, dass die Zuspitzung der Lage oder die Information gegenüber den Abgeordneten, insbesondere den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses, über das Medium UdP der richtige Weg gewesen wäre, sondern über die Vermittlung innerhalb des Tagesordnungspunkt 2 oder aber auch auf Anfrage der Abgeordneten, wenn die Tagesordnung festgelegt wird.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es steht aber tatsächlich auch in diesem Vermerk, dass die Überraschung der Abgeordneten Verwunderung aufseiten des BMVg hervorgerufen hat. Können Sie sich vorstellen, dass Abgeordnete aufgrund dieser Unter-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

lagen, die ihnen zur Verfügung stehen, überrascht sind, dass sich eine Entwicklung abzeichnet?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Jetzt erwarten Sie von mir, dass ich mich in die Lage eines Abgeordneten hineinversetze. Das werde ich nicht tun.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Dann möchte ich die Frage noch einmal andersherum formulieren. Aus Ihrer Sicht waren die Informationen sowohl in den Obleuteunterrichtungen - weil auch darauf hat sich das bezogen - als auch in den UdPs hinreichend, um Überraschungen der Abgeordneten zu vermeiden, weil sie derart vollumfänglich waren, um die Situation vollständig zu begreifen und zu erfassen als Abgeordneter?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Dieser Aussage stimme ich zu. Nach den Informationen, die wir zur Verfügung stellen, auch aus dem Bereich, für den ich zuständig bin, würde sich aus meiner Bewertung heraus ein umfassendes Bild darstellen.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Gut. - Ich habe noch eine Fundstelle. Wir haben in den Akten ein Dokument gefunden, eine E-Mail vom 18.08.2021, MAT A BMVg-5.49 VS-NfD, in der Sie Herrn General Schütt, den Abteilungsleiter SE, und seinen Stellvertreter, Brigadegeneral Hoppe, einen Zeitstrahl schicken, der die Ereignisse der laufenden militärischen Evakuierungsoperation darstellt. Sie schreiben dazu:

„Aus meiner Sicht stimmen die handlungsleitenden Daten mit den unsrigen überein. Ablagen sollten wir angesichts einer etwaigen Suche nach Verzögerungen und Verursachern vermeiden.“

Können Sie mir die Begrifflichkeit und den Inhalt dieses zweiten Satzes mit den Ablagen erläutern und wieso Sie in dieser Nachricht davon ausgegangen sind, dass eine etwaige Suche stattfinden könnte?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich müsste das Produkt einmal sehen, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Bei der hier fraglichen Mail ging es mir darum, deutlich zu machen, dass wir Zeit damit verschwenden, wenn wir innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung nach den Verursachern von Ablagen suchen, sondern dass wir, wenn die Ergebnisse von Pol und unseren Erkenntnissen im Wesentlichen übereinstimmen, diese dann auch so transportieren. Es geht mir nur um die Tatsache, dass wir nicht Zeit damit verschwenden, nach Details oder nach Verursachern von kleinen Fehlern zu suchen, sondern die wesentlichen Übereinstimmungen dann auch zu transportieren.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Ganz kurze Nachfrage - und dann würde ich gerne noch an den Vorsitzenden übergeben -: Wer hätte denn etwas suchen können, hausintern oder der politische Raum?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ja, hausintern.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Dann würde ich gerne noch eine Frage stellen und in der gleichen Baustelle mich noch mal versuchen, die der Kollege Nürnberger eben bearbeitet hat, wobei es ja nicht um die Frage geht, dass Sie sich in Abgeordnete hineinversetzen, aber, wenn Sie etwas verfassen, in den Leser des von Ihnen Geschriebenen hineinversetzen müssen, sonst kann man ja Antworten nicht - - kann man das ja nicht schreiben.

Also, da Sie jetzt hinreichend ausgeführt haben, dass Sie immer alles, was Sie wussten, auch weitergegeben haben, würde ich jetzt vor dem Hintergrund, dass Sie das für einen bestimmten Leserkreis verfasst haben - das sind jetzt Abgeordnete -, von Ihnen erfragen, welche Form von Komplexität Sie für erforderlich gehalten haben, damit denen, die das lesen, die ja nicht wie Sie das verfasst haben und nicht jeden Tag damit befasst sind, sondern als Abgeordnete viele Zuständigkeiten haben, jedenfalls keine wesentliche



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Veränderung entgeht. Ist das auch in der Nachbetrachtung dessen, was Sie verfasst haben, so, oder mit welcher Grundhaltung gegenüber dem, was Ihre Leser erfassen können, haben Sie das verfasst?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: In der Rückschau mit dem Wissen, das wir heute haben?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das überlasse ich Ihnen, ob das eine Veränderung bedeutet gegenüber dem - - Aber zunächst einmal bezogen auf Ihre damalige Einschätzung.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: In der damaligen Situation glaube ich, dass es - - Ich fange noch mal neu an. Die UdP richtet sich an alle Abgeordnete des Parlamentes. Und damit richtet sie sich in der überwiegenden Mehrheit an Abgeordnete, die mit den Vorgängen, mit dem Einsatz in Afghanistan nicht jeden Tag vertraut sind. Für diese Zielgruppe ein Produkt jede Woche zu erstellen, ist ausgesprochen schwierig, weil der Wissensstand über den Einsatz eben unterschiedlich stark ausgeprägt ist und auch das Interesse für den Vorgang. Ich wage die Vermutung, dass nicht jeder Abgeordnete jede Woche die Unterrichtung des Parlamentes liest, weil er andere Aufgaben hat. Mit Blick auf die Abgeordneten im Verteidigungsausschuss, glaube ich hingegen, ist das eine relativ zielgerichtete Information gewesen, die dort sicherlich auf fruchtbaren Boden, was den Informationsgehalt angeht, gefallen ist.

In der Rückschau, mit dem Wissen von heute und der Geschwindigkeit der Entwicklung innerhalb Afghanistans in den letzten Monaten bis zum Zusammenbruch der Regierung, in der Rückschau würde ich sagen, hätten wir mehr Gewicht auf einzelne Details legen müssen. Aber dann wiederum verfangen wir uns in einer Komplexitätsfalle und verlassen dann wieder den allgemeinverständlichen Teil. Das ist eine ausgesprochen große Herausforderung, für so ein breites Spektrum ein Produkt zu erstellen, das jeder versteht, um die notwendigen Schlussfolgerungen für sich und sein eigenes Handeln herauszuziehen.

Aber ich wiederhole das: In der Rückschau, mit dem Wissen von heute, mit dem Wissen, wie sich die Situation entwickelt hat, hätte ich - ich beziehe das ausschließlich auf mich und meine Zuständigkeit - vielleicht an der einen oder anderen Stelle mehr Gewicht auf die Analyse der Sicherheits- und Bedrohungslage legen müssen. Ich weise aber darauf hin, dass dies ureigenstes Kerngeschäft, Tagesordnungspunkt 2 im Verteidigungsausschuss, ist und weniger in der Unterrichtung des Parlamentes.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen herzlichen Dank. - Dann gebe ich jetzt weiter an den Kollegen Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau. - Herr B [REDACTED], ganz herzlichen Dank noch mal. - Ich würde auch an der Stelle noch mal nachfragen, weil ich teile Ihre Einschätzung, dass es im Hinblick auf die unterschiedlichen Empfänger auch unterschiedliche Berichtsinhalte und -intensitäten gegeben hat. Deswegen würde ich es noch mal vielleicht anders formulieren. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie mit der UdP auch aus heutiger Sicht das Parlament jederzeit vollständig und zutreffend unterrichtet haben?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Im Hinblick auf die Vorbereitung der politischen Führung auf die Beratungen im Verteidigungsausschuss - in der Regel durch den Staatssekretär - jetzt meine Frage: Sind Sie der Auffassung, dass mit dem Wissen von heute Ihre Vorbereitung für diesen Teil Ihrer Berichterstattung jederzeit vollständig und zutreffend gewesen ist? Oder andersherum gefragt: Würden Sie mit dem Wissen von heute sagen: „Da haben wir auch was nicht richtig bewertet“?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Den schnellen Zusammenbruch der afghanischen Regierung hat niemand vorhersehen können. Ich wage die Behauptung, dass auch in Afghanistan alle von dieser Entwicklung überrascht gewesen sind, dass das so schnell passieren konnte. Das haben wir mit dem Engagement, das wir die Jahrzehnte zuvor



## Nur zur dienstlichen Verwendung

geliefert haben, mit der materiellen und personellen Unterstützung, die wir geleistet haben, nicht erwartet.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann wollte ich noch ein kleines Missverständnis zwischen uns ausräumen - -

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Entschuldigung. Ich würde das gerne - -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ach so. Entschuldigung. Ich dachte, die Pause wäre ein Ende.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Nein, ich möchte nur - - Ich beziehe das ausschließlich auf mich und meine Aufgaben, nicht auf „wir“. Ich habe das nicht vorhergesehen, und entsprechend war meine Berichterstattung nach bestem Wissen und Gewissen so ausgelegt, wie ich es getan habe.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank für diese noch mal klarstellende Ergänzung. - Jetzt wollte ich noch ein anderes oder ein Missverständnis, das zwischen uns in der letzten Runde vielleicht entstanden ist - - Ich hatte zunächst so verstanden, dass Sie gesagt haben, Sie wären an der mündlichen Unterrichtung der Obleute nicht beteiligt gewesen. Nun gibt es aber ja natürlich eine inhaltliche Vorbereitung auf diese Obleuterunde, und die trägt jeweils Ihren Briefkopf. Also, wir können es Ihnen auch gern zeigen, wenn Sie es - -

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ich bitte darum.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, das ist dann unsere Anlage 3.14. Das MAT A BMVg-3.155 VS-NfD, Blatt 4, beispielsweise. Ich lege Ihnen das mal eben vor.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Mein Hinweis, dass wir oder dass das Referat SE III 1 nicht zuständig war, ist sicherlich auch durch die Tatsache begründet, dass sich das im Laufe der Jahre immer wieder ändert, und zurzeit sind es die Fachreferate, die das machen, und nicht III 1.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Wir legen es Ihnen gerade vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Genau. Deswegen noch mal meine Frage: Diese Vorlage stammt aus Ihrem Referat, -

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - ist bei Ihnen bearbeitet und am Ende auch von Ihnen in die Hierarchie nach oben geschrieben worden.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ist das richtig?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ja, das ist richtig.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das heißt, Sie haben doch an der Vorbereitung der mündlichen Unterrichtung der Obleute mitgewirkt, auch wenn Sie selber an der Obleuterunde, wie Sie eben noch einmal gesagt haben, nicht teilgenommen haben.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ja, das ist richtig. Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann ist meine Frage: Wenn Sie diesen Bericht jetzt mal nehmen und mal sozusagen auf den Berichtsinhalt blättern - Seite 12 fängt das an -, da gibt es immer die Rubrik - - Also, es gibt Überschriften, „Sachstand zum Abzug aus Afghanistan“, dann, später, taucht die Überschrift „Sachstand zum Ortskräfteverfahren Afghanistan (Bedrohungslage der Ortskräfte und Verfahren)“ auf, und unter diesen beiden Überschriften - beide unter „Afghanistan“ - ist immer unterschieden zwischen Kernbotschaft und Sprachempfehlung. Und jetzt meine Frage: Woher stammen diese Texte? Haben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie die verfasst, oder sind das auch Zulieferungen anderer Referate gewesen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das sind Zulieferungen anderer Referate, die wir sprachlich angepasst haben. Zwischenzeitlich bestand der Wunsch aus dem Büro der Staatssekretäre, dass wir voran eine Kernbotschaft erstellen. Die ist regelmäßig von uns zusammengefasst worden aus den Sprechempfehlungen. Aber die Inhalte werden grundsätzlich von den fachlich zuständigen Referaten zur Verfügung gestellt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. Nur damit ich Sie ri -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Kollege Röwekamp, darf ich noch mal kurz unterbrechen? Weil ich bin mir nicht ganz sicher, ob das vorher richtig protokolliert war, was davor war. Sie haben nach der Obleuterunde gefragt, die der Zeuge sozusagen vorbereitet hat. Sie hatten das aber pars pro toto für die Obleuterunden gemeint.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich habe nur beispielhaft eine - - Es gibt noch eine weitere Vorlage für die Obleuterunde, die auch Ihren Briefkopf trägt. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Im Plural.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - genau - klar-gestellt haben, dass Sie an der Vorbereitung der Obleuterunden - Plural - in diesem Zeitraum mit-gewirkt haben.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. Ich wollte das nur - - damit es richtig im Protokoll steht. - Danke.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nur noch mal zum Verständnis: Das heißt, das, was sich hier unter „Sprachempfehlung“ findet, ist Ihnen zu geliefert worden, -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Richtig.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - und Sie haben daraus aber die Kernbotschaft abgeleitet.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Weil die Fachreferate regelmäßig auf die Erstellung der Kernbotschaften verzichtet haben, insbesondere weil es oftmals unter zeitlichem Druck entstand, haben wir regelmäßig die Kernbotschaften dann versucht zu erstellen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Es findet sich in den Sprachempfehlungen teilweise eine Zuordnung in „aktiv“ und „reaktiv“.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Diese Zuordnung, wurde die von Ihnen vorgenommen, oder war das auch die Zulieferung aus dem Fachreferat?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Auch die Zulieferung aus den Fachreferaten, basierend auf der Erwartungshaltung, dass es Rückfragen gibt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. - Dann würde ich meine Frage von vorhin jetzt in Bezug auf die Obleuterunde gerne stellen wollen. Haben Sie mit dem Wissen von heute den Eindruck, dass Sie die Obleute - - dass die Vorbereitung für die Obleuterunde, die Sie nach oben zum Staatssekretär zugeliefert haben, jederzeit nach Ihrem aktuellen Wissensstand zutreffend und vollständig zusammengefasst haben?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich wiederhole meinen Vorwurf von vorhin: Das ist nicht unbedingt eine lautere Frage. Mit dem Wissen von heute sind wir immer schlauer. Ich kann für mich in Anspruch nehmen, dass wir zu dem Zeitpunkt, wo wir diese Unterlagen erstellt haben, die Informationen, die uns zur Verfügung standen, auch transportiert haben.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. - Dann habe ich eine abschließende Frage: Wurde jemals an Sie aus dem parlamentarischen Raum oder aus der Hausleitung der Wunsch herangetragen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

qualitativ oder quantitativ an den UdP und/oder an der Vorbereitung der Obleuteunterrichtung und/oder an der Vorbereitung der Berichterstattung zu TOP 2 im Verteidigungsausschuss Änderungen, Ergänzungen, Veränderungen vorzunehmen?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ich glaube, außerhalb dieses Zeitraums, für den der Untersuchungsausschuss zuständig ist, hat einer der Generalinspektoren angewiesen, die Unterrichtung des Parlamentes insgesamt auf den Prüfstand zu stellen und zu prüfen, ob es andere Möglichkeiten des Transportes gibt. Wir haben entsprechende Vorschläge unterbreitet, und am Ende sind es lediglich Anpassungen des bestehenden Formates gewesen. Es hat nach meinem Kenntnisstand - - Also, an mich wurde aus dem parlamentarischen Raum keine Kritik an der Unterrichtung des Parlamentes in seiner Form geäußert.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das war die UdP, sozusagen jetzt mit dem Empfängerhorizont „Abgeordnete“. Hat es bei Ihnen zu irgendeiner Zeit während des Untersuchungszeitraums Nachfragen aus dem parlamentarischen Raum zum Inhalt der UdP gegeben?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Nein.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann in Bezug auf Obleuterunde und, ich sage jetzt mal, Vorbereitung Berichterstattung TOP 2 Verteidigungsausschuss: Hat es dort zu irgendeiner Zeit Reaktionen auf Ihre Berichte gegeben im Hinblick auf Richtigkeit, Vollständigkeit oder Veränderungswünsche?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Aus dem parlamentarischen Raum?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nein, in dem Fall von dem Empfänger. Das sind ja andere Empfänger. Das ist ja in der Regel dann der Staatssekretär gewesen.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ja. Neben der bloßen Erstellung bin ich am Vortag der Unterrichtung

des Parlamentes dann persönlich beim Staatssekretär zur Einweisung gewesen und habe ihn in die Inhalte eingewiesen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Entschuldigung, darf ich eben? - „Unterrichtung des Parlamentes“, haben Sie jetzt gesagt.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Entschuldigung. In der Vorbereitung des Verteidigungsausschusses, Tagesordnungspunkt 2, habe ich den Staatssekretär persönlich unterrichtet, habe ihn eingewiesen in Inhalte, die wir transportieren wollen. Und wenn es Ergänzungsbedarfe aus Sicht des Staatssekretärs gegeben hat, haben wir die unmittelbar eingearbeitet, unter Einbindung der fachlich zuständigen Referate.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Aus der Antwort schließe ich, dass es Veränderungsbedarf oder Ergänzungsbedarf gegeben hat. Könnten Sie das noch mal ein bisschen beschreiben, also vielleicht an einem Beispiel deutlich machen, was der Wunsch war, was geändert werden sollte gegenüber Ihrer ursprünglichen Vorlage?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ich kann Ihnen kein konkretes Beispiel aus dem Zeitraum bis 21 konkret benennen. In der Regel waren das zusätzliche Erläuterungen zu einem einzelnen Vorgang, um ihn verständlicher zu machen. Es gab zu keinem Zeitpunkt die Vorgabe, in den Unterlagen, die ich vorgelegt habe, Streichungen vorzunehmen. Im Übrigen ist der Staatssekretär natürlich, wenn er vorträgt, selber dafür zuständig, welche Teile er transportiert oder nicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann noch mal, anders gefragt: Sind Sie zu irgendeinem Zeitpunkt gebeten worden, aus den von Ihnen erarbeiteten Vorlagen generell aus politischen Gründen Veränderungen oder Weglassungen vorzunehmen?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Nein.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Haben Sie im Nachgang zu den jeweiligen Sitzungen des Ver-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

teidigungsausschusses oder der Obleuteunter-  
richtung ein Feedback bekommen, wie es gelau-  
fen ist?

**Zeuge U** **B**: Ja. Aus dem Büro des  
Parlamentarischen Staatssekretärs wurde ein  
Feedback gegeben bzw. durch den ebenfalls vor  
Ort befindlichen Abteilungsleiter oder seinen  
persönlichen Referenten. Über die haben wir ein  
Feedback bekommen, insbesondere zu den mög-  
lichen Rückfragen, die es bei der Befassung ge-  
geben hat, sodass wir das gegebenenfalls beim  
nächsten Mal nochmals mit aufnehmen können  
oder verbessern können.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Können Sie Bei-  
spiele nennen, in denen das Feedback Ihnen ge-  
genüber, was Qualität oder Quantität der Vorbe-  
reitung betrifft, kritisch war?

**Zeuge U** **B**: Nein, das kann ich  
Ihnen nicht - - Da kann ich keine Beispiele geben.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich habe keine  
weiteren Fragen. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Ich würde gerne  
kurz eine Erläuterung machen, bevor ich das Fra-  
gerecht weitergebe an die Frau Kollegin Nanni.  
Anders als bei anderen Sachverhalten lassen wir  
hier auch Fragen zu, die sich auf die Frage bezie-  
hen: „Wie beurteilen Sie das aus heutiger Per-  
spektive?“, und zwar aus folgendem Grund: Hier  
reden wir nicht nur über Fakten, die einem sozu-  
sagen zu einem bestimmten Punkt erinnerlich  
sind oder auch nicht, sondern hier reden wir  
über Kommunikation und die Frage, warum  
Dinge in Kommunikation enthalten waren oder  
nicht. Das enthält in hohem Maße eine subjektive  
Seite, nämlich die der Leserinnen und Leser.  
Deswegen ist das nicht leicht voneinander zu  
trennen, und deswegen kann man auch zu Be-  
wertungen kommen, die vielleicht heute anders  
aussehen als zum damaligen Zeitpunkt.

Das ist der Grund, warum wir ein bisschen groß-  
zügiger sind, was die Formulierung solcher Fra-  
gen betrifft. Und ich glaube, dass das auch zu-  
lässig und notwendig ist; sonst kann man Kom-  
munikation nicht vernünftig beurteilen. Das

haben wir normalerweise anders, wenn es sich  
schlichtweg auf Fakten bezieht, weil die ändern  
sich ja nicht durch die zeitliche Betrachtung.

Jetzt ist Frau Kollegin Nanni dran.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen  
Dank. - Ich würde einmal einsteigen mit einem  
Vorhalt, und zwar geht es um MAT A BMVg-3.65  
VS-NfD, Blatt 6 f. [sic!] Da geht es auch um den  
Komplex „Was soll wie in der UdP stehen?“, und  
zwar ist das eine Vorlage von Oberst P vom  
06.05.2020 an den Abteilungsleiter Schütt zur  
Entscheidung. Sie waren damals in Mitzeich-  
nung. Ich zitiere:

„1. Zeitnahe Übernahme der ak-  
tualisierten Bedrohungslage-  
karte“

- einschließlich der Aktualisierung der Anlage 3 -

„in die Unterrichtung des Par-  
laments über die Auslands-  
einsätze der Bundeswehr ...  
ohne Kommentierung.

2. Vorbereitung einer reaktiven  
Sprechempfehlung für die Sit-  
zung des Verteidigungsaus-  
schusses des Deutschen Bun-  
destages ... am 13. Mai 2020  
...“

Wir sind jetzt noch sehr weit weg von der soge-  
nannten heißen Phase. Ich würde diesen Vorgang  
einmal zum Anlass nehmen, Sie zu fragen, wie  
im BMVg Ihrem Eindruck nach entschieden  
wurde, wann etwas reaktiv und wann etwas pro-  
aktiv Teil des TOP 2 im Verteidigungsausschuss  
wird.

**Zeuge U** **B**: Dürfte ich den Vorhalt  
einmal sehen, bitte?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr  
gerne. Den bringen wir Ihnen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Dürfte ich Sie bitten, Ihre Frage noch mal zu wiederholen?

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Ja. Wann wurde entschieden, eine bestimmte Information in den aktiven Sprechanteil und wann in den reaktiven Sprechanteil für den TOP 2 zu nehmen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Die Auswahl der Themen, die wir im Tagesordnungspunkt 2 oder dem Parlament - - über die wir das Parlament unterrichten, fällt der Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“ auf der Grundlage eines Vorschlages von mir. Das Ziel ist es, nicht nur über ein einzelnes Einsatzgebiet regelmäßig zu berichten, sondern den Abgeordneten natürlich über einen längeren Zeitraum alle Einsatzgebiete noch in Erinnerung zu rufen. Afghanistan bildet aber zweifellos stets den Schwerpunkt der Berichterstattung. Die reaktive Aufnahme von Inhalten war der Erwartung geschuldet, dass es Rückfragen zu einzelnen Themen aus dem Kreis der Abgeordneten geben würde und somit der Staatssekretär auch darauf dann unmittelbar reagieren konnte.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Wenn eine Information aber entweder in den aktiven oder in den reaktiven Teil kommt, dann heißt das ja auch, dass, wenn sie im reaktiven Teil ist, es dann aber keine Nachfrage dazu gibt, dass diese Information dann nicht vom Haus im Ausschuss vorgetragen wurde. Ist das korrekt?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das ist korrekt.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Und deswegen noch mal die Frage: Nach welchen Kriterien wurde Ihrem Eindruck nach entschieden, ob eine Information in den proaktiven oder in den reaktiven Sprechanteil für den Verteidigungsausschuss kam?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Aktualität, Relevanz. Ich würde das nur wiederholen: Bedeutung des Informationsgehalts für das Verständnis für das Einsatzgebiet - die Dinge, die aus unserer Sicht als wichtig bewertet wurden, um dem Parlament zur Verfügung zu stellen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Bezugnehmend auf das gleiche Dokument, unter 1. vor Ihnen liegend, und in Kombination mit Ihrer Aussage hier gerade: Der wesentliche Teil des Inhalts der UdP sollte durch den Text dargestellt werden und nicht durch die Bilder. Ich will hier verweisen auf mein Zitat von gerade: „Zeitnahe Übernahme der aktualisierten Bedrohungskarte ...“ - einschließlich der Aktualisierung der Anlage 3 in der UdP - „über die Auslandseinsätze der Bundeswehr ... ohne Kommentierung“. Das läuft ja eigentlich Ihrer Policy, dass der wesentliche Teil im Text steht, zuwider, der Hinweis, der hier von P [REDACTED] kommt. Verstehe ich das richtig?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das verstehen Sie richtig. - Ich versuche gerade, das - - Ich glaube, der Transport der Entwicklung der Sicherheits-/Bedrohungslage über die Karte ist auf den ersten Blick leichter. Aber in der Tat, auch in der Rückschau hätten wir auch im Text sicherlich mehr - - oder in diesem Falle konkreter auch im Text werden müssen, was die Entwicklung der Sicherheits-/Bedrohungslage oder einzelner Ereignisse angeht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Jetzt gibt es - - hat man immer als Person, die was koordinieren muss, die Herausforderung, dass es neben den formellen Hierarchien auch informelle Hierarchien gibt und auch natürlich Hierarchiegleichheit. Also, wenn Sie jetzt zwei Abteilungsleiter vor sich haben oder zwei andere Referatsleiter vor sich haben oder so, dann sticht die eine Meinung die des anderen nicht aus. Wie ist denn in solchen Situationen dann damit umgegangen worden, wenn es da unterschiedliche Auffassungen gab oder jetzt wie in dem Fall die Auffassung von P [REDACTED] eigentlich Ihrer Policy, dass das Wesentliche im Text steht, widerspricht? Wie sind Sie damit umgegangen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Die fachliche Zuständigkeit - das habe ich bei meinem Eingangsstatement versucht zu verdeutlichen - hat meine koordinierende Rolle immer übersteuert. Wenn das Referat der Meinung war, dass trotz Aufforderungen ein Anteil nicht berichtet wird, dann wurde dieser nicht berichtet.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also jetzt in dem Fall II 1?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: In diesem Falle I 3.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): I 3.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Der Oberst P [REDACTED] war zu dem damaligen Zeitpunkt der Referatsleiter des Referats SE I 3 und damit zuständig für die Sicherheits- und Bedrohungslage.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, der war quasi Pikdame?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Je nachdem, welches Kartenspiel Sie jetzt gerade meinen. Aber es gilt grundsätzlich: Ober sticht Unter. - Und in diesem Falle war er fachlich zuständig. Und dieser Empfehlung ist der Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“ - der ist ja hier angeschrieben worden - - Der Vorgang, den Sie hier haben, der zeigt keine Paraphen vom Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“. Insofern kann ich nach meiner Erinnerung nicht nachvollziehen oder anhand Ihres Papiers nicht nachvollziehen, ob das vom Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“ so gebilligt wurde.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich an Streit erinnern zwischen dem Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“ und Herrn P [REDACTED]?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Streit?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Zwischen einem Dreisternegeneral und einem Oberst gibt es keinen Streit.

(Heiterkeit)

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank dafür.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Darf ich das vielleicht noch erläutern? Das war eine flapsige Antwort.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Brauchen Sie nicht; das hat mir schon gereicht. Ich weiß das ja.

UdP - - hätte ich noch zwei Fragen, und zwar: Was ist die gesetzliche Grundlage insgesamt für das Thema? Information ans Parlament ist klar; Parlamentsbeteiligungsgesetz. Da geht es explizit um die Informationsrechte des Parlamentes im Rahmen von Out-of-area-Einsätzen. Sie haben vorhin schon ausgeführt, dass die UdP auch andere Einsätze mit aufnimmt, was ja auch schlaue ist.

Jetzt ist es aber so, dass wir auch nach dem Abzug der Bundeswehr noch in den Unterrichtungen des Parlaments über Afghanistan unterrichtet worden sind. Also bei der MilEvak macht das ja wieder Sinn; da gab es ja dann wieder ein Mandat. Aber es gab ja auch eine Zeit, da waren wir abgezogen, und es gab sozusagen gar keinen Stand zu berichten, von „Was macht die Bundeswehr in Afghanistan?“, weil da war keine Bundeswehr in Afghanistan. Können Sie sich daran erinnern, ob überlegt wurde, Afghanistan aus der Unterrichtung des Parlaments rauszunehmen mit Abzug der Bundeswehr?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ich kann mich an eine Diskussion darüber erinnern, ab welchem Zeitpunkt wir die Berichterstattung über Afghanistan tatsächlich einstellen. Ich kann Ihnen kein konkretes Datum dazu nennen, ab wann wir diese Entscheidung gefällt haben.

Mit dem Abzug sämtlicher Streitkräfte vor Ort erlischt die Berichtspflicht nach meiner Auffassung. Aber natürlich, nach der Beendigung der Teilnahme an der Mission gab es ja noch - da haben Sie ja selber darauf hingewiesen - weiteres Engagement in Kabul mit der Rückverlegung. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, ab wann es eine konkrete Entscheidung gegeben hat, die Berichtspflicht einzustellen. - Beantwortet das Ihre Frage? Ich bin mir nicht ganz sicher.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir ist nicht so ganz klar, warum Afghanistan zwischen- durch noch drin war. Also, wenn ja eigentlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Grundlage ist: „Es geht um Bundeswehrein-sätze im Ausland“, und dann habe ich ein Ausland, wo gar keine Bundeswehr ist - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ja, dann bin ich jetzt selber überrascht und würde darum bitten, dass Sie mir das als Vorhalt mal zeigen. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir nach Beendigung da noch weiter berichtet haben.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Also, die letzte UdP gibt es vom 02.09.; müssen wir gleich noch mal angucken, wenn wir die raussuchen. Aber in dem Zeitraum zwischen Ende Juni und dem Beginn der Evakuierungsmission gab es meines Wissens auch noch UdPs. Ich gucke das aber gerne noch mal für die nächste Runde raus, damit wir Ihnen da einen Vorhalt machen können.

Und dann hätte ich noch eine Frage. Das haben Sie sicher nicht entschieden, weil die UdP gab es ja schon, bevor Sie 2017 vor den Altar getreten sind sozusagen. Wissen Sie, warum die UdP immer nur den rückwirkenden Blick hat?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Darüber müsste ich spekulieren.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Dann lassen wir das lieber.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Denn warum komme ich drauf? Die berühmte Aussage zu den „homöopathischen Dosen“ hat nämlich noch eine weitere Dimension, nämlich Sie schreiben da ja im Prinzip eine eigene Prognose rein, also: Das und das und das könnte passieren, und wir müssen die UdP-Leser jetzt mal darauf vorbereiten, dass das die Entwicklung sein kann. - Aber Ihr Produktdesign lässt das ja gar nicht zu, dass Sie das, was Sie sich selber wünschen in dem Moment, auch tun.

Und da ist so ein bisschen für mich die Frage: Wer ist eigentlich dafür zuständig? Das sind Sie sicher nicht. Aber wer ist Ihrer Meinung nach denn dafür zuständig, sicherzustellen, dass über

die verschiedenen Produkte die Einstufungsgrade plus die parlamentarische Praxis, dass man manchmal auch eine UdP, also jetzt die - - TOP 2, hintenüberfallen lässt oder eben dann doch nicht nachgefragt wird? Also wer stellt im BMVg sicher, dass welcher Korpus an Informationen, wo das BMVg sagt: „Das ist ein Korpus an Informationen, den sollte das Parlament wissen“, definitiv im Parlament ankommt, und zwar unabhängig vom Einstufungsgrad und unabhängig von den diversen Produkten und Angeboten der Information, die es gibt? Also wer hat da einen Gesamtüberblick: „Das wissen die, das wissen die nicht“? Hat den jemand?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich glaube, nicht. Es ist ein wünschenswerter Zustand; da stimme ich Ihnen zu.

Da es so viele unterschiedliche Facetten und unterschiedliche Zuständigkeiten nahezu jeder Abteilung des Hauses gibt, wäre es eine Mammutaufgabe, da alle Informationen zusammenzuführen, präsent zu halten und zu prüfen, widerzuspiegeln gegenüber dem Informationsstand des Parlamentes, ob das Wissen dort hinreichend verfügbar ist.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Aber den Gesamtüberblick über die Zeit, den habe ich, und deswegen geht es jetzt weiter mit der AfD-Fraktion.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Ich habe es befürchtet.

**Joachim Wundrak (AfD)**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr B [REDACTED], Sie haben eben schon mehrfach darauf abgehoben, dass der Fall von Kabul sehr überraschend kam. Ich will da noch mal nachfragen. Sie erhielten am 18.08.2021 durch H [REDACTED] R [REDACTED] per E-Mail die finalisierte Version des Ministersprechzettels für die Sondersitzung des Verteidigungsausschusses zugesandt. In diesem Papier, das durch General Schütt gebilligt worden ist, heißt es wörtlich - und ich zitiere -:

„Die Regierung in Kabul hat sich aufgelöst, die ANDSF sind nicht mehr existent, die Taliban haben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

weite Teile des Landes einschließlich Kabuls unter Ihre Kontrolle gebracht.“

Und jetzt kommt das, worauf ich abhebe:

„Das „Worst-Case-Szenario“ ist damit deutlich früher als erwartet eingetreten.“

Das Ganze ist in MAT A BMVg-5.191 VS-NfD, Blatt 134 zu finden.

Können Sie uns bitte darlegen, für welchen Zeitraum genau man zuvor in der Abteilung „Strategie und Einsatz“ das Eintreten des Worst-Case-Szenarios, also so wie beschrieben, vorher erwartet hatte?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das kann ich Ihnen nicht sagen; liegt deutlich außerhalb meiner fachlichen Zuständigkeit.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, Sie können uns auch nichts über vor dem 15.08. in Ihrem Bereich und darüber hinaus erfolgte Diskussionen innerhalb des BMVg berichten? Hat es Stimmen im Kameradenkreis oder in der politischen Spitze des Hauses gegeben, die dieses Worst-Case-Szenario für abwendbar hielten? Und wie wurde, wenn vorhanden, diese optimistische Sichtweise argumentativ unterlegt?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich kann Ihnen diese Frage, so wie Sie sie stellen, nicht beantworten. - Die Diskussion innerhalb meines Referates wäre angesichts der begrenzt zur Verfügung stehenden Informationen ohnehin nicht möglich gewesen. Die Diskussion über verschiedene Optionen, wie sich Afghanistan entwickelt, findet auch nicht innerhalb meines Referates statt, sondern ist sicherlich eine Mischung aus Erwartungshaltung aus der Abteilung „Politik“ und aus der Abteilung „Strategie und Einsatz“, zusätzlich sicherlich auch noch durch andere Ressorts zu ergänzen. Die Frage kann ich Ihnen beim besten Willen nicht so beantworten.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, ich frage nach Ihrer persönlichen Einschätzung. Sie haben ja nun mit Ihren Referatsleiterkollegen sicherlich

die eine oder andere Tasse Kaffee getrunken und über diese Problematik, die ja nun alle bewegt hat, diskutiert. Ich möchte nur Ihre persönliche Einschätzung: Was war die vorherrschende Meinung im BMVg oder in den relevanten Referaten?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Jetzt wende ich mich kurz an den Vorsitzenden: Ist das eine zulässige Frage?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Herr Wundrak nach Ihren Kenntnissen darüber fragt, dann ist das sehr wohl zulässig; ja klar.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich glaube, mich daran zu erinnern, dass es auch nach dem Abkommen von Doha grundsätzlich noch die Haltung gegeben hat, dass die Streitkräfte Afghanistans so aufgestellt sind, dass sie sich über einen längeren Zeitraum werden behaupten können.

**Joachim Wundrak (AfD):** Können Sie grob diesen unterstellten längeren Zeitraum - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein, das kann ich Ihnen - - beim besten Willen nicht machen.

Also, ich würde mich - - Lassen Sie mich das so formulieren: Der war sicherlich deutlich länger, als die Realität nachher gezeigt hat. In den Diskussionen, die wir sicherlich natürlich auch geführt haben zu dem Sachverhalt, war, glaube ich, die einhellige Meinung, dass - - die Taliban werden, wenn es keine weitere Unterstützung für die afghanische Regierung - - haben, die Zeit haben und die Mittel haben, das Land langfristig wieder in einen vorherigen Zustand zu versetzen. Ob das innerhalb von zwei, drei, vier oder fünf Jahren passiert oder dann später nach wenigen Monaten - - Ich glaube, auf die wenigen Monate ist keiner in der Diskussion gekommen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, danke. - In einer von Ihnen am 24. August 2021 - das ist also einige Tage später - abgezeichneten Sprechempfehlung, die für den Parlamentarischen Staatssekretär Sil-



## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

berhorn in Vorbereitung der Obleuteunterrichtung am 25. August verfasst worden ist, findet sich unter anderem folgender Passus - ich zitiere aus MAT A BMVg-5.161 VS-NfD, Blatt 15 -:

„Parallel wächst die Gefahr eines Anschlags auf den Flughafen ... durch einen Selbstmordattentäter oder Sprengstoffanschlag zum Beispiel durch den ISKP ... weiter, auch

- und das ist jetzt wichtig -

wenn es derzeit keine Hinweise für einen direkt bevorstehenden Anschlag gibt.“

Nun soll es solche Hinweise entgegen Ihrer Sprechempfehlung durchaus gegeben haben. So hielt der BND laut MAT A BND-3.171 VS-NfD, Blatt 129 am gleichen Tag folgende in der Krisenstabsitzung des 24.08. getätigte Äußerung Ihres Abteilungsleiters fest - ich zitiere -:

„General Schütt berichtet (mutmaßlich über Bw-Stränge), dass sechs bis sieben Selbstmordattentäter des ISPK aus Kandahar auf dem Weg nach Kabul seien. Dieser Hinweis deckt sich in einzelnen Aspekten mit einem hier vorliegendem [REDACTED], dass 6-7 Selbstmordattentäter des ISPK, nach Kabul kommen, um dort einen Anschlag zu verüben.“

Meine Frage: Wie ist dieser Widerspruch zwischen ihrer Sprechempfehlung und den Äußerungen Ihres Abteilungsleiters vom selben Tag zu erklären?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Zuständig für den Inhalt dessen, was wir für den Staatssekretär aufbereitet haben, war das Referat SE I 3, das in der Regel einen Informationsgehalt hat von dem Stand des Tages zuvor. Die Erstellung auch der Unterlagen für den Verteidigungsausschuss dauert ja länger als ein oder zwei Tage. Insofern kann es durchaus sein, dass sich in der Zwischenzeit Entwicklungen ergeben haben, die

dann nicht mehr Niederschlag gefunden haben in der Sprechempfehlung für den Staatssekretär.

**Joachim Wundrak (AfD)**: Also, nach Ihrer Erinnerung ist die Sprechempfehlung nicht mehr rechtzeitig vor der Obleuteunterrichtung aktualisiert worden?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das wäre meine Schlussfolgerung, in der Tat.

**Joachim Wundrak (AfD)**: Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Wir sind wieder da angekommen, wo es wechselt, und zwar zur FDP-Fraktion. Herr Müller-Rosentritt.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP)**: Vielen Dank. - Wir haben als Liberale bei diesem Sachverhalt und diesem Schreiben jetzt keine weiteren Fragen dazu. Ich würde jetzt gerne das erweitern. Aber wir bleiben quasi im Themengebiet weiterhin bei dem Thema „sachgerechte Information des Verteidigungsausschusses“, und zwar erinnern wir uns ja alle noch daran, dass die Kameradeninnen und Kameraden aus dem Einsatz zurückkamen nach Wunstorf und dort quasi niemand stand. Und ich zitiere hier mit Erlaubnis des Vorsitzenden MAT A BT-Präs-7.09, Blatt 4 einen Hauptfeldwebel, der schrieb:

„Wir, die Bundeswehr gingen im Auftrag des Parlaments in diesen Einsatz. Und darum hat es mich gestern schwer erschüttert, dass keinerlei politische Vertretung am Fliegerhorst Wunstorf symbolisch diesen Einsatz beendet hat. Auch eine spätere Durchführung eines entsprechenden Appells ersetzt nicht, was aus meiner Sicht am gestrigen Tage zwingend erforderlich gewesen wäre.

Wie soll eine Gesellschaft hinter ihrem Militär stehen, wenn die Politik es nicht vorlebt?“

Diese Eindrücke alle im Gedächtnis habend, hat dann unser Kollege Alexander Müller auch gefragt, wie es dazu kam. Und da wurde ja quasi



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Wunsch einer stillen Ankunft seitens des Ministers vorgetragen. Und es gibt ja auch Hinweise aus der Zeitung, die sagten, vielleicht könnte es auch daran liegen, dass die Verteidigungsministerin selbst aufgrund einer USA-Reise nicht vor Ort konnte und deshalb irgendwie keine Bilder ohne sie selbst von der Rückkehr des Kontingents haben wollte, weil es irgendwie schlechte Presse gegeben haben könnte.

Meine Frage ist: Auf welcher Grundlage wurde denn damals die Unterrichtung des Verteidigungsausschusses zur stillen Rückkehr des Einsatzkontingentes erstellt?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich bin mir nicht sicher, ob ich Ihre Frage richtig verstehe. Können Sie die vielleicht anders formulieren?

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Die Frage ist: Auf welcher Grundlage wurde damals die Unterrichtung des Verteidigungsausschusses zur stillen Rückkehr des Einsatzkontingentes erstellt? Ich ergänze: Gab es politische Vorgaben zu diesem Sachverhalt?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nicht nach meiner Erinnerung. Also, ich glaube nicht, dass wir politische Vorgaben bei der Berichterstattung hatten. Ich glaube, mich erinnern zu können - ich bin da aber nicht sattelfest -, dass wir grundsätzlich ohnehin schon zu diesem Zeitpunkt geplant hatten, das Ende des Einsatzes ohnehin hier in Berlin prominent zu begehen. Das handlungsleitende Motiv war, die Soldaten, die als letztes Kontingent nach Hause zurückkehren, dann so schnell wie möglich auch nach Hause zurückkehren zu lassen und keine weiteren Verzögerungen für diese vorzusehen.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ist Ihnen bekannt, wer die Bitte um eine stille Ankunft an das BMVg herangetragen hat?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Der Kollege Alexander Müller hat eine Anfrage gemacht, und dazu gibt es auch von Ihnen unter Randziffer 7, Ziffer 3 ein Zitat:

„Der hier implizierte Vorwurf einer nichtzutreffenden Darstellung der Abstimmung mit dem Verteidigungsausschuss kann auf Grundlage der in der Abt SE auch verfügbaren Informationen nicht entkräftet werden. Die Beantwortung dieses Teilaspekts im Briefentwurf wird daher ausgeklammert.“

Es ging also da um die Beantwortung der Frage.

Und jetzt ist die Frage: Ist es denn üblich bei der Beantwortung von parlamentarischen Anfragen, die Teile der Frage, die eine für das Haus möglicherweise unangenehme oder nachteilige Antwort erfordern würden, bei der Beantwortung der Frage wegzulassen und zu hoffen, dass, sage ich mal, die Mitglieder des Deutschen Bundestages nicht noch einmal nachfragen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist beim besten Willen, sagen wir mal - - In der Form, glaube ich, können wir das nicht fragen. Ich meine, woher soll der Zeuge das generell für das Haus wissen? Sie müssten schon konkret zu dem Sachverhalt ihn fragen, ob das - -

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Dann frage ich ganz konkret zu dem Sach- - Dann stelle ich die Frage anders, zu dem Sachverhalt. Haben Sie bewusst bei der Beantwortung der Frage unseres Kollegen Alexander Müller auf Antwortteile verzichtet, um das Bundesministerium der Verteidigung oder die Ministerin in keinem schlechten Licht dastehen zu lassen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Darf ich den entsprechenden Passus bitte sehen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir machen das hier meistens so, dass wir die MAT-Nummer am Anfang nennen. Das ist immer praktisch, dann finden alle Beteiligten das. Wenn Sie so freundlich wären, das noch mal nachzuholen.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ich werde bei der nächsten Quelle darauf aufpassen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte schon bei dieser.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Noch mal für alle: Das ist die MAT A BT-Präs-7.09, Blatt 4; Anlage und MAT A BMVg-5.194 VS-NfD, Blatt 281 bis 283; Anlage 4.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
blättert und liest in diesen  
Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herzlichen Dank.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich kann aus der Ziffer 7, auf die Sie ja rekurrieren, wenn ich das richtig sehe, in der Vorlage - -

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Jetzt habe ich Sie nicht verstanden. Bitte?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Okay. - Sie beziehen sich bei Ihrer Frage auf die Ziffer 7 in meiner Vorlage.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ja.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Der implizite Vorwurf einer nicht zutreffenden Darstellung: Dabei ging es mir nur darum: Bevor wir den Abgeordneten eine Falschinformation zur Verfügung stellen und es nicht richtigstellen können, klammern wir sie aus. Das war keine bewusste - - der bewusste Versuch einer Täuschung.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Okay. - Dann habe ich keine weitere Nachfrage dazu.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann starten wir wieder mit der SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Erst mal an den Zeugen eine kleine Entschuldigung, dass es vielleicht jetzt ein bisschen sprunghaft zwischen den einzelnen Gebieten hin- und hergehen wird; aber wir würden das gerne als letzte Runde für unsere Fragen sehen und

dementsprechend die Lücken, die wir noch sehen, gerne auffüllen.

Wir haben vorhin uns auch zum Thema „Sicherheit und Raumkontrolle“ unterhalten. In den Unterrichtungen wird häufig darauf Bezug genommen, dass die Sicherheitslage sich in Regionen verschlechtert hat. Uns fehlt da eine Einordnung bezüglich der Bedeutung der jeweiligen Region für die weitere Entwicklung in Afghanistan als Gesamtstaat. Gerade in Nordafghanistan verschlechterte sich die Lage immer wieder. Auch in den UdPs wird darauf Bezug genommen. Ich darf auf die vom Dezember 2020 - MAT A BMVg-3.138 VS-NfD, die Blätter 292 bis 294 - und die aus Mitte Juni 2021 - MAT A BMVg-3.139 VS-NfD, Blatt 383 bis 841 - verweisen. Da ist aber in keinem Wort dargestellt, welche Bedeutung die Sicherheitslage in Nordafghanistan oder Westafghanistan für die weitere Entwicklung in ... (akustisch unverständlich) hat. Können Sie uns erläutern, warum es so eine Einordnung der Bedeutung dieser regionalen Machtverhältnisse nicht gab?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Als ... (akustisch unverständlich) Referat kann ich Ihnen keine befriedigende Antwort dazu geben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das heißt, diese Information war auch in den Unterlagen, die Ihnen zur Verfügung - - gestellt hat, so jedenfalls als Bewertung nicht enthalten. Weil sonst hätten Sie sie übernehmen können.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Eine ganz allgemeine Frage. Wir haben ja vorhin mal diskutiert, dass Sie solche Unterlagen in höheren Stufen als VS-NfD nicht in Ihrem Bericht aufnehmen konnten. Das ist mir nachvollziehbar. Jetzt habe ich aber - und auch die Kolleginnen und Kollegen in diesem Raum - in allen Quellenangaben aus den Materialien immer nur Unterlagen zitiert, die VS-NfD waren. Wenn Ihnen diese Informationen vorgelegen hätten, so wie wir sie heute in allen Fragerunden bisher dargestellt haben, hätten Sie diese Informationen dann auch in Ihren Bericht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ten verwerten können? Oder gibt es da noch einmal eine Stufe, wo Sie sagen: „Es ist zwar im Ministerium VS-NfD, aber wir würden es trotzdem nicht nach außen in den parlamentarischen Raum hinausgehen lassen“?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Ich bin mir nicht sicher, ob ich Ihre Frage richtig verstehe.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Dann versuche ich, sie noch einmal anders zu formulieren. Sind alle Informationen, die nach den Vorschriften des BMVg in Ihrem Haus als VS-NfD eingestuft werden, tatsächlich auch geeignet und zulässig, um sie im Rahmen einer Unterrichtung des Parlaments ohne Änderungen auch an das Parlament zu übermitteln?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Grundsätzlich ja.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Danke. - Ich komme jetzt noch mal zurück auf das Thema Raumkontrolle. Am 23. März 21 wird dem Auswärtigen Ausschuss von Brigadargeneral Hoppe, dem Unterabteilungsleiter SE im BMVg, berichtet - ich beziehe mich auf MAT A AA-9.112 VS-NfD, Blatt 26 -, dass die afghanischen Streitkräfte trotz hoher Verluste zu 50 Prozent über Raumkontrolle verfügten, inklusive wichtiger Städte und Verbindungsstraßen. Jetzt war ich damals weder im Bundestag noch im Auswärtigen Ausschuss. Aber heißt das folgerichtig, dass die afghanische Regierung bereits im März des Jahres 21 nur noch die Hälfte des Landes unter ihrer Kontrolle hatte?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Da müsste ich einen entsprechenden Blick in die UdP werfen können, um das zu beurteilen. Können Sie mir eine UdP aus dem Zeitfenster zur Verfügung stellen?

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Es geht natürlich hier nicht um eine Unterrichtung des Parlaments, sondern um einen Vortrag im Auswärtigen Ausschuss.

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Im Auswärtigen Ausschuss?

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Ja.

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Ja, da kann ich Ihnen beim besten Willen keine Auskunft zu geben. Für die Vorbereitung des Auswärtigen Ausschusses bin ich nicht zuständig. Der General Hoppe, zu dem Zeitpunkt Brigadargeneral, ist der stellvertretende Abteilungsleiter SE, der im Auswärtigen Ausschuss das BMVg vertritt. Er greift unter anderem auf das zurück, was wir für den Verteidigungsausschuss zur Verfügung stellen; aber für weitere Quellen, die er dann dafür nutzt, und auch für seine unmittelbare Vorbereitung ist das Referat SE III 1 nicht zuständig. Insofern kann ich Ihnen dazu keine weiteren Auskünfte geben.

Die Tatsache, dass die afghanischen Streitkräfte zum fraglichen Zeitpunkt, den Sie hier zitieren, personell in ihren Umfängen schon erheblich reduziert waren, würde ich grundsätzlich mit Ja beantworten. Ich glaube aber schon, dass es Unterschiede in den einzelnen Regionen gibt.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Darf ich jetzt aus Ihrer Antwort entnehmen, dass es tatsächlich unterschiedliche Produkte aus dem Bundesministerium der Verteidigung gibt, je nachdem, ob der Auswärtige Ausschuss unterrichtet wird oder ob der Verteidigungsausschuss unterrichtet wird?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■■: Die Vorbereitung des stellvertretenden Abteilungsleiters, der den Auswärtigen Ausschuss - - oder dort berät oder vorträgt, richtet sich nach der Agenda des Auswärtigen Ausschusses, und die ist regelmäßig eine völlig andere als das, was im Verteidigungsausschuss behandelt wird. Das heißt, er greift auf zusätzliche Informationen zurück, die ihm aus dem Haus zur Verfügung gestellt werden, vorrangig auch aus der Abteilung „Politik“.

Entschuldigung. Wenn ich das noch ergänzen darf: Er kriegt keine abweichenden Informationen zu den Informationen, die wir dem Verteidigungsausschuss zur Verfügung stellen. Er bekommt nicht mehr, aber auch nicht weniger an den Informationen.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Jetzt bin ich, muss ich zugeben, ein bisschen verwirrt. Wenn er die gleichen und keine anderen Informationen bekommt, dann würde das, glaube ich, in der deutschen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sprache korrekt heißen, er bekommt dieselben Informationen. Aber dennoch sagen Sie, in der Vorbereitung waren Sie so nicht eingebunden. Wo kommen denn dann diese Informationen her, wenn sie denn identisch sind?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Also, er bekommt unter anderem die Unterlagen, die wir für den Staatssekretär für den Verteidigungsausschuss, Tagesordnungspunkt 2, vorbereiten; die bekommt er eins zu eins für seine eigene Vorbereitung. Das ist dasselbe Dokument.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Und ist die Schlussfolgerung dann richtig, dass er darüber hinaus noch weitere Informationen - - auf weitere Informationen zugreifen kann, die dem Verteidigungsausschuss so - ohne Wertung - aufgrund anderer Auftragslage, Interessenlage nicht zur Verfügung stehen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Jetzt verstehe ich das Missverständnis. Er wird für alle Tagesordnungspunkte des Auswärtigen Ausschusses vorbereitet. Das sind andere Inhalte als das, was wir im Verteidigungsausschuss diskutieren. Und vor diesem Hintergrund bekommt er zusätzliche Informationen zu den anderen Tagesordnungspunkten.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Um das noch mal festzuhalten: Hinsichtlich des Tagesordnungspunktes, Unterpunkt „Afghanistan“ bekommt er die gleichen, identischen Informationen, -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Richtig.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: - weil es mir auch nicht nachvollziehbar wäre, dass ein Ausschuss, der die Federführung bei der Frage nach Mandatsverlängerungen und -erteilungen hat, andere Informationen hätte als der Verteidigungsausschuss.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Er bekommt dieselben Unterlagen und dann - -

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Gut. Dann haben wir dieses Thema insofern geklärt. - Es ist für uns allerdings nur erstaunlich, dass in diesem Bericht

eine 50-Prozent-Zahl genannt wird. In einer Unterrichtung im Verteidigungsausschuss berichtet Generalinspekteur Zorn am 23. Juni - MAT A AA-9.105 VS-NfD, Blatt 65 -, dass die Taliban 57 Distrikte eingenommen hätten. Ist Ihnen bekannt, ob in diesem Zusammenhang auch Hinweise zur Gesamtzahl der Distrikte, nämlich 407, oder eine Prozentangabe - und wenn man das mathematisch ausrechnet, kommt man dann auf 14 Prozent - gemacht wurden?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Im Zuge seiner Ausführungen im Verteidigungsausschuss? - Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Der Generalinspekteur ist frei in seinen Ausführungen vor dem Verteidigungsausschuss. Den bereiten wir nicht explizit vor.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Wir haben eine Karte über die Raumkontrolle der Taliban vorliegen aus dem BMVg vom 16. Juli, also aus Ihrem Haus auch - MAT A BMVg-3.165 VS-NfD, Blatt 373 -, in der die Kontrolle der Taliban - und ich habe das vorhin, nur damit Sie den Zusammenhang noch mal sehen - - Mitte Juli 21: 55 Prozent der Gebiete, 27 umkämpft, 18 liegen im Einfluss der ANDSF - - Wir sehen da immer noch diese Widersprüche, dass sich diese Zahlen von Zeit zu Zeit verschieben und das, was zum Beispiel vom General Hoppe im AA erklärt wurde, nicht zu dem passt, obwohl es zeitlich ganz nah bei dem anderen liegt, was hinterher im Verteidigungsausschuss erklärt wurde. Also diesen Widerspruch aufzuklären, ist uns anhand der Unterlagen nicht gelungen; aber vielleicht können Sie uns dazu Informationen geben.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Dazu bin ich nicht in der Lage. Ich habe keine Kontrolle darüber, was in den einzelnen Ausschüssen tatsächlich dann berichtet wird und in welchem Umfang, mit welchem Detaillierungsgrad. Ich kann das beim besten Willen nicht auflösen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Herr Kollege Nürnberger, ich würde vorschlagen, dass wir an dieser Stelle die Sitzung jetzt unterbrechen - die SPD hat dann nachher noch ein paar Minuten - für die Wahl. Es leuchtet jetzt hier auch rot. Ich unterbreche die Sitzung für 30 Minuten circa.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir sehen uns dann wieder gegen 15.15 Uhr, und Sie werden inzwischen versorgt, Herr Zeuge, mit all dem, was Sie brauchen, und dann fahren wir fort.

(Unterbrechung von  
14.42 bis 15.20 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie haben sich gestärkt. Das Wetter draußen regt zum Arbeiten an. Also, insofern ist alles gut. Wir haben ja vorhin auch schon über Kartenspiele und kirchliche Zeremonien und all solche Dinge geredet und gelernt, dass sich Bundeswehrleute untereinander nicht streiten, all solche Dinge; das ist ja durchaus auch unterhaltsam.

Wir fahren fort mit der SPD-Fraktion. Der Kollege Nürnberger hatte nach meiner Erinnerung noch etwa sieben Minuten - sogar neun. Dann habe ich mich getäuscht, also neun sogar; neun Minuten hat er noch.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann werde ich mich bemühen, zu warten, bis die Uhr umspringt, und dann um 15.30 Uhr meine Fragerunde beenden.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Denn man tau.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Herr Zeuge, wir haben uns ja vorhin tatsächlich um gewisse inhaltliche Abweichungen zwischen verschiedenen Produkten unterhalten, einmal eine Darstellung in Prozent, einmal eine Darstellung in absoluten Zahlen. Hatte denn die steigende Raumkontrolle der Taliban für Sie Auswirkungen auf die Lagebewertung und die Darstellung in den verschiedenen Produkten, die Sie tatsächlich im Laufe der Zeit erstellt haben? Und hat es auch Auswirkungen?

(Im Sitzungssaal ertönt  
ein Gong)

- Keine Durchsage. Gut.

(Im Sitzungssaal ertönt eine  
Lautsprecherdurchsage)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Es besteht keinerlei Gefahr.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Also, es kann passieren, dass wir diese Nachricht noch öfter hören - mit rücklaufenden Zeitfenstern. - Meine Frage ging dahin: Die Raumkontrolle der Taliban hat sich in Afghanistan verändert - zum Vorteil der Taliban und zum Nachteil der Regierungstruppen. Wurden diese Veränderungen auch in Ihre Lagebewertung bzw. in die von Ihnen übermittelte Lagebewertung, um es genau zu formulieren, mit einbezogen? Und sollte das auch Teil der Unterrichtung im Verteidigungsausschuss sein?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Die zweite Frage ist leichter zu beantworten; deswegen nehme ich die mir als Erstes vor. Natürlich, sollte Bestandteil der Berichterstattung oder der Diskussion innerhalb des Verteidigungsausschusses durchaus sein. Die Entwicklung der Sicherheits-/Bedrohungslage und die Übernahme der Taliban einzelner Distrikte und Ähnliches sind Bestandteil der UdP gewesen. Wir haben ja darüber gesprochen, dass die farblichen Markierungen sich entsprechend angepasst haben. Der Detaillierungsgrad - da gebe ich Ihnen in der Rückschau recht - war nicht hinreichend.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Der nächste Punkt, den ich gern ansprechen möchte, ist das Thema Train, Advise, Assist der Ausbildungsmission, die auch vom Bundestag mandatiert wurde. Deren Ziel war es, dass sich die afghanischen Sicherheitskräfte einmal selbst tragen, nachhaltig, flächendeckend für Sicherheit in der Republik Afghanistan sorgen können sollten. Die Eigenständigkeit ist für uns relevant, für uns als Parlament, weil wir uns auch bei der Vorhersehbarkeit des Zusammenbruchs der afghanischen Sicherheitskräfte - und Sie haben das vorhin auch schon in Teilen Ihrer Antworten angedeutet - interessieren. Und damit ist natürlich auch der Ausbildungsstand dieser Truppenteile relevant. Wie wurde im BMVg und vor allen Dingen in Ihrem Referat das Erreichen der Eigenständigkeit der afghanischen Armee als Ziel dieser NATO-Ausbildungsmission Resolute Support bewertet? Inwieweit hat auch dieses Einfluss und Einfluss in Ihre verschiedenen Produkte gefunden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Die Bewertung des Ausbildungserfolges der afghanischen Streitkräfte ist eine NATO-Aufgabe. Wenn eine solche Bewertung vorgenommen wird, wird sie innerhalb der NATO vorgenommen, nicht durch das BMVg alleine. Mir sind keine eigenen Überlegungen hinsichtlich der Überprüfung des Ausbildungserfolges bekannt, die wir dann hätten in den Verteidigungsausschuss transportieren können.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Ich nehme zur Kenntnis, dass es Ihnen und Ihrem Referat nicht bekannt war. Ich darf auf MAT A BMVg-3.152 VS-NfD, Blatt 169 und MAT A, BT-Präs-2.08 VS-NfD, Blatt 1 verweisen, und zwar sind die vom 7. Oktober und 4. November 2020. Da wird dem Verteidigungsausschuss durch den Parlamentarischen Staatssekretär Tauber von Hochständen der Verluste seit 2019 berichtet. Am 23. März 21, also einige Monate später - MAT A BT-Präs-2.14 VS-NfD, ebenfalls Blatt 1 -, berichtet Generalinspekteur Zorn, dass die Mission Train, Advise, Assist in Masar und Kunduz weiter erfüllt werde. Wie ist das genau gemeint? Was konnte zu diesem Zeitpunkt der Mission eigentlich noch erreicht werden? Haben Sie darüber Kenntnisse, die Ihnen in Ihrem Referat vermittelt wurden?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich kann weder zu dem einen noch dem anderen Vorgang eigene Erkenntnisse dazu beitragen.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Hat man Ihnen auf dem kleinen Dienstweg, bei Gesprächen in der Kantine, bei anderen Anlässen unter Kameradinnen und Kameraden - - hat man da über dieses Thema gesprochen, also ganz außerhalb von den üblichen dienstlichen Kommunikationen in ihrer formalisierten Art? Also, hatten Sie tatsächlich auch als Person Kapitän zur See B [REDACTED] über das keinerlei Informationen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Im Rahmen von Randgesprächen wurde auch sicherlich über die Ausbildung gesprochen und über die Ausbildungserfolge. Nach meiner Erinnerung war die Ausbildung, die man durchgeführt hat, durchaus fruchtbar. Das ist einer der Gründe, warum wir so überrascht waren über den schnellen Zerfall, den

schnellen Zusammenbruch der afghanischen Streitkräfte insgesamt.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Nachdem Sie jetzt dargestellt haben, dass Sie über gewisse Kenntnisse tatsächlich verfügt haben, hätte ja zumindest theoretisch die Möglichkeit bestanden, dass Sie im Rahmen des von Ihnen geschilderten Prozesses der Nachfragen auch eine solche Frage an die entsprechenden dienstlich damit befassten Stellen senden würden. Aber das haben Sie dann, wenn ich Sie richtig verstehe, so nicht getan. - Um eben Ihre Berichte auch um diese Information anzureichern.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich wiederhole meine Ausführungen von zu Beginn. Für die fachliche Bewertung der Ereignisse in dem Einsatzgebiet war das Referat SE II 1 zuständig. Ich wiederhole auch meine Ausführungen. Die Bewertung der Ausbildungserfolge ist eine NATO-Aufgabe gewesen. Und ich kenne, ich persönlich kenne keine Analysen der NATO oder mir wurden zumindest keine Analysen der NATO zugänglich gemacht, die man dann hätte transportieren können.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Aber ist trotzdem die Annahme richtig, dass Informationen über diesen Teilaspekt des Afghanistan-Mandates auch ein geeigneter Gegenstand einer Unterrichtung des Parlaments gewesen wären, selbst wenn die Bewertung nicht durch Bundeswehrstellen, sondern durch die NATO vorgenommen wurde?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Wenn ich Sie richtig - - oder wenn ich Ihre Ausführungen zu Beginn richtig verstanden habe, haben Sie ja berichtet, dass der Generalinspekteur durchaus sich geäußert hat zu der Ausbildung. Er hat ja berichtet, dass Train, Advise, Assist umfänglich durchgeführt wird. Und das hat er im Verteidigungsausschuss getan, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Ich möchte noch einen Teilaspekt - - und dann noch eine Abschlussfrage stellen, wenn ich bitte darf. Bereits 2019 stand in einer Auswertung von SE I 3 zum Kampfwert



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der ANDSF - MAT A BMVg-3.166 VS-NfD,  
Blatt 548 -: Die afghanischen Streitkräfte

„können Aufgaben nicht mehr  
vollumfänglich nachkommen;“

- also 2019 -

„oft nur durch hohen Einsatz Luft-  
unterstützung erfolgreich“

War Ihnen diese Einschätzung bekannt - als Er-  
stes? - Das war eine einfache Frage: War es Ihnen  
bekannt?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Ja, die Einschätzung ist  
mir bekannt.

**Jörg Nürnberger** (SPD): Der Verfasser des Be-  
richts war Oberstleutnant G [REDACTED], und er weist auf  
Folgendes hin - die gleiche Fundstelle, auf  
Blatt 540 -:

„Der Bericht und unsere Bewer-  
tung (VzI AL SE) wurden von  
SE II 1 zurückgewiesen und führ-  
ten zu einer Eskalation, die im  
Januar 2020 auf Sts-Ebene unter  
Leitung BKAmT“

- also ziemlich hoch in der Hierarchie -

„behoben werden musste.“

War Ihnen dieser Konflikt zwischen SE I 3 und  
SE II 1 bekannt?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Weder war mir der  
Konflikt bekannt noch, dass es bis zur Ebene des  
Kanzleramtes geklärt werden musste.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Eine Abschluss-  
frage können wir noch machen.

**Jörg Nürnberger** (SPD): Nach der Evakuierung  
wird im Bundesministerium der Verteidigung  
sehr zeitnah eine Auswertung derselben angefer-  
tigt. Im „First Impression Report MileEvakOp  
AFG“ vom 30.08.2021 - MAT A BMVg-4.371

VS-NfD, die Blätter 41 und 42 - steht unter ande-  
rem im Abschnitt „Analyse- und Auswertefähig-  
keit“ Folgendes:

„Es hat sich gezeigt, dass auch auf  
ministerieller Ebene ein ständiger  
Informationsbedarf über alle Ebe-  
nen hinweg - taktisch bis strate-  
gisch - vorhanden war und eine  
eigene Analysefähigkeit unabding-  
bar ist. Dazu ist es zwingend erfor-  
derlich, dass alle Informationen  
(auch die der taktischen Ebene)  
zeitgerecht im BMVg verfügbar  
sind.“

Können Sie uns das kurz erläutern, und können  
Sie uns darstellen, ob diese Analysefähigkeit tat-  
sächlich jetzt verbessert wurde und sie inzwi-  
schen ausreichend vorhanden wurde [sic!], oder  
täuscht der Eindruck, dass sie nicht ausreichend  
war?

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Kann ich das Schrift-  
stück, aus dem Sie zitieren, bitte einmal einse-  
hen?

**Jörg Nürnberger** (SPD): Kommt.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
blättert und liest in diesen  
Unterlagen)

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: Können Sie mir die  
Passagen nennen, auf die Sie rekurren, bitte?

**Jörg Nürnberger** (SPD): Die Blattnummer auf die-  
ser Unterlage ist das Blatt 16, die da erkennbar  
ist, und es geht um den - - Entschuldigung, 41 bis  
42.

**Zeuge U** [REDACTED] **B** [REDACTED]: 41 steht kein Text,  
42 habe ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Das ist ungünstig.

**Jörg Nürnberger** (SPD): Es kommt noch mal in  
elektronischer Form.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge blättert weiter  
in den ihm zuvor  
vorgelegten Unterlagen)

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■: Ich habe es gefunden - Entschuldigung - auf Seite 39. „Analyse- und Auswertefähigkeit“, ist es der Passus, den Sie meinen?

**Jörg Nürnberger** (SPD): Ja.

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■: Das BMVg verfügt heute über den Planungs- und Führungsstab, wie Sie ja alle wissen. Innerhalb des Planungs- und Führungsstabes gibt es einen Krisenstab, der noch nicht abschließend, aber zukünftig dahingehend befähigt sein soll, natürlich eine Analysefähigkeit und insbesondere auch eine Beratungsfähigkeit gegenüber dem Minister oder der Leitung insgesamt zur Verfügung zu stellen. Diese Fähigkeit ist abschließend noch nicht vorhanden. Wir haben in der Vergangenheit ein Instrument aufgestellt, vorläufig auch in Dienst gestellt, das nennt sich „Führungszentrum BMVg“, da haben wir das ebenfalls versucht. Das Zusammenführen von Informationen auf allen Stellen, das Verdichten dieser Informationen auf Relevanz für die Leitung ist ein ausgesprochen komplexer Vorgang. Ich glaube, zum jetzigen Zeitpunkt sagen zu können, dass er noch nicht hinreichend im BMVg abgebildet ist.

In der Situation, in der wir uns hier befinden haben, hat die wesentliche Leistung das Referat SE I 5 getragen. Das ist ein Referat der Abteilung „Strategie und Einsatz“, das im Zusammenhang mit Evakuierungsoperationen ohnehin das federführende Referat gewesen ist. Das ist das Referat, das sich über den Einsatz von Spezialkräften definiert. Dies hat eine eigene kleine Zelle, und die sind mit dem Personalsatz und verstärktem oder zusätzlichem Personal in der Lage, ein Lagebild zu generieren und dieses Lagebild der Leitung zur Verfügung zu stellen, auf dem man dann weiterführende Informationen - - oder Entscheidungen fällen kann. Eine Analysefähigkeit, so wie Sie hier angesprochen haben, würde diesem noch nicht gerecht werden, diesem Instrument. Das ist sicherlich etwas, was in der Zukunft verbessert dargestellt werden muss.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Vielen Dank. - Jetzt hat das Fragerecht die CDU-Fraktion. Herr Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen. Vielen Dank, Herr B ■■■.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Dann sind wir schon bei Bündnis 90/Die Grünen und der Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich nehme Haltung an. - Danke, Herr Vorsitzender. - Herr B ■■■, ich würde noch einmal einsteigen. Wir haben ja vorhin darüber gesprochen: Im BMVg selbst ist die Hierarchie sozusagen klar, wenn nicht durch das Organigramm, dann doch durch die Dienstgrade. Wie hat sich das denn dargestellt zwischen den Häusern? Sie haben ja auch Zuarbeit sozusagen vom Auswärtigen Amt bekommen. Wenn Sie da vielleicht noch kurz zu ausführen könnten.

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■: Mit Blick auf den Untersuchungszeitraum und mein Aufgabenportfolio war das eine ausgesprochen gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt. Ich hatte ja eingangs bereits erwähnt, dass die Produkte, die vom Auswärtigen Amt gekommen waren, druckreif waren und von uns nicht angepasst werden mussten. Wenn wir diesen Anpassungsbedarf gesehen hätten, hätten wir uns mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt und nur mit deren Zustimmung an deren Produkt eine Änderung vorgenommen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage „Stabilität der Regierung Afghanistans“, wäre diese Frage eher in den Zuarbeitungsbereich des Auswärtigen Amtes oder des BMVg gefallen Ihrer Meinung nach?

**Zeuge U** ■■■ **B** ■■■: Meiner persönlichen Meinung nach: sowohl als auch. Ich glaube, es ist ja eine vielschichtige Betrachtung, die man da vornehmen muss, die grundsätzlich sicherlich auch militärischer Natur ist, weil es um eine militärische Auseinandersetzung mit den Taliban ging. Aber darüber hinausgehend wäre ich,



## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

glaube ich, mit Blick auf meine Fachlichkeit auch überfordert, das weiter auszusortieren.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer hat de facto zugeliefert zu der Frage der Stabilität der afghanischen Regierung?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das Auswärtige Amt, die Abteilung „Politik“ und Teile von „Strategie und Einsatz I 3“.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gab es da mal unterschiedliche Auffassungen in der Bewertung?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Nach meiner Erinnerung, nicht.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde jetzt gerne noch mit einem Vorhalt arbeiten. Da geht es noch mal um die Frage, wie man mit Anfragen aus dem Parlament umgeht. Sie sind hier in Mitzeichnung. Und zwar ist das MAT A BND-3.69 VS-NfD\_2. Austausch, Blatt 154 f. Und zwar ist das eine Vorlage von „Strategie und Einsatz“ I 3, Oberst F [REDACTED], an Staatssekretär Tauber vom 04.03.21. Und zwar geht es hier um eine Frage von Herrn Dr. Marcus Faber, MdB, zu der Frage, inwiefern Talibanangriffe auf die Bundeswehr in Afghanistan wahrscheinlich sind, und Ähnliches. Hier gibt es einen Vorschlag für ein Antwortschreiben mit der gleichen MAT-Nummer unter Blatt 156 bis 159. Ich kann das jetzt nicht alles vorlesen, aber ich möchte Ihnen gerne vorlesen, welche Passagen gestrichen worden sind:

~~„... haben die Taliban die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen gegen USA und NATO Kräfte mehrfach angekündigt; einen genauen Zeitpunkt dafür haben sie nicht genannt.“~~

Und ebenfalls gestrichen wurde:

~~„Die Drohung der Taliban, dies nach 1. Mai 2021 auch gegen Koalitionskräfte anzuwenden.“~~

- in Klammern jetzt von mir: Raketen- und Mörserbeschuss -

~~„und damit unter Umständen auch deutsche Kräfte anzugreifen, ist glaubhaft und wird durch das BMVg sehr ernst genommen. Ein Angriff würde nach derzeitigen Erkenntnissen jedoch erst erfolgen, nachdem die Taliban einen Bruch des USA Taliban Abkommens durch die USA offiziell festgestellt und die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen gegenüber den internationalen Streitkräften angekündigt haben. Über die mögliche Schwere eines solchen Angriffs kann derzeit nur spekuliert werden; es ist jedoch davon auszugehen, dass Planungen und Vorbereitungen dazu durch die Taliban bereits unternommen werden.“~~

Wie gesagt, das ist hier ein Schreiben vom 04.03.21, bzw. die Antwort kommt am 10.03.21. Und hier werden Passagen rausgestrichen, die ja noch mal eine dramatischere Einschätzung zur Sicherheitslage von sich geben als der restliche Text ohne diese Passagen. Leider geht aus Unterlagen nicht hervor, wer die Streichungen veranlasst hat. Können Sie das inhaltlich einordnen und auch eine Aussage darüber treffen, wer diese Streichungen veranlasst hat?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Dann würde ich den Vorhalt gerne sehen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das schaffen wir.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Am besten auch in Farbe.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Farbe?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Dann kann man sehen, wer die Streichungen vorgenommen hat.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir das in Farbe, Peter?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Zuruf: Ja!)

- Okay.

(Zuruf: Ausgewählte Personen ja! - Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Mobil, schnell und in Farbe sind wir hier.

(Heiterkeit)

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** „Du hast den Farbfilm vergessen“, oder wie war das?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Also die Farbe: Wenn das die Originalfarben sind, aber wenn es das richtige Rot ist, ist das eine Streichung des Staatssekretärs.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das war in dem Fall Peter Tauber?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das war in diesem Falle Peter Tauber.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie sich daran erinnern, ob es Gespräche auch mit Ihnen gab zu der Frage, wie man mit dem Streichungsvorschlag des Staatssekretärs umgeht? Oder ist das kein Vorschlag mehr, sondern final?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Eine Streichung des Staatssekretärs auf dem Billigungsgang? Ist hier final.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist das üblich?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Er hat sich mit mir dazu nicht auseinandergesetzt. Meine Kontakte mit Staatssekretär Tauber bezogen sich damals auf die Vorbereitung des Verteidigungsausschusses und nicht über Einzelfragen, schriftliche Fragen aus dem parlamentarischen Raum.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aus Ihren Erfahrungen mit Staatssekretär Tauber zu den TOP-2-Vorbereitungen: Ist Ihnen erinnerlich, wie sozusagen der Staatssekretär dann auch mit solchen Formulierungsvorschlägen, die von unten kommen, umgegangen ist? Also, war es üblich, dass Staatssekretär Tauber Sachen gestrichen hat, wenn Sie mit Vorlagen gekommen sind, oder Sachen aus dem proaktiven in den reaktiven Teil überführt haben wollte, oder - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Das war ein reger Austausch, ich gebe zu, ein spannender und Freude bereitender Austausch mit Staatssekretär Tauber. Und das waren sicherlich auch regelmäßig Diskussionspunkte, ob wir reaktive Anteile nicht in den aktiven Anteil hochziehen müssen. Er hat sich aber ja selber vorbehalten, zu entscheiden, was er denn tatsächlich dann im Verteidigungsausschuss vorträgt. Das, was wir gemacht haben, ist, wenn Sie so wollen, eine Empfehlung. Nach meiner Erinnerung hat er sich aber an die Empfehlung weitestgehend gehalten.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt in der Vorbereitung für den Top 2 mit Staatssekretär Tauber zu Afghanistan konkret: Können Sie sich an Situationen erinnern - Sie haben ja gerade gesagt: reger Austausch mit dem Staatssekretär -, wo Sie die Frage erörtert haben, welche Form der Information und welche Darreichung der Information aus Gründen angemessen oder unangemessen sein kann?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich beantworte die Frage relativ schlicht. Das, was wir vorgeschlagen haben, haben wir für den angemessenen Teil der Berichterstattung gehalten. Wenn daraus weniger geworden ist, dann war das die Bewertung des Staatssekretärs. Das, was wir vorgetragen hatten, ist im Billigungsgang durch den Generalinspekteur so gebilligt worden als das, was wir dem Staatssekretär anempfehlen im Verteidigungsausschuss vorzutragen. Aber es bleibt das Recht des Staatssekretärs, zu entscheiden, wie viel er davon übernimmt.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wenn er schon angedeutet hat, bestimmte Sachen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht sagen zu wollen: Wie kann ich mir das zwischenmenschlich vorstellen? Haben Sie das zum Anlass genommen, noch mal zu begründen, warum im Weg der Institution diese Information es in die Vorbereitung geschafft hat?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wie war dann so die Responsivität des Staatssekretärs?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Wie das bei jedem Staatssekretär ist: Er hat Beratungsleistungen angenommen und in bestimmten Fällen eben nicht angenommen. Aber das gilt für alle, mit denen ich in den letzten sechs Jahren zusammenarbeiten durfte, immer so, dass es ein intensiver Austausch gewesen ist, in dem wir unsere Position auch nachdrücklich haben vertreten dürfen. Es war also nicht so, dass wir abgewiegelt worden sind, sondern wir konnten unser Rational durchaus begründen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Ich habe noch eine Frage zu einem anderen FDP-Kollegen interessanterweise. Und zwar geht es da um eine Bitte des Abgeordneten Alexander Müller vom 09.08., also jetzt noch mal weiter fortgeschrittene Zeit. Das ist MAT A BMVg-5.231 VS-NfD, Blatt 39. Da bittet der Kollege im Namen der AG „Verteidigung“ der FDP-Bundestagsfraktionen um eine Unterrichtung der Obleute. Und jetzt zitiere ich:

„... detailreich auf die Lage in AFG einzugehen, insbesondere auch auf das Ortskräfteverfahren und die rasanten Gebietsgewinne der Taliban.“

Da meine erste Frage zu: Gab es andere Bitten in diesem Zeitraum, also Sommer 21, die schon angekündigte telefonische Obleuteunterrichtung vom August 21, dass noch mal inhaltlich konkret nachgehakt wurde „Das und das wollen wir von euch hören“?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Die Frage kann ich nicht beantworten - nicht, weil ich es nicht will,

sondern weil mir entsprechende Unterlagen hierzu fehlen. Ich schließe das nicht aus, dass es weitere Fragen gegeben hat.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Ich würde noch mal Bezug nehmen auf die gleiche MAT-Nummer, aber dann Blatt 106. Das haben Sie mitgezeichnet. Da geht es genau darum.

Hier heißt es dann, dass die Vorlage für die Lage in den Einsatzgebieten ergänzt werden soll, und zwar um die Punkte:

- „• Die Taliban haben am vergangenen Wochenende fünf Provinzhauptstädte in Afghanistan eingenommen, darunter Kunduz.“

Dann geht es noch mal um die Luftangriffe der USA, die nur noch verzögern können. Und dann steht hier ebenfalls:

- „• Es ist wahrscheinlich, dass die Taliban in den nächsten Tagen weitere Provinzzentren einnehmen.“

Durch die Lektüre ergibt sich schon der Eindruck, dass sich die Vorlage für die Unterrichtung auf Grundlage des Nachhakens des FDP-Kollegen doch noch mal erweitert hat.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das würden Sie auch so sagen: Das war so.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nach dem, was Sie vorgelesen haben, würde ich das bestätigen, ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine Abschlussfrage würde noch gehen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe keine weiteren Fragen. - Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** ... (akustisch unverständlich)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Kay Gottschalk (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde den Ball dann noch mal aufnehmen wollen. Können Sie konkret ausschließen, dass durch die Streichungen, die der Staatssekretär vorgenommen hat, Leben, Gesundheit von bundeswehrangehörigen Soldaten in Gefahr geraten sind?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich wundere mich ein bisschen darüber, dass die Bundesregierung hier gar nicht zuckt sozusagen bei dem - - So eine Frage. Also - -

**Kay Gottschalk (AfD):** Ich halte die für sehr wichtig.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wie soll der Zeuge eine solche Frage beantworten können? Das ist, glaube ich - -

**Kay Gottschalk (AfD):** Ich würde sonst eine Unterbrechung beantragen wollen, wenn Sie mich in meinem Fragerecht hier beschneiden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich beschneide Ihr Fragerecht nicht.

**Kay Gottschalk (AfD):** Gut. Wollte ich nur klarstellen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte? Was haben Sie gesagt?

**Kay Gottschalk (AfD):** Ich habe gesagt: Das wollte ich nur klargestellt haben, dass ich meine Frage gerne beantwortet haben möchte.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich kann diese Frage nicht beantworten.

(OTL i. G. Roman Patock  
(BMVg) meldet sich zu  
Wort)

**OTL i. G. Roman Patock (BMVg):** Die Frage kann der Zeuge nicht beantworten.

**Kay Gottschalk (AfD):** Gut. Dann machen wir mal weiter. - Herr B [REDACTED], Sie haben am

10. Juni 21 eine Entscheidungsvorlage für General Zorn in Vorbereitung auf dessen Einsatzreise nach Afghanistan abgezeichnet. Ursprünglich sollte auch die Wehrbeauftragte Högl mitfliegen. In der Entscheidungsvorlage ist aber festgehalten, dass Högls Teilnahme kurzfristig entfallen würde. Das ist MAT A BMVg-5.119 VS-NfD, Blatt 26 f.; siehe Anlage 7. Wissen Sie über den Hintergrund der kurzfristigen Absage Eva Högls? Und können Sie bestätigen, dass die Wehrbeauftragte oder der Wehrbeauftragte nicht ein einziges Mal das Einsatzland Afghanistan besucht hat?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich würde den Vorhalt gerne einmal zur Kenntnis nehmen.

**Kay Gottschalk (AfD):** Dann bitte ich, den Vorhalt zu machen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
blättert und liest in diesen  
Unterlagen)

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich kann mich über die Gründe für die entfallene Begleitung durch die Wehrbeauftragte - - hier nicht mehr nachvollziehen. Das hat oftmals Gründe, die sich in anderen Terminen erklären lassen. Ich kann den konkreten Fall jetzt hier nicht hinreichend für Sie beantworten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und was die zweite Frage angeht, wäre Ihr Fragerecht, wenn Sie es wahrnehmen wollen, in der Form möglich, dass Sie für den Untersuchungszeitraum fragen, ob der Zeuge Kenntnisse davon hat, dass es so ist.

**Kay Gottschalk (AfD):** Gut. - Dann frage ich: Haben Sie Kenntnisse, dass es so sein würde, dass Frau Högl dann aufgrund der Absage nie in Afghanistan gewesen ist in diesem Zeitraum?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Auf die Frage bin ich nicht vorbereitet. Wir sind als Referat SE III 1 in der Tat aber auch zuständig für die Reisen der Abgeordneten und auch der Wehrbeauftragten in die Einsatzgebiete. Insofern kann ich Ihnen nicht sagen, ob während des Untersuchungszeitraums



## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Wehrbeauftragte tatsächlich vor Ort gewesen ist.

Ich kann mich lediglich an den Besuch des damaligen Abgeordneten Hitschler im Einsatzgebiet erinnern. Aber darüber hinausgehend waren es eher Vertreter der Bundesregierung. Ob in deren Begleitung weitere Abgeordnete beispielsweise dabei waren, kann ich jetzt nicht nachvollziehen. Und ich bleibe Ihnen die Antwort, ob die Wehrbeauftragte in diesem Zeitfenster vor Ort gewesen ist, leider schuldig; das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten.

**Kay Gottschalk (AfD):** Ich war jetzt zum Tag der Einheit durch meine Fraktion in Hamburg vertreten. Und war eine ganz amüsante Fahrt, die ich mit einem afghanischen Taxifahrer - - Wir haben eine große afghanische Community bei uns hier in Deutschland. Und war ein schönes Gespräch. Ich habe dann zu ihm gesagt: Mensch, ich würde auch gerne mal nach Afghanistan; aber das ist ja so gefährlich. - Dann entgegnete er: Nee, Sie können da eigentlich, seit die Taliban regieren, sehr gut hin. Die bemühen sich auch für Business in jede Richtung. Und es ist sicherer zum jetzigen Zeitpunkt als zum Zeitpunkt, als unsere Bundeswehr da war.

Insoweit würde mich interessieren, Herr B ■■■ ■■■■■: Sie zeichneten am 9. August 21 im Vorfeld einer Obleuteunterrichtung eine Sprechempfehlung für den Parlamentarischen Staatssekretär Silberhorn ab; MAT A BMVG-6.30 VS-NfD, Blatt 350; hier Anlage 10. In diesem Papier hieß es wörtlich - ich zitiere aus MAT A BMVG-6.30 VS-NfD, Blatt 355; Anlage 11 -:

- „• Darüber hinaus haben die Taliban ihre Sicherheitsgarantien für alle ehemaligen afghanischen Mitarbeitern und Angestellten der US-amerikanischen- und NATO-Streitkräfte erneuert und diese aufgefordert, im Land zu bleiben.“

Da interessiert mich natürlich nun - klar, das ist jetzt nur ein Taxifahrer; aber da leben noch Teile seiner Familie; der hat mich sogar eingeladen; man stelle sich das mal vor -: Was war Ihnen bis

dato bereits zu vorerfolgten Talibansicherheitsgarantien für Ortskräfte bekannt? Ist Ihnen bekannt, wie die politische Hausspitze im BMVG die Belastbarkeit der verschiedenen Talibansicherheitsgarantien für Ortskräfte einschätzte? Ging man von deren Belastbarkeit aus und, wenn nein, warum nicht?

**Zeuge U ■■■ B ■■■■■:** Ich kann Ihre Fragen nicht beantworten, weil ich für diesen Themenbereich nicht zuständig bin.

**Kay Gottschalk (AfD):** Okay. - Vor diesem Ausschuss haben bereits mehrere Zeugen ausgesagt, dass ihnen nicht ein - ein! - Fall einer Ortskraft bekannt geworden sei, die nach der Machtübernahme der Taliban aufgrund ihrer Arbeit für deutsche Einrichtungen/Stellen zu Schaden gekommen sei. Für wie belastbar hielten Sie selbst zum damaligen Zeitpunkt, also vor dem Fall von Kabul, die Talibansicherheitsgarantien für Ortskräfte, und worauf gründete diese Einschätzung der Belastbarkeit von Talibansicherheitsgarantien? Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge U ■■■ B ■■■■■:** Ich wiederhole meine Aussage von vorhin: Für dieses Themenfeld Ortskräfte bin ich nicht fachlich zuständig und damit auch nicht kompetent, diese Frage zu beantworten.

**Kay Gottschalk (AfD):** Okay, gut. - Sie haben am 11. August 21 eine Sofortmeldung zum Fall von Kunduz aus dem Referat SE III erhalten. Hierin war davon die Rede, dass sich Hunderte Soldaten des von der Bundeswehr jahrelang ausgebildeten 217. Armeekorps den Taliban ergeben hätten. Und es sei so - Zitat - - „Absetzbewegungen der mil. Führung der ANDSF“ gekommen sein soll. Hier die Fundstelle: MAT A BMVG-5.165 VS-NfD, Blatt 85; Anlage 12.

Welche Kenntnisse hatten Sie am Ende des Untersuchungszeitraums bezüglich der letzten Monate des Bestehens der von Deutschland ausgebildeten oder des von Deutschland ausgebildeten Armeekorps 209 und 217? Und haben sich diese in den entscheidenden Wochen des Kampfes bewährt, oder haben sie sich weiterhin kampflös ergeben?



## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge U** ■■■■ **B** ■■■■: Ich kann diese Frage nicht ernsthaft beantworten. Die fachliche Zuständigkeit für diese Bewertung liegt nicht im Referat SE III 1, dem ich vorstehe.

**Kay Gottschalk** (AfD): Sie können also nicht fachlich beantworten, ob sich Truppen ergeben oder kämpfen. Habe ich das richtig verstanden?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Aber der Zeuge hat die Frage beantwortet. - Und die Fragezeit ist auch zu Ende.

**Kay Gottschalk** (AfD): Nee, finde ich nicht. Er hat schon hier, denke ich, Herr Kollege und Herr Vorsitzender, eine Wahrheitspflicht. Und ich habe jetzt die Frage gestellt - und ich glaube, das darf ich -, ob er beurteilen kann, ob sich jemand ergibt oder ob jemand kämpft.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Entschuldigung. Was die Belehrung angeht, will ich Sie nicht darüber belehren, dass wir das zu einem Zeitpunkt schon getan haben, als Sie nicht da gewesen sind. - Und im Übrigen ist die Frage beantwortet und Ihre Fragezeit auch abgelaufen.

**Kay Gottschalk** (AfD): Dann fragen wir gleich weiter.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Jetzt geht das Wort zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Müller-Rosentritt.

**Frank Müller-Rosentritt** (FDP): Ich habe gerade meiner Kollegin gesagt: Ich bewundere, dass Sie seit Stunden hier sitzen. Und großer Respekt! - Ich habe eine letzte Frage auch noch mal zu diesem Thema - es geht um die MAT A BMVg-5.43 VS-NfD, Blatt 65; Anlage 5 -, wo ich einfach eine Frage dazu habe, ob die Informationen, die bei Ihnen für die Ministerien erstellt werden, vielleicht teilweise nicht als zielführend wahrgenommen wurden.

Als Reaktion auf eine Vorlage, die Ihre Abteilung für das tägliche Lage-Update Verteidigungsministerium vom 23. August erstellt hat, schrieb jemand aus dem Büro Hoofe an Staatssekretär Hoofe - Zitat aus der Vorlage -:

„Da haben die Jungs von SE ja nochmal richtig Nebelkerzen geworfen.

Getreu dem Motto je globaler desto weniger Fehler sind möglich.

Der Informationsbedarf der Leitung wird damit m.E. jedoch nicht gedeckt, wenn es nicht zusätzlich noch ein anderes Format zu OK gibt.“

Meine Frage - das ist ja sein subjektiver Eindruck -: Wurde Ihnen damals zurückgemeldet, dass die Berichterstattung Ihrer Abteilung während der Evakuierungsoperation als nicht ausreichend wahrgenommen wurde?

**Zeuge U** ■■■■ **B** ■■■■: Ich glaube, ich brauche den Vorhalt gar nicht sehen. Für die Phase, über die wir hier jetzt gerade sprechen, war das Referat SE I 5 zuständig. - Nein, andersherum. Ich würde den Vorhalt gerne sehen, bevor ich mich um Kopf und Kragen rede.

(Abg. Frank Müller-Rosentritt (FDP) übergibt dem Zeugen Unterlagen - Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Die Heiterkeit, Herr Kollege, bezog sich nur darauf, dass Sie das selbst überbracht haben. Das ist liberale Eigenständigkeit, die hier wahrgenommen worden ist.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

**Zeuge U** ■■■■ **B** ■■■■: Haben Sie das Originaldokument, aus dem Sie jetzt hier zitieren, verfügbar?

**Frank Müller-Rosentritt** (FDP): Selbstverständlich habe ich das auch. Da muss ich nur tatsächlich jemanden bitten, mir das rauszusuchen.

**Zeuge U** ■■■■ **B** ■■■■: Ich gebe Ihnen auch Ihren Zettel wieder zurück.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Dass jetzt ein Mitarbeiter kommt, ist keine mangelnde Wertschätzung gegenüber dem Mitarbeiter, sondern das scheint nur übliches Verfahren hier zu sein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie dürfen das in voller Eigenständigkeit selbst entscheiden, wie Sie das machen wollen.

(Zuruf des Abg. Thomas Röwekamp (CDU/CSU) - Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Es tut mir leid, ich kann auch auf diesen Vorhalt nicht angemessen reagieren, weil sich der Betroffene hier über ein Dokument äußert, das dem nicht beigelegt ist. Ich kann Ihre Frage nicht beantworten.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Okay. - Dann frage ich global: Wie würden Sie denn - das ist ja für den Abschlussbericht vielleicht auch relevant - die Feedback-Kultur in Ihrem Bereich beschreiben? Rückmeldungen sind ja tatsächlich, insbesondere beim Militär, elementar, um, sage ich mal, voranzukommen. Also: Wie würden Sie die Feedback-Kultur in Ihrem Bereich beschreiben? Kam es häufiger vor, dass Ihre Abteilung Kritik für ihre Berichterstattung erntete?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nach meinem persönlichen Empfinden ist die Feedback-Kultur innerhalb der Abteilung stark ausgeprägt. Ich bekomme ein unmittelbares Feedback meines Abteilungsleiters, wenn ich eine Vorlage schreibe, nicht nur durch seine Paraphe, sondern gegebenenfalls auch durch ein Zwiegespräch.

Ich kann insgesamt aber auch im Haus feststellen, was Feedback, was unsere Vorbereitung angeht, wir unmittelbar durch den Staats- - oder bei der Umsetzung durch das Büro dann tatsächlich auch erhalten. Insofern sage ich: Die Feedback-Kultur ist durchaus ausgeprägt.

Ich lese hier allerdings eine persönliche Meinung eines einzelnen Referenten. Ich kann mich an die Auswirkungen dieses Vorganges nicht erinnern.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Okay. - Dann habe ich hierzu weiter keine Fragen. Und das war es dann für uns. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann treten wir jetzt in die nächste Runde ein. Ich habe verstanden, dass es nur noch teilweise Fragebedarf gibt. - Beginnen tun wir wieder beim Kollegen Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nachdem wir beim Ende der letzten Fragerunde trotzdem etwas unter Zeitdruck geraten sind, nur noch eine abschließende Frage. Sie haben ja geschildert, dass es im Zuge der neuen Führung des Ministeriums auch zu Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb des Hauses gekommen ist und dieser neue Führungstab eingeführt wurde. Sie versprechen sich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Verbesserungen der Bewertung und der Analysefähigkeit für Informationen.

Gehen Sie davon aus, dass das auch die Qualität der Unterrichtungen für das Parlament verbessern kann, wenn ebendiese besser bewerteten, besser analysierten Informationen zentral - - Ich weiß. Ich formuliere die Frage anders. Ist diese Entscheidung auch im Hinblick auf eine mögliche Verbesserung der Kommunikation mit dem Parlament getroffen worden?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Also, die Frage ist, glaube ich, schon zulässig. Sie sollten schon aus eigener - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja, das ist eine prognostische Frage. Ich hatte ja vorhin ausgeführt, dass der Planungs- und Führungstab sicherlich auch noch weiterentwickelt werden muss. Das gilt insbesondere für den Anteil Krisenstab.

Ich glaube sehr wohl, dass in der weiteren Ableitung, wenn das Konstrukt funktioniert und es eine entsprechend angemessene Beratungsleistung gegenüber dem Minister gibt, entsprechende Entscheidungen, die der Minister fällt oder andere Verantwortliche fällen - - dann auch im Zuge der Umsetzung auch einen Vorteil bringt für die Berichterstatter gegenüber dem Parlament.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist aber eine prognostische Antwort. Die Umsetzung haben wir noch nicht erlebt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Frage war in der letzten Fassung keine prognostische Frage, sondern in der ersten Fassung, ja. Und dann kamen ja auch - - Deswegen hatte der Kollege sie ja auch anders gestellt. Und er hat Sie gefragt, ob es mit der Absicht erfolgt ist, auch die Unterrichtung für das Parlament zu verbessern. Das ist keine prognostische - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Okay, Entschuldigung. Dann habe ich diese Frage überhört, nicht geflüssentlich, sondern einfach überhört. - Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das Motiv dahinter erschließt sich mir mit Blick auf die Berichterstattung gegenüber dem Parlament nicht. Ich ziehe da nur positive Schlussfolgerungen raus.

(RDn Kathrin Geyer  
(BMVg) meldet sich zu  
Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort.

**RDn Kathrin Geyer (BMVg):** Ich möchte nur kurz anmerken, dass ich denke, dass die aktuelle Hausorganisation nicht Untersuchungsgegenstand ist. Der Zeuge hat sich jetzt so eingelassen. Aber ich würde darum bitten, dass das beachtet wird.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** ... (akustisch unverständlich) Das kann ich jetzt in keiner Weise nachvollziehen. Wenn eine Entscheidung getroffen wird, die im Zuständigkeitsbereich des Zeugen liegt, und nach dem Motiv dafür gefragt wird, dann ist das doch eine Frage, die vollständig zulässig ist und auch beantwortet werden muss. Dafür gibt es keinerlei Grund, das nicht zu tun.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn ich vielleicht dann nur einen Satz dazu sagen darf. Unser Untersuchungsauftrag beinhaltet auch die Feststellung von Verbesserungspotenzial für künftige Einsätze.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sicher. Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dementsprechend war, glaube ich, diese Frage dahin gerichtet und ist für die Politik und für unser System insgesamt, glaube ich, in ihrer Antwort sehr hilfreich. Darum danke ich dem Zeugen, dass er sie beantwortet hat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Der Zeuge hat ja geantwortet, dass er davon keine Kenntnisse hat. Aber wenn er sie gehabt hätte, dann hätte er wahrheitsgemäß hierzu antworten - - zu dem Thema. Das ist selbstverständlich unser Untersuchungsgegenstand. Da gibt es gar keine zwei Meinungen. Aber das kriegen wir miteinander noch geregelt. - Die SPD hat keine Fragen mehr.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich darf dem Zeugen an der Stelle danken. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Union hat keine mehr. - Die Grünen hatten keine Fragen mehr. - Sie haben Fragen.

**Kay Gottschalk (AfD):** Nur für mich zum Verständnis, Herr B [REDACTED]: Sie sagten - das muss man ja wirken lassen -, Sie zeichnen also für Staatssekretär Silberhorn eine Sprechempfehlung ab. Das ist korrekt? Ich hatte ja die zitiert. Die ist ja jetzt auch insoweit schriftlich hier vorliegend.

Was darf ich dann unter Abzeichnen verstehen für einen Staatssekretär? Wenn Sie dann doch eben im Nachgang gesagt haben, dass Sie für Ortskräfte - und das sind ja auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NATO und der US-Streitkräfte - - Was bedeutet dann dieses Abzeichnen konkret?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich zeichne im Rahmen meiner fachlichen Zuständigkeit die Elemente mit, für die ich zuständig bin. Für die Elemente, für die ich nicht zuständig bin, führe ich keine Mitzeichnung durch.

**Kay Gottschalk (AfD):** Gut. Das heißt, es sind unter diesem Dokument dann mehrere Unterschriften zu finden für Staatssekretär Silberhorn. Ist das richtig?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Nein. Darf ich den Vorhalt noch mal, damit ich Ihnen konkret dann eine Antwort geben kann?

**Kay Gottschalk (AfD):** Das geht noch mal; da würde ich meinen Kollegen drum bitten. MAT A BMVg-6.30 VS-NfD, Blatt 355; Anlage 11 zu Frage 5.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Sie verstehen, dass mich das interessiert. Wenn natürlich nur eine Unterschrift drauf ist, -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ja, völlig klar.

**Kay Gottschalk (AfD):** - dann habe ich ein Verständnisproblem.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Lassen Sie mich kurz den Vorhalt sehen.

**Kay Gottschalk (AfD):** Na klar.

(Der Zeuge liest weiter in  
den ihm zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Sie sehen an der Vorlage selbst, an der Transportvorlage, wer alles das Produkt mitgezeichnet hat. Daran können Sie erkennen, wer an diesem Produkt mitgewirkt hat und die Formulierung entsprechend eingefügt hat.

Der Passus, über den Sie hier sprechen, liegt in der Verantwortung eines dieser federführ- dieser mitzeichnenden Referate.

**Kay Gottschalk (AfD):** Können Sie sich erinnern konkret, wer für diesen Passus, den ich Ihnen vorgetragen habe, entsprechend Verantwortung - im wahrsten Sinne des Wortes - zeichnet?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** „Darüber hinaus haben die Taliban ihre Sicherheitsgarantien ...“, meinen Sie diesen Passus?

**Kay Gottschalk (AfD):** Ja, genau.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich kann es nur vermuten, aber inhaltlich passt es zum Referat SE I 3.

**Kay Gottschalk (AfD):** Gut.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Entschuldigung, als Ergänzung: Da ich keinen Anlass habe, mit dem Wissen, das mir zur Verfügung stand, hier eine andere Position einzunehmen oder eine Änderung herbeizuführen, habe ich diesen Passus unternommen [!], und ich würde ihn auch heute so noch mittragen.

**Kay Gottschalk (AfD):** Okay, alles klar. Gut. - Ich will auch noch mal auf die andere Frage zurückkommen. Ich will das auch noch mal anders versuchen darzustellen. Also, am 11. August bekommen Sie eine Sofortmeldung zum Fall von Kunduz aus dem Referat auch, was Sie eben genannt haben, SE I 3. Hunderte Soldaten hätten sich, die jahrelang ausgebildet worden sind, ergeben. Warum haben Sie diese Meldung denn dann bekommen, wenn Sie mir eben gesagt haben, Sie konnten die gar nicht beurteilen? Also, wie darf ich das verstehen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]:** Ich verstehe - - Ich würde Sie bitten, die Frage noch mal zu formulieren. Ich verstehe Ihre Frage nicht.

**Kay Gottschalk (AfD):** Okay. - Also, am 11. August - um da noch mal Klarheit zu bringen - kam eine Sofortmeldung zum Fall von Kunduz aus dem Referat SE I 3. Hierin war davon die Rede, dass sich Hunderte Soldaten des von der Bundeswehr jahrelang ausgebildeten 217. Armeekorps den Taliban ergeben hätten und - Zitat aus diesem Dokument - „Absetzbewegung der mil. Führung der ANDSF“ - - gekommen sein soll. Fundstelle war hier MAT A BMVg usw. Ich habe es ja eben zitiert.

Diese Meldung haben Sie bekommen. Sie haben mir aber zu verstehen gegeben, Sie können die eigentlich gar nicht einschätzen. Also, warum haben Sie die bekommen? Und was war Ihre Schlussfolgerung überhaupt - ohne jetzt auf meine Frage von vorhin noch mal zu rekurrieren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ren - aus dieser Meldung? Ich meine, eine Meldung bekommt man ja nicht, denke ich, in so einer heiklen Frage zum Locher und Abheften.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Die übliche Vorgehensweise bei einer solchen Meldung ist, dass diese Meldung auf dem Dienstweg weiter in die Abteilungsleitung geführt wird und dass dann eine Entscheidung darüber gefällt wird, in welcher Form sie dann kommuniziert wird: entweder durch eine Sofort- - eine Obleuteunterrichtung, ein Vertagen an den nächsten Verteidigungsausschuss, gegebenenfalls eine Unterrichtung innerhalb der Unterrichtung des Parlamentes. Für diesen konkreten Fall kann ich ohne weitere Einsicht in Unterlagen keine kompetente Auskunft geben.

**Kay Gottschalk (AfD)**: Das heißt - -

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Also, I 3 adressiert mich nicht ausschließlich bei einer solchen Meldung; da bin ich einer von mehreren Empfängern.

**Kay Gottschalk (AfD)**: Das heißt, der Regelgang wäre dann, so wie Sie ihn beschreiben: Die Meldung wird weiterverarbeitet, landet vielleicht auch irgendwann beim Staatssekretär. Der könnte da die Obleute unterrichten. Er könnte aber auch aus seiner Kompetenz, so wie Sie es geschildert haben, eine Streichung vornehmen.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Jetzt stellen Sie eine Frage mit einem konkreten Inhalt und landen anschließend bei einer Verallgemeinerung. So verstehe ich Ihre Frage zumindest.

**Kay Gottschalk (AfD)**: Na ja, sagen wir mal, eine Struktur ist ja immer eine Verallgemeinerung, auch eine Dienstanweisung. Sie könnten ja an einer Dienstanweisung nicht konkret oder in einer Arbeitsstruktur - oder wie wir neudeutsch sagen: Workflow - alle Fälle - - sondern dass Sie sagen: Das ist der regelhafte Gang. Es kommt eine Meldung. Die wird Person A vorgelegt. Sie geht weiter an Person B, landet dann, C, beim Staatssekretär. Der bereitet vor für den Minister oder für die Obleuterunde und legt dann das Vorgehen

an den Tag, zu dem ja Frau Kollegin Nanni gefragt hat.

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Das ist die übliche Vorgehensweise.

**Kay Gottschalk (AfD)**: Das ist die übliche Vorgehensweise an der Stelle. Gut. - Dann hätte ich noch eine Frage. Am 23. August 21 wurde Ihnen eine Sofortinformation des Einsatzführungskommandos weitergeleitet; diese zu finden auf MAT A BMVg-4.763 VS-NfD, Blatt 45 ff. und hier Anlage 15. Aus dieser geht hervor, dass am selben Tag deutsche Soldaten am Kabuler Flughafen in ein Feuergefecht verwickelt worden sind. Auslöser waren Schüsse auf eine afghanische Sicherheitskraft oder wären es gewesen. Ein Angehöriger der afghanischen Streitkräfte ist hierbei ums Leben gekommen. Die am Gefecht beteiligten Bundeswehrsoldaten blieben - so gottlob - unverletzt.

Erste Frage dazu: Können Sie uns sagen, weshalb auch acht Tage nach der Flucht Präsident Ghanis noch einsatzfähige republikanische afghanische Streitkräfte in Kabul gewesen sind und weshalb sich diese für die Sicherung des Flughafens einspannen ließen?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten.

**Kay Gottschalk (AfD)**: Was wissen Sie Näheres über diesen erwähnten Angriff und das Feuergefecht der Bundeswehrsoldaten? Hat es sich bei den Angreifern um IS-Kämpfer gehandelt oder um afghanische Zivilisten?

**Zeuge U [REDACTED] B [REDACTED]**: Ich würde den Vorhalt gerne sehen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
blättert und liest in diesen  
Unterlagen)

Ich kann Ihnen die Frage nach der Herkunft des Angreifers nicht beantworten. Das gibt die Sofortinformation, die innerhalb des Einsatzführungskommandos erstellt wird, nicht hervor. Und der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorgang wird hier als abgeschlossen gemeldet. Weitere Erkenntnisse dazu liegen mir nicht vor.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Abgeschlossen ist auch Ihre Fragezeit. - Hat die FDP noch Fragen?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Nein, danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann war das die letzte Runde. - Und wir kommen zum Ende der - -

**Kay Gottschalk (AfD):** Ich hätte noch Fragen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir können weitere Fragerunden nur dann beschließen, wenn es eine qualifizierte Mehrheit dafür gibt. Das stelle ich gerne fest. Gibt es den Wunsch, noch eine weitere Fragerunde zu machen?

**Kay Gottschalk (AfD):** Herr Vorsitzender, ich habe ja nun auch einen Untersuchungsausschuss geleitet. Wo leiten Sie das hier ab? Ich kenne da nur § 28 GO-BT, und, ich glaube, § 35 GO-BT wäre hier auch einschlägig für uns. Also, insofern würde mich jetzt interessieren - können wir aber auch gerne in einer Unterbrechung diskutieren - - Richtig, §§ 28, 35, die geben es für mich nicht her. Also, ich würde gerne meine Fragen stellen.

Es sei denn, Sie haben eine Regelung wie in Wirecard. Da hatten wir natürlich beschlossen - sehr demokratisch, wie ich finde -, dass, wenn jede Fraktion noch Fragen hat, sie diese auch stellen kann.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie können sich Ihre Bewertungen sparen.

**Kay Gottschalk (AfD):** Das war eine Feststellung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben hier bisher immer kollegial gehandelt. - Und da heißt es unter Punkt 8 der entsprechenden Regelungen - - § 248 StPO in der gängigen Kommentierung sagt: Die Entlassung des Zeugen beendet das Fragerecht des Frageberechtigten. Sie bedarf eines Beschlusses des Ausschusses, der nicht

gegen eine qualifizierte Mehrheit ergehen darf. - Darüber habe ich eben gesprochen. Eine qualifizierte Mehrheit, die können wir gerne feststellen. Und das ist das, was wir hier im Verfahren tun.

**Kay Gottschalk (AfD):** Dann würde ich darum bitten, ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das machen wir dann. - Dann frage ich, wer dafür ist, dass wir die Befragung des Zeugen an der Stelle - - Müssen wir unterbrechen? - Gut. Das machen wir dann für einen Moment. Dann bitte ich die Öffentlichkeit, uns mal für wenige Minuten zu verlassen; das wird ganz schnell gehen. Der Zeuge bitte auch.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
16.15 Uhr - Folgt  
Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung,  
Öffentlich: 16.17 Uhr)

**Fortsetzung der  
Vernehmung des Zeugen**  
U ■■■ B ■■■

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann stelle ich fest, Herr Zeuge, dass wir die Befragung für heute beenden. Im Rechtssinn abgeschlossen ist Ihre Vernehmung noch nicht. Vielmehr wird Ihnen das Protokoll der Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den förmlichen Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken und wünsche Ihnen einen guten Tag.

Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten, und wir fahren dann mit der zweiten Zeugin fort.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Unterbrechung von  
16.17 bis 16.32 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung der Zeugin Tjorven Bellmann

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße unsere zweite Zeugin, Frau Tjorven - das ist ein wundervoller Vorname - Bellmann, die bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau Bellmann, Sie haben den Erhalt der Ladung am 4. Oktober bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen. Ich bedanke mich dafür, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Frau Bellmann, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Die Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen und jede Zeugin vor.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin von einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer von einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Nein, Herr Vorsitzender, keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann weise ich Sie darauf hin, dass es eine Tonaufnahme geben wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Das gilt mir noch mal Gelegenheit, mich bei denen zu bedanken, die das für uns hier alles stenografieren, was sie immer hervorragend tun.

Mein letzter Hinweis an Sie ist, dass Sie, wenn Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssten, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, Sie einen Hinweis geben müssten. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Das ist allerdings ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen also von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber entscheidet.

Haben Sie zu diesem Verfahren noch Fragen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Keine Fragen, danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich werde Sie jetzt eingangs zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Dazu Fragen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Nein, danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann würde ich Sie jetzt bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Mein Name ist Tjorven Bellmann. Ich bin 51 Jahre alt, Bundesbeamtin im Auswärtigen Dienst und zu laden über das Auswärtige Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Ich weise Sie auch noch darauf hin, dass, wenn die Mitglieder Fragen an Sie stellen und Vorhalte aus Akten gemacht werden, Ihnen diese zur Verfügung gestellt werden können. Und die Mitglieder sind so freundlich, ihre Fragen einzuleiten mit der Fundstelle, MAT-Fundstelle, damit alle anderen das mitverfolgen können.

Wollen Sie über den Gegenstand einleitende Ausführungen machen? Dann könnten Sie das jetzt tun.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich würde in der Tat gerne von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, um Ihnen ein bisschen einzuordnen, welche Funktion ich damals mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand im Untersuchungszeitraum innehatte, und das Ganze vielleicht noch kurz einzuordnen in die Gesamttätigkeit in dieser Zeit.

Ich war im Untersuchungszeitraum tätig im Wesentlichen als Beauftragte für Sicherheitspolitik im Auswärtigen Amt. Das entspricht einer Unterabteilungsleiterin in anderen Ministerien. Ab Juni 2020 hatte ich diese Rolle formell inne. Seit August 2019 war ich bereits mit dieser Funktion betraut, wenngleich formell noch Referatsleiterin

201; das ist das NATO-Referat, was Sie vielleicht schon kennen aus Ihren Befragungen.

Das Referat 201 wurde in dieser Phase personell bereits mit meinem designierten Nachfolger verstärkt, sodass ich mich voll auf die Funktionen der Beauftragten konzentrieren konnte.

Die Politische Abteilung 2 im Auswärtigen Amt wird geleitet vom Politischen Direktor - das ist meine heutige Funktion -, damals Jens Plötner. Die Abteilung gliedert sich in drei Unterabteilungen, und die von mir verantwortete Unterabteilung ist die größte von diesen drei mit vier Referaten und über 40 Mitarbeitern.

Aus diesem Bereich sind zwei Referate für den Untersuchungsgegenstand von besonderer Bedeutung. Das ist einerseits das Referat 200; da betreuen wir die bilateralen Beziehungen zu den USA, Kanada und den G7-Außenministerprozess. Und das zweite Referat von besonderer Bedeutung ist 201, das NATO-Referat. Dazu gehören noch 202, GSVP, das war ein Referat, mit dem ich sehr viel im Herbst 2020 zu tun hatte, weil wir da die EU-Ratspräsidentschaft hatten und Verhandlungsstränge zu betreuen hatten, und das Referat 204, Großbritannien, Nordische Staaten, Arktis; da ging es im Untersuchungszeitraum, aber nicht im Untersuchungsgegenstand viel um die post-Brexit bilateralen Beziehungen zum Vereinigten Königreich.

Als Beauftragte für Sicherheitspolitik haben Sie natürlich in erster Linie die Aufgabe, diese Unterabteilung zu managen. Sie sind außerdem diejenige, die die sicherheitspolitischen bilateralen Konsultationen im Auswärtigen Amt mit 30 plus Staaten führt, und Sie sind das Gesicht des Auswärtigen Amtes im Verteidigungsausschuss.

Der Verteidigungsausschuss - das wissen Sie - wird natürlich federführend vom Bundesverteidigungsministerium betreut. Die Bundesregierung trägt dort aktiv in der Regel durch einen Parlamentarischen Staatssekretär oder Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums vor. Meine Rolle war in der Regel dann, in den Diskussionen Fragen zu beantworten. Ich habe dort alle Themen abgedeckt, in der Regel, die das Auswärtige



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Amt betrafen. 80 Prozent davon waren im Auswärtigen Amt nicht meine Zuständigkeit; aber ich musste mich dann eben entsprechend für die Sitzungen vorbereiten.

Afghanistan kam mit Ausnahme der Zeiten, wo wir Sondertagesordnungspunkte zu Afghanistan hatten oder Sonderunterrichtungsformen zu Afghanistan hatten, im Verteidigungsausschuss in der Regel unter dem stehenden Tagesordnungspunkt 2 „Lage in den Einsatzgebieten“ zur Sprache. Das stand immer auf der Tagesordnung; aber wir wussten nie, ob es aufgerufen wird, weil das die Obleute erst morgens entschieden haben.

Dieser Tagesordnungspunkt umfasst alle Einsatzgebiete, in denen Bundeswehrsoldaten in einem Auslandseinsatz im Sinne des Parlamentsbeteiligungsgesetzes im Einsatz sind. Das reicht geografisch von Kosovo, Serbien, Irak, Syrien, Mali, die Sudan-Mandate, die wir damals hatten, natürlich Afghanistan, aber auch Libyen und andere Dinge durch Irini und sonstige Einsätze.

Und Sie müssen dann als derjenige, der das für das AA betreut, sich bereithalten, über alle Fragen, die Abgeordnete haben, zu den Politikentwicklungen in diesen Ländern Rede und Antwort zu stehen, was nicht die Zuständigkeit war, die ich im Auswärtigen Amt eigentlich hatte, wo ich ja die Einsätze betreut habe, insbesondere die der NATO. Das hat eine sorgfältige Vorbereitung erfordert. Ich habe das immer sehr ernst genommen und mich immer intensiv auf diese Sitzungen vorbereitet, um überhaupt nach bestem Wissen und Gewissen Auskunft geben zu können.

Ansonsten war ich natürlich vor allen Dingen für die NATO-Politik zuständig im Auswärtigen Amt und für die Bundeswehreinsätze, die bei uns lagen; das war der Afghanistan-Einsatz, ebenso wie der Evakuierungseinsatz, der zwar nicht als solches bei uns lag, aber was die Mandatierungen anging.

Was die Weisungsgebung NATO angeht, haben Sie das vielleicht schon im Zuge der Vernehmungen besprochen. Das Auswärtige Amt ist federführend für alle NATO-Weisungen auf dem politischen Strang, also vom NATO-Rat runter in die

Ausschüsse, die darunter liegen, darunter der Operationsausschuss, der hier einschlägig ist. Diese Weisungen werden alle ressortabgestimmt, immer mit BMVg und Kanzleramt, je nach Thema dann auch mit anderen Ressorts, die einzubeziehen sind. Aber zu diesen Thematiken sind die Weisungen immer ressortabgestimmt rausgegangen, und das ist für alle NATO-Fragen gute Praxis. Und die Häuser haben dann jeweils in ihren Häusern wiederum im Mitzeichnungswesen dafür gesorgt, dass alle Arbeitseinheiten in den Häusern ebenso einbezogen wurden.

Vielleicht abschließend noch eine Einordnung, wenn Sie es erlauben, in den Gesamtkontext meiner Tätigkeit im Untersuchungszeitraum und mit ein bisschen Vorlauf.

Die Jahre unter der Regierung Trump waren für uns Sicherheitspolitiker natürlich Jahre, die uns immer wieder konfrontiert haben mit disruptiven Entscheidungen, für die wir Wege finden mussten, sie abzumildern, abzufedern, in andere Kanäle zu kanalisieren, und manchmal sind Entscheidungen auch nicht umgesetzt worden. Aber das waren für uns sehr schwierige Jahre, wo wir eigentlich in einem ständigen Ausnahmezustand agiert haben. Denken Sie an den Fastaustritt der Amerikaner aus der NATO 2018; denken Sie an die unabgestimmte Syrien-Politik, die am Ende in der NATO-Hirntod-Debatte endete; denken Sie an die Anordnung im Juli 2020, fast 10 000 Truppen aus Deutschland abzuziehen, die Faszination mit Putin, das antagonistische Verhältnis zur Ukraine, die Nichtanerkennung - und wir waren ja auch für die Innenpolitik in Amerika zuständig - der eigenen Wahlniederlage bis hin zu den Entwicklungen des 6. Januar und in dieser Phase auch immer wieder den Versuch, obwohl schon abgewählt, weiterhin Fakten zu schaffen, und dann natürlich die Abzugsentscheidung aus Afghanistan, die ja erfolgte ohne hinreichende Konditionierung auf Grundlage eines Abkommens, was die afghanische Regierung nicht eingebunden hatte und was den wichtigsten Hebel, den die Amerikaner und die internationale Gemeinschaft hatten, nämlich die eigene Truppenpräsenz, aus der Hand gegeben hat, ohne das zu verknüpfen mit einem Waffenstillstand oder ei-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ner politischen Konditionierung, was den politischen Prozess anging, sodass man da zu Erfolgen hätte kommen können oder die erfolgsgebunden war.

Wir fanden damals den Ansatz, in den Verhandlungsprozess zu gehen, grundsätzlich richtig. Wir haben das selber jahrelang versucht - erfolglos, weil sich die Taliban dem immer entzogen haben. Also uns ging es nicht darum, dass wir nicht glaubten, man muss über einen Verhandlungsprozess diesen Konflikt beenden. Aber die Grundlage, auf der die Verhandlungen stattfanden, und die Grundvoraussetzungen, vor denen sie stattfanden, waren so defizitär, dass sie am Ende zu einem fatalen Ergebnis geführt haben.

In der Abteilung 2 haben wir das natürlich vor allen Dingen mit Blick auf die Sicherheitspolitik betrachtet, sodass es uns nicht nur ging um die Folgen für das Land und seine Menschen, sondern auch um die Frage „Was macht das mit einer ohnehin geschwächten NATO?“ und um das geopolitische Signal, was von dieser Entscheidung und diesem Prozess gegenüber Drittakteuren ausging.

Vergessen Sie nicht, dass wir bereits im März und April 2021 eine Truppenkonzentration russischerseits an den Grenzen der Ukraine hatten, dass der Aufmarsch, der dann in die Invasion geführt hat, ab Oktober 2021 stattfand, dass im August zum Beispiel ein Nikolai Patruschew öffentlich gesagt hat: Die Ukraine wird das gleiche Schicksal erleiden wie Afghanistan. - Das ist keine lineare Verbindung zwischen dem einen in das andere; das wäre zu kurz gesprungen. Aber wir waren überzeugt davon, dass autoritäre Herrscher dieser Art sich westliches Durchhaltevermögen sehr genau anschauen, auch in diesem Kontext, sodass - und damit komme ich zum Ende - mein Bestreben und unser Bestreben in dieser Zeit oder in diesem ganzen Kontext vor allen Dingen war, erstens Zeit zu gewinnen, um Raum zu schaffen für den politischen Prozess und um einer neuen US-Regierung die Möglichkeit zu geben, diese Abzugsentscheidung zumindest zu überprüfen oder einer Revision zu unterziehen und sie auch in die Pflicht zu nehmen,

dieses zu tun; zweitens, die wenigen Konditionierungen, die das Abkommen bot - und es war klar, man konnte das nicht neu verhandeln - so zu hebeln, dass man einen rein zeitbasierten Ansatz bestmöglich in etwas weiterentwickelt, was zumindest ein Mindestmaß an Konditionierung enthält; drittens, die politische Kontrolle über den Abzugsprozess zu wahren - und es war eine große Herausforderung und ist uns oft nicht gelungen -; viertens, die NATO und das transatlantische Band nicht noch weiter zu beschädigen, und dann abschließend natürlich - fünftens -, die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten als hohes Gut in diesem ganzen Kontext weiter hochzuhalten und jede Entscheidung immer damit abzuwägen.

Dabei möchte ich es belassen. Ich danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Frau Zeugin. - Nach unserem Verfahrensbeschluss Nummer 12 hat jetzt die SPD-Fraktion das erste Wort. Frau Kollegin Yüksel.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch Ihnen vielen Dank, Frau Bellmann, für Ihre Ausführungen und auch, dass Sie sich Zeit nehmen, uns für unsere Frage zur Verfügung zu stehen. Sie sind ja schon auf einige Punkte eingegangen, die ich auch fragen wollte, zu Ihren Aufgaben. Ich würde dann einfach mit der Frage weitermachen - vielleicht können Sie da ein bisschen näher eingehen -, mit welchen Referaten im AA Sie regelmäßig Kontakt hatten und aus welchem Grund.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Als Beauftragter haben Sie eigentlich normalerweise mit anderen Beauftragten zu tun. Ich hatte in der Praxis viel zu tun mit Markus Potzel. Natürlich haben wir auch mit AP 05 direkt gesprochen; aber normalerweise läuft es sozusagen zwischen den Referaten, was jetzt die Afghanistan-Frage anging. Und dann war ich eher sozusagen eingebunden zuhörerweise in die Staatssekretärsrunden - - und haben wir natürlich auch mit den Leitungsreferaten diese Gesamthematik immer wieder besprochen. Bei mir in der Abteilung, wie gesagt, waren das vor allen Dingen die Referate - - war das insbesondere das Referat 201.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich würde gerne noch mal fragen: Hinsichtlich des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan lag ja die Federführung innerhalb des AA grundsätzlich bei der Abteilung AP und dem Referat AP 05, was Sie auch eben erwähnt haben. Können Sie uns vielleicht ganz kurz erläutern, wie die Zusammenarbeit mit diesen Stellen verlief?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Die Federführung für den Einsatz an sich, also das NATO-Mandat und den NATO-Einsatz, lag bei uns in der Abteilung. Die Abteilung AP und das Referat AP 05 war federführend für die Regionalpolitik, für den Friedensprozess, für den Verhandlungsprozess, für diese Fragen, also alles, was Länder- und Regionalpolitik war. Der Bundeswehreininsatz lag bei uns in der Federführung.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. - Dann würde ich gerne noch wissen, das Thema Afghanistan, welchen Anteil das in Ihrer Arbeitszeit hatte. War es ein Thema wie viele andere in Ihrem Arbeitsbereich, oder gab es einen besonderen Fokus auf das Thema Afghanistan in Ihrer Arbeit?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, es war sicher nicht ein Thema wie viele andere. Es war ein Thema, was uns intensiv beschäftigt hat. Gleichzeitig gab es zahlreiche andere Themen, die uns auch intensiv beschäftigt haben. Ich war persönlich schon dadurch, dass ich ja regelmäßig im Verteidigungsausschuss dazu vortragen musste, gezwungen, mich über diese Fragen informiert zu halten. Das, wofür wir genuin zuständig waren in der 2, war eben die ganze Frage der NATO-Politik, die Weisungsgebung in die NATO und natürlich sozusagen auch Vorbereitungen für Ministergespräche mit amerikanischen Stellen und diese Dinge.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Sie sagten ja, dass Sie sich vorbereitet haben, weil Sie auch viel im Verteidigungsausschuss dazu gesagt haben. Ich würde gerne wissen, ob Sie vielleicht noch mal in dem Zusammenhang sagen können, wie die Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts verlief, dem Bundeskanzleramt, und wie das Thema Afghanistan wahrgenommen wurde.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Die Zusammenarbeit war in der Regel immer sehr professionell, gerade mit den Kameraden im BMVg und auch mit General Schütt, mit dem ich viel Austausch hatte und ja auch zusammen den Verteidigungsausschuss in der Regel da bestritten habe. Natürlich gab es Dinge, darüber haben wir uns auseinandergesetzt. Das ist normal in Fragen, die von hoher Bedeutung sind. Man ist nicht immer in allen Fragen einer Meinung, aber wir haben das immer professionell gelöst. Ich würde sagen, das ist ein sehr eingespielter Abstimmungsprozess zwischen Auswärtigem Amt, Kanzleramt und BMVg in allen NATO-Fragen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Dann würde ich gerne noch wissen, wie die Zusammenarbeit mit dem Parlament und die Unterrichtung des parlamentarischen Raums - - wie Sie das wahrgenommen haben.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich habe das immer als ehrliche Diskussion wahrgenommen bei einem Thema, was alle berührt hat und wo es schwierige Abwägungen zu treffen gab und gute Argumente und gewichtige Gründe in verschiedene Richtungen und wo wir alle gemeinsam damit zu kämpfen hatten, aus dieser Entscheidung, die wir, glaube ich, auch alle gemeinsam - bis auf wenige Ausnahmen im Parlament - für problematisch fanden, etwas zu machen, was den Schaden möglichst begrenzt.

Wir haben da phasenweise sehr intensiv darüber diskutiert, und ich hatte eigentlich das Gefühl, dass insgesamt das Gemeinsame - - Also, natürlich sind Ausschussberatungen auch immer wieder parteipolitisch geprägt, aber bei dem Thema hatte ich eigentlich schon das Gefühl, dass das eine intensive und wechselseitig von Respekt gekennzeichnete Diskussion war.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja, es ist ja wichtig - - Wenn Sie dann also im parlamentarischen Raum unterrichten, müssen ja auch Sprechzettel usw. vorbereitet werden. Dann würde ich gerne wissen, ob Sie uns kurz beschreiben können, wie die Sprechzettel für die Unterrichtung im Bundestag in Ihrem Hause in Bezug natürlich auf Afghanis-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

tan zusammengestellt wurden und wer zu welchen Themen Informationen dazu beigesteuert hat.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich lasse mir selber in der Regel keine Sprechzettel machen, sondern ich sammle Informationen. Also, ich habe, wenn es sozusagen Sprechzettel - was weiß ich? der Minister ist im Auswärtigen Ausschuss zum gleichen Thema an dem Tag - - Dann nehme ich den natürlich auch mit und bin dankbar, aber ich versuche eigentlich, für mich selber jetzt nicht auch noch zusätzliche Sprechzettel schreiben zu lassen - denn alle Kollegen haben genug zu tun -, sondern ich versuche, mir alles, was es in dem Zeitraum an wichtigen Informationen gibt, sammeln zu lassen. Was weiß ich? Wenn eine Pressemitteilung rumgeht, würde ich dem Referenten sagen: „Was ist der Hintergrund dazu?“, oder die haben einschlägige Sachstände eingesammelt oder Vorlagen oder was es auch immer gerade zu dem Zeitpunkt gab. Sie haben ja in so einer Sitzungswoche manchmal zwei, drei Wochen hintereinander Sitzungen und dann wieder größere Pausen, sodass ich eigentlich immer alles, was ich so wahrgenommen habe an Entwicklungen, die die Abgeordneten interessieren könnten und wo ich mich vielleicht vorbereiten muss auf Nachfragen, an das Referat 201 und den Referenten, der die Mappen gemacht hat, geschickt habe und gesagt habe: Kannst du mir dazu noch was in die Mappe legen und dazu noch was in die Mappe legen, damit ich mich vorbereiten kann?

**Gülistan Yüksel (SPD):** Also, die Zuarbeit war Referat 201, das Ihnen für diese Themen zugearbeitet hat.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ach so, Entschuldigung. Referat 201 macht sozusagen, was wir „die Mappe“ nennen, also so was hier,

(Die Zeugin weist auf vor  
ihr liegende Unterlagen  
hin)

wo dann alle Informationen nach Themen geordnet drin sind, und die sammeln das aber wiederum aus dem ganzen Haus ein, je nachdem, wer

federführend ist - in meinem Fall. Wenn der Minister in den Ausschuss geht, macht das das Parlamentsreferat; aber für mich sozusagen war das 201er-Referat.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Okay, die das für Sie dann vorbereitet haben quasi, die Informationen. - Gut. Vielen Dank.

Dann würde ich gerne zum Doha-Abkommen ein paar Fragen stellen, und zwar über die Zeit nach Abschluss des Doha-Abkommens. Am 29. Februar 2020 schlossen die USA und die Taliban bilateral das sogenannte Doha-Abkommen. Weder die afghanische Regierung noch die anderen NATO-Partner wurden Teil des Abkommens. Das ist ja bekannt mittlerweile. Das AA erhielt erst kurz vor dem Abschluss des Doha-Abkommens Kenntnis vom Inhalt der Vereinbarung. Können Sie uns kurz sagen: Wie fiel Ihre erste Einschätzung, Bewertung mit Blick auf das künftige deutsche Engagement in Afghanistan aus, und welche Schlussfolgerungen zogen Sie daraus für das weitere Engagement in Afghanistan?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Soweit ich das erinnere, hatten die Kollegen einen Tag vor Veröffentlichung Einsicht in das Abkommen, aber nur kurz. Das war, glaube ich, in Doha. Ich nehme an, einer - ich weiß nicht, ob das Markus Potzel damals war oder wer genau damals in Doha vor Ort war - - Und dann wurde das am 29. ja öffentlich; das war, glaube ich, ein Samstag.

Und ich habe mich dann Anfang der Woche genauer damit beschäftigt und war ehrlich gesagt befremdet und auch ein bisschen entsetzt, vor allen Dingen über die Tatsache, dass hier eine 14-Monats-Abzugsfrist in dem Text niedergelegt war, mit der der ganze Charakter der Vereinbarung ja ein rein zeitbasierter wurde und man dann, wenn man sich den Text angeguckt hat, ja auch gesehen hat, dass da keine Konditionierung und keine Verschränkung zwischen dem politischen Prozess und dem Abzug enthalten war in dem Text.

Ich glaube, ich habe dann irgendwie an einem der Tage danach auch - - Ich habe telefoniert; die Kollegen waren aber vor Ort. Und dann habe ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

an einem der Tage danach noch mal ziemlich ungläubig schriftlich nachgefragt, ob ich das denn jetzt richtig verstehe, dass das Abkommen eigentlich besagt, dass die Taliban weiterkämpfen können, ohne das Abkommen zu brechen, und dass es im Grunde keine wirkliche Konditionierung zwischen politischem Prozess und einem auf 14 Monate vordefinierten Abzug gibt. Also, das war schon sehr befremdlich und erstaunlich, wie man einen solchen Text verhandeln kann. Ich konnte mir das nur so erklären, dass im Grunde genommen - und ich glaube, das kam dann auch durch Pressemeldungen - - so schrittweise trat es zutage - die amerikanischen Verhandler das Problem hatten, dass Trump die Abzugsentscheidung getroffen hatte, wollte und alles andere war egal und die amerikanischen Kollegen irgendwie versuchen mussten, daraus was zu machen, was aber eigentlich nicht mehr zu retten war auf dieser Grundlage.

Und dann war es so: Sieben Tage vor dem Abkommen hatte es so eine Gewaltreduzierungsvereinbarung gegeben zwischen den Taliban und den USA, und selbst diese Vereinbarung war auf sieben Tage begrenzt und hörte mit dem Abkommen auf, und es gab nichts in dem Abkommen, was niedergelegt hätte, dass das nach Abkommen noch weitergegangen wäre, was ja geradezu absurd war, dass sozusagen die Sicherheitslage sich verschlechtert mit Beginn des Abkommens. Insofern war das schon sehr, sehr bemerkenswert.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich habe noch mal eine Frage. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, dass Sie schriftlich nachgefragt haben. Gab es da auch eine Antwort zu?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich meine, ja. Ich glaube, die Kollegen haben meine pessimistische Analyse bestätigt.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Okay. Vielen Dank. - Können Sie dann vielleicht noch mal sagen - - Also, Ziel des AA war es ja, die Errungenschaften des langjährigen Engagement in Afghanistan natürlich zu erhalten. Können Sie sagen, welchen Einfluss die Bundesregierung auf die Entscheidung der USA zum Abzug hatte? Gab es Bemühungen Deutschlands, vor der Wahl Bidens den

Abzug an die Einhaltung von Bedingungen zu knüpfen, den conditions-based Ansatz zum Beispiel?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ja, wir waren diejenigen, die das am stärksten und intensivsten und längsten versucht haben, die ganze Zeit hindurch. Also, schon vor dem Abkommen - ich darf das, glaube ich, trotz der Aussagegenehmigung kurz sagen - gab es bei der Münchner Sicherheitskonferenz ja schon eine Reihe von Gesprächen des Ministers mit amerikanischen Kongressvertretern, aber natürlich auch immer mit der Administration, wo er immer wieder drauf gedrängt hat: Truppenabzug muss lagebasiert und conditions-based erfolgen und keine Aufgabe. - Das wurde immer wieder zugesichert. Pompeo hat immer wieder gesagt: 100 percent conditions-based. - Sobald das Abkommen da war, haben wir das in allen Gesprächen immer wieder angesprochen. Wir haben dann versucht, bei dem ersten Ministertreffen, was es in der NATO gab - das war, glaube ich, Anfang April - - hat der Minister Maas eine Initiative gestartet für ein sogenanntes Joint Stock Taking, also eine gemeinsame Lagebewertung, bevor wir in den nächsten Schritt des Abzuges gehen.

In dem Operationsplan der NATO damals gab es verschiedene Phasen. Also, jeder Operationsplan sieht ja immer vor, wie das dann auch wieder abgebaut werden kann, und da gab es verschiedene Phasen. Wir waren in der Phase A; mit dem Abkommen war klar, bis Juli, Mitte Juli gehen wir in so eine Phase A light. Also das hieß in der Praxis: Das Nabe-Speichen-System bleibt weiter erhalten; die Speichen, also die Außenposten sozusagen, was für uns ja Masar war, werden nicht eingeklappt, aber es wird eben innerhalb dieses Modells reduziert.

Unser ganzes Bestreben in dieser Zeit war, in der NATO Beschlüsse herbeizuführen, die sichergestellt haben, dass es da keine Automatismen gibt in die nächste Phase, dass es noch mal eine Bewertung gibt, einen politischen Beschluss gibt, bevor in die nächste Phase übergegangen wird. Und wir haben außerdem immer wieder versucht, zu sagen: Es gibt in dem Abkommen Anknüpfungspunkte; lasst uns diese nutzen, um das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Beste für den politischen Prozess rauszuholen und diesem Prozess Luft und Raum zu geben.

Und das eine war eben diese Initiative für diese gemeinsame Lagebewertung. Die hat es dann ja auch gegeben. Das wurde immer wieder konterkariert dadurch, dass Präsident Trump einfach seine Entscheidungen so getroffen hat. Und es war eine ständige Lobbyarbeit in der Regierung Trump, aber auch dann in dem Wechsel, in der Transition, zu der künftigen Administration. Die Schwierigkeit, die wir hatten: Wir waren entschlossen, so frühzeitig wie irgend möglich auf die Biden-Administration zuzugehen, mit der Botschaft: Afghanistan ist das Erste, was ihr euch angucken müsst.

Das Problem, was wir hatten - - oder wir waren gehandicapt dadurch, dass das Team Biden aus der Vorgeschichte des Übergangs zur Regierung Trump und dem, was sozusagen durch Kontaktaufnahme mit russischen Stellen politisch daraus entstanden ist, sehr, sehr zurückgehaltend war in der Transitionsphase, mit ausländischen Gesprächspartnern in Kontakt zu treten. Die hatten ein striktes Moratorium, dies nicht zu tun, sodass wir über die Botschaft Washington sozusagen in die zweite, dritte Reihe mussten. Also wir konnten nicht mit Kollegen sprechen, die vorgesehen waren für künftige Administrationsposten, sondern wir sind dann zum Teil über Abgeordnete gegangen, um eben irgendwie an Team Biden heranzukommen.

In dem Moment, wo dann die Vereidigung am 20. Januar stattgefunden hat, haben natürlich eine Reihe von Telefonaten mit der neuen Administration stattgefunden. Und in jedem einzelnen Telefonat, egal auf welcher Ebene - Kanzlerin, die Minister, Sicherheitsberater -: Alle, alle, alle haben Afghanistan als eines der wichtigsten Themen, die wir angehen müssen - neben anderen Themen, wie China und andere Fragen -, auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Amerikaner haben dann ja auch ein oder zwei Tage nach Amtsübernahme angekündigt, dass sie die Afghanistan-Politik einer Untersuchung, einer internen Untersuchung unterziehen. Und wir haben immer versucht in dieser

Phase, a) darauf zu drängen, dass sie sich möglichst entscheiden, weil die Zeit davonlief und die Abzugsfrist ja Ende April lag und wir eine Entscheidung brauchten, aber b) auch zu sagen: Wir brauchen einen lagebasierten Ansatz, wir verstehen, dass ihr das Abkommen nicht neu verhandeln könnt, weil das großes Risiko mit Blick auf die Gewalt, erneuten Gewaltausbruch in sich birgt; aber lasst uns doch versuchen, aufbauend auf dem, was es gibt, etwas zu schaffen, was etwas mehr konditioniert ist.

Am Ende hat der Präsident anders entschieden. Der interne Review-Prozess ging lang auf amerikanischer Seite. Am Ende hat Biden sich für einen zeitbasierten Ansatz entschieden. In dem Moment, wo diese Entscheidung gefallen und auch nicht mehr rückgängig zu machen war, war unser erstes Bestreben, zu sagen: Die NATO darf hierdurch keinen weiteren Schaden nehmen; die Entscheidung ist gefallen; wir müssen die jetzt als Bündnis zusammen tragen, und wir müssen die Reihen schließen; es ist jetzt nichts mehr damit gewonnen und es entsteht weiterer Schaden, wenn wir das weiter kritisieren.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja, vielen Dank für den ausführlichen Bericht. - Ich würde gerne noch mal wissen: Diese - - im Rahmen der innerafghanischen Gespräche, wie - - ob AA seine Rolle, die auf ihn zukam - - wie es das wahrgenommen hat. Können Sie dazu was sagen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Wir haben, glaube ich - - Wir waren diejenigen, die diese innerafghanischen Gespräche mit am intensivsten begleitet haben. Das hat nicht meine - - hat nicht unsere Abteilung gemacht, sondern das war in der Verantwortung der Abteilung AP.

Und darüber hinaus natürlich: Der Sonderbeauftragte Markus Potzel war ja ein Sonderbeauftragter der gesamten Bundesregierung und nicht des Auswärtigen Amts. Er und sein Team waren in den Gesprächen permanent vor Ort; also, die hatten ein Arrangement, dass immer einer - er oder sein Stellvertreter - in Doha vor Ort war. Die haben in den - - Die Verhandlungen selber waren ja rein innerafghanisch - da gab es keine internatio-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nale Präsenz -, aber die waren physisch permanent vor Ort, um dann abzugreifen: Was wird besprochen, wie können wir euch helfen?

Die haben einen ganzen Prozess auf die Schiene gesetzt, wo sie versucht haben, auch zivilgesellschaftlichen Kreisen Afghanistans ein Forum zu bieten mithilfe der Berghof-Stiftung, wo man versucht hat, über die eigentlichen Verhandlungen hinaus eine etwas breitere Einbindung afghanischer Akteure in diesen Prozess und ihre Anliegen sicherzustellen.

Wir haben uns auch angeboten, dass, wenn es hilft, wir auch selber bereit sind, Dinge auszurichten. Gleichzeitig wollten wir uns sozusagen dieses aus unserer Sicht defizitäre Abkommen nicht zu sehr selber zu eigen machen. Aber ich glaube, wir waren - das kann man sagen -, diejenigen - - ähnlich engagiert vielleicht noch die Norweger - - Aber ich würde sagen, wir waren doch am deutlich intensivsten engagiert, um alles zu tun, diese Gespräche irgendwie zum Erfolg zu führen.

Am Ende haben die Taliban uns ausgesessen; das muss man ganz klar so sagen. Und der immer weiterführende Abzug - mit dem Wegfall der Luftunterstützung, dem Wegfall der ganzen logistischen Unterstützung für die Streitkräfte, dem anhaltend hohen Gewaltniveau - hat dann eben zu der Erosion geführt, die wir am Ende gesehen haben.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ganz herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Frau Zeugin. - Jetzt wechselt das Fragerecht zur CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Erndl.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Frau Bellmann! Schön, dass wir in diesem Rahmen auch uns austauschen können. - Es sind jetzt schon einige Themenblöcke behandelt worden. Ich würde da dann jeweils noch ein paar Detailfragen dazu haben und würde aber beginnen mit dem Sicherheitspolitischen Jour fixe der Staatssekretäre. Sie waren in diesen Runden dabei. Welche Rolle hatten Sie in diesen Sitzungen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Eine zuhörende, und sollte es Fachfragen geben, hätte ich diese beantwortet. Aber das war im Wesen eine begleitende Rolle.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gab es da eine feste thematische Rollenverteilung, auch der Ressorts, beim Vortrag?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Vielleicht muss ich die verschiedenen Formate erklären; -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gerne.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** - denn es gab verschiedene Staatssekretärsrunden, und wir haben das Format im Zuge der Intensivierung der Beschäftigung mit Afghanistan auch noch mal angepasst.

Es gibt zwei Staatssekretärsrunden, die ursprünglich für Afghanistan einschlägig waren. Das eine ist der sogenannte Sicherheitspolitische Jour fixe. Das ist ein Staatssekretärsgremium, was sich ungefähr alle sechs Wochen trifft und sich mit sicherheitspolitischen Fragen beschäftigt, also NATO-Fragen, Einsatzfragen, solche Dinge. Das waren damals die Sicherheitskernressorts, also BMVg, AA, dann das Kanzleramt und das BMI. Da war das BMZ nicht mit drin.

Und dann gab es - ungefähr, ich glaube, seit 2019 oder so - eine Mali/Afghanistan-Staatssekretärsrunde. Die war historisch ursprünglich eine Afghanistan-Staatssekretärsrunde; dann kam Mali dazu. Die ist geboren gewesen aus dem Anspruch eines vernetzten, ressortgemeinsamen Ansatzes bei den Einsätzen, die so groß sind und wo so viel Engagement - auch EZ, also Entwicklungszusammenarbeit - in dem Land ist, dass man gesagt hat: Wir brauchen das aus einem Guss. Wir müssen uns regelmäßig koordinieren, damit eine Hand weiß, was die andere tut. Das war eine sehr breite Runde: Da war BMF, BMWK, BMZ, also viele Ressorts, am Tisch. Und in dem Moment, wo Mali größer wurde, haben wir das da mit rein-genommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Beide Formate trugen irgendwann nicht mehr, weil wir dann ab der eigentlichen Abzugsentscheidung in einer Phase waren, wo es Kernfragen gab, die man gezielt und orientiert in dem Kreis der Ressorts besprechen musste, die am meisten engagiert waren. Und dadurch brauchten wir ein Sui-generis-Format, wo also das BMZ mit drin ist, aber nicht alle Ressorts, und wo man sich dann wirklich nur mit Afghanistan beschäftigt.

Das ist, glaube ich - - So Mitte April haben die Minister Maas und Kramp-Karrenbauer sich darauf verständigt, dass es was Neues gab. Das war auch was, was ich persönlich mit angestoßen habe, weil ich das Gefühl hatte, die Formate trugen nicht mehr. Und dann hat sich ebendieses Sonderformat eine Zeit lang intensiv mit diesen Fragen beschäftigt. Deswegen ist es vielleicht in den Akten etwas verwirrend, welches Format jetzt eigentlich wo tagt.

Der Sicherheitspolitische Jour fixe ist ein Gremium gewesen - und ist es bis heute -, wo der Anspruch ist, auf Staatssekretärs Ebene die Fragen zu klären, die man auf Arbeitsebene nicht geklärt kriegt, weil sie irgendwo blockiert sind oder aber - wenn es Dossiers gibt, wo man sagt: man muss die von oben einsteuern -, damit das in den Häusern von Anfang an ordentlich läuft.

Die Mali/Afghanistan-Staatssekretärsrunde hatte eher den Charakter eines Abgleichs, wo eingangs die Dienste vorgetragen haben zur jeweiligen Lage und dann eigentlich die Ressorts wechselseitig vorgetragen haben, wie das Engagement aussieht. Das war eine ziemlich starre Abfolge: Der Dienst trägt vor, dann hat, glaube ich, immer das Auswärtige Amt zur politischen Lage vorgetragen, dann das BMVg zur militärischen Lage und dann alle anderen Häuser. Das war kein sehr - - Es war ein wichtiger Abgleich, aber war eben keine - - war ein zu großes Format und zu starres Format, um wirklich Probleme oder Prozesse, die man lösen musste, in einer echten Diskussion anzugehen.

Und diese Sui-generis-Runde, die wir dann ab Frühjahr hatten, die hat wirklich versucht, zu

den Fragen, die politisch zu klären waren - insbesondere die Frage Ortskräfteverfahren und ähnliche Thematiken -, sich eben auf eine gemeinsame Position zu einigen. Das ist nicht immer gelungen, aber es war zumindest ein Gremium, wo man eben die ganze - - konzentriert die Frage des Abzugs und allem, was an dieser Abzugsfrage mit dranhing - - sich dazu intensiv auseinandergesetzt hat. Und dann geht das mit zunehmender Krise irgendwann in den Krisenstab über in der Phase, wo es dann in Richtung Evakuierung ging. - So waren ungefähr die Gremien.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank für die ausführliche Darstellung. - Sie haben dann die einzelnen Ressorts genannt, die in den jeweiligen Runden dabei waren. War der BND sozusagen eigenständig Teilnehmer, als unterstellte Behörde des Kanzleramts?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Der BND hat an den Mali/Afghanistan-Runden teilgenommen, aber nicht an den anderen Staatssekretärsrunden. Es gab, gibt aber zusätzlich wöchentlich immer die sogenannte ND-Lage im Kanzleramt. Also, die Tatsache, dass der BND dann nicht an diesem Sui-generis-Afghanistan-Format teilgenommen hat, heißt nicht, dass die Staatssekretäre nicht jede Woche eine Unterrichtung des BND auch zu Afghanistan hatten; denn diese ND-Lage gab es separat noch.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Welche Rolle spielte das Kanzleramt in diesen Runden? War da sozusagen die Richtlinienkompetenz dann auch irgendwo spürbar oder sichtbar? Oder waren die - - Ich lasse es offen. Welche Rolle spielte das Kanzleramt?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, das eine Dossier, wo wir lange keine Richtlinienkompetenz gespürt haben, war der Gesamtkomplex Ortskräfte. Da gab es einen auf politischer Ebene verorteten Dissens zum Umgang mit Fragen wie zum Beispiel „Visa upon arrival - ja oder nein?“, der erst, wenn ich das richtig erinnere, ganz zum Schluss aufgelöst worden ist, nämlich als wir dann schon in der Phase waren, wo es um eine Evakuierung ging.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Davor war eines der Hauptprobleme in dem Ganzen „Umgang mit dem Gesamtkomplex Ortskräfte“, nach meiner Erinnerung. Und ich kenne das nur aus diesen Runden, weil ich sozusagen nicht zuständig war für die Fragen, die daran hingen, aber ich habe das in den Runden immer so wahrgenommen, dass es nicht gelungen ist, diesen Grunddissens aufzulösen, sodass wir versucht haben, uns zu behelfen mit den Verfahren.

Es gab eine sehr unterschiedliche Gemengelage und Interessenlage. Alle waren einig darin, dass wir eine Schutzverantwortung gegenüber den Ortskräften haben. Das Verfahren war ja auch schon älter als die jetzt akute Krise. Ich glaube, alle hatten ein Gefühl dafür, dass die Verfahren nicht mehr tragen, wenn sozusagen der Bedarf deutlich höher wird.

Und dann hatten Sie sozusagen das Bundesverteidigungsministerium, was verständlicherweise für seine besonders sicherheitsbetroffenen Ortskräfte immer möglichst weitgehende Lösungen wollte. Sie hatten das Auswärtige Amt und das BMZ, was im Auge behalten mussten die Frage „Dominoeffekt, und was löst es aus?“, das BMZ, was nicht wollte, dass Ortskräfte unterschiedlich behandelt werden und seinerseits sehr viele Ortskräfte zu berücksichtigen hatte, und das BMI, was Sorge hatte um Innentäter und Einschleusungen von terroristischen Akteuren, wenn sozusagen die Verfahren so abgeändert werden, dass es eben nicht mehr eine Einzelprüfung ist, sondern man eben zu Verfahren kommt, die das alles angehen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Die inhaltlichen Standpunkte, die sind uns da auch bekannt. Ich würde noch ein bisschen bei den formalen Fragen bleiben. Wenn es sozusagen in diesen Runden keine Einigung gab: Wie ist denn dann der weitere Prozess gewesen? Wie hat man das dann nach oben eskaliert, um Entscheidungen herbeizuführen? In den Unterlagen findet sich zum Beispiel der Begriff „Kabinettsrandgespräche“. Wie ging es sozusagen weiter oberhalb dieser Runden?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich kann da aus eigener Anschauung nur sehr bedingt dazu Aussagen

machen, weil das, wie gesagt, ein Thema war, was nicht in meiner Verantwortung lag, sodass ich keine eigene Erinnerung habe, wie man wann wie entschlossen hat, das noch mal auf eine Ministerebene zu heben. Klassischerweise wäre das in der Tat ein Instrument, dass man sagt: Die Staatssekretäre haben sich auf das und das einigen können, aber das und das ist eben noch - - Dazu gibt es noch keinen Konsens. Macht man eine Runde oder ein Gespräch am Rande des Kabinetts, was immer die praktischste Möglichkeit ist, wo alle zusammen sind. - Aber ich habe aus eigener Erkenntnis keine Erinnerung an die genauen Zeitpunkte, Verfahren, weil das sozusagen außerhalb meiner Zuständigkeit lag.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Dann würde ich tatsächlich auch zu dem Thema Doha-Abkommen kommen und noch mal nachfragen: Also, Ihnen war vor Abschluss des Doha-Abkommens keine Tendenz bekannt und auch keine Inhalte, die da in der Entstehungsphase möglicherweise diskutiert wurden.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Soweit ich das erinnere - Markus Potzel hatte ja viel Kontakt mit Khalilzad, dem amerikanischen Verhandler -, hat der ihm auch grobe - - Ich weiß nicht - ich habe das nie gesehen -, aber ich glaube, es gab einmal einen Austausch, wo er sozusagen Grundzüge dessen, was da verhandelt wird, gesehen hat. Ich habe das selber nie gesehen. Ich erinnere aber, dass insbesondere die Tatsache, dass diese Abzugsfrist in dem Abkommen dann auftauchte - diese 14 Monate, was den ganzen Charakter ja völlig umdreht -, etwas war, was uns in der Tat überrascht hat. Auch die sehr dünne Konditionierung war uns, glaube ich, so nicht bekannt. Und dann gab es Details - ich glaube, bei Gefangenenaustausch -, wo die Kollegen in der AP auch das Gefühl hatten, das hatten sie so noch nie gehört.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Das Abkommen selber haben wir, glaube ich, einen Tag vorher einsehen können. Und dann gab es ja noch die ganze Frage der Anhänge, die wir ja erst deutlich später einsehen konnten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Wie viel später, nach Ihrer Erinnerung, konnten Sie die Anhänge einsehen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Das war Ende März, meine ich; das müsste aus den Akten hervorgehen. Ich meine, es war Ende März. Und es war über - - die NATO-Vertretung, die in der amerikanischen NATO-Vertretung dann diese Anhänge einsehen konnte.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Vielleicht Stichwort „NATO“ noch mal: Wie hat die Regierung diese Verhandlungen innerhalb der NATO thematisiert?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Wir haben in der NATO in jedem Dokument, wo man das machen konnte, den Conditions-based Approach verankert. In praktisch jede NATO-Erklärung, die es zum Thema Afghanistan gegeben hat, war es für uns wichtig, das immer wieder einzufügen. Wir haben regelmäßig eingefordert, dass es Unterrichtungen im Alliiertenkreis durch den amerikanischen Verhandler geben muss, und haben insgesamt das Thema immer wieder auf der Tagesordnung gehalten.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gab es diese Unterrichtungen durch die amerikanische Seite?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ja, es gab Unterrichtungen. Ich kann Ihnen heute nicht mehr sagen, wann und wie, aber es müsste - - Also, ich bin ziemlich sicher, dass es Videoschalten und Ähnliches - vielleicht auch Präsenzen von Khalilzad - immer mal wieder gab. Und sonst hat natürlich die amerikanische NATO-Vertretung auch unterrichtet. Aber das gab es durchaus. Ich glaube - aber das erinnere ich im Detail nicht mehr -, dass die nach den großen Verhandlungsrunden auch immer mal wieder durch die Gremien gereist sind. Aber da nageln Sie mich nicht fest; das kann ich im Einzelnen nicht - -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Und gab es Rückmeldungen der amerikanischen Seite zu den Forderungen, die da in den unterschiedlichsten Dokumenten auch festgehalten wurden?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, zum Teil ist es uns ja gelungen, diese Dinge zu verankern, also zum Beispiel diese Überprüfung, bevor man in die nächste Phase des Abzugs geht, und die Tatsache, dass das noch mal einen politischen Beschluss braucht, dass das also kein Automatismus ist; das haben wir ja alles durchgesetzt. Es ist halt immer wieder konterkariert worden dadurch, dass dann der Präsident seine eigenen Entscheidungen getroffen hat.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Und das hat sich sozusagen durch die Unterrichtungen dann nicht abgezeichnet.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Sie müssen sich das so vorstellen: Die amerikanischen Kollegen selber hatten damit ja permanent zu kämpfen. Also, die amerikanische Beamtschaft in diesen Jahren war ja auch immer damit beschäftigt, Entscheidungen, die sehr disruptiv waren, irgendwie in etwas umzuwandeln, was nicht sozusagen völlig alle Allianzsysteme konterkariert hat. Insofern hatten die selber immer alle Hände voll zu tun, Entscheidungen in Bahnen zu lenken, wie sie es halt konnten mit ihren begrenzten Mitteln.

Ich glaube, man weiß aus den Büchern und aus der Presse genug über die Art, wie dieser Präsident funktioniert hat und wie chaotisch das war, dass ich das hier nicht im Einzelnen nachvollziehen muss. Aber das war, glaube ich, für die selber sehr schwer, da irgendwie zu geordneten Prozessen zu kommen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Wie war denn Ihre Reaktion, als Sie das Dokument gelesen haben, und wie war Ihre Rückmeldung an die NATO-Mitglieder und vor allem an die amerikanische Seite?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, ich selber habe - - Sozusagen der direkte Kontakt mit Khalilzad lief über Markus Potzel. Ich war, wie gesagt, befremdet, als ich das Dokument so gesehen habe, habe mir auch die entsprechenden kritischen Nachfragen gestellt. Wir haben dann sehr schnell eine Ressortbesprechung gemacht, ich glaube, erst auf Arbeitsebene und dann auf Abteilungsleitersebene, wo wir versucht haben,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen die Politik, die Grundzüge dessen festzuzurren, wie wir damit jetzt umgehen, was grosso modo so aussah, dass wir gesagt haben: Zeit kaufen für den politischen Prozess, möglichst viel; an den Konditionen anknüpfend irgendwie versuchen, was auf die Schiene zu setzen, was das Ganze etwas besser macht; keine Automatismen; politische Kontrolle; jeder Schritt mit politischem Beschluss und der Versuch - was das BMVg immer „Point of no Return“ genannt hat -, also die Stellen im Truppenabzug, die man dann auch im Falle eines Regierungswechsels nicht mehr heilen kann, möglichst hinauszuzögern und hinter die amerikanische Wahl zu bekommen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Wie war die Zusammenarbeit mit dem Sonderbeauftragten Markus Potzel? Wie oft gab es da eine Abstimmung? Und haben Sie zum Beispiel jetzt die Rückmeldung an die Amerikaner sozusagen auf dem Referatsweg oder auf der Arbeitsebene auch mit ihm abgestimmt?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ja, Unterlagen, Gesprächsunterlagen und all diese Dinge zu diesen Themen werden immer im Auswärtigen Amt zwischen denen, die sozusagen fachlich und länderpolitisch zuständig sind, abgestimmt. Das ist das Grundwesen, was wir „Mitzeichnung“ nennen, wie alle Unterlagen erstellt werden.

Die Rückmeldung an die Amerikaner war ja auf allen Ebenen: Der Minister hat sehr intensiv mit den Amerikanern gesprochen, andere Minister auch. Ich glaube, die Bundesverteidigungsministerin hat immer wieder von ihren Kollegen, Amtskollegen gehört: Ja, ja, conditions-based; auch Pompeo hat das immer wieder gesagt. In der Praxis sah es immer wieder anders aus, und die Amerikaner haben unter „conditions-based“ etwas sehr anderes verstanden als das, was wir uns darunter vorgestellt hätten.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Kommt dann auf die Condition an. - Sie sind davon ausgegangen, dass auch Herr Potzel keinen Informationsvorsprung hatte in all diesen Fragen.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Zumindest ist das bei mir - - habe ich das nie so empfunden aus dem, was er gesagt hat. Wie gesagt: Ich glaube, es gab einmal einen Moment, wo auch Text gezeigt wurde - ich weiß nicht mehr, wann das war -, aber wir hatten nie etwas, was wir mitnehmen konnten. Und einen Text, den wir - - Im Vorfeld der Abkommen glaube ich nicht, dass wir jemals einen Text hatten, den man uns übergeben hat. Und wir kannten dann - und da waren, glaube ich, ein paar Monate dazwischen - den Text erst einen Tag vor Veröffentlichung und die Anhänge, wie gesagt, erst deutlich später.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank.

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ja. Danke, Herr Vorsitzender. - Ich will nur kurz darauf hinweisen, dass sozusagen die detaillierten Vorgänge dazu natürlich vor dem Untersuchungszeitraum liegen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ist uns bekannt. Wir sind da sozusagen immer hart an der Grenze, aber haben die Grenze fest im Blick. - Wir wechseln zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Bellmann! Ich würde noch mal auf einige Sachen zurückkommen, die Sie gerade schon hier im Untersuchungsausschuss ausgeführt haben.

Verzeihen Sie mir, wenn ich dann ein bisschen springe, aber an der einen oder anderen Stelle habe ich einfach noch mal ein paar Nachfragen, und zwar als Erstes zu der Einschätzung - Sie haben das ja in Ihrem Eingangsstatement auch gesagt -: Die bilateralen Beziehungen zu den USA waren unter der Trump-Regierung von Disruptionen geprägt. Können Sie mir einmal erläutern, wie Sie grundsätzlich in Ihrer Funktion Kennt-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nisse zu US-Policy unter Trump, aber auch danach bekommen haben? Also, was waren die Stellen, von denen Sie quasi Informationen aus dem Haus heraus zu diesem Sachgebiet bekommen haben?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Im Falle Afghanistan haben wir oft Dinge aus der Presse erfahren oder aber aus Gesprächen. Also, zum Beispiel in der Phase, wo Präsident Trump immer wieder auf weitere Truppenabzüge gedrängt hat, kam das oft über die militärische Schiene, also dass man entweder zwischen Kommandeuren was gehört hat oder eben in Gesprächen auf Ministerienebene oder auch der Nationale Sicherheitsberater unserem AL 2 im Kanzleramt Dinge gesagt hat. Oder wir haben es aus der Presse erfahren; man erinnere sich an den Trump-Tweet im Oktober 20: „Alle Truppen nach Hause bis Weihnachten“, was ja überhaupt nicht der NATO-Abzugsplanung entsprach.

So, was die Verhandlungen anging: Da war, wie gesagt, in Doha immer jemand aus dem Auswärtigen Amt vor Ort, der versucht hat, dort zu erfahren, wo es steht, und das dann auch zurückberichtet hat. Und in den NATO-Gremien läuft das sozusagen über den normalen Austausch zwischen den Ständigen Vertretungen. Ich glaube, so ungefähr kann man das fassen.

Wenn Sie an die anderen Themen denken, wie zum Beispiel diesen Fast-Ausstieg aus der NATO: Das war live und in der Sitzung. Also, da - ist auch außerhalb des Zeitraums, aber es ist ja presseöffentlich - starteten wir alle nur auf den Präsidenten und wunderten uns, wie der Satz jetzt zu Ende geht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie auch Analysen erstellen lassen in Ihrer Funktion zu der Frage: Was ist außenpolitisch unter Biden zu erwarten, entweder vor oder dann direkt nach seiner Wahl? Da war ja auch noch ein bisschen Zeit, bis er dann auch wirklich ins Amt kam.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ja, ich glaube - - Ich meine mich zu erinnern - das wäre auch ungewöhnlich, wenn nicht -, dass wir das gemacht

haben, sozusagen Szenarienanalysen. Und wir haben uns natürlich Gedanken gemacht. Das war ja eine breite Palette von Themen, wo man das transatlantische Verhältnis wieder heilen musste, also China-Politik, die ganze Truppenabzugsfrage - dass klargestellt wird: die US-Truppen gehen nicht aus Deutschland weg -, dann natürlich Afghanistan ganz oben, aber auch andere Regionalpolitiken.

Wir hatten ja die Truppenabzugsproblematik nicht nur bei Afghanistan. Wir hatten die im Nahen und Mittleren Osten genauso. Wir hatten sie in Afrika. Also, das war ein Problem, was in Afghanistan ungleich akuter und von einer ganz anderen Dimension war, aber was wir grundsätzlich auch anderswo hatten: Handelspolitik - denken Sie an die Airbus-, Boeing-Strafzölle -, diese ganzen Fragen.

Also, das war eine ganze Reihe von Themen. Aber Afghanistan war sicherlich eins, was ganz oben auf der Tagesordnung stand und wo wir, glaube ich, am akutesten den Amerikanern versucht haben zu sagen: Das ist das Thema, mit dem ihr euch - weil einfach die Zeitlinien auch drängten - als Allererstes beschäftigen müsst.

Man darf vielleicht nicht vergessen - wenn ich das noch sagen darf -: Jede Administration in den USA tauscht das Personal sehr weiträumig aus. Das ist anders als bei uns. Und diese junge Administration hatte ihr Führungspersonal in weiten Teilen nicht - - konnte sie nicht „in place“ haben, als sie ins Amt gekommen sind, weil das im amerikanischen System durch die Notwendigkeit von Congress Hearings Monate dauert.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Umso wichtiger die Frage ja, was Sie auch schon direkt im Anschluss nach der Wahl - wo ja dann klar war, Biden kommt jetzt - darüber wussten oder welche Analysen Sie haben erstellen lassen zu der Frage: Wie wird Biden sich positionieren?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, wir wussten natürlich, dass er, auch aus seiner früheren Tätigkeit, grundsätzlich schon ein Politiker ist, der den Grundansatz, diese großen Auslandseinsätze



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für die USA zu beenden und nicht zu „überfrachten“ - in Anführungszeichen - mit dem, was die Amerikaner „Nation Building“ nennen - - dass er grundsätzlich da verortet ist. Also, das wussten wir auch aus Berichterstattung der Botschaft, aber natürlich auch aus unserer eigenen Kenntnis seiner früheren Tätigkeit - er war ja bei Weitem kein Unbekannter -, dass er da grundsätzlich auf der skeptischen Seite ist und den Grundansatz, die Truppen abzuziehen, teilt, sodass wir uns nicht - - Wir haben nicht erwartet, dass wir das komplett umkehren.

Worum es uns ging - - Ich meine, wir selber hatten die Diskussion auch, ja. Wir hatten intensive Diskussionen: Wie lange wollen wir diesen Einsatz eigentlich fortführen? Ist der Blutzoll zu hoch usw.? Das war sehr legitim. Worum es uns ging, war die Art des Abzugs und ob es gelingen kann, diesen Abzug stärker mit einem politischen Prozess zu verzahnen und zu konditionieren, um zu verhindern, dass das zarte und brüchige und sehr lückenhafte und fehlerhafte Demokratieexperiment in Afghanistan nicht [sic!] völlig zerstört wird.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben ja auch vorhin davon berichtet, wie die Gespräche bei den innerafghanischen Verhandlungen begleitet worden sind. Da haben Sie gesagt: Unser Ziel war immer, dass die Gespräche irgendwie zum Erfolg führen. - Und da wäre jetzt doch noch mal meine Rückfrage: Was war denn die „Theory of Change“ des Auswärtigen Amtes an der Stelle, also wie hätten die Gespräche denn zum Erfolg führen können?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, erstes Ziel wäre natürlich gewesen, einen Waffenstillstand zu verhandeln.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es geht mir jetzt nicht um die Ziele, die sind mir bekannt.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Die Methode?

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Die Frage, wie das Ziel in den Verhandlungen erreicht wurde.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Die Methode war unter anderem, dass wir immer wieder versucht haben, auch durch Papiere, zu hinterlegen, dass das Abkommen Möglichkeiten einer solchen Anknüpfung bietet. Also, wir haben, glaube ich, zum Beispiel - - Ich glaube, es war Ende 2020, als klar war, wir würden mit Team Biden selber nicht reden können. Also, ich glaube, erst relativ spät war ja bestätigt, dass er die Wahl gewonnen hat. Das war ja nicht unmittelbar nach der Wahl klar, sondern das dauerte eine ganze Weile. Und dann ging das so gegen Ende des Jahres: Wir haben versucht, den Outreach zu machen. Und es war klar, die wollen mit uns nicht reden, weil sie sich nicht belasten wollen, sodass wir dann, wie gesagt, auf andere Akteure gegangen sind. Das hat in der Regel die Botschaft gemacht vor Ort, auch zum Teil im E-3-Kreis. Die haben dann - - Ich glaube, es gab einmal noch mal die Bitte, ob man das nicht noch mal in ein Papier gießen kann. Das haben wir dann gemacht; damit wir auch was Schriftliches übergeben. Und im NATO-Rahmen haben wir das dann auch immer wieder versucht, mit entsprechenden Ansätzen zu hinterlegen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich glaube, ich habe die Frage nicht gut gestellt. Es ging mir darum - - Sie haben ja auch ganz am Anfang gesagt: Das Doha-Abkommen hat dadurch, dass die eigene Truppenpräsenz sozusagen mit einem Enddatum versehen wurde, den wichtigsten Hebel aus der Hand gegeben. - Und deswegen drängt sich für mich die Frage auf: Mit welchem Hebel hätte es denn irgendwie zum Erfolg führen können? Also, was wäre das konkrete Szenario gewesen, auf das Sie in den Verhandlungen hingearbeitet haben, dass man sagt: „Die USA verhalten sich jetzt so, und dann lenken die Taliban so ein, und dann können wir noch Zwischenziele erreichen?“

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Dass man sagt, zum Beispiel - - Also, es gab ja Anknüpfungspunkte. Die Taliban haben aus unserer Warte - und das haben auch amerikanische Stellen immer wieder gesagt - die Zusage, dass sie im Bereich Terrorismusbekämpfung komplett brechen mit al-Qaida und anderen Gruppen - - Das haben sie ja nur



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sehr lückenhaft getan. Das wäre ein Anknüpfungspunkt gewesen, zu sagen: Das Abkommen wird nicht eingehalten. Wir müssen hier sozusagen - - Das heißt für uns auch, dass wir nicht in 14 Monaten gehen.

Die gleiche Sache war - und das war leider im Abkommen sehr schwach niedergelegt - die Frage: Waffenstillstand. Es stand im Abkommen ja drin: Der Waffenstillstand muss in den innerafghanischen Gesprächen thematisiert werden. - Viel mehr stand da ja nicht. Das ist er aber lange nicht, indem die Taliban ja erst mal - - Erstens haben diese innerafghanischen Gespräche sechs Monate nach dem Datum, was eigentlich in der Vereinbarung niedergelegt war, überhaupt erst begonnen. Dann waren sie bis Weihnachten damit beschäftigt, sich auf „Rules of Procedure“ und Grundsatzablauffragen - - und welche Grundlage und wie nennt sich wer und diese ganzen Dinge, zu beschäftigen, also überhaupt nicht über die Substanz zu reden. Auch das wäre ein Anknüpfungspunkt gewesen, wo man hätte sagen können: Das, was hier drinsteht, so wenig wie es ist, ist nicht erfüllt. Und deswegen können die 14 Monate auch nicht gelten. - Also, es gab diese Punkte schon.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Deswegen ziehen die USA auch nicht ab. Das wäre ja dann die Konsequenz gewesen.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Es ging nicht darum, zu sagen: Wir ziehen nie ab. - Es ging einfach darum: Wir ziehen nicht so ab und nicht nach 14 Monaten, sondern wir ziehen erst dann ab, wenn die Voraussetzungen dafür auch wirklich da sind. - Und da gab es begrenzte, aber es gab Anknüpfungspunkte, die man hätte nutzen können.

Ich meine, wir sind ja dann auch später abgezogen als das eigentliche Datum; also, es ging an sich. Es wurde nur auch in der Phase eben nicht mit dem politischen Prozess verknüpft. Die Amerikaner haben dann, obwohl sie es nicht verschränkt haben, trotzdem versucht - Secretary Blinken -, die Diplomatie zu intensivieren und die Verhandlungen zu intensivieren und irgendwie eine Art Transitionsregime zu verhandeln. Das

hatte nur einfach keinen Erfolg bei den Taliban, weil die immer wussten: Es gibt ein neues Datum, nämlich den 11. September, bis dahin sind die Truppen weg. - Warum sollte man sich darauf einlassen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur AfD.

**Joachim Wundrak (AfD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau Bellmann! Auch von mir vielen Dank, dass Sie heute zur Verfügung stehen. - Ich muss noch mal nachfragen zu dem Komplex - der ist ja wirklich sehr interessant - zur deutschen Einbindung in die Entstehung des Doha-Abkommens. Uns liegt hier mit MAT A AA-8.452 VS-NfD, Blatt 20 f. ein von AP 05, ein Referat im Auswärtigen Amt, am 2. März 2020 erstelltes Analysepapier zu den beiden am 29.02.2020 geschlossenen US-Afghanistan-Abkommen vor: das eine in Doha mit den Taliban und das andere mit der Republik in Kabul. In diesem Papier heißt es zum Doha-Abkommen wörtlich - ich zitiere -

„Bis auf die 14 Monatsfrist für den Abzug und den Abschnitt zum Gefangenaustausch entspricht das US-TLB Abkommens der Fassung, die Bo Khalilzad vergangenen August in Berlin vorgelegt hat.“

Zitat Ende. - Sie, Frau Bellmann, haben am 11. März 2020 vor dem Verteidigungsausschuss vorgetragen. Das entsprechende Protokoll gibt Ihre Aussagen in indirekter Rede folgendermaßen wieder - die Fundstelle ist MAT A-BT Präs-2.02 VS-NfD, Blatt 15 -:

„In den letzten 18 Monaten habe es sehr viele Verhandlungsrunden mit den Taliban gegeben ... Markus Potzel, sei es inzwischen gelungen, ein enges Arbeitsverhältnis zu etablieren, indem er im direkten Draht zu Khalilzad stehe. Ihres“

- also Frau Bellmanns -

„Erachtens nach sei Deutschland wahrscheinlich dasjenige Land Europas, welches diese Gespräche



## Nur zur dienstlichen Verwendung

am engsten begleitet habe ... Die Bundesregierung habe jedoch immer eine recht klare Vorstellung davon gehabt, wie die Dinge ungefähr gestanden hätten.“

Zitat Ende. - Meine Frage: Hat es nach Kenntnisnahme des dann geschlossenen Doha-Abkommens im Auswärtigen Amt selbstkritische Diskussionen gegeben über die Wirksamkeit der deutschen Begleitung der US-Taliban-Gespräche? Wenn ja, können Sie uns berichten, in welche Richtung das ging?

Und die zweite Frage dazu ist: Wie haben die prominenten NATO-Partner, zum Beispiel Großbritannien und Frankreich, auf diese Entwicklung reagiert? Was es da enge Gespräche gegeben, um gegenüber den Amerikanern Kritik zu üben und eine Veränderung herbeizuführen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich wäre dankbar, wenn Sie mir das erste Dokument vorlegen könnten.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie blättert und liest in diesen Unterlagen - VLR Andreas Gloßner (AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Wort hat Herr Gloßner für die Bundesregierung.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will die Zeit nur kurz nutzen - sozusagen damit ich nachher nicht reinspringen muss -, um darauf hinzuweisen: Wenn es um Details dieser Abstimmung auf NATO-Ebene geht, Positionierung einzelner Bündnispartner, dann müssten wir in eine eingestufte Sitzung gehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das hatten wir ja schon ein paar Mal. Das ist uns geläufig. - Bitte schön.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Vielen Dank. - Also, aus meiner Erinnerung: Das ist ja ein Vermerk, den das Länderreferat erstellt hat; den habe ich wahrscheinlich zu irgendeinem Zeitpunkt auch

gesehen. Post Erstellung ist es - und das habe ich vorhin ja schon ausgeführt - in der Tat so gewesen, dass zu irgendeinem bestimmten Zeitpunkt, der hier in dem Dokument ja jetzt auch beziffert ist, Markus Potzel Einsicht nehmen konnte, dass aber das Entscheidende, was in dem jetzigen Abkommen anders war, diese 14-Monats-Frist war, die den ganzen Charakter der Vereinbarung ja völlig auf den Kopf stellt, weil eben der Abzug stattfindet so oder so nach 14 Monaten, egal wie die Taliban sich verhalten.

Ich glaube, es gab noch andere Dinge, die wir so nicht wussten. Ich meine, wir wussten auch die Gefangenenaustauschdetails nicht. Die beiden Texte widersprachen sich ja auch untereinander. Also, das mit der Regierung war ja kein Abkommen, sondern eine Erklärung. Und die waren in sich schon widersprüchlich in bestimmten Bereichen. Und das haben wir im Detail, glaube ich, vorher - haben die Kollegen jedenfalls immer gesagt - so nicht gewusst. Und insofern war - - Also für mich war das jedenfalls doch ziemlich befremdlich.

In der Sache stimmt es trotzdem, dass kein anderer so dicht dran war wie wir bei den Verhandlungen. Ich glaube, die Amerikaner haben - - oder der amerikanische Verhandler selber hat - wie soll ich das sagen? -, auch adressatenbezogen unterrichtet. Ich weiß nicht, wie transparent das wirklich war; das kann Ihnen nur Markus Potzel beantworten. Aber dass diese 14 Monate den Grundcharakter des Abkommens im Grundsatz verändern, ist, glaube ich, am Ende das Entscheidende.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, vielen Dank. - Frau Bellmann, das Auswärtige Amt hat bekanntlich sehr viel Mühe in die innerafghanischen Verhandlungen investiert. Sie haben laut MAT A BT-Präs-2.09 VS-NfD, Blatt 16 am 18. November 2020 dem Verteidigungsausschuss gesagt, dass die innerafghanischen Doha-Verhandlungen im Großen und Ganzen noch Unterstützung in Afghanistan genossen.

Ihrer Aussage widerspricht allerdings eine BND-Unterlage aus dem September 2020, also zwei



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Monate vor Ihrer Aussage, in der es wörtlich heißt - Zitat -:

„In Gesprächen mit der AFG Bevölkerung wird deutlich, dass die Friedensgespräche in Doha/QAT kaum auf Interesse stoßen.“

Das ist MAT A BND-3.145 VS-NfD, Blatt 37. - Meine Frage dazu: War Ihnen die Kenntnis des BND zum kaum vorhandenen Interesse der afghanischen Zivilbevölkerung an den Doha-Verhandlungen damals bekannt? Und hat es während des Untersuchungszeitraums Stimmen gegeben, die Ihnen zu Ohren gekommen sind oder im AA oder in anderen deutschen Ministerien, die auf eine mangelnde Rückbindung und Beteiligung der innerafghanischen Doha-Verhandlungen an das afghanische Volk hinwiesen, und, wenn ja, wenn es so was gab, was war das, welche waren das?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, ich habe jetzt keine Erinnerung an einzelne oder insbesondere diese BND-Berichterstattung. Ich würde auch als erste Reaktion die Frage aufwerfen, wie man denn das Interesse der afghanischen Bevölkerung messen möchte. Das stelle ich mir - - ist ein hoher Anspruch. Ich glaube, das ist sehr unterschiedlich, je nachdem, mit wem Sie sprechen. Wenn Sie auf dem Land unterwegs sind, dann ist vielleicht - - wissen die vielleicht gar nicht oder war die Kenntnis dessen vielleicht begrenzt. Wenn Sie in Kabul in der städtischen Mittelschicht gesprochen haben, sah das sicher ganz anders aus.

Worum es uns ging, war, zu versuchen, sozusagen die größeren Kreise der Zivilgesellschaft über diesen Prozess, den die Kollegen vom Afghanistan-Bereich zusammen mit der Berghof-Stiftung auf die Schiene gesetzt haben - - zu versuchen, dass diese Akteure die Chance bekommen, ihre Anliegen vorzubringen, und dass man auch unter diesen Akteuren irgendwie in ein Gespräch kommt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Kann ich das zusammenfassen, dass der Ausdruck „im Großen und

Ganzen noch Unterstützung in Afghanistan genösse“ sich im Prinzip auf die Kabuler politische Klasse bezogen hat?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also zumindest auf die - - Ich würde nicht sagen Kabul, aber sozusagen auf den Teil Afghanistans, den man politische Öffentlichkeit nennen würde. Wir haben das auch erlebt, wenn es kurze Waffenstillstände gegeben hat, wie erleichtert die Bevölkerung war für eine Aufatmenphase. Und, ich glaube, es war immer eine gemischte Betrachtung. Auf der einen Seite haben natürlich sozusagen die Kreise, die am größten von dem Grad an Demokratie, den es gab - so lückenhaft das war -, profitiert haben, mit Unsicherheit auf das geblickt, was da kommt. Gleichzeitig wollten, glaube ich - - oder war der Bedarf nach Frieden und nach Ende dieses Konflikts, der ja auch für die Afghaninnen und Afghanen einen sehr hohen Blutzoll mit sich brachte, da. Und zwischen diesen beiden Punkten musste man eine Einigung versuchen, die zwangsweise dazu führen würde - da hatte, glaube ich, auch keiner Illusionen -, dass, wenn es nicht in meiner Macht steht, sozusagen die Taliban zu entwaffnen und zu überwinden, man sich auf ein politisches Experiment einlassen muss, was die Taliban politisch einbindet und das zu Entwicklungen führen würde, die für den Kreis, der eigentlich demokratischer gesinnt war, nicht unbedingt leicht sein würde.

Insofern, glaube ich, war das insgesamt, so wie wir das wahrgenommen haben und wie das auch aus der Berichterstattung der Vertretung bei uns ankam, so, dass das schon noch Unterstützung hatte, aber natürlich immer auch etwas war, was ins Ungewisse führte. Aber diese vielen Jahre Krieg in Afghanistan zu überwinden, war sicher ein hohes Anliegen vieler Afghaninnen und Afghanen. Und auf dem Land - ist auch klar: je mehr Sie ins Land gehen und je mehr Sie in konservativere Bevölkerungskreise gehen - war das Verhältnis zu den Taliban immer sehr pragmatisch.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt. - Es geht zur FDP. Frau Kollegin Jurisch.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Frau Bellmann! Ich würde gerne da ansetzen, wo der Abgeordnete Wundrak vorher auch drauf abgehoben hat, auf die Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 11. März 2020, auf MAT A BT-Präs-2.02 VS-NfD, Blatt 9 bis 16; Anlage B1. Und ich komme dann noch auf MAT A AA-8.285 VS-NfD, Blatt 5 zu sprechen.

In dem bereits zitierten Dokument, wo Sie im Verteidigungsausschuss waren, haben Sie ja in der Quintessenz dann gesagt, die Bundesregierung habe trotz der Tatsache, dass es ein vertraulicher Prozess gewesen sei und man nicht alle Details gewusst hätte, immer eine recht klare Vorstellung davon gehabt, wo die Dinge ungefähr stünden.

Trotz der von Ihnen dort vorgetragenen engen Einbindung in den Vorlauf des Doha-Abkommens liegt uns eine Mail eines Referenten aus der NATO-Botschaft vor - das war das zweite Zitat -, in welcher dieser davon berichtet, dass er bei seinem US-Pendant Irritation und Klärungsbedarf zum Inhalt des US-Taliban-Abkommens angemeldet habe. Bei dieser Mail waren auch Sie in Kopie. Konkret heißt es dort -ich zitiere -:

„- Habe Irritation/Klärungsbedarf zum Inhalt des US/TLB Abkommens kommuniziert, insb.

- US-Zusagen zu Lasten der Allianz (Komplettabzug in 14 Monaten) gehe weit über unsere Zustimmung zur Phase A „light“ hinaus und widerspreche der von uns mehrfach im NAC und anderen Gesprächen kommunizierten Linie (weitere Reduzierungen unter NAC-Vorbehalt; nur in enger Kopplung an politischen Prozess; IAV für uns zentrale Phase des Friedensprozesses - Truppenpräsenz dabei unser wichtigster Hebel);
- Bedingungen für Truppenabzug fokussierten laut

Abkommen exklusiv auf ct-Zusagen, Bindung an politischen Prozess (Start, konstruktiver Verlauf IAV) sei nicht explizit gegeben und sollte gestärkt werden. US-Unterrichtung des NAC (u.a. ... hätten u.a. auch Start ...“

Bla, bla, bla, das ist jetzt nicht so wichtig. Und weiter unten heißt es dort:

„US-Kollege verwundert, dass wir von konkreten Zusagen einer Nullreduzierung auch für die Allianz überrascht worden seien. Eindruck war, dass dies über separate Gespräche auf nicht-NATO Kanälen hätte klar werden können.“

Gefolgt ist dieses Zitat von der Anmerkung: „nicht nach Kenntnis Verf.“.

Für mich wirkt das jetzt ein bisschen widersprüchlich. War Deutschland jetzt eng in den Prozess zum Doha-Abkommen eingebunden oder nicht?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, das Missverständnis liegt in der Frage: Komplettabzug und 14 Monate. Der Grundansatz war, einen Abzug der Truppen in Aussicht zu stellen. Das wussten wir. Vielleicht war das dem Kollegen, der das geschrieben hat, nicht klar; das kann ich nicht beurteilen. Aber das wussten wir. Was wir nicht wussten und was hochproblematisch war, war die Tatsache, dass dieser Abzug rein kalenderbasiert jetzt in dem Abkommen niedergelegt war und nicht verschränkt mit dem politischen Prozess. Das war das Problem. Aber dass sozusagen der Grundansatz der Amerikaner war, die Taliban überhaupt an den Tisch zu kriegen, zu sagen: „Wir sind bereit, auch abzuziehen“, das war bekannt. Insofern, glaube ich, kommt es daher, dass der Amerikaner sich wundert, weil das war in der Tat bekannt - - und wiederum der Deutsche nicht präzise genug ist, zu sagen: Es geht um die 14 Monate.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Welche Gesprächskanäle gab es denn zu diesem Thema? Da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ja auch von „nicht-NATO-Kanälen“ die Rede gewesen.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich kann nicht spekulieren, was er damit meint; aber es gab ja insbesondere den - - Also, was die Details der Verhandlungen angeht, war das der Kontakt in Doha, den ich ja jetzt mehrfach beschrieben habe, dadurch, dass da einer der Kollegen immer da war und entsprechend Kontakt gehalten hat, und natürlich insbesondere der Kontakt zwischen Botschafter Khalilzad und Markus Potzel. Und dann haben wir natürlich - - Der Minister hat gesprochen, und alle möglichen Leute haben gesprochen. Da wurde uns aber immer, in jedem Gespräch, versichert: conditions-based, conditions-based. Ich glaube, Pompeo noch auf der Münchner Sicherheitskonferenz: 100 percent conditions-based.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay. - Aber in dieser Mail heißt es ja, dass der US-Kollege verwundert war:

„... dass wir von konkreten Zusagen einer Nullreduzierung auch für die Allianz überrascht worden seien.“

Und dass eben diese ganzen Erwartungen, die Deutschland daran hatte, eben diese innerafghanischen Verhandlungen, was Sie jetzt unter „conditions-based“ ja auch zusammengefasst haben - - Dass das für Deutschland überhaupt eine Rolle spielen könnte, scheint ja die Amerikaner irgendwie überrascht zu haben. War Ihnen das bekannt?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, das stimmt so nicht. Sie können ja nicht davon ausgehen, dass, nur weil ein amerikanischer Kollege in Brüssel einem deutschen Kollegen in Brüssel was sagt, das die US-Haltung ist. Die Amerikaner wussten sehr genau, dass für uns conditions-based wichtig ist. Und noch mal: Aus dieser Mail spricht ein Mangel an Präzision. Das, was uns überrascht hat, waren die 14 Monate. Wir haben nicht in Abrede gestellt den Grundansatz eines Truppenabzuges im Gegenzug zu einer politischen Vereinbarung. Aber die 14 Monate

und die Tatsache, dass das, was der Gegenzug ist, völlig unzureichend war, das war das Überraschende.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Dann darf ich - - Sie haben jetzt gerade gesagt: Okay, die Amerikaner haben gewusst, was unser deutscher Ansatz ist, und sie haben ihren eigenen gehabt, auch wenn sie vielleicht was anderes gesagt haben, nämlich auch conditions-based. - Sie haben vorher in Ihrem Eingangsstatement die politischen Ziele beschrieben. Sie haben gesagt - ich hoffe, dass ich das richtig aufgeschrieben habe -, deutsches Ziel sei gewesen, Zeit zu gewinnen für den politischen Prozess, den USA die Möglichkeit zu geben, den Abzugsentscheid noch mal zu überdenken und die politische Kontrolle über den Abzugsprozess zu wahren.

Ich möchte anknüpfen an den Gedanken von Frau Nanni des Hebels. Was hätte nach Ihrem Gefühl der Hebel Deutschlands gegenüber den USA sein können, diese Ziele durchzusetzen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, Hebel durchzusetzen, ist die falsche Begründung.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Entschuldigung, darf ich das noch differenzieren? Entschuldigung, ich wollte Sie nicht unterbrechen, aber ich muss es kurz machen. Was war sozusagen Ihre Strategie noch unter Trump und Ihre Vorstellung während der Wahlphase Biden und als Biden dann tatsächlich im Office war und seine Entscheidung gefällt hat?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, in der Phase Trump - das habe ich vorhin ja geschildert - war unsere Strategie: Zeit kaufen, möglichst keine unwiederbringlichen Entwicklungen zulassen und dem politischen Prozess dadurch Raum geben, dass ich verhindere, dass Automatismen eingezogen werden und wir sozusagen vor der Wahl in eine Phase kommen, wo Entscheidungen und Reduzierungen getroffen werden, die so einschneidend sind, dass sie sich nicht mehr rückgängig machen lassen oder dass sie den Prozess so weit vorantreiben, dass es nichts mehr zu überdenken gibt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

In der Übergangsphase war unsere Strategie, zu versuchen - und es war begrenzt, was wir da tun konnten, aufgrund der vorhin geschilderten Sensibilitäten -, das Transition Team - - über die Kanäle, die wir hatten, Outreach zu machen und zu sagen: Afghanistan ist ein Thema, da müsst ihr euch von der ersten Stunde an drum kümmern. Wir haben hier ein Problem. Es gibt Zeitlinien. Wir halten das für defizitär, was hier die Trump-Regierung verhandelt hat, und ihr müsst euch darum kümmern. Und unser Petition ist, dass wir hier zu einer stärkeren Konditionierung kommen. Wir stellen nicht den Ansatz infrage, Truppen abzuziehen; wir selber haben genug Gründe, auch diesen Afghanistan-Einsatz irgendwann zu einem Ende zu bringen. Und ohne Verhandlung wird es in diesem Land auch keinen Frieden geben; aber die Art, wie es gemacht wird, ist defizitär und ist aus unserer Sicht mit einem hohen Risiko behaftet, dass das Ganze in einer Entwicklung endet, die wir alle nicht wollen können.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Darf ich Sie kurz unterbrechen? Wie glaubten Sie das der amerikanischen Seite - wenn Sie nicht von „Hebel“ sprechen wollen - schmackhaft zu machen, sich eben vertieft und vertiefter, ähnlich wie die deutsche Seite das beabsichtigt hatte, auf diesen Verhandlungsprozess, also den innerafghanischen Verhandlungsprozess, einzulassen? Wenn Sie jetzt nicht von Hebel sprechen wollen: Welche Interessenlagen wären da vielleicht ähnlich gewesen? Oder wie hätte man die Amerikaner dazu bringen können, eine ähnliche Sicht einzunehmen wie Deutschland?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Die Argumentation war:

Erstens. Wir alle tragen Verantwortung für das, was mit diesem Land passiert, aufgrund unseres Engagements.

Zweitens. Wir sind da reingegangen, weil aus diesem Land eine terroristische Bedrohung für euch und uns dann ausgeht.

Drittens. Wie stellt ihr sicher, dass das nicht wieder passiert, wenn ihr nicht Sorge tragt, dass das,

was da an einem politischen System entsteht, so vertrauensvoll ist, dass wir uns hinreichend darauf verlassen können, dass es nicht wieder zum Sammlungsort terroristischer Vereinigungen kommt?

Viertens. Andere Akteure in dieser Welt werden beobachten, wie wir uns hier verhalten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind am Ende der Fragerunde, und wir eröffnen die nächste. Es geht weiter mit der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Yüksel.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. - Ich würde gerne eine Frage zur Sicherheitslage stellen, und zwar würde ich gerne wissen: Lagen dem AA Analysen des BMVg vor, oder wurden eigene Analysen zur Bewertung der Sicherheitslage erstellt, und wenn ja, welche Quellen nutzte das AA dazu?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Wir haben keine eigenen Sicherheitslagenanalysen in einem formellen Sinne erstellt. Das Krisen- oder Lagezentrum wird in seiner Funktion sicherlich Szenarien durchgespielt haben. Das kenne ich aber nicht aus eigener Anschauung, sondern die Dokumente für die sozusagen Einschätzung der Sicherheitslage, die wir hatten, waren in der Regel die BND-Berichterstattungen. Und dann hat das Bundesverteidigungsministerium bei den einschlägigen Jour fixes, also insbesondere bei dem Mali/Afghanistan-Jour-fixe, zur militärischen Lage regelmäßig vorgetragen. Und dann gab es natürlich auf dem NATO-Strang auch immer wieder Einschätzungen, die von dort aus vorgelegt wurden.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich habe Sie richtig verstanden: Es wurden keine eigenen Analysen erstellt.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Wir als Auswärtiges Amt sind nicht diejenigen, die Sicherheitsanalysen erstellen. Ich kann nicht ausschließen, dass das - - Ich weiß nicht genau, was Sie mit einer Sicherheitsanalyse meinen. Wenn Sie damit meinen zum Beispiel Szenarien, die für die Sicherheit der Auslandsvertretungen einschlägig sein



## Nur zur dienstlichen Verwendung

könnten, dann gehe ich davon aus, dass die sozusagen sowohl bei der Auslandsvertretung selber für die Sicherheitsvorsorge vorrätig waren, bzw. das Lagezentrum, das Krisenzentrum, was sich ja dann kümmern muss mit Vorbereitungen für Szenarien, falls man evakuieren muss - - dass die so was gemacht haben. Das kenne ich aber nicht aus eigener Anschauung. Aber wir als Haus erstellen nicht Sicherheitsanalysen für Drittländer, sondern das ist - - Die Analyse dessen - - dieser Fragen, ist Sache des Nachrichtendienstes und Sache des Verteidigungsministeriums.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. - Ich würde mal zu einem anderen Thema rüberwechseln, und zwar dem Thema „Train, Advise, Assist“ möchte ich mich zuwenden, der Ausbildungsmission, die vom Bundestag mandatiert wurde. Die im Mandatstext angestrebte Eigenständigkeit der afghanischen Armee ist ja für uns sehr relevant, weil wir uns für die Vorhersehbarkeit des Zusammenbruchs der afghanischen Sicherheitskräfte interessieren. Können Sie uns sagen: Wie wurde im AA das Erreichen der Eigenständigkeit der afghanischen Armee als Ziel der NATO-Ausbildungsmission Resolute Support bewertet?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, das ist eine Bewertung, die macht das BMVg, weil die ja diejenigen sind, die die Streitkräfte ausbilden, und daher ja auch diejenigen sind, die nur die Erfolgskontrolle messen können. Wir haben insgesamt, wenn Sie sich das Afghanistan-Engagement angucken, ja bis 2013 einen NATO-Kampfeinsatz gehabt, der dann übergegangen ist in diesen „Train, Assist, Advise“-Ansatz. Das heißt, die Tatsache, dass wir in den Folgejahren - - die Sicherheitslage anfangs stabil geworden ist, sich dann so ein bisschen schrittweise verschlechtert hat, aber zumindest es den afghanischen Kräften in dieser sensiblen Übergangsphase gelungen ist, selber ohne zusätzliche direkte Kampfrolle der NATO ihre Rolle einzunehmen, zeigt, dass es einen gewissen Fortschritt ja gegeben hat.

Die Kollegen hatten, glaube ich, vom BMVg - aber das müsste man die selber fragen - grundsätzlich schon das Gefühl, dass die Verbände, die sie ausgebildet haben, das, was sie ausgebildet hatten, dann auch durchführen konnten. Was man halt

gesehen hat in der Abzugsphase, war die Tatsache, dass in dem Moment, wo die Luftunterstützung weggefallen ist durch die Amerikaner und auch die ganze Logistik weggebrochen ist über die Contractors und die ganze Versorgung mit zunehmendem Rückzug zusammengebrochen ist, dass in dieser Phase sehr viel schneller die militärischen Erfolge der Taliban zunehmen. Davor gab es die auch, und es gab auch davor schon, erinnere ich, bedenkliche Entwicklungen, indem die eben bestimmte strategische Straßen erreichen konnten oder Transportwege erreichen konnten, was es ihnen dann ja später in der Entwicklung erlaubt hat, die großen Provinzstädte zunehmend zu umzingeln und dann auch in den letzten Monaten ja in deutlich schnellerer Art und Weise, als das die Dienste vorhergesehen hatten, zu erobern.

Aber ich glaube, es wäre zu kurz gesprungen, die Defizite, die wir in den letzten Monaten gesehen haben, auf die Unfähigkeit der Streitkräfte sozusagen binär zurückzuführen. Denn in dieser Phase hat eben eine ganze Reihe von Unterstützung nicht mehr stattgefunden, die vorher stattgefunden hatte, und ist viel Logistik weggebrochen, was dann eben zu dieser Erosion der afghanischen Streitkräfte immer mehr geführt hat.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. - Ich würde gerne noch mal wissen: Der Kampfwert der ANDSF, also die Durchhaltefähigkeit, war ja entscheidend für die Sicherheitslage im Land und auch für die weiteren Entwicklungen. Wir haben keine Hinweise, weder mündlich noch in den Unterrichtungen des Parlaments, finden können. Haben Sie dafür eine Erklärung, oder lagen bei Ihnen Informationen dazu im AA vor?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Das sind erneut wieder Fragen, die primär sozusagen natürlich im BMVg beurteilt wurden. Ich weiß jetzt nicht genau, worauf Sie hinauswollen; muss ich zugeben.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Also, es ging ja um den Kampfwert der ANDSF, also die Durchhaltefähigkeit dieser - - und das war ja entscheidend für die Sicherheitslage im Land und für die Entwicklungen. Und wir haben keine Hinweise gefunden, weder mündlich noch in den Unterrichtungen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass da was passiert ist. Können Sie dazu was sagen? Haben Sie da eine Erklärung zu?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, die NATO hat sich das natürlich schon angeguckt, sozusagen die Bilanz ihres Trainings. Ich gehe auch eigentlich davon aus, dass - - Also, zum Beispiel ist die Mission ja regelmäßig überprüft worden. Also, bei NATO-Einsätzen ist - das nennt man Periodic Mission Review - das Standard; bei dem NATO-Einsatz, glaube ich, war der halbjährlich. Das waren ja die klassischen Dokumente, mit denen man überprüft hat, so eine Art Erfolgskontrolle: Ist sozusagen das, was wir tun - - hat das den Erfolg, den wir wollen, oder müssen wir nachjustieren? Insofern gibt es die Dokumente schon.

Wir als AA sozusagen analysieren nicht den Kampfwert der ANDSF, sondern das ist eine militärische Frage, die eben nur die militärischen Behörden analysieren können. Und da gab es einschlägige NATO-Dokumente, die das auch enthalten haben meiner Auffassung nach. Und das BMVg wird selber - das kenne ich aber nicht aus eigener Anschauung - ja die eigenen Einsätze - - und sozusagen eine Erfolgskontrolle bei sich haben, wie die - - sozusagen wenn man einen Verband ausbildet. Die haben ja auch dann eben, ich glaube, in Covid-Zeiten zum Teil noch telefonisch oder per VTC versucht, nachzuarbeiten. Und Einsätze, die die ANDSF oder die ausgebildeten Verbände gemacht haben, werden dann ja auch nachbesprochen und solche Dinge.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. - Ich würde jetzt gerne mal auf den 13. August 2021 zu sprechen kommen. Hier berichtet die Staatssekretärin Leendertse in einer gemeinsamen Oberteilunterrichtung des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses. Da beziehe ich mich auf das Dokument MAT A AA-8.89 VS-NfD, Blatt 84:

„Sicherheitslage angespannt, weiter zugespitzt insbesondere in den vergangenen Tagen. Taliban kontrollieren mind. 16 von 34 Provinzhauptstädten und zahlreiche Grenzübergänge. Auch Herat und Kandahar offenbar weitgehend

unter Taliban-Kontrolle. Taliban etwa 70 km von Kabul entfernt.

Oft nur begrenzte Gewaltanwendung, Abkommen zur überwiegend kampflosen Übergabe von Provinzen. ... In wenigen Wochen werde Einflussbereich der Regierung womöglich auf Kabul beschränkt sein.“

Welche Informationen lagen dem Auswärtigen Amt über die Abkommen zur kampflosen Übergabe von Provinzen zwischen ANDSF und den Taliban vor?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Zu dem Zeitraum kann ich aus eigener Anschauung nichts sagen, weil ich da im Urlaub war. Ich habe auch an dieser Unterrichtung nicht teilgenommen. Ich war die ersten drei Augustwochen nicht im Dienst.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Okay. - Dann möchte ich jetzt gerne noch ein paar Fragen zum Ortskräfteverfahren, dem sogenannten OKV, stellen. Am 21. April 2021 weisen Sie in einer Vorbereitung einer Oberteilunterrichtung darauf hin - das ist in MAT A AA-9.41 VS-NfD, Blatt 26 nachzulesen -, dass die „MdB fraktionsübergreifend“ eine „kulante Lösung“ in Bezug auf das Ortskräfteverfahren gefordert hätten und dass man einen

„... von BMI und AA gemeinsamen Vorschlag zu Beschleunigung OK Verfahren erwarte ... Gefühl ist, dass die bisherige Sprache hierzu nicht trägt und auch die Verfahren angesichts vielleicht stark verkürzter Zeitlinien anders aufgesetzt werden müssen“.

Könnten Sie uns die beschriebene Problematik hier vielleicht kurz näher erläutern?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich gehe davon aus, das war eine Mail von mir an - - Vielleicht können Sie mir das Dokument netterweise vorlegen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Wir können Ihnen das gerne vorlegen.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Danke.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Das ist eine Mail von mir an die Leitungsreferate im Haus, in der ich meinen Eindruck schildere aus dem Kontakt mit dem parlamentarischen Raum, dass a) sozusagen die Linie, mit der man mich in die Sitzung schickt, nicht trägt und b) sich bei mir der Eindruck verfestigt, dass man auch über die Verfahren noch mal neu nachdenken muss und dass das so, wie wir das bisher aufsetzen, nicht trägt.

Das Grundproblem, an dem wir immer wieder gescheitert sind in dem Bestreben, das zu tun - das AA hat das ja wiederholt versucht -, war die Tatsache, dass wir eben mit Verfahren wie Visa on arrival oder Ähnlichem nicht arbeiten konnten, weil das BMI praktisch bis zum Schluss dem nicht zugestimmt hat, wodurch man eben nicht in Verfahren kommen konnte, die das erlaubt hätten, größere Gruppen anders zu bearbeiten.

Wenn ich das richtig erinnere - aber da muss ich wirklich sagen, das waren Bereiche, die habe ich nicht selber verantwortet, und deswegen kenne ich das nur skizzenhaft -, haben wir im Verlauf des Frühjahrs ab der Abzugsentscheidung verschiedene Phasen gehabt, wo wir versucht haben, Verfahren auf die Schiene zu setzen, unter anderem in Masar mit den Gefährdungsanzeigen. Und dann später, als klar wurde - ich glaube, das war eine Ankündigung der Verteidigungsministerin -, dass sich die Zeitfristen auch noch mal ändern, weil jetzt zugesagt wurde, bis Juni statt innerhalb von zwei Jahren diese Bearbeitung vorzunehmen oder die Visa auszustellen, haben wir ja auch noch mal neue Verfahren auf die Schiene gesetzt, indem wir da Geräte hingebraucht haben und Ähnliches und, glaube ich, in vier Wochen ja, ich weiß nicht, zweieinhalbtausend Visa oder so was ausgestellt, was im Vergleich - - Ich glaube, die Amerikaner haben für das gleiche Volumen ein halbes Jahr oder so gebraucht.

Also, wir haben versucht, mit den Mitteln, die man sozusagen hatte, Sonderverfahren aufzusetzen. Aber was diese Mail ausdrückt, ist eben das

Unbehagen in der Phase davor, dass mein Eindruck war, dass die Verfahren, so wie sie sind, der Herausforderung nicht gerecht werden. Und es hat dann ja auch immer wieder Gespräche dazu gegeben in diesen Staatssekretärsrunden, die ja dann in dem Zeitraum auch genau aus diesem Grund aufgesetzt wurden, um solche Fragen auf einer politischeren Ebene anzugehen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Hat sich denn das, was Sie da geschildert haben - - Hat sich denn da auch was ergeben, dass sich das verändert hat, dass man da Konsequenzen gezogen hat?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Bis zu einem gewissen Grad, aber eben nicht über die Schwelle kommend, die eigentlich notwendig gewesen wäre, um einer erwartbar größeren Nachfragesituation gerecht zu werden. Also, was geschafft wurde, war, dass - - Also, wir haben sozusagen die ganze Kommunikation besser abgestimmt; man hat sich immer wieder geeinigt auf einen gemeinsamen Stand. Dieser gemeinsame Stand war aber eben immer begrenzt dadurch, dass das BMI diesen Verfahren, die das anders erlaubt hätten, nicht zugestimmt hat und dass in der Bundesregierung dieser Konflikt nicht auf Chefebene aufgelöst worden ist oder auf politischer Ebene aufgelöst worden ist, sondern wir hatten diesen Gegensatz ja bis fast zum Schluss. Ich glaube, das ist ja erst 13./14. August; 13. August, so was rum - - hat das BMI dann ja erst Visa on arrival zugestimmt und die ganze Zeit davor ja nicht.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Können Sie uns in dem Zusammenhang vielleicht kurz sagen, wie die Zusammenarbeit zwischen dem AA und dem BMI ist? Können Sie das kurz beschreiben?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich kann das aus eigener Anschauung aus der Zeit nicht beschreiben, weil ich keine Themen hatte, die mit dem BMI primär zu besprechen waren. Also, bei uns lagen ja - - Also, die Themen, die ich sozusagen damals mit dem BMI hatte, waren andere. Das geht dann um Cyber- oder zivile Verteidigung oder solche Dinge. Die Abteilung, die für diese Ortskräfteverfahrensfragen, die ja sehr eng am BMI hingen - - ist die Abteilung 5 gewesen, unsere



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rechtsabteilung, die da im Täglichen die Zusammenarbeit mit dem BMI hatte. Insofern können die das sicher schildern. Aber ich war in diese Absprachen und Verfahren und Runden zu diesen Themenkomplexen nicht eingebunden, war nicht zuständig.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Können Sie uns denn vielleicht sagen, wie die Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts ab dem 15. August 2021 war, wie Sie das erlebt haben?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Mein Erleben setzt erst wieder ein, ich glaube, so um den 18. - ich glaube, ich war bis zum 18. im Urlaub -, also je nachdem, wann dann der Montag war. Also grundsätzlich ist es immer sehr professionell; gerade mit dem BMVg ist es sehr, sehr eng und täglich und in Krisenzeiten auch stündlich. In der ganzen Phase Evakuierung haben ja, glaube ich, fast täglich oder täglich Krisenstäbe stattgefunden, am Anfang immer auf Ministerebene oder vielleicht sogar durchgehend auf Ministerebene. Wie gesagt, da habe ich lückenhafte Erinnerungen, weil ich einen Teil der Zeit nicht miterlebt habe. Und das ist dann ja eine sehr professionelle Maschinerie, die dann eben die Entscheidungen gemeinsam trifft und eben im Raum fragt: „Sind alle einverstanden?“, und dann wird entschieden. Insofern ist es professionell, ist es eng.

Aber es bleibt natürlich nicht aus, dass Sie bei bestimmten Dossiers - und das Ortskräfteverfahren war ein solches - unterschiedliche Positionen haben, die sich zum Teil nur auf politischer Ebene auflösen oder nicht mal auf Ministerebene auflösen lassen, wie wir in dem Fall gesehen haben. Das heißt nicht, dass man nicht sozusagen eng und zivilisiert miteinander umgeht und auch versucht, Fortschritt zu erreichen. Nur, wenn ein Staatssekretär aus seinem Haus nicht die Prokura hat, zuzustimmen, dann wird auch so eine Runde dann am Ende nicht mit einem Ergebnis enden.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Das hat sicher die Arbeit ein bisschen erschwert. - Ich würde jetzt zum Abschluss noch mal auf den 7. September kommen. Am 7. September 21 wird dem AA intern eine Vorlage für den Staatssekretär in Auftrag gegeben

zu den aktuellen Formaten in Afghanistan. Und Ihre Rückmeldung auf die Vorlage kommt am 9. September 2021; das ist zu finden auf MAT A AA-8.277 VS-NfD, Blatt 172. Da schreiben Sie:

„Statt zu sagen, was alles nicht geht und sich auf Weiter so zu beschränken, wäre unsere Aufgabe eigentlich ja schon, sich weiter für ein sinnvolles Format einzusetzen, auch wenn unsere Rolle begrenzt ist.“

Ich würde Sie bitten, ob Sie uns näher erläutern können, welches Format sinnvoll gewesen wäre. Und vielleicht auch dann noch in dem Zusammenhang: Wissen Sie, welchen Weg diese Vorlage dann genommen hat und ob die Vorschläge umgesetzt wurden?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Könnten Sie mir auch dieses Dokument zeigen, bitte?

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja sicher.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Erst mal keinerlei Erinnerung daran; aber vielleicht kommt sie gleich.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Also, ich muss sagen, das erinnere ich nicht mehr. Ich nehme an, das war eine - - Also so, wie ich das hier entnehme, hatte der Staatssekretär darum gebeten, aufzulisten, welche Formate es zu Afghanistan noch gibt: EU, NATO; es gab ja auch verschiedene Kontaktgruppen und Ähnliches. Und ich entnehme meiner Mail, dass mir das nicht wirklich kreativ genug erschien und ich das Gefühl hatte, sie sagen einerseits: „Das und das geht nicht mehr“, und beschränken sich ansonsten auf das, was es vorher schon gab, und ich meine Zweifel geäußert habe, ob das wirklich so noch trägt.

Ob ich selber ein eigenes Format im Kopf hatte, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht mehr. Ich erinnere mich an diesen Vorgang nicht. Ich weiß auch gar nicht, was dann nachher hochgegangen ist. So-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

lange ich das Dokument nicht sehe, was dahinterhängt, fürchte ich, kann ich dazu gar keine Details beitragen.

**Gülistan Yüksel** (SPD): Okay. Ich verstehe Sie dann so - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Das Fragerecht wechselt zur Union. Entschuldigung!

**Gülistan Yüksel** (SPD): Okay, danke.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir haben ja schon ein bisschen über oder schon ausführlich über das Doha-Abkommen gesprochen. Ich möchte abschließend noch mal fragen: Gab es in der ganzen Zeit irgendwelche Anzeichen, dass man sozusagen diesen conditions-based Ansatz noch einbringen kann oder dass man die Amerikaner eben überzeugen kann, hier noch mal nachzusteuern? Also war das tatsächlich eine realistische Option, oder war das sozusagen von unserer Seite einfach die Richtung, die wir gerne sehen wollten, aber am Schluss waren wir unrealistisch unterwegs?

**Zeugin Tjorven Bellmann**: Das ist natürlich eine berechnete Frage; ich habe mir die manchmal auch gestellt. Im amerikanischen System - und auch im Kongress - gab es viele, die uns unterstützt haben darin, die sehr unglücklich waren mit dieser Entscheidung, die getroffen wurde. Und es gab ja auch prominente Kongressangehörige, die diesen Unmut öffentlich geäußert haben. Auch die amerikanischen Kollegen in Afghanistan selber haben uns immer unterstützt darin, das zumindest zu versuchen.

Bei Trump war klar: Da wird man zu keiner Umkehr kommen; da kann man nur versuchen, Zeit zu gewinnen und das Schlimmste zu verhindern - was immer wieder gelungen ist. Also, es gab diesen Komplettabzug nicht, den er gewollt hätte. Wir haben es geschafft, die Zeitlinien zu strecken. Also, das waren ja auch nicht wir alleine, sondern das waren die Kollegen im amerikanischen Apparat selber. Nach allem, was wir wissen, gab es zwischendrin ja auch Anwandlungen, jetzt sofort einen Komplettabzug anzuordnen; das hat es auch nicht gegeben.

Es hat, wie gesagt, andere Dossiers gegeben, wo uns auch mehr gelungen ist. Bei Afghanistan war das sehr schwierig. Die Frage ist: Hätte es bei Biden eine Chance gegeben? Wir waren der Auffassung: Man muss es wenigstens versuchen. - Wir waren nicht übermäßig optimistisch, dass uns das gelingt. Und auch die Botschaft hat uns immer diese Rückmeldung gegeben, dass es schwierig sein würde, dahin zu kommen. Wir hatten trotzdem das Gefühl: Es ist unsere Verantwortung, es zu versuchen.

Und wir haben schon versucht, den Ansatz so realistisch wie möglich zu machen. Wir haben nie gesagt: Verhandelt das Abkommen neu. - Wir haben immer versucht, da anzusetzen und aufzusetzen, was die Amerikaner selber verhandelt hatten, und das so gut wie möglich zu machen. Wir haben ja auch nicht infrage gestellt, dass die NATO nicht diesen Einsatz zu Ende bringen soll oder Ähnliches, sondern wir haben versucht, an dem, was realistischerweise ein Anknüpfungspunkt sein könnte, anzusetzen. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz hatten wir auch aus dem Kongress viel Ermutigung, da weiter dranzubleiben. Am Ende ist es uns, muss man ganz klar sagen, nicht gelungen.

Aber die Frage ist auch: Was wäre die Alternative gewesen? Wenn wir das alles nicht gemacht hätten, die Truppen noch früher abgezogen wären: Wäre das Schicksal besser gewesen? Also: Was ist verloren gegangen damit, es wenigstens versucht zu haben? Und am Ende haben wir dadurch, glaube ich, es zumindest geschafft, die NATO-Einheit zu wahren, zumindest versucht, dem politischen Prozess Zeit zu geben, versucht, den Dominoeffekt, der nachher doch eingetreten ist, zu verhindern. Ich glaube, in der Summe war das richtig, das zu versuchen. Wir waren nicht erfolgreich; das muss man klar sagen. Aber wir haben vielleicht den Prozess etwas weniger disruptiv und schädlich gemacht, als er andernfalls noch gelaufen wäre.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Jetzt haben die Amerikaner das Doha-Abkommen alleine verhandelt und zum Abschluss gebracht. Die Abzugsentscheidung wurde uns, glaube ich, wenn ich es richtig im Kopf habe, einen Tag vor



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Verkündung sozusagen dann auch übermittelt, und wir wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Inwieweit haben Sie die Zusammenarbeit mit den USA als partnerschaftlich empfunden?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, wir waren ja sehr eng in Kontakt mit der Biden-Administration in dieser ganzen Phase des amerikanischen Reviews. Da hat es auch viele Ministertelefonate gegeben, ich glaube, mehrfach, also wirklich in enger Taktung, und natürlich auch auf allen anderen Kanälen. Wir hatten schon das Gefühl, dass die Administration sich das nicht leicht gemacht hat. Und das hat ja unter anderem auch deswegen so lange gedauert, weil sie wirklich in einen intensiven Überprüfungsprozess gegangen sind. Wir hatten das Problem, dass ein Ministertreffen nach dem anderen in der NATO ging und kam und wir hatten immer noch keine Entscheidung, und gleichzeitig hatten wir diese Abzugsfrist Ende April.

Und es war klar: Mit jeder Woche, die vergeht und es gibt keine Entscheidung, rückt der Punkt näher, wo die NATO absehbar das mit den Taliban verhandelte Datum reißen würde. Und ein Sicherheitsrisiko entstand, wie die Taliban darauf reagieren würden, weswegen wir in jedem Gespräch gesagt haben: Wir brauchen jetzt endlich eine Entscheidung. - Und das war für mich persönlich, ehrlich gesagt, eine der schwersten Phasen, dieses Gefühl: „Was passiert mit unserer Truppe, sollten die Taliban angreifen?“, was sie ja am Ende nicht gemacht haben. Aber das war etwas, das mir persönlich sehr schmerzlich ist, diese Verantwortung und diese Abwägung.

Wir haben von der Abzugsentscheidung im auswärtigen Amt zwei Tage vor dem 14., also am 12., durch ein Telefonat der Minister erfahren. Und dann ist es in der NATO gebrieft worden, und dann gab es dieses Außen- und Verteidigungsministertreffen am 14. Es war klar: Das war ein US-Review. Es war auch klar, dass es im amerikanischen System unterschiedliche Stimmen gegeben hatte. Die Entscheidung ist dann so gefallen, wie sie gefallen ist. Ich glaube, in der Phase haben sie schon versucht, uns eben vorher, in dem Moment, wo es ging, zu unterrichten. Und dann waren wir uns alle einig, dass unsere

Aufgabe jetzt ist, das Bündnis nicht noch Schaden nehmen zu lassen, sondern das jetzt gemeinsam ordentlich sozusagen umzusetzen, diesen Abzug. Und das ist, glaube ich, sehr eng und kollegial gelaufen.

Wir hatten dann immer noch so kleinere Schwierigkeiten, weil - Stichwort „politische Kontrolle“ - der Prozess in der NATO mit bestimmten Daten, die politisch beschlossen waren, und dem Bedarf der Kommandeure, möglichst schnell abzuziehen aus Sicherheitsgründen - - weil das manchmal nicht in Einklang war. Aber alles in allem, würde ich sagen, ist es ab der Phase sehr kollegial und eng gelaufen. Und ich glaube auch, dass die Amerikaner aus diesem ganzen Dossier - - Wenn man sieht, wie entschieden die transatlantische Abstimmung im Ukraine-Dossier oder jetzt mit Israel läuft, glaube ich, haben sie auch selber Lehren gezogen aus diesem ganzen Dossier.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Sie haben ja verschiedene Papiere - auch mit Szenarien - verfasst und eben überlegt, wie es weitergehen könnte nach dem 14.04. Welches Szenario war dann für Sie sozusagen das wahrscheinlichste?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Nach dem 14.04. war klar: Wir gehen in den Abzug. Also, das war ja die Entscheidung, die getroffen wurde, sodass es jetzt darum ging, diesen Abzug umzusetzen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Aus unserer Sicht natürlich, aber sozusagen für Afghanistan: Hatten Sie da noch eine Erwartung, dass es jetzt noch die innerafghanischen Verhandlungen gibt und die auch zu einem Erfolg geführt werden können?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Die Amerikaner - das habe ich, glaube ich, vorhin schon mal geschildert - haben ja versucht, in dieser Phase die Diplomatie noch mal mit Nachdruck zu intensivieren. Es war aber aus der ganzen Vorgeschichte sehr schwierig, zu sehen, wie das funktionieren sollte. Also, sie haben es, glaube ich, wirklich mit allen Mitteln versucht, indem Blinken das selber in die Hand genommen hat, weg von diesem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Doha-Format versucht hat, irgendwie eine Transitionsregierung auszuhandeln, mit Konferenzen, also Chefkonferenzen, und Außenministerprozessen, die angedacht waren. Es gab diese Pläne für eine Konferenz in der Türkei. Die haben sich am Ende nicht materialisiert. Und das hat eigentlich zu keinem Erfolg geführt, weil sich die Taliban dem verweigert haben.

Also, NATO-politisch sozusagen ging es jetzt einfach noch darum, zu überlegen: Was ist das Folgeengagement? Kann es eins geben, und wie sieht das aus? Ist es eine zivile Präsenz, wie es nachher ja auch verhandelt wurde, dass der Special Civilian Representative mit seinem Büro bleibt? Was können die noch machen? Kann man die afghanischen Sicherheitskräfte weiter durch Training im Ausland unterstützen? Das wurde auch beschlossen und dann in ersten Ansätzen auch noch durchgeführt, aber wurde dann schnell hinfällig mit der dramatischen Entwicklung vor Ort.

Und was wir wiederum nicht wollten, das waren ganz seltsame Prozesse, die plötzlich hochkamen, wo, ich glaube, aus dem Stab Einzelne plötzlich mit dem Ansatz kamen: Brauchen wir nicht eine NATO-Counter-Terrorism-Mission in Afghanistan? Und da haben wir irgendwann gesagt: Leute, wir ziehen gerade mit der NATO ab aus diesem Land; wenn wir uns eins nicht mehr vorstellen können, ist es, wie die NATO jetzt in einen Kampfeinsatz in Afghanistan geht. - Also, das waren so seltsame Prozesse, die am Ende noch kamen.

Was uns wichtig war - und das haben wir immer versucht in die NATO-Dokumente einzupflegen -: dass die Sicherheit der Botschaften in Kabul irgendwie adressiert werden muss, dass das in diese Abzugsplanung reingehört und dass wir eine Antwort brauchen, wie das künftig aussieht. Die Amerikaner haben dann auch mit Türken und anderen - - Als es um die Frage ging: „Was braucht man denn dafür?“, nämlich Sicherheitspersonal, den Flughafen und das Krankenhaus, gab es ja Versuche, ob die Türkei, die ja ohnehin schon diese Rolle hatte, das Flughafenmanagement auch über den Abzug hinaus würde weitermachen können; da gab es intensive Gespräche

zu. Und auch die Frage: Wie finanziert man das dann? Da waren wir immer sehr offen, haben gesagt: Alles, was irgendwie geht, sollten wir möglich machen; denn der Flughafen ist für uns das Nadelöhr. - Auch das hat sich am Ende nicht materialisiert.

Es kamen dann auch über den Sommer Pläne, plötzlich doch mehrere Hundert US-Truppen im Land zu belassen, eben um da beim Flughafen mitzuhelfen und die Botschaften zu sichern. Also auch da sah man, dass der amerikanische Apparat auch ziemlich spät erst wirklich aufgewacht ist, was da alles dranhängt an diesem Abzug und was man eigentlich alles hätte bedenken müssen.

Diese ganzen Gespräche und Überlegungen gab es. Und außerdem haben wir uns, als es dann Richtung Beendigung des Einsatzes ging, sehr stark dafür gemacht, dass es bei der Evaluation - - dass das ordentlich gemacht wird in der NATO und dass wir da einen ernsten Prozess brauchen, der sich auch fragt: Was ist schiefgelaufen bei diesem Einsatz?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank für die sehr wertvollen, ausführlichen Schilderungen. - Ich glaube, es war dann klar: Die Taliban werden eine wesentliche Rolle spielen, ob jetzt sozusagen 100 Prozent Verantwortung oder noch in irgendeiner Verbindung mit der Regierung. Aber selbst in einem Szenario „Emirat 2.0“ ist man ja davon ausgegangen, dass wir als Westen einen Fuß in der Tür behalten. Es gab immer die Aussage: Die werden weiterhin auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen sein, und deswegen ist es für uns auch klar, dass wir da präsent bleiben und auch Einfluss behalten. - Gab es dafür konkrete Anhaltspunkte? Oder war das Wunschdenken von unserer Seite?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, ich persönlich war immer so ein bisschen skeptisch, ob die Rechnung aufgeht. Es gab ja zwei Talibanfraktionen. Es gab sozusagen die Haqqanis-und-Quetta-Fraktion im Ausland, und dann gab es diejenigen im Land, die dann ja auch diese Verhandlungen in Doha geführt haben, und die waren sehr unterschiedlich. Und aus der Geschichte wissen wir,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass die Hardliner sich durchgesetzt haben und die anderen nicht.

Konnte man das damals schon absehen? Weiß ich nicht. Ich glaube, vielleicht gab es eine Chance, dass das anders ausgegangen wäre. Tatsache ist: Es ist nicht so ausgegangen. Aber diejenigen sozusagen, mit denen wir Kontakt hatten - und das war vielleicht der Fehler im Kopf -, die haben das vermittelt und haben vermittelt, sie wollen nicht zurück in die alte - - in das erste Emirat, sie wollen, dass ihr Land entwickelt wird etc. Wie gesagt, ich persönlich hatte immer so ein bisschen Zweifel, ob das wirklich trägt; aber wir waren grundsätzlich bereit, in Afghanistan engagiert zu bleiben, wenn die Voraussetzungen stimmen.

Die Entwicklung, die dann eingetreten ist, ist ja eine ganz andere gewesen. Und dann stellte sich die Frage: Was ist eigentlich unsere Grundbedingung, um mit dem, was dann an Talibanherrschaft entstanden ist, zusammenzuarbeiten oder nicht? Und da haben wir gesagt: Das geht nur, wenn es bestimmte Grundstandards gibt. - Das ist aber außerhalb des Untersuchungszeitraums, wo diese Diskussionen dann anfangen: Unter welchen Voraussetzungen geht das überhaupt noch?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Danke schön. - Dann muss ich ein paar Fragen beiseitelegen, weil Sie da im Urlaub waren, und würde auf das Datum 30. August springen. Herr Bundesminister Maas war da zu Gesprächen in Usbekistan, und Sie waren an den Vorbereitungen auch beteiligt. Da gibt es auch eine Akte dazu: MAT A AA-9.78 VS-NfD, Blatt 47 bis 51. Welche Absprachen hat der Minister in Usbekistan getroffen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich war bei den Reisen nicht dabei. Also, grob - ich kann Ihnen das im Detail nicht sagen - ging es natürlich darum, wie wir sozusagen jenseits der Evakuierung, die - 30. August - dann ja, glaube ich, schon zu ihrem Ende gekommen war, -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ja.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** - wie wir - - war ja klar, dass wir nicht aufhören, uns sozusagen verpflichtet zu fühlen, diese ganze Ausreise weiter

zu ermöglichen auf Landwegen oder auf Luftwegen. Und in diesem Kontext haben wir im August, auch schon früher - - Also, ich erinnere, wir waren im Urlaub zum Beispiel, und mein Mann hat aus dem Urlaub noch mit Überflugrechte und solche Dinge für das Auswärtige Amt verhandelt. Also, wir haben versucht, mit den Ländern, die infrage kamen für eine Ausreise, zu verhandeln, dass Deutsche, aber auch Ortskräfte zu Land oder zu Luft ausreisen können und man diese - - dafür die nötigen Grundlagen schafft. Das war sehr schwierig.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gab es - ich muss -

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ja.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** - sozusagen reingrätchen wegen der Zeit - da auch Verhandlungen mit den Taliban dazu?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, daran kann ich mich nicht erinnern. Das weiß ich nicht, -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** - inwieweit wir mit denen gesprochen haben. Also, unser Abteilung-2-Bereich - aber das war auch außerhalb meines Bereichs - war eben die zentralasiatischen Staaten, die Grenzen hatten, wo man eben überlegen musste: Kann man da irgendwas verhandeln, dass die bereit sind, das zu tun? Das war für afghanische Staatsangehörige, glaube ich, gar nicht möglich oder nur schwer möglich; aber das haben wir intensiv versucht, und das hält ja bis heute an, dass man eben versucht, all diese Möglichkeiten zu schaffen, um andere Ausreisewege zu ermöglichen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Die Reise oder sozusagen die Themen der Reise oder dieser Ausreisewege waren in welcher Form mit dem Innenministerium abgesprochen in der Vorbereitung?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich habe die Un- - Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass ich die Unterlagen wirklich selber vorbereitet habe, weil das nix mit NATO und Sicherheitspolitik zu tun hat. Deswegen glaube ich: Die Details kenne ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht, wie da die Absprachen waren; ich gehe aber davon aus, dass der Ansatz, gemeinsame Ansatz, dass wir diese Ausreisen weiter wollen und dass wir uns da verpflichtet fühlen als Bundesregierung - - das waren regierungsgemeinsame Positionen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. Punktlandung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Danke schön. - Ich würde dabei die Bemerkung von dem Kollegen Erndl zum Anlass nehmen, sozusagen uns zu raten, was unsere Zeitökonomie angeht, ein bisschen präziser zu fragen und ein Stückchen präziser und kürzer zu antworten - manche Dinge haben sich jetzt auch schon ein paarmal wiederholt -, sodass wir besser mit unserer Zeit zurechtkommen. - Es geht weiter mit Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Bellmann, Sie haben vorhin in der ersten Runde ausgesagt, dass es zwischen Ihnen und dem BMVg eine gute Zusammenarbeit gab, aber dass man natürlich nicht immer einer Meinung war. Können Sie uns noch mal mitnehmen, was die inhaltlichen Punkte der Meinungsverschiedenheiten im Untersuchungszeitraum waren, genau, zwischen Ihnen und dem BMVg?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, vielleicht nur als Schlaglicht: Das BMVg musste natürlich zum Beispiel die ganze Logistik beachten und musste - - hat ständig gekämpft mit den Zeiträumen und: Wie kriege ich das eigentlich hin, all diese Containeräquivalente aus dem Land zu kriegen, wenn die Zeit immer kürzer wird? - Das war eine ernsthafte Sorge, die die zu verantworten hatten. Und uns wiederum ging es primär um die politische Frage. Also, das waren halt einfach so unterschiedliche Bedürfnisse.

Wir hatten auch manchmal das Problem, dass dann auf Kommandeurebene bestimmte neue Abzugsdaten kommuniziert wurden, die zwei Monate vorher lagen. Erinnere mich an einen Vorfall, da kam plötzlich ein neues Abzugsdatum. Gerade in dem Moment, wo der NATO-Rat

beschlossen hatte, bis zum September abzuziehen, hieß es plötzlich: Jetzt ziehen wir bis Juli ab. - Und da waren wir der Auffassung: „Das kann man nicht einfach erst mal so hinnehmen, sondern das muss man infrage stellen, solange das politisch nicht beschlossen ist“, zumal wir für das BMVg ja immer Zeit einkaufen sollten und wollten, damit eben das mit der Logistik alles hinhaut. Also, das waren so unterschiedliche Bedarfe eigentlich einfach.

Ansonsten war - das war aber nicht mein Verantwortungsbereich - das Thema Ortskräfte eins, wo das BMVg eben besondere Anliegen hatte, die nicht eins zu eins unseren entsprochen haben.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mit Blick auf die Abzugsplanung noch mal: Wir haben ja die besondere Situation, dass das BMVg Operateur ist an der Stelle, die Federführung für Mandate aber im Auswärtigen Amt liegt. Wie kann ich mir das vorstellen, wenn man in der ressortgemeinsamen Zusammenarbeit da zu Entscheidungen kommen muss, konkret zu der Frage: „Wann kommunizieren wir ein Abzugsdatum?“? Also, ist das etwas, was dann das AA letztendlich entscheidet? Oder gibt es da noch mal eine höhere Instanz, die die verschiedenen Interessen dann zusammenbringt?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, das Abzugsdatum war ja vom Mandat erst mal unabhängig. Das war sozusagen ja alles ohnehin im Mandatszeitraum; das Mandat ging ja viel länger. Da war eher die Ablage zwischen sozusagen NATO-Beschluss und dem Bedarf des Kommandeurs, alles möglichst schnell zu machen aus Sicherheitsgründen. Und das musste man in Übereinstimmung bringen.

Bei den Mandaten ist es so, dass wir zwar die Federführung haben, das aber ganz, ganz eng läuft. Also, den Erstentwurf für ein Mandat schreibt das BMVg; wir bearbeiten das dann. Also, die Aufgabenteilung ist so: Das BMVg entwirft den Mandatstext, wir sozusagen ergänzen; und bei der Einbringung ist in der Regel das AA das, was als Erstes spricht, und dann das BMVg. Aber das ist eine ganz enge Arbeitsteilung und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eine sehr routinierte gemeinsame Bearbeitung dieser Mandatstexte.

Beim Evakuierungsmandat gab es am Anfang unterschiedliche Auffassungen, ob man eigentlich ein neues Mandat braucht oder ob das RSM-Mandat, was ja Evakuierungen vorsah im Mandat, nicht eigentlich reicht. Und das waren am Anfang einfach unterschiedliche Optionen. Wir waren der Auffassung oder unsere Juristen waren der Auffassung: Eigentlich reicht das. - Das BMVg hatte eine Präferenz für ein neues Mandat. Das hat sich dann aber auch sehr schnell ... (akustisch unverständlich).

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Ich würde noch mal zu der internen Arbeitsweise kommen im Auswärtigen Amt. Ich stelle mir vor - und so haben wir das ja auch im Untersuchungsauftrag angelegt -, es gibt im Prinzip zwei Momente, wo wesentliche Lageveränderungen eintreffen. Der erste ist der Abschluss des US-Taliban-Abkommens. Und der zweite wesentliche Moment ist: Biden sagt: Ja, es gibt ein fixes Datum, bis wann wir raus sind.

Jetzt frage ich mich: Gab es zu der Zeit Ad-hoc-Runden, wo man gesagt hat: „Oh, da ist jetzt eine neue Lage; wir müssen uns in welchem Kreis auch immer“ - das müssten Sie noch mal beschreiben - „jetzt dazu beraten: Was machen wir jetzt?“? Und wenn Sie da erläutern könnten, welche Runden es dann gab AA-intern und wer daran teilgenommen hat und wie Sie sich inhaltlich als Einzelperson eingebracht haben. Ich betone das jetzt so, weil Sie in den letzten anderthalb Stunden ganz häufig vom „Wir“ gesprochen haben und ich jetzt gerade in der AA-internen Debatte noch mal besser rausfinden will, was Ihre Rolle als sicherheitspolitische Beauftragte des Auswärtigen Amtes war.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, ja, es gab natürlich Besprechungen und Formate, die das adressiert haben. Also, nach dem USA-Taliban-Abkommen haben wir sofort eine Ressortbesprechung gemacht; das war, glaube ich, aber auf Referatsebene, und dann hat man die nächste Runde auf Abteilungsleiterebene gemacht. Da

gab es keine eigene Zwischenrunde auf meiner Ebene.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ganz kurze Nachfrage: Gab es auf Staatssekretärebene oder sogar auf Ebene des Ministers anlässlich des US-Taliban-Abkommens ein Ad-hoc-Treffen, wo man sich zu der Thematik beraten hat, von dem Sie wissen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Das erinnere ich jetzt, ehrlich gesagt, nicht; das kann ich Ihnen nicht sagen. Der Minister war ja dann auch zugeschaltet, glaube ich; aber das kann ich aus eigener Erinnerung nicht sagen. Die Staatssekretärsghremien haben regelmäßig getagt - man hat bestimmt im Kabinett darüber gesprochen -; aber da habe ich jetzt keine Detailerinnerung dran.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich meine jetzt eine AA-interne Runde, wo der Staatssekretär dann auch involviert war.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Kann ich Ihnen nicht sagen. Erinnere ich - - habe ich keine Erinnerungen dran. Aber sie haben - -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und Ihr direkter Vorgesetzter, Herr Plötner?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Vielleicht zur Erklärung. Im Auswärtigen Amt gibt es tägliche Runden, wo die Leitung sich trifft, jeden Tag; das ist die sogenannte Direktorenrunde. Insofern gibt es ohnehin täglich Runden, wo eben das, was politisch besprochen wird, Thema ist. Ob es darüber hinaus eine Ministerbesprechung gibt - ist gut möglich; weiß ich aus eigener Erinnerung nicht. Das wären dann auch Formate, wo ich nicht teilgenommen hätte, weil das dann typischerweise mit den Staatssekretären und dem Abteilungsleiter ist. Das kann ich Ihnen aus eigenem Erinnerung nicht sagen.

Was die Frage des zweiten Kipppunkts, also Entscheidung Abzug, angeht, hatte ich ja schon ausgeführt, dass wir im Zuge danach dann ein eigenes Afghanistan-Referat auf Staatssekretärebene



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf die Schiene gesetzt haben, um diese dringenden Fragen eben in einem Sui-generis-Format zu adressieren.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und daran anschließend die Frage: War bei diesen beiden Momenten - Sie waren ja das Gesicht im Verteidigungsausschuss, wie Sie gesagt haben - Waren diese beiden Momente für Sie persönlich Anlass, in der Sprache Richtung Parlament, weil darum soll es ja heute auch gehen, noch mal einen anderen Ton zu treffen? Oder haben Sie auf sozusagen die Momenthaftigkeit des Moments - da ist jetzt gerade was passiert - hingewiesen im Ausschuss, im Verteidigungsausschuss?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, Sie können aus den Protokollen vermutlich besser beurteilen, was ich da genau gesagt habe, als ich das aus meiner Erinnerung kann. Ich habe mich immer bemüht, möglichst umfassend und sachlich über die Entwicklungen zu unterrichten, die stattgefunden haben. Ich habe das kritisch intoniert.

Ich kann mich erinnern - ich weiß aber nicht, wann das war - an eine Auseinandersetzung im Verteidigungsausschuss mit einem Abgeordneten, der mir vorwarf, ich würde das Friedenspotenzial dieser Vereinbarungen nicht erkennen. Also, solche Diskussionen hat es schon gegeben.

Und ansonsten habe ich einfach versucht - und, wie gesagt, ja, auf Nachfrage, weil meine Funktion in der Regel war, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten, sodass es natürlich auch ein bisschen drauf ankam, was die interessiert hat und ob der Tagesordnungspunkt überhaupt drankam -, ebenso umfassend und so konkret wie möglich zu antworten und da, wo gefragt, auch meine Einschätzung dazuzugeben.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie sich erinnern, ob es im Untersuchungszeitraum mit Ihrer Teilnahme auch Verteidigungsausschusssitzungen gab, die unter Geheim gestellt waren, als man zu Afghanistan sprach? Da haben wir nämlich keine Protokolle dazu; das wird nämlich nicht protokolliert. Ich werde jetzt nicht auf die Inhalte eingehen. Es geht mir nur

um die Frage, ob das stattgefunden hat, weil wir heute Morgen gelernt haben, dass es einen Unterschied macht, in welchem Rahmen man unterrichtet wird als Parlament, was die Responsivität - -

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich bin nicht sicher, ob es das gegeben hat, ehrlich gesagt. Ich habe keine - - Es gab das sehr wenig insgesamt. Ich kann mich an eine Sitzung zu Russland- und NATO-Fragen erinnern, wo das mal so war. Ich habe spontan keine Erinnerung zu einer Afghanistan-Sitzung.

Aber vielleicht noch zu der anderen Frage. Ich habe im - - Ich weiß, dass ich dem Ausschuss mehrfach angeboten habe, dass zum Beispiel Markus Potzel mal vorträgt; das Angebot habe ich mehrfach gemacht. Das ist meines Wissens gar nicht oder nur sehr - - ich glaube, es ist gar nicht in Anspruch genommen worden.

An geheime Sitzungen im regulären Verteidigungsausschuss habe ich keine Erinnerung; aber ich kann es auch nicht ausschließen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wie viel habe ich noch? - Eine. - Können Sie kurz ausführen, wann das Auswärtige Amt und das BMVg auf das Format der Obleuteunterrichtung, sei es jetzt telefonisch oder in Präsenz, zurückgegriffen haben im Untersuchungszeitraum in Bezug auf Afghanistan?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich habe jetzt aus der Erinnerung keine fertige Liste, zu welchen Daten wir alles Obleuteunterrichtungen gemacht haben. Das können Sie den Akten hoffentlich entnehmen.

Ich weiß, dass ich darauf gedrängt habe, dass wir nach der Biden-Abzugsentscheidung eine machen. Wir hatten das Problem, dass die Amerikaner uns um strikte Vertraulichkeit gebeten hatten, als sie uns vorab unterrichtet haben. Ich habe dann bei uns im Haus gesagt: Wir müssen dann aber spätestens am 14., wenn also die NATO-Beschlüsse gefällt werden, die Obleute unterrichten; das werden die zu Recht erwarten. - Das ist dann auch geschehen durch die Minister selber,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und es hat immer wieder Obleuteunterrichtungen gegeben. Und es hat sie dann vor allen Dingen - - Also in der - - Als wir dann in die Evakuierung gegangen sind, ist es ja sogar auf Kanzler-mit-den-Fraktionsvorsitzenden-Ebene gegangen.

Aber ich habe jetzt keine fertige Datumsliste, wann wir das alles gemacht haben; aber wir haben es vergleichsweise oft gemacht. Man macht Obleuteunterrichtungen klassischerweise dann, wenn irgendein Ereignis passiert, was eben jenseits der wöchentlichen Ausschusssitzungen erfordert, dass man außerhalb der Sitzungstage die Obleute über politische Entwicklungen informiert. Und das haben wir, so wie ich das erinnere, auch immer gemacht, und wenn nicht, würde das ja auch eingefordert; aber wir waren da - - wir haben das, glaube ich, sehr - - an den jeweiligen Punkten dann sogar oft auf Minister-ebene gemacht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt und geht zur AfD.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Bellmann, ich muss jetzt um Ihr Verständnis bitten, dass wir wieder zeitmäßig nach hinten springen, damit ich in meiner Systematik bleiben kann. Sie haben laut MAT A AA-8.282 VS-NfD, Blatt 14 am 29. September 2020 an einem Jour fixe der Staatssekretäre teilgenommen. Laut des Ergebnisvermerkes habe man sich darauf geeinigt, gemeinsame „Überlegungen zu entwickeln, wie eine“ - Zitat - „Post-Settlement-Solution aussehen könnte“; Zitat Ende.

Können Sie uns bitte sagen, welche Überlegungen es in der Bundesregierung, also auf Staatssekretäreebene, Ende September 2020 gab, wie eine deutsche Präsenz in Afghanistan auch nach der NATO-Mission Resolute Support weiter aufrechterhalten werden könnte? Das wäre ja nur im NATO-Rahmen denkbar, wenn ich das so sage. Vielleicht könnten Sie das kurz ausführen und dazu noch Stellung nehmen, wie lange man sich denn dann vorgestellt hat in Afghanistan bleiben zu müssen oder zu können. Sie haben mehrfach gesagt „condition-based“, aber das kann ja nicht

„ewig“ heißen. Man muss ja bestimmte Vorstellungen entwickeln, wie lange so etwas gehen soll.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich erinnere nicht mehr alle Details; aber grundsätzlich war es so, dass die NATO immer schon in ihren Planungen eine Phase vorgesehen hatte, wo das militärische Engagement zu einem Ende kommt und das Ganze in eine sozusagen, was die NATO unter Partnerschaftsbeziehungen verbucht, also zivile Zusammenarbeit übergeführt wird. Und das ist hiermit gemeint, also die Frage: Welche Art von Engagement mit Afghanistan gibt es dann NATO-seitig noch? Kann man aufsetzen auf die Überlegungen, die man vor Jahren schon mal angestellt hatte für dieses, nannte sich dann Enduring Partnership - - für so eine Zusammenarbeit? Und was ist jenseits einer Truppenpräsenz sozusagen an Zusammenarbeit denkbar? Oder geht man eben auch noch auf Dinge wie Training außerhalb Afghanistans, was ja am Ende auch beschlossen worden ist? Das waren so die Fragen, um die es in dem Zusammenhang ging.

**Joachim Wundrak (AfD):** Kurze Zeit später: Sie haben am 11. September 2020 von Herrn Bledjian aus der deutschen Botschaft in Kabul einen Vermerk zu seinem Gespräch mit General Poschwatta - das war damals der Chef des Stabes der NATO-Mission - erhalten. Bledjian gab General Poschwatta mit folgenden Worten wieder - Zitat aus MAT A AA-8.588 VS-NfD, Blatt 7 -:

„20 Jahre Beratung  
Unterstützung/TAA“

- Train, Assist, Advise -

„müsse reichen, ANDSF müsse  
jetzt auf eigenen Beinen stehen“

Zitat Ende. - Und so habe General Poschwatta auch der Verteidigungsministerin vorgetragen.

Können Sie sich in dieser Phase, also Dezember 2020, erinnern, dass es viele Stimmen deutscher Amtsträger in unterschiedlichen Ressorts gegeben hat, die wie General Poschwatta meinten, dass die jahrzehntelange und milliarden schwere



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte nun ausreichend sei und die ANDSF nun auf eigenen Beinen stehen müssten?

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Das würde ich als eine Suggestivfrage sehen und würde entweder bitten, das anders zu formulieren, oder sie als nicht zulässig ansehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich wollte den Fragesteller noch zu Ende formulieren lassen; aber mindestens diesen Teil hätte ich auch moniert. Aber das kürzt die Sache ab, wenn Sie es gleich ändern, ja.

**Joachim Wundrak (AfD):** Haben Sie denn Kenntnis, wie diese Äußerung von General Poschwatta, der ja sicherlich einer der intimsten Kenner zu der Zeit war, wie die in Ihrem Auswärtigen Amt aufgenommen worden ist und wie die Position von Frau Kramp-Karrenbauer dazu war?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, ich kann zur - - sozusagen das - - Wie Frau Kramp-Karrenbauer mit der Aussage umgegangen ist, kann ich keine Aussage zu machen. Insgesamt haben wir ja nicht infrage gestellt, dass wir den Einsatz beenden. Worum es ging, war, ihn so zu beenden, dass man ihn verantwortlich beendet.

**Joachim Wundrak (AfD):** Wir sind jetzt im April 2021. Sie haben vor dem Verteidigungsausschuss vorgetragen. Laut Protokoll der Sitzung ließen Sie in Ihrer Enttäuschung über die in der Vorwoche getroffene Abzugsentscheidung von Präsident Joe Biden Ihrem Unmut, Ihrer Enttäuschung freien Lauf. Das Protokoll gibt Sie folgendermaßen wieder - Zitat aus MAT A BT-Präs-2.16 VS-NfD -:

„Der amerikanische Präsident habe anders entschieden. Ein gereifter Präsident mit langjähriger Regierungserfahrung und in ge-

wissen Punkten festen Vorstellungen und Überzeugungen hätte mit den Rückmeldungen aus den Gesprächen mit den Taliban abgewogen, welche Konsequenzen es hätte, das USA-Taliban Abkommen für nichtig zu erklären oder alles über den Haufen zu werfen. Die Geschichte werde die wahre Dimension der Entscheidung“

- also Joe Bidens Abzugsentscheidung -

„zeigen.“

Aus welchen Gründen sahen Sie Präsident Bidens Entscheidung für einen bedingungslosen Abzug aus Afghanistan als Anzeichen für politische Unreife und Überzeugungslosigkeit? Und was war dann Ihre eigene - - war das Ihre eigene persönliche Interpretation? Oder war das die Sicht auf Joe Biden allgemein des AA zu diesem Zeitpunkt?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Herr Abgeordneter, das ist in keiner Weise das, was ich gesagt habe ausweislich des Protokolls, sondern ausweislich des Protokolls, was Sie gerade zitieren, habe ich in der Sitzung versucht zu erklären, dass hier gerade ein sehr gereifter Präsident entschieden hat, der sich die Entscheidung auch nicht leicht gemacht hat und vor seiner ganzen Erfahrung versucht hat abzuwägen die Folgen, die das Ganze für das Land hat und darüber hinaus mit der Gefahr oder der Ressource, die das bedeutet, wenn er anders entschieden hätte, also: Wie viele Truppen hätte er vielleicht wieder ins Land verlegen müssen, wenn die Taliban den Kampf wieder aufgenommen hätten? Und ich habe versucht, die schwierige Abwägung darzustellen, vor der der Präsident stand, habe dann gesagt, wie er sich entschieden hat, und habe dann hinzugefügt, dass erst die Geschichte zeigen wird, ob sozusagen das, was er als Kosten-Nutzen kalkuliert hat, wirklich die echten Kosten-Nutzen waren oder ob man mit Fortgang der Geschichte vielleicht zu einer anderen Abwägung kommt. Nur das habe ich versucht in der Sitzung zu schildern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Joachim Wundrak (AfD):** Also ist jetzt das Protokoll nicht sauber formuliert? Oder wie habe ich Sie jetzt verstanden?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, das geht aus dem hervor, was Sie zitiert haben.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, ich habe es zumindest anders interpretiert; aber das lassen wir jetzt mal stehen. - Können Sie denn bitte darlegen, ob mit dieser Formulierung „alles über den Haufen ... werfen“ - das ist das Zitat - Sie aussagen wollten, dass Afghanistan nach dieser Entscheidung des Präsidenten Biden nun einer totalen Machtübernahme der Taliban entgegengehe? Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt schon kein Vertrauen mehr in die ANDSF und die innerafghanischen Verhandlungen und - -

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich habe den Text jetzt nicht vor mir liegen. Ich habe es eben so verstanden, dass das Über-den-Haufen-Werfen sich auf das Abkommen bezog und nicht - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das können wir jetzt auch nicht mehr weiter klären, denn die Zeit ist schon wieder zu Ende. - Wir wechseln zur FDP-Fraktion.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja, vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Bellmann, ich bin ja - - mich sehr gefreut, zu hören, dass Sie mit Szenariotechnik arbeiten und mit Szenarien aus gegebenem Anlass. Sie haben aber auch gesagt: Wir sind nicht diejenigen, die Sicherheitsanalysen erstellen. - Das sei eher in anderen Häusern verortet. Wo haben Sie denn das Erstellen von Sicherheitsanalysen verortet gesehen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, wir machen im Haus - - Wir haben durchaus Einheiten, die sich mit Szenarien auseinandersetzen können und Szenarienanalysen machen; aber die Sicherheitslagen beurteilen können die Dienste und können die Sicherheitskräfte und in den Auslandseinsätzen zum Beispiel auch die Passagen in der UdP zur Sicherheitslage. Das sind Dinge, die das BMVg erstellt hat.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also, hatten Sie im Berichtszeitraum die Vorstellung, dass beispielsweise der BND Sie über mögliche bevorstehende Lageveränderungen oder Eintritte von Szenarien informieren würde?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Das ist natürlich Aufgabe des BND, uns über Entwicklungen auf Grundlage von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen zu über- - zu informieren. Und der BND hatte, glaube ich, sogar, wenn ich mich richtig erinnere, auch entsprechende - - hatte sogar mal Szenarien auch aufgeschrieben.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich zitiere aus dem vorläufigen Stenografischen Protokoll 20/48 I den Zeugen M. W., der sagt: „Wir blicken üblicherweise nicht in die Zukunft oder machen Prognosen.“ - „Unsere Aufgabe ist es, Informationen zu beschaffen“ - und - „die auszuwerten ...“ Hat das während des Berichtszeitraums auch Ihrer Vorstellung entsprochen, dass der BND nicht Prognosen machen würde?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, der BND gibt Faktendarstellungen wieder und ordnet die aber ein. Also, die - - In der Regel umfassen diese Unterrichtungen auch eine Bewertung, und die ist natürlich immer über sozusagen das eigentliche Faktum hinaus eingeordnet. Und ich meine mich zu erinnern, dass es sogar Szenariendarstellungen des BND gegeben hat zur Entwicklung in Afghanistan.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** In Ihren eigenen Szenarien, die Sie dort erstellt haben, haben Sie sich auch mal mit der Frage auseinandergesetzt, ob Afghanistan für seine eigene Sicherheit sorgen kann, wenn die amerikanischen und die internationalen Truppen abgezogen sein würden? War das Teil Ihrer Szenarioanalyse?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Der Abzug, so wie wir ihn uns vorgestellt haben, wäre ja einer gewesen, der verschränkt gewesen wäre mit einem politischen Prozess, der idealiter zu einer Vereinbarung geführt hätte, die den Konflikt beigelegt hätte. Und damit wäre natürlich die Sicherheitslage auch eine andere gewesen und hätten die afghanischen Streitkräfte und die Taliban ja nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mehr in einem Konflikt oder Kampfgeschehen miteinander gestanden.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Aber das Charakteristikum von einer Szenarioanalyse ist ja, dass man verschiedene Szenarien aneinandersetzt. Sie haben jetzt gerade gesagt, Sie sind davon ausgegangen in Ihrer Vorstellung, dass es eben diesen Prozess geben würde, eben diesen Verhandlungsprozess. Haben Sie denn auch ein anderes Szenario sich sozusagen danebengelegt, das das ausgeklammert hat?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Unsere ganzen Bedenken über die Art, wie der Abzug aufgesetzt war aufgrund dieses zeitbasierten Ansatzes des Abkommens, kamen ja daher, dass wir Sorge hatten, dass mit einem solchen Abzug - - dass eben die Streitkräfte auf Dauer nicht alleine sein - - in der Lage sein würden, ohne Unterstützung diesen Kampf oder diese Verteidigung weiter durchführen zu können.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie haben vorher auch gesagt, dass Ihr Ziel gewesen sein, den Aufent- - also, Afghanistan verantwortlich zu beenden. Das haben Sie vorher gesagt.

Hatten Sie die Vorstellung, dass die USA auch ihre Präsenz verantwortlich beenden sollten und dass es auch eine Wahrscheinlichkeit gibt, dass sie das auch so tun würden?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, die Amerikaner standen vor der Abwägung sozusagen, wie lange sie mit dem intensiven Engagement - - wie lange sie das fortsetzen wollen.

Und die amerikanische Regierung, die übernommen hat, hatte ein schweres Erbe übernommen, mit einer sehr niedrigen Truppenpräsenz inzwischen schon durch die Fakten, die Präsident Trump selbst nach der Wahl immer noch geschaffen hatte, mit der Entscheidung, auf 2 500 Truppen runterzugehen, sodass in dem Moment die Abwägung eine objektiv schwierige war, ob man versucht, da noch mal nachzujustieren, mit dem Risiko, dass die Taliban den Kampf wieder aufnehmen, oder ob man dann entscheidet, dass

man eben sagt: Wir bleiben bei diesem zeitbasierten Ansatz.

Ich glaube, es gab die Chance zu - - Also, wir wussten, wie ich mehrfach schon gesagt habe, dass Präsident Biden selber eher eine Person ist, die den Einsatz beenden wollte. Ich glaube, es gab die Chance, und es war den Versuch wert, zu gucken, ob man die Art, wie man es beendet, noch beeinflussen kann.

Am Ende ist es nach einer langen inneramerikanischen Diskussion, wo es unterschiedliche Stimmen gab, bei einer zeitbasierten Entscheidung, die etwas später lag, nämlich im September, geblieben.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Bei der Erstellung Ihrer Szenarien, was war dort für Sie handlungsleitend? Waren das sozusagen Ihre politischen Ziele und/oder die Lage? Und „Lage“ meine ich jetzt nicht nur die Lage in Afghanistan, sondern auch die Lage zum Beispiel gerade mit Bezug auf die USA.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, es geht immer drum, zu gucken, ob man die politischen Ziele mit den Realitäten - - wie man das in Einklang bringt.

Wir hatten Bereiche, da ist uns das gelungen. Wir hatten auch Bereiche, da ist uns gelungen, eine Biden-Administration von ursprünglichen Politikansätzen abzubringen oder das anzupassen, indem die Bedenken der Alliierten in Europa oder in Asien gehört wurden. Nehmen Sie die Nuklearpolitik, wo der Präsident auch sehr feste Vorstellungen hatte und trotzdem im „Nuclear Posture Review“ woanders rausgekommen ist aufgrund der Bedenken, die die Alliierten hatten.

In Afghanistan ist uns das am Ende nicht gelungen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich komme noch mal auf die Frage, die ich ganz am Anfang hatte, zurück. Sie haben jetzt ja dargestellt, dass Sie die Vorstellung hatten, dass Sie den Verlauf der Dinge aus Deutschland heraus sehr stark auch mitgestalten können, also praktisch, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die eigenen politischen Ziele auch Teil der Lage sind und auch Teil des Szenarios.

Noch mal die Frage: Welche Hebel dachten Sie einsetzen zu können gegenüber den USA, vielleicht auch jetzt rückblickend betrachtet mit Blick darauf, dass ja auch der Regierungswechsel zwischen Trump und Biden keine Änderung sozusagen im Ergebnis herbeigeführt hat in der Entscheidung, wie sich die USA verhalten haben?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Frau Kollegin, ich mache das ungern, aber die Frage hatten wir jetzt wirklich schon mindestens zweimal genau so gestellt und - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich weiß, aber ich habe noch nicht - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wollen die kein drittes Mal stellen, bitte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich würde mich aber trotzdem über eine Antwort freuen. Es tut mir sehr - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Na ja, das machen wir eigentlich nicht, dass wir Fragen dreimal stellen. Das ist auch für die Zeugen nicht gut, weil es sie sozusagen nötigt - und die sitzen ja hier mehrere Stunden -, möglicherweise dann unterschiedlich - - Das wollen wir, glaube ich, nicht so halten. Ich würde also bitten, eine andere Frage zu nehmen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gut. - Dann beziehe ich mich auf MAT A AA-8.282 VS-NfD, Blatt 79. Laut einem Vermerk zu der „Sondersitzung Sicherheitspolitischer Jour Fixe zu AFG am 08.06.21“, an dem auch Sie teilnahmen, schilderte das BMVg die Sicherheitslage

„... von unverändert hohem Gewaltniveau gekennzeichnet. Ziel der TLB sei es, wichtige Provinzstädte und Kabul zu isolieren; es gebe aber bislang keine Angriffe auf die internationalen Truppen.“

Und das

„AA hob bislang ausgebliebene Angriffe auf internationale Truppen als bemerkenswert hervor und verwies auf fortgesetzte Gespräche in Doha.“

Weiter heißt es im Vermerk:

„Kabul richte sich allerdings auf bewaffneten Kampf um die Hauptstadt ein, erst wenn TLB hier abgewehrt worden seien, sei mit echter Gesprächsbereitschaft zu rechnen. Ausschüttung der nächsten Tranche von 40 Mio. für den ANA Trust Fund im 3. QT würde begrüßenswertes Signal darstellen.“

Haben Sie zu dem Zeitpunkt - das war am 08.06.2021 - damit gerechnet, dass dieser Kampf zu gewinnen sei?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Sorry, ich suche gerade das Dokument.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wir können das sonst Ihnen auch - -

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich habe es hier liegen. Ich muss nur eben gucken.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** 8. Juni.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ja, ja.

(Die Zeugin liest in ihren Unterlagen)

Ich erinnere diese Diskussion nicht. Ich erinnere auch nicht, dass wir sozusagen uns intensiv mit der Frage beschäftigt haben: Wer gewinnt den Kampf um Kabul? Insofern nehme ich zur Kenntnis, dass die Diskussion so gelaufen ist, aber habe, ehrlich gesagt, in dem Kontext keine Erinnerung an vertiefte Diskussionen über dieses Szenario.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir waren damals in einer Situation, wo zunehmend Provinzhauptstädte erobert wurden. Insofern stellte sich die Frage: Wann sozusagen ist die Lage in Kabul so weit, dass das auch dort ansteht? Und insofern war das auch selbst - - also war das - - ist es zu verstehen, dass es in Kabul diese Überlegungen gegeben haben muss. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass wir vertieft darüber gesprochen haben, ob das gelingt oder nicht.

Ich weiß, dass wir in der Zeit Bedenken hatten, wie lange die afghanischen Streitkräfte sich würden halten können. Ich weiß auch, erinnere mich auch, dass es keinerlei Erkenntnisse der Dienste, weder unserer noch der amerikanischen, in dieser Phase gab, dass ein Zusammenbruch sozusagen in den nächsten zwei Monaten bevorstehen würde. Die Frage war eher sozusagen, wie - - Halten die sich über das Jahresende hinaus? Das waren so die Zeitläufte, über die damals diskutiert wurde.

Und über den Sommer insgesamt ist dann die Lageverschlechterung ja sehr, sehr schnell gegangen, mit dramatischen Entwicklungen am Ende. Aber selbst in dieser Endphase waren die Einschätzungen nie so schlimm, wie die Wirklichkeit nachher wirklich gekommen ist.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur SPD. Frau Kollegin Yüksel.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Herr Vorsitzender, wir haben keine Fragen mehr, möchten uns ganz herzlich für die ausführlichen Antworten bedanken.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann geht das Fragerecht zur Union.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Ich habe abschließend noch ein paar wenige Fragen zum Thema Ortskräfte und würde beginnen mit Mitte Juli.

Am 13. Juli bewerteten Sie eine Anfrage der USA über die temporäre Aufnahme von 5 000 bis

15 000 Personen aus Afghanistan mit - Zitat - : „Aus meiner Sicht ein nach wie vor - - Entschuldigung, ich gebe mal erst die MAT-Nummer: MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 28 bis 31. Da gibt es ein Zitat von Ihnen:

„Aus meiner Sicht ein nach wie vor unseriöses Ansinnen, das bei den über 1.000 GIZ OK auf unserer Seite zudem zu entsprechenden Dynamiken führen würde.“

Mitte Juli waren Sie also nach wie vor der Auffassung, dass wir eben auch mit den GIZ-Ortskräften verbleiben und insgesamt die Präsenz in Afghanistan aufrechterhalten. Fragezeichen.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ist das Mitte Juli, oder ist das im Mai, dieses - -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Also, 13. - -

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, ich erinnere - - Es gab ja - -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** 13. Juli, habe ich. Ich kann aber gerne noch mal im Original - -

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Nach meiner Erinnerung haben die Amerikaner uns doch erstmals deutlich früher - -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Also, ich habe hier die E-Mail sozusagen mit dem Zitat. Die ist von Ihnen - 13. Juli - an Kollegen im - -

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Können Sie mir das bitte vorlegen?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ja, selbstverständlich.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Okay, jetzt verstehe ich wieder.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Da gibt es auch einen Anhang - der ist auch übersandt -: US-Botschaft, 13.07.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ja. Also, ich glaube, die Genese war so: Die ersten Anfragen kamen deutlich früher und waren noch mit einem Ansatz eines längeren Aufenthaltes in Deutschland, sozusagen das ganze Sicherheitsüberprüfungs- und Visa- und sonstige Verfahren, Aufnahmeverfahren bei uns durchzuführen, wo unsere erste Frage war: Wieso macht ihr das eigentlich nicht bei euch? Wieso wollt ihr das bei uns machen?

Das zweite Problem, was sich hier stellte, ist, dass man sozusagen Ortskräfte nicht unterschiedlich behandeln konnte. Also, wenn wir für die Amerikaner eine solche Lösung machen, war die Frage: Haben unsere dann nicht auch Anspruch auf eine entsprechende Regelung?

Es hat dann im Nachgang Verhandlungen gegeben, die dann geführt haben zu einem - - zu einer Vereinbarung Ende August, 20. August, glaube ich, einem Notenwechsel, wo eben dieses Ramstein-Arrangement bestätigt wurde, aber mit einer sehr kurzen Transitzeit, die ursprünglich mal gedacht war für ein, zwei Tage, sich dann in den Verhandlungen auf sieben bis zehn Tage ausgedehnt hat, und beide Seiten eben vereinbart haben, wie die Prozesse laufen, und dass das eben sozusagen ein technischer Aufenthalt ist, aber keine vorläufige Aufnahme, wie ursprünglich von den Amerikanern sondiert.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ich muss da noch mal nachfragen, weil auch bei den bisherigen Befragungen ja deutlich geworden ist, dass die Politischen Abteilungen sozusagen diesem grundsätzlichen Ansinnen eines beschleunigten Ausfliegens von Ortskräften oder überhaupt einer Erleichterung da immer sehr skeptisch gegenüberstanden, um da keine falsche Signalwirkung zu erzielen.

Und jetzt haben aber die Amerikaner dann klargemacht, dass sie im großen Stil schnell Visa erteilen und Personen ausfliegen zu einem frühen Zeitpunkt, wo es eben auf unserer Seite noch Skepsis gab. Haben die Ankündigungen der Amerikaner da nicht auch bei uns sozusagen einen

Überprüfungsprozess oder ein Neuüberlegen ausgelöst? Weil Sie sprechen ja die entsprechenden Dynamiken eben hier selbst an.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, wir als AA wollten ja schon lange andere Verfahren, sind damit aber eben immer gescheitert. Mein Unwohlsein mit den bestehenden Verfahren war vorhin ja schon Thema.

Hier ging es mir primär darum, zu sagen, dass das so ausgestaltet sein muss, dass sozusagen das Risiko nicht auf uns abgewälzt wird, und dass das Verfahren sind, die tragbar sind.

Und es ist am Ende ja auch gelungen, da was auszuhandeln, was dann für beide Seiten funktioniert hat und wo wir dann eben auch umgekehrt von den Amerikanern auch - - sozusagen die dazu gebracht haben, dass sie unsere Ortskräfte mit aus Afghanistan ausfliegen.

Wenn Sie mich im Nachhinein fragen: „Waren wir insgesamt in dieser Ortskräftefrage zu langsam, zu wenig aktiv und proaktiv?“, würde ich schon sagen, dass das eine der Lehren ist, dass man da als Bundesregierung früher zu einem gemeinsamen tragfähigen Ansatz hätte kommen müssen. Das ist zumindest für mich eine Lehre, die ich mitnehme.

Wir waren da auf politischer Ebene blockiert. Das wäre sicher anders wünschenswert gewesen. Und ich glaube, dass es auch was zu lernen gibt mit der Frage: Mit welcher Haltung gehe ich an solche Fragen ran, und wie kreativ gehe ich an solche Fragen ran? Wenn ich - -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Wenn Sie sagen „auf politischer Ebene blockiert“, welche Stellen - -

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Na ja, das war eine Ministerentschei- - Also, es war auf Ministerebene blockiert, dass wir zu Verfahren wie Visa on arrival kommen. Das habe ich mehrfach geschildert. Das ist erst ganz am Ende - ich glaube, am 13. August - aufgelöst worden.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Aber auch das AA war sich ja sozusagen nicht einig, weil die - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Nein, das BMI hat das blockiert.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ich zitiere mal den Referatsleiter AP 05, und das findet sich auf MAT A AA-9.139 VS-NfD, Blatt 113 bis 114, in einem E-Mail-Thread, in dem Sie auch zitiert sind: Er

„... warnte heute davor, die Kriterien im OK-Verfahren aufzuweichen:

Die Abgeordneten verstehen nicht, welche Sogwirkung sie damit in AFG auslösen ...

Es ist - um es freundlich zu sagen - uninformiert von den Abgeordneten, zu vermuten, dass Familienmitglieder von Afghaninnen /& Afghanen, die mittelbar oder unmittelbar für die Bundeswehr gearbeitet haben, automatisch gegen die Taliban sind ... Von einer pauschalen Aufnahme ohne Prüfung sollten wir daher absehen.“

Also, es gab dann durchaus auch im Auswärtigen Amt eben die Skepsis, welches Signal von einer schnellen Aufnahme ausgeht, und deswegen sozusagen noch mal die Frage, ob Ihnen diese Haltung der Politischen Abteilungen - und da gehört 2 ja auch dazu - bekannt war.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, es sind zwei Paar Schuhe. Das eine ist die Frage: Wie kann ich im Bedarfsfall Prozesse haben, die schnelle Aufnahmeverfahren erlauben? Das andere ist die Frage: Ab wann fange ich aktiv an, ehemalige Lokalbeschäftigte aus dem Land zu bringen oder das anzubieten, und welchen Dominoeffekt löse ich damit aus? Und das war eine schwierige Abwägung.

Da waren wir in der Tat als Haus ebenso wie das BMZ der Auffassung, dass man aufpassen muss, dass man nicht eine Dynamik in Gang setzt, die so einen „rush to the exit“ befördert. Das war sozusagen das, was die für die Regionalpolitik zuständige Abteilung immer sehr stark vertreten hat, was auch das BMZ so gesehen hat.

Wir wollten mit EZ zum Beispiel in Afghanistan aktiv bleiben, und die Sorge war, wenn die Lokalbeschäftigten, ohne die wir das nicht machen können, das Land verlassen, dann bricht es alles zusammen. Wir als AA hatten ja nur sehr wenige Lokalbeschäftigte. Es ging vor allen Dingen um die Frage der ganzen Mitarbeiter, die im entwicklungspolitischen Bereich tätig waren. Und die afghanische Regierung selber hat uns ja auch ständig gebeten, das nicht zu tun und ihnen sozusagen nicht - - nicht dafür zu sorgen, dass ihnen die Leute wegrennen.

Das war eine schwierige Abwägung: Wann ist der Punkt gekommen, wo man dann sagen muss: „Darauf können wir jetzt keine Rücksicht mehr nehmen; jetzt geht das Wohl und Leben der Ortskräfte vor“? Und das war eine Diskussion, die in der Tat intensiv geführt wurde und wo unser Haus lange der Auffassung war, dass wir damit die Erosion noch beschleunigen.

Das ist aber zu trennen von der Frage: Haben wir Verfahren, die es dann im Ernstfall erlauben, schnell vorzugehen? Und da war das AA lange und viele Monate der Auffassung, wir brauchen diese Verfahren, denn nur so wird da ja ein Gesamtansatz draus. Und das war eben - - war lange nicht durchzusetzen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay, danke. Sie sind sozusagen in diesem E-Mail-Verlauf zitiert mit eben, dass die Verfahren angesichts der verkürzten Zeitlinien vielleicht anders aufgesetzt werden müssten, sprich: beschleunigt. Das bestätigt sozusagen, was Sie auch gerade dargestellt haben. Und sozusagen diese unterschiedlichen Einschätzungen konnten aber dann innerhalb des AA nicht mehr aufgelöst werden, bis sozusagen eigentlich dann das Wochenende 13. bis 15. eintrat.

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich Wort)

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Na ja, wir haben ja gewisse Dinge - das habe ich ja auch schon paarmal gesagt - auf die Schiene gesetzt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort. - Bitte schön.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Jetzt hat die Zeugin schon begonnen zu antworten. Aber ich fand die letzte Frage doch etwas suggestiv gestellt. Vielleicht kann man das anders formulieren.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Fand dieser Widerspruch noch Auflösung?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Mit den Mitteln, die sozusagen wir zur Verfügung haben, haben wir versucht, kreative Lösungen zu finden.

Wie gesagt, man kann sich mit Fug und Recht drüber streiten: Ist das alles schnell genug gegangen? Aber wir haben dann ja immer wieder reagiert, indem wir zum Beispiel - - Also, was heißt „wir“? Die Kollegen, die das gemacht haben, haben ja versucht, Verfahren vor Ort zu finden, wie man schneller vorgehen kann, indem man eben diese Gefährdungsannahmen und auch Bearbeitungen dann in Masar gemacht hat. Dann ging das über IOM.

Mit Blick auf Charter und ähnliche Dinge waren die Kollegen lange sehr skeptisch. Wir haben ganz am Ende dann ja eine Entscheidung gehabt - da war ich aber im Urlaub; das kann ich auch nicht aus eigener Erkenntnis schildern -, noch Charterflüge zu versuchen. Aber das ist dann von den Ereignissen überrollt worden.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Keine weiteren Fragen von unserer Seite.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt das Fragerecht zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Liebe Frau Bellmann, Sie waren ja in einer Vielzahl von Verteidigungsausschusssitzungen die ranghöchste Vertreterin des AAs. Das BMVg hat quasi Federführung an dem Ort, ist also ein bisschen die Hausmacht, wenn ich das mal so sagen darf.

Können Sie mir kurz erklären, zu welchen Informationsteilen im Bereich Afghanistan-Dossier Sie jetzt persönlich die Unterrichtungen des BMVg ergänzt haben? Also, was war der spezifische Anteil vom AA bei diesen Unterrichtungen im Ausschuss?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich habe in der Regel die Nachfragen der Abgeordneten beantwortet in der Praxis. Also, die Zuständigkeit des AA in diesem Ausschuss wäre dann eben eher, die länderpolitischen Fragen zu beantworten oder aber zum Beispiel auch zur NATO-Seite oder so Stellung zu nehmen.

In der Regel hat das BMVg aktiv für die Bundesregierung vorgetragen, wenn es einen Bericht der Bundesregierung gab, und dann gab es eine Fragerunde der Abgeordneten, die wir dann beantwortet haben, und dann habe ich halt die Fragen beantwortet, die außenpolitischer Natur waren.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gibt es auch - - Im Untersuchungszeitraum, gab es da auch Momente, wo Sie gesagt haben: „Na ja, wir tagen VS-NfD - - oder nee: Wir tagen nichtöffentlich als Verteidigungsausschuss, gar nicht eingestuft. Wenn ich dazu jetzt ausführlich und vollständig antworte, dann kann das an die Presse gegeben werden, und das könnte unsere diplomatischen Beziehungen mit den USA verschlechtern oder Ähnliches“? Also, inwiefern -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, Frau Kollegin. Noch suggestiver kann man es nicht machen. Sondern Sie müssten es bitte offen fragen und nicht mit Ihrer These.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber wie soll ich denn offen fragen, wenn es sozusagen dafür keinen Hinweis im Dokument gibt?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie legen sozusagen eine komplette Argumentationskette - - unterlegen das der Zeugin, das mit Ja oder Nein zu beantworten. Das funktioniert nicht. Sie müssten schon offener fragen, bitte. Wir haben das bei allen anderen auch moniert.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es in Bezug auf das Afghanistan-Dossier im Untersuchungszeitraum - - Gab es da Situationen, wo Sie bestimmte Antworten nicht gegeben haben, um zu verhindern, dass Informationen in den öffentlichen Raum gelangen, die staatspolitische Interessen der Bundesrepublik berühren? - Na ja, das ist das Gleiche wie hier.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, ich würde zum Beispiel in einem normalen Ausschuss nicht auf Einzelheiten eines Ministergesprächs im Detail eingehen, sondern ich würde einzelne Aspekte vielleicht generisch schildern, aber sicherlich nicht ein Wortprotokoll eines Ministergesprächs abliefern.

Ich kann mich aber nicht erinnern, dass es Situationen gab, wo der Ausschuss das Gefühl hatte, sie sind nicht hinreichend informiert oder sie müssen in eine geheime Sitzung gehen, um eben weiterreichende Informationen zu erlangen. Also, an so eine Situation kann ich mich nicht erinnern. Also, wir hätten ja jederzeit - -

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Herausforderung als Parlamentarierin ist ja: Wenn ich nicht weiß, dass ich etwas wissen können wollte, weil ich ja nicht weiß, dass es diesen Wissensbestand gibt, dann kann ich ja auch nicht danach fragen.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, der Ausschuss war zu anderen Themen in der Lage, unter Geheim zu gehen. Also, wenn Sie Rüstungsbeschaffung und ähnliche Dinge diskutieren, geht das routinemäßig unter Geheim. Wie gesagt, wir hatten einmal zur NATO-Politik, kann ich mich erinnern, eine solche Sitzung. Insofern hätte die Möglichkeit bestanden, das zu tun, und ich habe nicht wahrgenommen, dass es das Bedürfnis dazu gab, aber - -

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie von sich aus angeregt, so wie wir es auch hier im Untersuchungsausschuss dann praktizieren: „Ich kann Ihnen jetzt keine Antwort geben auf die Frage, liebe Frau Abgeordnete. Aber wenn wir dazu noch mal Geheim tagen, könnte ich Ihnen eine Antwort darauf geben“? Also, um

sichtbar zu machen: Wo gibt es keine Antwort, weil die Geheimhaltungsstufe das nicht hergibt? Und wo gibt es keine Antwort, weil es einfach keine Antwort gibt, oder nur eine kurze Antwort?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich habe, ehrlich gesagt, keine Erinnerung, ob das in diesen - - „Lage in den Einsatzgebieten“ konkret so eine Situation gab. Ich habe bestimmt schon im Verteidigungsausschuss gesagt, zu NATO-Dokumenten oder Ähnliches, wenn das zur Sprache kam, dass man - - dass ich darüber nix in dieser Sitzung sagen kann.

Ich habe mehrfach angeboten, dass Herr Potzel auch gern persönlich kommt, um den Abgeordneten Rede und Antwort zu stellen. Das wurde aber auch nicht nachgefragt.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde mit einem konkreten Vorhalt weitermachen, und zwar ein Kurzprotokoll von der 71. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 18. November 2020, also noch relativ früh. Das ist MAT A BT-Präs-2.09 VS-NfD, Blatt 16 bis 17. Da werden Sie wie folgt wiedergegeben - ich zitiere, ein bisschen aus dem Kontext heraus, zugegeben -:

„Komme es aber ohne einen nachhaltigen politischen Prozess, aufbauend auf einem Waffenstillstand, zu einem Komplettabzug der Truppen, müsse man als das wahrscheinlichste Szenario annehmen, dass es zu einer Wiederherstellung des Emirats käme.“

Können Sie sich dran erinnern, ob es Rückfragen von Abgeordneten gab zu dem Ausdruck „Wiederherstellung des Emirats“?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich kann mich nicht erinnern, aber das können Sie den Sitzungsprotokollen ja sicher entnehmen, die Teil der Aktenlage sein müssen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben bestimmt in Ihrer Vorbereitung erfahren, dass Grundlage für unseren Abschlussbericht die Protokolle unserer Vernehmungen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sind. Das heißt, ich frage Sie schon die ganze Zeit Sachen, die ich schon weiß, damit wir die hier gemeinsam auch erörtert haben.

Also, können Sie sich dran erinnern, ob es dazu Rückfragen gibt?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich kann mich nicht an konkrete Sitzungsdetails aus der Zeit erinnern. Das kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen, ob ich dazu Rückfragen bekommen habe.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich würde noch mal weitermachen mit einem anderen Zeitpunkt, und zwar den 13.07. Da fand eine Obleuteunterrichtung des Verteidigungsausschusses zu Afghanistan und Mali statt. BMVg war vertreten durch Parlamentarischen Staatssekretär Silberhorn, Staatssekretär Zimmer und Generalinspekteur Zorn. Vom Auswärtigen Amt waren unter anderem Sie da.

Können Sie noch mal ausführen, entlang welcher inhaltlichen Linien dazu von Ihnen aufgeführt wurde am 13.07.21?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Dazu müsste ich wissen, wer für das AA diese Unterrichtung gemacht hat.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Und wenn Sie dazu einen Vermerk haben, würde mir das helfen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, können wir gerne vorbeibringen.

(Zuruf: Könnten Sie die MAT-Nummer nennen?)

- Ach so. Hatte ich nicht? - MAT A AA-9.105 VS-NfD, Blatt 79.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt. - Sie liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Würden Sie Ihre Frage bitte wiederholen?

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ob Sie noch mal ausführen können, anhand welcher inhaltlichen Linien Sie in der Obleuterunde unterrichtet haben. Das ist ja nur ein Vermerk, in dem sehr kondensiert da ein Punkt zu gemacht wird.

(Die Zeugin liest in den vorgelegten Unterlagen)

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Also, wenn ich das richtig nachvollziehe, habe ich unter anderem mich dazu geäußert: zum Stand der Visaanträge und erteilten Visa und außerdem zu einer sich verschlechternden Sicherheitslage, die, wie auch eben schon ausgeführt, darauf abzielte, dass die Taliban die großen Provinzstädte einnehmen und umzingeln und dass es überraschend ist, auch für die US-Seite, wie schnell die Taliban im Norden vorangekommen sind.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie sich erinnern, ob das in der Obleuteunterrichtung zum Anlass genommen wurde, die Einschätzung der nächsten Wochen sozusagen noch mal zu hinterfragen? Das war ja schon ein Moment der Überraschung, sage ich mal. Das Emirat 2.0 hatten Sie einige Zeit vorher angesprochen im Ausschuss. Hat das irgendjemand aus dem parlamentarischen Raum verknüpft?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich habe, wie Sie vielleicht verstehen können, keine persönliche Erinnerung an alle Details dieser Obleuteunterrichtung. Ausweislich des mir vorliegenden Dokuments kann ich keine Nachfragen erkennen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann hätte ich noch eine Frage zur Rolle des Kanzler/-innenamts. Sie haben ja gesagt, Sie hatten eine unterstützende Rolle im Sicherheitspolitischen Jour fixe. Dann hatten Sie ja wahrscheinlich auch ein bisschen Zeit, zu beobachten, wie sich alle sozusagen da aufstellen. Und deswegen wäre meine Frage, inwiefern das Kanzleramt Ihrer Wahrnehmung nach dort aktiv aufgetreten ist und welche Rolle es eingenommen hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Diese Staatssekretärsrunden sind eine sehr sozusagen gleichberechtigte Diskussion. Das Kanzleramt hat, wie andere Häuser, sich an diesen Diskussionen beteiligt, hatte insgesamt den gleichen Ansatz wie wir, zu versuchen, zu einer verantwortlichen Beendigung des Afghanistan-Einsatzes zu kommen, und hat sich ja auch auf seinen Kanälen durch Telefonate der Kanzlerin, aber auch Telefonate oder Austausche auf Ebene des außen- und sicherheitspolitischen Beraters - - in diesem Sinne den gemeinsamen Ansatz unterstützt.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Keine weiteren Fragen mehr. Danke schön. - Du willst noch, ja? Ich habe noch, glaube ich, eine Minute. - Dann Herr Limburger.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Eine Frage wollte ich - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die haben Sie noch.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Noch mal anknüpfend an die Unterrichtspraxis der Ausschüsse, was Kollegin Nanni vorhin gefragt hatte, nur mal abstrakt jetzt gefragt, unabhängig von einer konkreten Situation: Wie war das Vorgehen der Bundesregierung, also Ihr Vorgehen und das Ihrer Kolleginnen und Kollegen, in Fällen, in denen im Verteidigungsausschuss eine Frage gestellt wurde, die Sie in nicht eingestufte Sitzung nicht beantworten können? Abstrakt das Vorgehen. Gab es dann eine Teilantwort und den Verweis auf eingestufte Sitzung oder nur eine Teilantwort oder was auch immer? Was wurde dann - - Wie ist dann vorgegangen worden?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich kann mich konkret an keine Situation erinnern, wo das in diesem Kontext so war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie haben das schon zwei- oder dreimal genau so gesagt. Insofern, glaube ich, macht das nicht Sinn, das ein drittes Mal zu fragen. - Gut. Wechsel zur AfD.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Verehrte Frau Bellmann, Sie erhielten laut MAT A AA-4.51 VS-NfD, Blatt 213 am 14. August 2021 um 16.16 Uhr Washingtoner Zeit eine E-Mail von C■■■■ N■■■■ aus der deutschen Botschaft in Washington, in der er Ihnen den Wortlaut des Pressestatements Präsident Bidens vom selben Tag zukommen ließ. In diesem äußerte sich Biden pointiert zu den laufenden Anstrengungen der US-amerikanischen Afghanistan-Politik. Biden sagte wörtlich - ich zitiere -:

„... I have directed the Secretary of State to support President Ghani and other Afghan leaders as they seek to prevent further bloodshed and pursue a political settlement.“

Zitat Ende. - Können Sie uns bitte mitteilen, welche Kenntnisse Sie auch im Nachhinein über die Ergebnisse dieser am 14.08.2021 angekündigten Bemühungen der USA, mit verschiedenen afghanischen Akteuren eine politische Lösung zu finden, hatten und inwiefern die Taliban Teil dieser von Biden angestrebten politischen Lösung gewesen sind?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich war, Herr Abgeordneter, zum fraglichen Zeitpunkt im Urlaub. Insofern stehe ich wohl auf dem Mailverteiler, war aber gar nicht im Dienst zu dem Zeitpunkt.

Ich habe keine vertieften Kenntnisse über diese Versuche, außer dass man aus der sozusagen Nachbereitung, auch öffentlichen Nachbereitung, weiß, dass es Versuche gab, hier noch eine Regelung zu finden für eine Übergangsregierung oder irgendeine Transition der Macht hin zu den Taliban, um zu verhindern, dass es eben zu Kämpfen kommt und zu weiterem Blutvergießen kommt. Aber was im Detail da wer mit wem besprochen hat, dazu habe ich keine Kenntnisse.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Bellmann, Sie haben am 22. September 2021 eine E-Mail des Sonderbeauftragten der deutschen Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Jasper Wieck, erhalten, der darin über sein Gespräch mit Herrn Khalilzad - - Das ist der Sonderbeauftragte der USA für Afghanistan und Pakistan; der handelte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch das Doha-Abkommen aus. Er gab Auskunft. Wieck gab Khalilzad unter anderem folgendermaßen wieder - ich zitiere -:

„Rückblickend und von K.“

- Khalilzad -

„als persönliche Meinung kenntlich gemacht: Bedauern über Entscheidung zur Evakuierung der US-Botschaft bzw. Verlegung an Flughafen Mitte August. Sei damals getroffen worden auf Grundlage Berichterstattung US-█, derzufolge gewaltsame Übernahme des Compound durch Taliban unmittelbar bevorstehe. Aus heutiger Sicht überzogene Panik.“

Der Regionalbeauftragte Afghanistan des BND hat in diesem Zusammenhang vor diesem Ausschuss Folgendes ausgesagt - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Woraus zitieren Sie?

(Abg. Joachim Wundrak (AfD) berät sich mit einem Fraktionsmitarbeiter)

Die herzliche Bitte, die MAT-Nummer immer am Anfang zu nennen. Sonst kann man Ihnen zwei Minuten zuhören, ohne zu wissen, wo Sie sind.

**Joachim Wundrak (AfD):** MAT A AA-9.122 VS-NfD, Blatt 130.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn wir uns noch ein bisschen konzentrieren, dann ist das auch nach Stunden für alle Beteiligten einfacher. Ich bemühe mich darum auch.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ich verstehe den Hinweis, Herr Vorsitzender. - Der Regionalbeauftragte Afghanistan des BND hat in diesem Zusammenhang vor diesem Ausschuss Folgendes ausgesagt - Zitat -:

„Im Nachhinein würde ich sagen, die Botschaften hätten bleiben können.“

Frau Bellmann, haben Sie nach dem Fall von Kabul weitere Informationen erhalten, die die Darstellung von Herrn Khalilzad deckten, nach der die US-Administration aus Panik vor einer gewaltsamen Übernahme der US-Botschaft durch die Taliban ihre Botschaft schlossen und an den Flughafen verlegten und damit einen Dominoeffekt, wie zum Beispiel die Flucht Präsident Ghanis, auslösten?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** War die vom Regionalbeauftragten des BND geäußerte Auffassung, nach der die Botschaften Mitte August 2021 nicht hätten aufgegeben werden müssen, am Ende des Untersuchungszeitraums auch die Auffassung des AA?

(VLR Andreas Gloßner (AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Gloßner.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also, ich würde das wieder als eine in Frageform eingekleidete Stellungnahme sehen, wo nur eine reine Bestätigung zu erbeten wird, und eigentlich als nicht zulässige Frage so sehen und drum bitten - -

**Joachim Wundrak (AfD):** Da kann ich fragen: Frau Bellmann, auch im Nachhinein, also am Ende des Untersuchungszeitraums, wie war Ihre Wahrnehmung dieser vom BND geäußerten Auffassung und Ihre Bewertung?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Diese Äußerung ist vom BND mir gegenüber nicht getätigt worden, und insofern habe ich auch keine Wahrnehmung dazu gehabt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Bellmann, am 24. August 2021, also während der laufenden Evakuierungsmission, fertigten die Mitarbeiter des Referates 107, Becker und Fierley, ein als VS-NfD eingestuftes Papier an, das den Titel „Sicherheit und Geheimschutz der Botschaft Kabul nach der Evakuierung“ trug. In diesem Papier ist unter



## Nur zur dienstlichen Verwendung

MAT A AA-9.52 VS-NfD, Blatt 287, unter anderem folgender Passus zu lesen - ich zitiere -:

„Im Zuge der Räumung des Compounds wurden ... Personalakten von LBs“

- das heißt Lokalbeschäftigten, also Ortskräften -

„und 150 000 USD zurückgelassen. Weiterer Verbleib noch ungeklärt.“

Zitat Ende. - Deckt sich diese Information, nach der die Personalakten von Ortskräften während des am 15.08.2021 fluchtartigen Verlassens der deutschen Botschaft auf dem Botschaftsgelände zurückgelassen worden sind, mit Ihren eigenen Erkenntnissen, und, wenn ja, ist Ihnen bekannt, ob der weitere Verbleib der Ortskräftepersonalakten noch später aufgeklärt werden konnte?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich habe zu diesen Fragen keine eigenen Erkenntnisse, weil die nicht in meinem Zuständigkeitsbereich lagen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Bellmann, am 24. August 2021, also während der laufenden Evakuierungsmission, fertigten die Mitarbeiter des Referates 107, Becker und Fierley, ein als VS-NfD eingestuftes Papier an - und ich habe das ja eben schon vorgelesen -: „Sicherheit und Geheimschutz der Botschaft in Kabul nach der Evakuierung“. Aus diesem geht hervor, dass das AA über eine intakt gebliebene Videoüberwachungsanlage feststellen konnte, dass es nach der Eroberung Kabuls auf dem Gelände der deutschen Botschaft in Kabul geordnete Verhältnisse gab.

Vor Ort gebliebene Ortskräfte der deutschen Botschaft sorgten für die weitere Funktionsfähigkeit der Anlage, standen in Verbindung mit dem Referat 111 des Auswärtigen Amtes und hielten außerdem Kontakt zu den Taliban, ohne von diesen am Zugang zur Botschaft gehindert zu werden. Die Fundstelle ist MAT A AA-9.52 VS-NfD, Blatt 287.

Decken sich diese Angaben mit Ihren eigenen Erkenntnissen, und, wenn ja, können Sie bestätigen, dass Markus Potzel bereits am 19. August 2021 mit den Taliban in Doha abgestimmt hatte, dass die in Kabul verbliebenen Ortskräfte sich mit der Taliban-Spezialeinheit 313 ins Benehmen setzen sollten, wie es dann auch aus MAT A AA-9.83 VS-NfD, Blatt 32, hervorgeht?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Herr Abgeordneter, es tut mir leid, aber ich fürchte, auch dazu habe ich keine eigenen Erkenntnisse, weil das alles Fragen sind, die nicht in meiner Zuständigkeit lagen, und wir zu dem Zeitpunkt mit dem Afghanistan-Dossier eigentlich nur noch auf den NATO-Strängen zu tun hatten; denn die Bundeswehr war ja abgezogen, und es ging nur noch drum: Gibt es eine NATO-Rolle post Abzug? Insofern bitte ich um Verständnis, dass ich zu diesen Vorgängen aus meiner Zuständigkeit und meinem Erleben nichts sagen kann.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Damit sind wir am Ende der Befragung durch den Kollegen der AfD, und den krönenden Abschluss macht immer die FDP, also Frau Kollegin Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Bellmann, ich möchte gerne auf die Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 7. September 2021 eingehen; MAT A BT-Präs-2.22 VS-NfD, Blatt 27. In dieser Sitzung des Verteidigungsausschusses wurde über die Ursache dafür gesprochen, dass die Afghanistan-Ressorts den Fall Kabuls so nicht haben kommen sehen. In diesem Zusammenhang wurden Sie anlässlich von Presseberichten auch auf die sogenannte Haber-DKOR angesprochen. Da diese DKOR als Vertraulich eingestuft ist, werden wir auf den konkreten Inhalt in diesem Format hier natürlich nicht eingehen.

Gemäß Protokoll der Sitzung des Verteidigungsausschusses erläuterten Sie dazu, dass der fragliche Bericht als ein Element von vielen in die Lagebewertung eingeflossen sei und das Bild einer sich verschlechternden Lage auch bestätigt habe. Es sei darin aber nicht angelegt gewesen, dass die Schritte, die man dann gesehen habe, konkret vor der Einleitung gestanden hätten. Das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

möchte ich gern einfach mal nur so stehen lassen.

Ich möchte dann aber noch auf die Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 25. August 2021 eingehen. Das ist MAT A BT-Präs-2.21 VS-NfD, Blatt 25. Da hat Generalinspekteur Zorn erklärt, wie die DKOR in seinem Haus verarbeitet worden sei. Demnach sei die DKOR am Freitag, den 6. August 2021, eingegangen, am 7. August in den verschiedenen Ressorts dann eingegangen. Am 9. August sei das Ganze bewertet und an die zuständigen Fachreferate in den unterschiedlichen Häusern weitergeleitet worden. Am 10. August 2021 habe es dazu eine Besprechung durch seinen Stellvertreter gegeben, da er selbst im Urlaub gewesen sei. Am 11. August 2021 sei das Ganze in einen Vermerk zusammengeführt worden, der am 12. August 2021 vorgelegt worden sei.

Können Sie sich erinnern, wann die DKOR Ihnen oder Ihrem Stellvertreter oder Ihrer Stellvertreterin vorgelegen hat? Und dann noch die Frage: Können Sie den Weg beschreiben, auf dem die fragliche DKOR in Ihrem Haus den Empfängerkreis erreicht hat und wie da der Weg ist? - Das wären meine zwei Fragen.

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Aus eigener Erkenntnis muss ich passen, weil ich zu der Zeit im Urlaub war. Ich kann Ihnen sagen, wie ich - - sozusagen wie das bei mir gelaufen ist, weil, wenn solche eingestufteten Sachen kommen, die dann ja nicht auf der normalen Dienstmail verteilt werden, die man vielleicht auch im Urlaub anguckt, sondern eben nur per Hand in Papierform, dann kann man das natürlich erst nach Rückkehr aus dem Urlaub einsehen, und dann haben Sie klassischerweise eben die Vorgänge dieser Art, die in Ihrer Abwesenheit eingetroffen sind.

Ich kann Ihnen nicht mehr den Tag genau sagen, wann ich den gelesen habe, aber halt irgendwann nach dem 18. August. Und insofern weiß ich auch nicht, wie der konkret an den Tagen bei uns wie verarbeitet wurde. Der normale Weg ist, dass alle Leitungsreferate automatisch derartige Be-

richterstattungen bekommen sowie das federführende Referat und dann entsprechend der Verteiler.

Ich kann Ihnen aus eigenem Erleben nicht sagen, wie das diskutiert worden ist. Ich weiß, dass ich mich im Nachhinein, weil ich den Bericht bemerkenswert fand, noch mal schlaugemacht habe, und mir wurde versichert, dass - - Das war aber schon alles im Nachhinein. Also, da lief die Evaluierung schon, und wir wussten sozusagen im Nachhinein, dass die Dinge noch viel dramatischer gelaufen sind, als sie selbst in diesem DKOR dargestellt wurden. Ich fand den bemerkenswert, eigentlich vor allen Dingen aufgrund der Divergenzen im System, im amerikanischen, die da auftauchten.

Aber ich habe mich für die Ausschüsse auch noch mal schlaugemacht, ob sozusagen die Verfahren, die da ja, ich sage jetzt nicht, wie, aber angesprochen sind - - und mir noch mal schildern lassen, dass das bei uns seit Monaten alles sozusagen in der Planung war und auch vorgehalten wurde und auch immer wieder durchgesprochen wurde, sodass ich dann guten Gewissens diese Aussage im Ausschuss machen konnte, wie ich sie getätigt habe.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank. - Dann möchte ich Sie gerne abschließend von meiner Seite noch fragen: Was war denn am Ende des Berichtszeitraums Ihre persönliche Lesson learned?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, es gibt ganz viele. Wir haben sozusagen unmittelbar noch im Untersuchungszeitraum, noch im September, angefangen, uns im Haus aus der Beamtenschaft heraus hinzusetzen und zu sagen: Was heißt das eigentlich für uns? Was heißt das, wie wir künftig Auslandseinsätze machen? Was heißt das für den Anspruch, ziviles und militärisches Engagement in Übereinklang zu bringen? Und wie werde ich eigentlich Herr des Dilemmas, dass wir von Auslandseinsätzen Dinge erwarten, die Militär nicht leisten kann? Und gleichzeitig: Wie kommt man dann aus dem Dilemma des Mission Creep raus, wenn man den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Anspruch zu Recht hat, eben umfassend engagiert zu sein? Also, wie kann man diese schwierigen Dilemmata, die sich in der einen oder anderen Form in vielen dieser Einsätze stellen, eigentlich auflösen? - Und ich glaube, das Gefühl in der Beamtenschaft war schon sehr stark so, dass das ein Wake-up-Call ist und dass man ernsthaft darüber nachdenken muss, wie man es künftig besser macht.

Das waren sehr informelle Runden. Wir haben da auch nix zu aufgeschrieben, weil es uns drum ging, zu diskutieren und nicht sofort die Schere dessen im Kopf zu haben, was man dann aufschreibt oder nicht. Viel davon ist in die Arbeit geflossen, wie wir seither mit Einsätzen umgehen, wie wir jetzt die Evaluierung angehen. Wir haben als Haus ja das zivile Engagement einer externen Evaluierung überlassen und das aufgeschrieben.

Und dann gibt es für mich ganz viele andere Lektionen: über die Notwendigkeit engster transatlantischer Abstimmung, über die Notwendigkeit, eine Can-do-Haltung zu haben und nicht zu verwalten - ich glaube, im Ukraine-Dossier machen wir das zumindest für unseren Bereich deutlich besser -, die Tatsache, dass die EU in der Lage sein muss, einen Evakuierungseinsatz selber auf die Beine zu stellen, und man nicht abhängig sein darf auf Dauer von amerikanischen Enablern und vieles mehr.

Also, die Lektionen für mich sind auf vielen Ebenen unmittelbar, was Auslandseinsätze und Krisenumgang angeht, aber eben auch darüber hinaus.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Darf ich da vielleicht noch mal nachfragen? Mehr auf einer operativen Ebene, was waren da sozusagen Ihre persönlichen Lessons learned für Ihren Alltag? Haben Sie da noch was, was Sie uns mitgeben wollen?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Ich glaube, all diese Dinge. Also, ich fand selbst die wenige Zeit, die ich hatte, mich jetzt hierauf vorzubereiten, auch noch mal sehr lehrreich, weil einem noch mal

vor Augen kommt, was diese Trump-Jahre eigentlich bedeutet haben und was für ein Ausnahmezustand das war.

Also, für mich ist eine Lehre, dass man eben früher - - Ich finde, eine wichtige Lehre ist, dass man früher auch Worst-Case-Szenarien ernsthaft durchspielen muss und auch sich in der Handlung darauf einstellen muss. Wir haben diese Szenarien durchdacht. Wir waren auch auf Evakuierungsfragen natürlich im Zuge der normalen Sicherheitsvorsorge, wie eine Botschaft wie Kabul das machen muss, vorbereitet. Aber ich glaube, wir sind nicht gut genug gewesen, uns zu zwingen, auch die schlimmste Entwicklung in all ihren Konsequenzen uns vor Augen zu führen und dafür handlungsleitende Antworten zu entwickeln. Und ich glaube, die eine oder andere Entscheidung hätte man, wenn man das intensiver gemacht hätte, vielleicht auch einfach konzertierter früher schaffen müssen.

Ganz viel davon ist in unsere Überlegungen reingegangen, dass wir eine nationale Sicherheitsstrategie brauchen. Die Strukturfragen stellen sich. Wir haben nicht alles davon gelöst, aber - - Also, da gibt es wirklich eine ganze Vielzahl von Lektionen, die für uns drin sind und die bis heute für uns daraus zu lernen sind. Und man lernt mit jeder Krise und jeder neuen Herausforderung ja auch neu.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Dann danke ich Ihnen sehr herzlich.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Dann sind wir am Ende der Befragung angekommen. Ich wollte mich auch bei Ihnen bedanken. Sie haben ja außerordentlich viel Kondition bewiesen und auch am Ende noch sehr präzise formuliert. Das finde ich schon bemerkenswert. Sie haben eine bemerkenswerte Konzentration.

(Abg. Joachim Wundrak (AfD) meldet sich zu Wort)

- Herr Wundrak, was wünschen Sie?

**Joachim Wundrak (AfD):** Haben wir uns schon geeinigt, dass wir aufhören?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Fraktionen haben keinen Redebedarf mehr angemeldet, haben sogar teilweise auf ihre Redezeit verzichtet.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, ich habe nicht irgendwo verzichtet.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann frage ich, ob Sie noch Fragen haben.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wie viele?

**Joachim Wundrak (AfD):** Zwei.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wollen wir die zwei Fragen noch - - Dann machen wir das. Dann können Sie die zwei Fragen noch stellen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Bellmann, Sie erhielten am 31.08.2021 von der Abteilungsleiterin Sigmund ein sogenanntes Debrief zum am Vortag geführten Telefonat zwischen Angela Merkel und [REDACTED]. Hier wurde deutlich, dass sich Angela Merkel dafür aussprach, in Kabul Gesprächskanäle zu den Taliban aufzubauen. Merkel begründete dies damit, dass auf diese Weise - Zitat - Ortskräften und Schutzbedürftigen geholfen werden könnte - das ist MAT A AA-9.46 VS-NfD, Blatt 157 -, und [REDACTED] bezüglich einer künftigen [REDACTED] diplomatischen Präsenz in Kabul vor.

Wie war die Reaktion des Auswärtigen Amtes auf diese Positionierung Merkels? Hat es in dieser Frage Konflikte mit der Kanzlerin oder/und dem Kanzleramt gegeben? Hat es in der Folge weitere Versuche Merkels gegeben, die auf eine Wiederaufnahme der diplomatischen Präsenz in Kabul abzielten? Und haben Sie Kenntnis von anderen Situationen, dass für Bundeskanzlerin Merkel die Ausreise von Afghanen nach Deutschland oberste Priorität hatte?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Die Ausreise von sozusagen berechtigten oder aufnahmeberechtigten Afghaninnen und Afghanen aus Afghanistan hatte für uns alle hohe Priorität. Deswegen gab

es ja auch zahlreiche Stränge, wie wir das selbst nach Ende der Evakuierungsoperation weiter zu Land oder zu Luft versucht haben. Es gab Überlegungen - ich erinnere die nicht im Detail, weil das auch außerhalb meiner Zuständigkeit lag -, ob und wie man wieder präsent sein könnte, und es gab - das habe ich geschildert - internationale Überlegungen, unter welchen Bedingungen man sozusagen Beziehungen zu dieser neuen Regierungsform in Afghanistan haben kann.

Wie das im Detail weitergegangen ist, kann ich Ihnen aus eigenem Erleben nicht sagen, weil das, wie gesagt, außerhalb meiner Zuständigkeit lag. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass wir hier Konflikte zwischen AA oder Kanzleramt gehabt hätten. Aber das wissen die Kollegen aus dem Regionalbereich genauer.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das waren auch eigentlich schon drei Fragen, Herr Wundrak, die Sie gerade gestellt haben.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, aber - - Okay. Ich habe noch einen kleinen Komplex.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie haben nicht von „Komplex“ gesprochen. Sie haben gesagt, Sie haben zwei Fragen. Sie haben jetzt schon drei gestellt. Also, bei aller Liebe! Ein bisschen sollten wir schon noch versuchen, Vereinbarungen einzuhalten. Wir versuchen alle hier, konzentriert zu arbeiten. Aber ich finde - -

**Joachim Wundrak (AfD):** Darf ich die bitte noch stellen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine kurze Schlussfrage lasse ich Ihnen noch.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Bellmann, Markus Potzel sandte Ihnen am 2. September 2021 einen Vermerk zu seinem in Doha geführten Gespräch mit dem Toptaliban [REDACTED] zu. Im Vermerk hieß es wörtlich - ich zitiere aus MAT A AA-9.39 VS-NfD, Blatt 64 -:

„Ich“

- das ist Potzel -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„sagte ihm, dass wir“

- die Deutschen -

„auch weiterhin versuchen würden, dt. StAg, Ortskräfte, schutzbedürftige Afghanen zu unterstützen, aus dem Land zu kommen - auch auf dem Landweg. Dafür bräuchten wir auch weiterhin die Unterstützung der TLB.“

Können Sie uns bitte sagen, was genau Herr Potzel mit der bereits erfolgten Unterstützung der Taliban bei der Ausreise von Afghanen aus Afghanistan meinte? Wo hatten die Taliban die Bundesregierung in ihren Bemühungen bereits unterstützt?

**Zeugin Tjorven Bellmann:** Auch da bitte ich um Verständnis, dass ich die Details dieser Fragen nicht kenne, weil die außerhalb meines Zuständigkeitsbereichs lagen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Im Übrigen hören wir den Zeugen Potzel noch, und insofern haben Sie dann beste Gelegenheit, ihn danach zu fragen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Frau Bellmann.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann erneuere ich meinen Dank, wiederhole das jetzt nicht nochmal, aber bedanke mich, dass Sie so lange da waren.

Sie wissen, dass Sie das Protokoll zugesandt bekommen und dann 14 Tage Zeit haben, gegebenenfalls Protokollfehler oder Darstellungen zu korrigieren. Erst dann stellt der Ausschuss förmlich fest, dass die Befragung beendet ist. Ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ich unterbreche die Sitzung bis 20.20 Uhr, und dann setzen wir das mit der nächsten Zeugin fort.

(Unterbrechung von  
19.55 bis 20.19 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung der Zeugin Dr. Eva Högl

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, nun begrüße ich unsere dritte Zeugin, die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Frau Dr. Eva Högl, die bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 10. Oktober bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Wie Sie wissen, bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen und jede Zeugin vor, und so halten wir es dann auch bei Ihnen.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die

ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Nein, ich habe alles verstanden. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und laut und deutlich sprechen, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich hier jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und der Ausschuss entscheidet darüber.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann komme ich zum Ablauf der Vernehmung. Eingang werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder falls Sie darauf verzichten, wer-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Ich nehme an, zum Ablauf haben Sie auch keine Fragen.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Nein. Und ich würde gleich gerne von meinem Recht oder dem freundlichen Angebot Gebrauch machen, zu Beginn im Zusammenhang kurz vorzutragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann darf ich Sie nun zunächst aber erst mal bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Mein Name ist Dr. Eva Högl. Ich bin geboren am 6. Januar 1969. Das heißt, ich bin 54 Jahre alt. Ich wohne [REDACTED] in der [REDACTED]. Und mein Beruf ist Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, jedenfalls das Amt, das ich gegenwärtig ausübe. Ich bin Juristin.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen herzlichen Dank. - Bevor Sie jetzt gleich Ihr Eingangsstatement machen, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass, wenn Ihnen nachher Vorhalte aus Akten gemacht werden, Ihnen der Fragesteller oder die Fragestellerin auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegt.

Den Kolleginnen und Kollegen sage ich dann noch mal, damit wir gut durch den Abend kommen: Am besten ist es, die MAT-Nummer zu Beginn zu nennen und nicht von mir aufgefordert werden zu müssen. Das kürzt die Dinge ab, und alle anderen können besser folgen.

So weit, so gut. Dann haben Sie jetzt das Wort.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Einen schönen guten Abend! Ganz herzlichen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Stegner, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für die Gelegenheit,

einige einführende Worte zu sprechen, danke ich.

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses und der Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ durch den Deutschen Bundestag begrüße ich ganz ausdrücklich. Die Diskussionen in beiden Gremien verfolge ich aufmerksam. Die Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes durch zwei parlamentarische Gremien ist nicht nur für die Bundeswehr und unsere Soldatinnen und Soldaten wichtig, sondern sie ist auch und gerade deshalb richtig, weil die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist.

Am 29. Juni 2021 verließen wie zuvor schon andere Verbündete im Zuge des zwischen den USA und den Taliban im Abkommen von Doha vereinbarten Truppenabzugs die letzten deutschen Soldatinnen und Soldaten Afghanistan. Ein fast 20-jähriger Einsatz der Bundeswehr fand damit sein Ende. Dieser Einsatz in Afghanistan hat die Bundeswehr wie kein anderer geprägt und verändert. Er forderte die Soldatinnen und Soldaten wie auch ihr Material und Gerät in einer bis dahin nicht gekannten Weise.

Alle am Hindukusch eingesetzten Kräfte können stolz auf das dort Geleistete sein. Jede und jeder Einzelne hat zur Stabilisierung des Landes beigetragen. In zahllosen Fällen haben die Soldatinnen und Soldaten vor Ort ganz konkrete Hilfe geleistet und es schließlich ermöglicht, dass die Menschen in Afghanistan immerhin zwei Jahrzehnte in relativem Frieden leben konnten. Das bleibt, und den Soldatinnen und Soldaten gebührt für das, was sie geleistet haben, unser größter Respekt und unser Dank.

Als die letzten 264 deutschen Soldatinnen und Soldaten am 30. Juni 2021 wohlbehalten aus Afghanistan zurückkehrten, wurden sie bei ihrer Ankunft in Wunstorf durch den Befehlshaber des Einsatzführungskommandos empfangen. Politisch Verantwortliche nahmen nicht an dem Empfang teil, weder Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung noch des Deutschen Bundestages. Das war im Nachhinein betrachtet ein Fehler. Auch wenn das Datum der Rückkehr aus



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sicherheitsgründen erst sehr kurzfristig bekannt gegeben wurde, wäre die Anwesenheit einiger Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gesellschaft richtig gewesen.

Bekanntermaßen war Deutschland nach den USA der zweitgrößte Truppensteller in Afghanistan. Zwischen dem 2. Januar 2002 und dem 30. Juni 2021 waren 93 000 Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan in den Einsätzen OEF, ISAF, Resolute Support und in der Beraterereinheit UNAMA engagiert, viele davon mehrfach, was zu den insgesamt mehr als 160 000 Einsatztteilnahmen führt und das veranschaulicht.

59 Bundeswehrsoldaten kamen dabei ums Leben, so viele wie bei keinem anderen Auslandseinsatz. Zahlreiche Soldatinnen und Soldaten wurden an Körper und Seele verletzt und leiden bis heute an den Folgen ihres Einsatzes in Afghanistan. Daran möchte ich eingangs erinnern; denn das dürfen wir niemals vergessen.

Was es heißt, Soldat oder Soldatin zu sein, konnte man auch während der diesjährigen Invictus Games im September in Düsseldorf sehen. An diesen sportlichen Wettkämpfen nehmen Soldatinnen und Soldaten teil, die nicht gesund aus dem Einsatz zurückgekehrt sind. Während meines Besuches dort habe ich gute Gespräche mit den Veteranen geführt. Ihre sportlichen Leistungen in den Wettbewerben haben mich sehr beeindruckt, und wir sollten den Veteranen sehr dankbar sein für das, was sie geleistet haben. Gerade ihretwegen und auch für die Soldatinnen und Soldaten in laufenden oder künftigen Einsätzen ist die Aufarbeitung des Engagements in Afghanistan bedeutsam. Auf die Notwendigkeit einer solchen Evaluierung wurde in den Berichten der Wehrbeauftragten wiederholt hingewiesen.

Nach dem Abzug der internationalen Truppen verschlechterte sich die Sicherheitslage in Afghanistan in einer Geschwindigkeit, mit der wohl kaum jemand gerechnet hat. Als die Taliban schließlich vor der Hauptstadt Kabul standen, wurde eine militärische Evakuierungsoperation notwendig, um deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sowie einheimische Ortskräfte und

ihre Familien und weitere schutzbedürftige Personen in Sicherheit zu bringen.

Am 15. August 2021 entschied der Krisenstab der Bundesregierung, bewaffnete Einsatzkräfte im Rahmen einer Evakuierungsoperation nach Afghanistan zu entsenden. Nachdem die Bundesregierung diese Entscheidung mit Beschluss vom 18. August 2021 bestätigt hatte, stimmte der Deutsche Bundestag der Operation am 25. August 2021 nachträglich zu. Dieses Verfahren ist durch eine Ausnahmeregelung im Parlamentsbeteiligungsgesetz geschützt. Bei Gefahr im Verzug und Einsätzen zur Rettung von Menschen aus besonderen Gefahrenlagen ist ausnahmsweise keine vorherige Zustimmung durch das Parlament notwendig.

Im Zuge der Evakuierungsoperation vom 16. bis 27. August 2021 brachte die Bundeswehr mit insgesamt 37 Flügen 5 347 Menschen außer Landes. Die Luftwaffe setzte dazu zwischenzeitlich bis zu sieben Luftfahrzeuge vom Typ A400M sowie einen Airbus A310 am internationalen Flughafen in Taschkent, Usbekistan, zeitgleich ein, um die Luftbrücke nach Kabul zu gewährleisten. An diesem Einsatz waren 496 deutsche Soldatinnen und Soldaten beteiligt.

Als am 26. August 2021 die Evakuierungsoperation der Bundeswehr beendet wurde, waren in dem letzten Flieger nach Taschkent neben General Arlt, der die Evakuierungsmission vor Ort in Kabul verantwortet hat, auch am Flughafen Kabul eingesetzte deutsche Soldatinnen und Soldaten in der Maschine, unter ihnen Spezialkräfte, Fallschirmjäger, Feldjäger und Sanitäter. Sie hatten diese Evakuierungsmission unter schwierigsten Bedingungen durchgeführt. Das war eine außergewöhnliche Leistung. Die Einsatzkräfte sind dabei weit über ihre Belastungsgrenze hinausgegangen. Die chaotischen Bilder vom Flughafen Kabul sind uns allen noch in Erinnerung.

Auf Einladung der damaligen Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, habe ich die Rückverlegung dieser Kameradinnen und Kameraden begleitet. Wir haben die aus Kabul nach Taschkent zurückgekehrten Soldatinnen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und Soldaten begrüßt und Gespräche geführt. So habe ich eindrücklich die Stimmung unter den Soldatinnen und Soldaten unmittelbar nach Ende der Evakuierungsoperation miterlebt. Die Anstrengungen der vergangenen Tage hatten in ihren Gesichtern deutliche Spuren hinterlassen. Es war ihnen aber auch die Erleichterung darüber anzusehen, den Einsatz wohlbehalten überstanden und erfolgreich abgeschlossen zu haben.

Am Flughafen in Taschkent ist mir eine Situation besonders in Erinnerung geblieben: Kurz bevor die letzte Bundeswehrmaschine an diesem 26. August 2021 vom Flughafen Kabul abheben sollte, ereignete sich am Flughafengelände ein Selbstmordanschlag, bei dem mehr als zehn Menschen getötet und viele verletzt wurden. In dieser kritischen und unübersichtlichen Lage waren zwei Soldaten nicht mit an Bord des letzten A400M der Luftwaffe gekommen. Zum Glück konnte der deutsche A400M in der Version MedEvac die beiden noch in Kabul aufnehmen und nach Taschkent fliegen, wo sie zweieinhalb Stunden später ankamen.

Als wir in Taschkent ankamen und erfuhren, dass alle deutschen Soldatinnen und Soldaten wohlbehalten in Taschkent angekommen waren, waren wir dankbar, froh und sehr erleichtert. Ihren öffentlichen Ausdruck fanden diese immense Freude und Erleichterung in der Umarmung der Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und General Arlt - ein eindrucksvolles Bild, das Ihnen sicherlich bekannt ist. Danach sind wir gemeinsam mit General Arlt und den Soldatinnen und Soldaten von Taschkent nach Wunstorf geflogen, wo die Truppe freudig und würdig empfangen und begrüßt wurde.

Afghanistan habe ich als Einsatzland aus eigener Anschauung im August 2011 erlebt, als ich als Abgeordnete auf Einladung und in Begleitung des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Kossendey dort war. Nach meinem Amtsantritt als Wehrbeauftragte am 25. Mai 2020 hatte ich mir vorgenommen, schnellstmöglich zu einem Truppenbesuch nach Afghanistan zu reisen. Die aufgrund der Covid-19-Pandemie bestehenden Beschränkungen haben dies jedoch nicht zugelassen. Deshalb habe ich im Jahr 2020 generell keine

Truppenbesuche in Einsatzgebieten machen können.

Ich habe mich jedoch im Juli 2020 bei einem Besuch im Einsatzführungskommando in Potsdam über die Lage in den Einsatzgebieten informiert und dabei auch in Videokonferenzen mit den Kontingentführern sprechen können. Auch im Dezember 2020 habe ich in einer Videokonferenz mit dem Kontingent sprechen können und mich über die Lage informiert. Dennoch ist der eigene Eindruck vor Ort und das persönliche Gespräch mit Soldatinnen und Soldaten im Einsatzland durch die beste Unterrichtung, sei es per Mail, per Telefon oder in einer Videokonferenz, nicht zu ersetzen.

Gleichwohl habe ich im Jahr 2021 von einem Besuch des letzten Einsatzkontingents in Afghanistan vor dem Abzug angesichts der damaligen Entwicklung abgesehen. Diese Entscheidung habe ich mir nicht leicht gemacht. Mit General Meyer, dem damaligen Kontingentführer des deutschen Einsatzkontingents, habe ich am 10. Mai 2021 ausführlich über einen möglichen Besuch im Einsatzgebiet und über die Situation vor Ort gesprochen. Vor allem sollte mein Besuch keine zusätzliche Belastung der Truppe sein. Insbesondere wollte ich keinem Soldaten und keiner Soldatin seinen oder ihren Platz in der Maschine wegnehmen, die sie oder ihn wieder nach Hause bringt. Und deswegen bin ich bis heute General Meyer sehr dankbar für seine ehrliche Einschätzung, das gute Gespräch und seinen Rat.

Nach sorgfältiger Abwägung habe ich schließlich entschieden, den Truppenbesuch in Afghanistan nicht durchzuführen. Kenntnisse über die Planung und die Durchführung des Abzuges und der Evakuierungsmission habe ich vor allem durch meine Teilnahme an den Sitzungen des Verteidigungsausschusses sowie die Unterrichtung der Obleute erlangt, sofern ich zu diesen Unterrichtungen eingeladen war.

Eingesetzt habe ich mich in diversen Gesprächen mit der Verteidigungsministerin und den Abgeordneten für eine angemessene Würdigung des Einsatzes in Afghanistan, der herausragenden Leistungen bei der Evakuierungsoperation sowie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

umfassende Maßnahmen der Nachbereitung des Einsatzes. Auch für das Ortskräfteverfahren habe ich mich interessiert und im Rahmen meiner Möglichkeiten für Schutz und Sicherheit der Ortskräfte eingesetzt.

Soweit es in meinem Amt Vorgänge gibt, die Bezug zum Untersuchungsgegenstand des Ausschusses haben, betreffen diese vor allen Dingen die Belange der Ortskräfte, die Präsenz politischer Entscheidungsträger bei der Rückkehr unserer Soldatinnen und Soldaten nach Deutschland sowie im geringeren Umfang Ausrüstung und Material und die Einsatzvor- bzw. -nachbereitung.

Zuschriften von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie von Bürgerinnen und Bürgern, in denen um Hilfe für Ortskräfte gebeten wurde, habe ich, soweit sie konkrete Fälle betrafen, dem Auswärtigen Amt oder dem Petitionsausschuss zugeleitet. Eingaben von Bundeswehrangehörigen bin ich in den übrigen Fällen im Rahmen des üblichen Verfahrens nachgegangen. Die entsprechenden Akten liegen dem Untersuchungsausschuss vor.

Abschließend danke ich an dieser Stelle ausdrücklich allen Soldatinnen und Soldaten, die in den verschiedenen Einsätzen und Missionen ihren Dienst geleistet haben und auch aktuell leisten. Diese Frauen und Männer setzen in den Einsatzgebieten um, was zuvor auf politischer Ebene vereinbart und hier im Deutschen Bundestag beschlossen worden ist. Sie stehen für diese Aufträge ein, unter Umständen mit ihrer körperlichen Unversehrtheit und ihrem Leben.

Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Frau Dr. Högl. Bevor wir zur Befragung kommen, will ich Ihnen ausdrücklich danken für die Würdigung der Soldatinnen und Soldaten. Der Ausschuss ist sich in seiner Arbeit sehr bewusst, dass das, was wir tun, auch deswegen geschieht, weil wir eine Parlamentsarmee haben und das Parlament eine Verantwortung hat, die Dinge aufzuarbeiten. Wir sind eines der wenigen Länder, wo

das ein Untersuchungsausschuss erledigt und nicht nur eine Regierungskommission.

Und was Sie gesagt haben auch über die Soldatinnen und Soldaten, die verletzt worden sind oder ums Leben gekommen sind: Der Ausschuss hat vor Kurzem den Ehrenhain in Schwielowsee besucht, gemeinsam mit Vertretern der Enquete-Kommission, und hat dort in Gesprächen mit den Verantwortlichen in der Einrichtung auch das noch mal deutlich zum Ausdruck gebracht. Und unabhängig von der Kontrollaufgabe, die wir haben, und dem Meinungsstreit von Parteien über dieses und jenes bestand, glaube ich, Einigkeit darin, dass die Leistung der Bundeswehr zu würdigen ist und dass das, was kritisch hier angemerkt wird, eher Fragen sind, die mit politischer Steuerung und anderen Dingen zu tun haben, und dass uns auch sehr bewusst ist, was es bedeutet, wenn man für das Gemeinwesen nicht nur seiner Familie einiges zumutet, sondern ja auch selbst ganz vieles auf sich nimmt im Interesse des Gemeinwohls.

Und deswegen schuldet auch der Deutsche Bundestag dem Respekt, und dass Sie das hier zum Ausdruck gebracht haben als quasi Anwältin der Soldatinnen und Soldaten, will ich noch mal ausdrücklich positiv hervorheben und sagen, dass der Ausschuss - das, glaube ich, darf ich im Namen aller sagen - diese Einschätzung teilt.

(Beifall)

Und nun kommen wir zu den nüchterneren Seiten des Geschäftes, und wir beginnen mit der Befragung. Ich würde heute mit der Befragung selbst beginnen und Sie zunächst mal fragen, Frau Dr. Högl, wie Sie sich auf die heutige Vernehmung vorbereitet haben.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich habe zunächst noch mal die Passagen in meinen Jahresberichten nachgelesen, in denen ich Stellung genommen habe zu dem Einsatz in Afghanistan, in den Jahresberichten 2020, 2021 und, etwas weniger, aber auch noch, 2022. Und ich habe außerdem noch mal durchgeblättert die Protokolle des Verteidigungsausschusses, um mich anhand dieser beiden Unterlagen noch mal in die Lage zu versetzen. Also,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich habe natürlich versucht, mich zu erinnern an die Zeit damals, habe das noch mal Revue passieren lassen und versucht, mich da noch mal reinzuversetzen, wie die Abläufe waren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann würde ich Sie gerne bitten, in der gebotenen Kürze, aber doch noch mal kurz darzulegen, was Ihre Funktionen, Ihre Aufgaben und Ihre Befugnisse als Wehrbeauftragte sind - in welchen Fällen werden Sie tätig, und was ist die Abgrenzung zur Arbeit des Verteidigungsausschusses? -, und insbesondere die Aufgaben und Arbeitsweisen der Wehrbeauftragten im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand kurz darzustellen.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Die Grundlage für das Amt der Wehrbeauftragten ist in Artikel 45b des Grundgesetzes und in dem Wehrbeauftragtengesetz. Wichtig ist, noch einmal hervorzuheben - so steht es auch im Gesetz, und so ist es angelegt -: Ich bin die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages. Das heißt, ich arbeite für den gesamten Deutschen Bundestag, für alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Im Gesetz ist das umschrieben mit „Hilfsorgan“.

Ich unterstütze die Abgeordnete des Deutschen Bundestages bei der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte, der Bundeswehr, und zu diesem Zweck gibt es zwei wesentliche Bestandteile meiner Arbeit. Das ist einerseits das Bearbeiten von Eingaben, etwas ganz Besonderes im Zusammenhang mit diesem Amt. Jeder Soldat, jede Soldatin hat das Recht, mir unmittelbar zu schreiben und einen Sachverhalt vorzutragen, bei dem er oder sie Unterstützung braucht, eine Lösung erwartet, eine Verbesserung erreichen möchte, und diese Eingaben werden im Amt bearbeitet. Ich habe 65 Kolleginnen und Kollegen im Amt der Wehrbeauftragten. Wir sind eine Unterabteilung der Bundestagsverwaltung. - Das ist also der eine Teil.

Und der zweite wesentliche Teil meiner Aufgabe sind die Truppenbesuche. Ich war im vergangenen Jahr auf 70 Truppenbesuchen im In- und Ausland über 100 Tage unterwegs und bei der Truppe, weil - ich habe das ja eben in meinem Eingangsstatement auch schon angedeutet - ein

wesentlicher Bestandteil meiner Arbeit natürlich ist, nicht nur Papier zu bearbeiten und zu telefonieren, sondern vor allen Dingen vor Ort mir ganz konkret im Gespräch mit Abgeordneten [sic!]\* einen Eindruck zu verschaffen.

Ich nehme zur Wahrnehmung meiner Aufgaben an jeder Sitzung des Verteidigungsausschusses teil. Und, auch in den relevanten Plenardebatten, in denen es auch um Verteidigungs-, Sicherheitspolitik geht, bin ich ebenfalls anwesend.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** In welchem Umfang haben Sie sich im Untersuchungszeitraum mit Afghanistan beschäftigt?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich habe natürlich von Anfang an - ich bin seit dem 25. Mai 2020 Wehrbeauftragte - mich mit dem Thema Afghanistan beschäftigt, weil das natürlich neben Mali der wichtigste Auslandseinsatz unserer Soldatinnen und Soldaten war und die Frage ja auch bereits zu diesem Zeitpunkt war: Wie geht es weiter in Afghanistan? Deswegen hat mich das von Anfang an beschäftigt.

Und was ich eben in meinem Eingangsstatement auch zum Ausdruck gebracht habe, ist, dass ich am allerliebsten sofort, als Allererstes, noch am nächsten Tag oder am übernächsten nach Amtsantritt, nach Afghanistan gereist wäre, aber das leider wegen der Pandemie nicht möglich war. Und das hat mich auch, wenn ich das mal so salopp hier in diesem Ausschuss ausdrücken darf, sehr genervt, weil ich nämlich natürlich unmittelbar vor Ort mit den Soldatinnen und Soldaten sprechen wollte. Und ich wusste auch von meinem Besuch 2011 in Afghanistan, wie wichtig es ist, Eindrücke vor Ort aufzunehmen.

Also, das Thema Afghanistan hat mich in meiner Amtszeit vom ersten Tag an beschäftigt, und natürlich stand im Zentrum immer: Wie geht es unseren Soldatinnen und Soldaten? Das ist meine Hauptaufgabe. Haben sie alles, was sie brauchen? Kann der Auftrag ausgeführt werden und erfüllt werden?

Und dann im Weiteren ging es natürlich darum: Wie geht es denn jetzt weiter in Afghanistan?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wann beginnt der Abzug? Was braucht es dafür? Wie sind die politischen Rahmenbedingungen? Das veränderte sich dann ja auch sukzessive. Und ich habe zugesehen, dass ich immer die Informationen bekam, die ich dafür brauchte, um entsprechend tätig zu werden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nun interessiert uns in besonderem Maße die Unterrichtung des Parlaments über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Sie sind ehemalige Kollegin, also können sich in Abgeordnete besser hineinversetzen als andere, sind gleichzeitig Organ dieses Parlaments und haben an Sitzungen teilgenommen. Deswegen ist das die Perspektive in der Fragestellung, die sich sonst an die Regierung auch wendet, die ja die Unterrichtung vorgenommen hat, und die uns in die Lage versetzt, das von der anderen Seite sozusagen mit zu überprüfen. Dem gelten jetzt auch meine nächsten Fragen.

Zunächst mal würde ich Sie gerne fragen: Wurden Sie über relevante Lageentwicklungen in Afghanistan informiert und, wenn ja, durch wen und in welchen zeitlichen Abständen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Meine Informationen habe ich in den Sitzungen des Verteidigungsausschusses bekommen. Es gibt einen regulären Tagesordnungspunkt - damals und auch heute - im Verteidigungsausschuss, der lautet: Lage in den Einsatzgebieten. Und unter diesem Tagesordnungspunkt informiert zunächst die Bundesregierung über die Lage in den Einsatzgebieten, und dann gibt es Fragen der Abgeordneten. Und auch ich habe die Möglichkeit, im Verteidigungsausschuss entweder eine Bemerkung zu machen oder eine Frage zu stellen. Das war die Hauptinformationsquelle.

Und ab und an gibt es auch mal Obleuteunterrichtungen, wenn etwas Besonderes passiert. Ich weiß nicht, ob ich bei jeder dabei war, aber manchmal werde ich dazu eingeladen. Das ist auch jetzt immer noch so. Dann ist diese besondere Form der Unterrichtung der Obleute auch die Möglichkeit für mich gewesen, Informationen zur Lage in Afghanistan zu erhalten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Habe ich das so zu verstehen, dass Sie sagen würden, Sie bekommen die gleichen Informationen wie die Parlamentarier, oder bekommen Sie auch darüber hinausgehende Informationen zu solchen Themen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich würde sagen, ich bekomme die gleichen Informationen wie die Parlamentarier. Und ich mache zwei Bemerkungen dazu.

Möglicherweise haben Parlamentarier noch etwas mehr Informationen, wenn sie zum Beispiel Obleuteunterrichtungen bekommen, an denen ich gegebenenfalls nicht teilnehme. Das kann sein. Das wechselt immer mal.

Andererseits habe ich natürlich auch die Möglichkeit, im direkten Gespräch sowohl mit Soldatinnen und Soldaten als auch mit dem Ministerium vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle eine Information zu bekommen, die vielleicht die Abgeordneten regulär im Ausschuss nicht bekommen oder in der Obleuteunterrichtung, und dann sehe ich es als meine Aufgabe an, je nach Relevanz der Informationen, die ich bekomme - - Wenn ich das Gefühl habe, den Eindruck habe - darum geht es: den Eindruck -, dann informiere ich die Abgeordneten meinerseits über etwas, was ich erfahren habe, oder ein Problem, was aufgetaucht ist, oder eine Information, die für die Abgeordneten wichtig ist. So verstehe ich meine Rolle auch als Unterstützung für die Abgeordneten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Welche Informationen lagen Ihnen zum Doha-Abkommen vor, und welche Auswirkungen hatte der Abschluss dieses Abkommens auf die Bundeswehr in Afghanistan aus Ihrer Sicht?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Zu dem Doha-Abkommen habe ich nur die Informationen bekommen - und auch keine tiefer gehenden -, die im Verteidigungsausschuss dargelegt wurden, im Wesentlichen vom Verteidigungsministerium und vom Auswärtigen Amt. Darüber wurde berichtet, und dann wurde im Ausschuss weniger über die politischen Implikationen diskutiert, sondern dann:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Was bedeutet das für die Bundeswehr ganz konkret?

Es gab ja zum Beispiel danach dann - ich habe das als sehr schwierige Zeit empfunden - eine Unklarheit, wann denn dann tatsächlich der Abzug der Truppen erfolgen sollte. Es gab ja auch ein Hin und Her hinsichtlich des Abzugsdatums und eine Ungewissheit, wann das sein sollte. Und diese ganzen Informationen rund um Doha, die Bewertung der politischen Lage - wie sieht das aus? wann starten die Friedensverhandlungen usw.? -, das habe ich alles im Verteidigungsausschuss erfahren und habe ganz normal wie die Abgeordnet auch an diesen Sitzungen teilgenommen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Sie es noch mal aus Ihrer Sicht sagen würden: Welchen Einfluss oder welche Konsequenzen hatte dieses Abkommen für die Lage der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Es war dann natürlich nach dem Doha-Abkommen klar, dass jetzt sorgfältig der Abzug geplant werden musste. Und wenn ich mich noch mal an diese Zeit erinnere, dann war vor allen Dingen sehr schwierig, abschätzen zu können - - Dann war ja auch die Präsidentschaftswahl in den USA. Man wusste nicht, wie die Biden-Administration dann das sieht, ob sie das, was von Trump und seiner Administration entschieden worden war, so fortsetzt, ob es einen Kurswechsel gibt.

Es gab, wie gesagt, mit dem Termin ein Hin und Her. Erst hieß es: 11. September, 20. Jahrestag. Dann wurde es vorverlegt: 4. Juli. Dann haben wir schon gesagt, die Amerikaner haben eine Neigung zu symbolträchtigen Daten. Und das habe ich als sehr belastend auch empfunden, dass die Planung der Bundeswehr flexibel auf dieses Datum und ein wenig im Ungewissen auch stattfinden musste. Man musste sich auf verschiedene Szenarien vorbereiten.

Und was immer hervorgehoben wurde und sehr wichtig war und ich, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, diese Bewertung auch für richtig empfunden habe, dass gesagt wurde: Wir

machen es alles in Abstimmung mit unseren Partnern. Wir sind gemeinsam rein nach Afghanistan, wir gehen gemeinsam raus. - Das war die Linie, die für die Bundeswehr auch sehr wichtig war bei der Planung der Szenarien.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wann und von wem haben Sie den konkreten Abzugstermin der Bundeswehr erfahren?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Der ist dann, ich meine, im Verteidigungsausschuss irgendwann mal erörtert worden. Aber ich weiß nicht mehr, wann das genau war, wann das Abzugsdatum dann feststanden hat. Das kann ich jetzt nicht mit einem Datum fixieren.

Die Debatte spitzte sich zu im April 2021. Und ich würde mal sagen: so April/Mai. Ich habe ja erzählt, dass ich am 10. Mai mit General Meyer telefoniert habe. Da war schon klar: Wir müssen relativ zügig raus.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Können Sie uns berichten, was die Soldatinnen und Soldaten Ihnen über den geplanten Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gesagt haben, soweit Sie das in Gesprächen oder aus Eingaben oder in anderen Kontexten einordnen können?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Wir hatten dazu keine Eingaben, und die Gespräche, die ich geführt habe, drehten sich um diese von mir eben schon beschriebene Ungewissheit. Aber die Konzentration ging dahin, den Abzug sorgfältig vorzubereiten, verschiedene Szenarien zu entwickeln.

Und es gab ja dann auch die Situation im April, wenn ich mich richtig erinnere, dass die Kräfte noch mal verstärkt werden mussten, weil die Lage sich auch veränderte, weil es Anschläge gab und weil man auch den Abzug, den bevorstehenden Abzug - - begleitend noch mal die Kräfte verstärken musste, damit man die ausreichende Sicherheit und den Schutz der Soldatinnen und Soldaten gewährleisten konnte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und mein Augenmerk ist immer als Wehrbeauftragter darauf, dass unsere Soldatinnen und Soldaten erstens alles haben für ihren Auftrag und zweitens auch geschützt und sicher sind.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich darf zitieren aus Ihrem Jahresbericht 2021 vom 15. März. Das ist die Bundestagsdrucksache 20/900, Seite 18 f. Da schreiben Sie:

„Insgesamt hat der Truppenabzug dem betroffenen Personal viel Flexibilität und ausgeprägtes Durchhaltevermögen abverlangt. Hinzu kam, dass wichtige Informationen die betreffenden Soldatinnen und Soldaten aufgrund der Beteiligung mehrerer truppenstellender Organisationsbereiche nicht immer zeitnah erreichten.“

Mögen Sie das, den letzten Punkt, noch mal ein bisschen ausführen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das ist ja so, dass in dieser Zeit - ich sagte das ja eben schon - die politische Gemengelage sehr unübersichtlich war und die Frage war, wie der Abzug konkret auszugestalten ist. Und das führt immer auch zu ein bisschen Unruhe, wenn die Informationen nicht bis zu allen Soldatinnen und Soldaten durchdringen und gleichzeitig auch nicht so richtig klar ist - ich sagte ja eben schon -, wann das Abzugsdatum ist, wie es sich genau verhält.

Man wusste nicht: Bleiben die Amerikaner dabei, dass sie noch länger in Afghanistan bleiben, oder ziehen sie ganz schnell ab? Und wir hängen ja mit maßgeblichen Fähigkeiten der Amerikaner - - hängen wir auch daran, an den Planungen der Amerikaner, und deswegen gab es da in dieser Zeit Unsicherheit. Und das habe ich im Jahresbericht auch entsprechend beschrieben. Und das war natürlich auch Gegenstand der Gespräche, die ich geführt habe.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie haben vorhin gesagt, dass Sie regelmäßig an den Sitzungen des Verteidigungsausschusses teilgenommen haben, und die Anwesenheitsliste weist das auch aus.

Deswegen würde ich Sie gerne fragen, in welchem Umfang nach Ihrer Erinnerung im Verteidigungsausschuss zu Afghanistan berichtet worden ist.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich hatte den Eindruck, dass im Verteidigungsausschuss sehr umfassend und ausführlich zu Afghanistan berichtet wurde. Die Bundesregierung hat sehr ausführlich dargelegt sowohl die politischen Rahmenbedingungen, die Schwierigkeit auch der konkreten Planung, und das ist immer ergänzt worden durch entweder den Generalinspekteur für die militärische Seite oder den Abteilungsleiter SE, „Strategie und Einsatz“, damals General Schütt, durch die militärischen konkreten Planungen, auch die Szenarien, die militärischen Fähigkeiten, die für die verschiedenen Szenarien nötig waren.

Und ich hatte jedenfalls immer den Eindruck, umfassend informiert zu sein, und es gab auch immer ausführliche Fragen der Abgeordneten dazu. Also, wir sind sehr detailliert, wie ich finde, informiert worden, und die Abgeordneten hatten auch die Möglichkeit, die Dinge zu hinterfragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Hat sich das Berichtsaufkommen im Laufe des Untersuchungszeitraums verändert nach Ihrer Erinnerung? Ist es mehr geworden oder weniger?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Definitiv mehr geworden. Am Anfang - - Also, als ich angefangen habe, war ja Mai 2020 die Hochphase der Pandemie, und da war der Abzug ja nicht konkret. Es gab nur die allgemeine Frage: Wie geht das weiter? Man wusste das da noch nicht so ganz genau. Es war klar nach Doha, dass es in Richtung Abzug geht; überhaupt keine Frage.

Da hat uns auch die Pandemie beschäftigt: Wie ist die Lage in Afghanistan? Darum habe ich mich auch intensiv gekümmert. Die Soldatinnen und Soldaten litten unter diversen Dingen im Einsatzgebiet, also zum Beispiel isolierte Unterbringung und Abstände, Masken und so, Hygienekonzepte, solche Dinge. Also, die Pandemie hat mich auch sehr beschäftigt im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann ist natürlich immer sukzessive intensiver berichtet worden, nachdem klar war, es geht jetzt in Richtung Abzug. Nachdem man auch eher einen Eindruck hatte, was die Biden-Administration jetzt vorhat, der Termin auch konkreter wurde, ist natürlich auch sukzessive mehr berichtet worden hinsichtlich des Abzugs; also, wie ich eben schon sagte, einerseits das Aufstocken der Kräfte, um den Abzug auch zu sichern, dann aber auch: Was wird jetzt abgezogen, welches Material in welcher Reihenfolge? Wie läuft der Abzug? Und das hat sich dann natürlich bis zum 30. Juni erst mal gesteigert und dann natürlich noch mal ganz intensiv wieder, als es um die Evakuierungsoperation ging.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gab es nach Ihrer Erinnerung Themenbereiche, die für die Abgeordneten von besonderem Interesse waren, also wo die Abgeordneten auch besonders intensiv nachgefragt haben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, immer Schutz und Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten. Das ist für alle Abgeordneten immer sehr wichtig, also immer die Frage: Sind sie gefährdet? Wie ist die Sicherheitslage? Wie verhält sich das zwischen der afghanischen Armee und den Taliban? Wie ist das einzuschätzen? Welche Auswirkungen hat vor Ort das Abkommen? Ist die afghanische Armee in der Lage, Sicherheit zu gewährleisten? Also, Schutz und Sicherheit der eigenen Soldatinnen und Soldaten spielte eine große Rolle.

Der Ablauf des Abzuges war immer eine Frage, und auch die Ortskräfte wurden regelmäßig im Verteidigungsausschuss thematisiert, also das Ortskräfteverfahren und die Maßnahmen, die die Bundesregierung ergriffen hat, um die Ortskräfte a) zu identifizieren und dann gegebenenfalls auch mit in den Schutz einzubeziehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Erinnern Sie sich an Einzelfälle oder auch häufigeres Vorkommen, dass Informationen, die Sie im Verteidigungsausschuss bekommen haben, sich von Informationen unterschieden haben, die Sie aus anderen Quellen oder Ihrer sonstigen Tätigkeit bekommen haben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, jetzt muss ich mal ein bisschen nachdenken. - Aber, nein, da kann ich mich an nichts erinnern. Also, ich hatte jetzt nicht irgendwelche Sachverhalte, wo ich dachte, das hätten sie im Verteidigungsausschuss aber sagen können, und das habe ich dann irgendwo anders her gehört. Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

Also, ich fühlte mich jedenfalls immer ausreichend informiert für die Tätigkeit, die ich zu tun hatte.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie hatten ja Gelegenheit - das haben Sie vorhin gesagt -, sich selbst zu Wort zu melden im Verteidigungsausschuss, mit Fragen, aber auch mit Bemerkungen. Erinnern Sie sich, zu welchen Themen Sie sich im Verteidigungsausschuss zu Wort gemeldet haben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich habe mich auf jeden Fall zum Ende des Afghanistan- - Ende Juni zu Wort gemeldet und ein paar Bemerkungen zu der Bedeutung des Afghanistan-Einsatzes - - Und ich habe das ja eben so beschrieben, dass ich gesagt habe: Der Afghanistan-Einsatz, fast 20 Jahre, hat unsere Bundeswehr geprägt und verändert. Das habe ich auch im Verteidigungsausschuss noch mal hervorgehoben.

Und mir ging es auch immer darum - auch meine Vorgänger hatten dieses Anliegen -, dass der Afghanistan-Einsatz sorgfältig evaluiert wird, also dass man eine sehr schonungslose Bilanz des Einsatzes auch zieht hinsichtlich seiner Auswirkungen und dass man auch vor allen Dingen Lehren zieht für laufende und künftige Einsätze. Das war auch mein Anliegen. Das habe ich auch vortragen.

Und noch mal hinsichtlich der Soldatinnen und Soldaten - ich habe es ja auch eben hervorgehoben -: Das beschäftigt uns alle ja sehr, dass viele Soldatinnen und Soldaten nicht gesund aus diesem Einsatz zurückgekommen sind, körperlich oder seelisch verwundet. Und das ist ein sehr wichtiges Anliegen, sowohl mir persönlich als auch des gesamten Amtes, hier ausreichend Vor-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sorge zu treffen für künftige Fälle, aber auch diesen Einsatz so gut nachzubereiten, dass unsere Soldatinnen und Soldaten alle Möglichkeiten der Unterstützung bekommen, die sie brauchen, bezogen auf ihre Verletzungen und die Folgen, die sie aus diesem Einsatz davongetragen haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich zitiere mal aus dem - - Ein Zitat ist es eigentlich nicht; es ist ein Kurzprotokoll und ein Hinweis, der sich ergibt aus der Sondersitzung des Verteidigungsausschusses vom 25. August 2021. Das ist hier MAT A BT-Präs-2.21 VS-NfD, Blatt 1, Seite 19 f. Da wird berichtet, dass Sie sich zu Wort gemeldet hätten, um den Abgeordneten etwas zum Thema „Seelische Belastung der Soldatinnen und Soldaten während der Evakuierungsoperation“ zu übermitteln.

Was mich in dem Kontext interessieren würde, ist zum einen: Wie ist das von den Abgeordneten aufgenommen worden, und wie ist das, was an Folgerungen damit verbunden war, an Forderungen, die Sie erhoben haben - - Sind die erfüllt worden? Ist dem nachgegangen worden? Wie hat die Bundesregierung darauf reagiert?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich bin ja auch deshalb von der Bundesministerin der Verteidigung eingeladen worden, nach Taschkent zu fliegen, weil sie nicht alle oder viele Abgeordnete mitnehmen konnten, und habe dann auch meine Aufgabe darin gesehen, dort Informationen aufzunehmen und dann wiederum den Abgeordneten das mitzuteilen, was ich dort erlebt habe.

Und das war so, dass - das beschäftigt mich auch bis heute; das war sehr bewegend - die Belastung, die - - Ich habe das ja eben auch schon gesagt: Das war eine Höchstleistung. Und ich habe es den Soldatinnen und Soldaten angesehen, angemerkt und in Gesprächen auch erfahren, wie sie das belastet hat und wie sie das beschäftigt hat. Und deswegen habe ich den Abgeordneten auch mitgeteilt, dass wir da Sorge tragen müssen, dass es eine Nachbereitung gibt.

Ich bin dem Verteidigungsministerium und allen Verantwortlichen auch sehr dankbar, dass sie das von Anfang an eingeplant hatten. Das heißt, die

an diesem Einsatz, an dieser Evakuierungsoperation beteiligten Soldatinnen und Soldaten hatten sofort die Möglichkeit, in eine Einsatznachbereitung zu gehen - das haben die meisten auch angenommen -, und hatten dann die Möglichkeit - und das wurde auch nachverfolgt; ich habe auch immer wieder nachgefragt - zu Einsatznachbereitungsseminaren, wo speziell diese Erfahrungen aus der Evakuierungsoperation aufgearbeitet wurden und das nachbereitet wurde. Das habe ich regelmäßig nachgefragt: ob das stattgefunden hat, ob das alle angenommen haben, wie der Sachstand ist.

Ich nehme bei den Abgeordneten im Verteidigungsausschuss immer wahr - und so war das auch damals -, dass es die Abgeordneten sehr interessiert, wie es unseren Soldatinnen und Soldaten geht, und da auch ein Interesse daran war, von mir diese Eindrücke von der Evakuierungsoperation aus Taschkent zu erfahren, aber auch, was ich in Sachen seelische Gesundheit da für nötig erachtet habe.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Um das noch mal konkret nachzufragen: Ist nach Ihrer Auffassung also das, was nötig war, geleistet worden, um die seelischen Belastungen, Erkrankungen bei Soldatinnen und Soldaten - - um Hilfe zu leisten?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich habe mit zahlreichen Soldatinnen und Soldaten danach gesprochen, die an der Evakuierungsoperation beteiligt waren - auch in Verbänden; wenn ich da zum Truppenbesuch bin, ist das Thema Afghanistan ja immer noch sehr präsent -, und mir wurde jedenfalls von allen bisher bestätigt, dass sie teilgenommen haben, dass sie das für richtig fanden und dass sie die Hilfsmöglichkeiten, die bestehen, solche Dinge, solche Erlebnisse auch aufzuarbeiten, als angemessen und richtig und ausreichend empfunden haben. Ich habe mich auch im Verteidigungsministerium immer danach erkundigt, wie der Stand ist, ob alle teilgenommen haben. Ich habe da jedenfalls jetzt nichts entdeckt, wo ich sagen könnte, das müsste noch nachgearbeitet werden oder das hat nicht gut funktioniert.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wichtig war aber, dass man von vornherein das eingeplant hatte, also dass man mit der Evakuierungsoperation schon wusste, dass man direkt danach eine sorgfältige Einsatznachbereitung braucht. Und das ist von Anfang an eingeplant worden, und das war die richtige Vorgehensweise.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich wollte eigentlich noch gar nicht zur Evakuierungsoperation kommen. Aber weil Sie das jetzt so sagen, würde ich nach einer konkreten Zeugenaussage fragen. Uns hat ein Zeuge vorgetragen im Kontext mit den Verhältnissen am Flughafen in den schwierigen Tagen, dass jemand, der als Feldjäger bei der Bundeswehr eingesetzt war und dafür verantwortlich war, diejenigen zu kontrollieren, die dann Ausreisemöglichkeiten hatten - - Und da gab es eine Situation, die uns der Zeuge so geschildert hat, dass er eigentlich vom Verteidigungsministerium eine Zusage hatte und eine Genehmigung hatte - die konnte er auf seinem Handy vorweisen; war ein etwas kurioses Dokument, aber jedenfalls hatte er das - und wurde von dem Feldjäger zurückgewiesen mit dem Hinweis, dass das eben nicht ausgedruckt vorlag, und er mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern - er hat ja schon lange für die Bundeswehr gearbeitet - eben nicht ausreisen konnte in der gefährlichen Situation. Das war eine Zeugenaussage, die wir hier entgegengenommen haben.

Meine Frage ist: Sind Ihnen solche Umstände bekannt? Und: Gab es dazu - zu solchen Verfahrensweisen, die uns natürlich beschäftigt haben, auch in der Frage, ob das die deutschen Behörden anders gemacht haben als andere Länder - Hinweise von Soldatinnen und Soldaten, mit denen Sie gesprochen haben? Oder wie beurteilen Sie das? Ist Ihnen das überhaupt zur Kenntnis gelangt?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Über diese Sachverhalte habe ich vor allen Dingen auf dem Flughafen in Taschkent mit den Soldatinnen und Soldaten gesprochen. Einige von den Soldatinnen und Soldaten, die da waren, haben nicht das Gespräch gesucht, sondern ich habe ihnen angemerkt, sie wollten nicht sprechen. Aber einige wollten es loswerden und haben meine Anwesenheit auch genutzt, um mir das mitzuteilen.

Weswegen die Soldatinnen und Soldaten auch so belastet waren, war, dass sie überfordert waren, die Entscheidung treffen zu müssen, wer mitkommt und wer nicht. Sie haben mir berichtet von gefälschten Pässen, von Babys, die ihnen in die Hand gedrückt wurden, die dann aber offensichtlich nicht zu den jeweiligen Personen gehörten, von Chaos und Tohuwabohu an den jeweiligen Eingangsmöglichkeiten auf dem Flugplatz und dass sie keine Listen hatten, nach denen sie abarbeiten konnten, wer mitzunehmen ist und wer nicht, wer also die Berechtigung hatte. Die Soldatinnen und Soldaten haben - wenn ich Ihnen das direkt so sagen darf: völlig nachvollziehbar für mich - gesagt, sie machen alles möglich und retten Menschen, aber sie können nicht die Entscheidung treffen in kürzester Zeit, wer zu retten sei und wer nicht. Davon haben sie sich überfordert gefühlt - nicht weil sie es nicht können, sondern weil sie für diese Entscheidung nicht zuständig sind. Das muss eine sehr belastende Situation gewesen sein. Das haben mir auch gestandene Frauen und Männer, die, wie gesagt, alles können und in kürzester Zeit zu so einer Evakuierungsoperation in der Lage sind und Höchstleistungen erbringen - - Aber diese Entscheidung zu treffen: „Sie kommen mit und Sie nicht“, das war schwierig.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen im Untersuchungsausschuss werden mir recht geben: Die Befragung zu diesem Punkt war nicht verbunden mit Vorwürfen gegen die Feldjäger, sondern wir haben uns eher mit den Entscheidungsstrukturen befasst - im Verteidigungsministerium oder bei denjenigen, die dafür die Verantwortung getragen haben -, aber hatten eben schon den Eindruck - aus Zeugenaussagen und aus dem, was uns da berichtet worden ist -, dass es eine, sagen wir mal, bürokratischere Herangehensweise gegeben hat zu dem Thema als etwa bei den Amerikanern oder bei anderen.

Deswegen - weil Sie ja nun mit vielen Soldaten gesprochen haben und das schildern, was Sie schildern -: Würden Sie sich ein Urteil zutrauen zu diesem Thema, was vielleicht auch hilfreich sein kann in der Aufarbeitung, Ergebnisse dieses Untersuchungsausschusses, was speziell diese



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Verfahren angeht, zu entscheiden, wer mitgenommen wird und wer eben nicht?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich kann nicht beurteilen, wie andere Nationen das gehandhabt haben, weil ich darüber weder Gespräche geführt habe noch auf sonstigem Wege eigene Erkenntnisse erlangt habe.

Ich kann aber noch mal betonen, dass es nicht Aufgabe von Feldjägern oder anderen Soldatinnen und Soldaten vor Ort ist, zu entscheiden, welche Personen zu evakuieren sind und welche nicht, sondern das muss vorher feststehen. Und dann brauchen unsere Soldatinnen und Soldaten - nicht weil sie das nicht können oder nicht wollen oder so -, aber sie brauchen einen klaren Auftrag, nach welchen Kriterien sie vorzugehen haben, welche Personen zu retten sind, welche auszufliegen sind, wer zu evakuieren ist.

Und sie haben mir eben sehr ausführlich geschildert, sie mussten dann ganz schnell erkennen, ob ein Pass gefälscht ist oder nicht, ob ein Pass - - von welcher Nation, welches Kind zu wem gehört, welche Familien usw. Das ist etwas, was in dem Chaos wahrscheinlich nicht anders ging, aber was man im Blick haben sollte, sage ich mal, bei künftigen Evakuierungsoperationen: dass vorher klar ist, wer gerettet werden muss oder nach welchen Kriterien das geht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben Sie das zum Anlass genommen - diese Gespräche, die Sie hatten -, mit Verantwortlichen der Bundeswehr, mit der Verteidigungsministerin oder mit wem auch immer darüber zu sprechen, was die Konsequenz daraus ist? Und: Gibt es eine Konsequenz, nach Ihrem Kenntnisstand?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, ich habe darüber auch gesprochen - das ist ja im Verteidigungsausschuss auch erörtert worden: das Chaos am Flughafen in Kabul und die nicht ausreichende Vorbereitung wahrscheinlich derjenigen, die zu evakuieren sind -, und ich denke, dass das ein Punkt ist, woraus gelernt wird für künftige Einsätze. Wenn wir uns jetzt mal die Evakuierungsoperation Sudan beispielsweise anschauen: Da ist es ja ganz anders gelaufen. Also, ich denke

alle Abgeordneten, aber ich auch, wir haben das so geschildert, wie wir das wahrgenommen haben aus den Gesprächen. Und das ist auf jeden Fall ein Punkt, wo ich sagen würde: Daraus muss man lernen, das muss beim nächsten Mal, sofern das möglich ist - ich weiß nicht, ob das in allen Situationen möglich ist - - aber auf jeden Fall im Kopf behalten, dass man diese Entscheidung, wer zu retten ist, nicht den Soldatinnen und Soldaten überlassen kann, sondern das ist eine Entscheidung, die vorher getroffen werden muss.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn man jetzt mal berücksichtigt, dass es Situationen gibt, wo Planung nicht möglich ist, sondern einfach Not herrscht: Haben Sie aus Ihren Gesprächen eine Wahrnehmung darüber, ob im Zweifelsfall entschieden worden ist zugunsten derjenigen, die da waren? Haben Sie da einen Eindruck, den Sie wiedergeben könnten?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, noch mal: Bei den Gesprächen, die ich in Taschkent geführt habe, haben ja die Soldatinnen und Soldaten mir berichtet, wie sie das dann entschieden haben. Sie haben das dann entschieden nach Ausweisdokument oder Familienlage, also Kinder und Frauen beispielsweise, oder jemand hat offenkundig für die Deutschen gearbeitet, sprach Deutsch, wie auch immer. Aber sie haben ja von ganz vielen Nationen mitgenommen und so. Und sie haben es dann etwas ad hoc entschieden, würde ich sagen. Aber das hat sie beschäftigt, die Soldatinnen und Soldaten, mit denen ich gesprochen habe.

Aber ich denke, sie haben es trotz allem gut gemacht und viele Menschen gerettet, und das, was irgendwie möglich war in dem Chaos in Kabul - mit ihrer ganzen Fähigkeit, mit ihrer Möglichkeit, zu unterstützen -, haben sie dann gut gemacht.

Auf keinen Fall kann man irgendeinem Soldaten oder einer Soldatin einen Vorwurf machen, sondern sie haben gegeben, was sie geben konnten in der Situation.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben das nach Ihrem Kenntnisstand die Vorgesetzten auch so gesehen? Und ist das so gewürdigt worden an-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schließend? Oder hatte das für einzelne Soldatinnen und Soldaten auch andere Konsequenzen als Anerkennung?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich habe den Eindruck gewonnen, dass diese Evakuierungsoperation wirklich gewürdigt wurde, also dass es ausreichend Anerkennung gab, Respekt, Stolz auf die Leistung der Soldatinnen und Soldaten. Es wurde ja auch intensiv darüber diskutiert. Es gab einen Empfang in Seedorf, einen Rückkehrappell, es gab hier einen Großen Zapfenstreich und eine Würdigung dieser Leistungen. Und es gab eine ganz andere Diskussion als noch Ende Juni, sondern das wurde wirklich mit größter Aufmerksamkeit natürlich verfolgt, mit Anspannung auch. Die Tatsache, dass alle deutschen Soldatinnen und Soldaten heil zurückgekommen sind und so viele Menschen retten konnten, diese Höchstleistung wurde meines Erachtens auch ausreichend gewürdigt. Ich hatte auch den Eindruck, dass unsere Soldatinnen und Soldaten das so empfunden haben, dass das gewürdigt wurde.

Vielleicht darf ich auch sagen, dass ich mich auch mit einigen Soldaten aus dem Kommando Spezialkräfte des Heeres unterhalten habe. Diesen Verband habe ich in meiner Amtszeit intensiv begleitet, auch wegen der Vorkommnisse dort. Für die Soldaten, die ich da gesprochen habe, war das auch eine Möglichkeit, unter Beweis zu stellen, wozu sie in der Lage sind und was sie leisten können und warum wir auch Spezialkräfte haben. Das war für sie auch ein wichtiger Beitrag: im Rahmen dieser Evakuierungsoperation diese Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nach dem Exkurs komme ich noch mal zurück zum Verteidigungsausschuss. Erinnern Sie sich, dass es auch Sitzungen des Verteidigungsausschusses zu Afghanistan gegeben hat, die eingestuft worden sind?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich denke scharf nach. Aber, nein, ich erinnere mich nicht, dass wir eingestuft getagt haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben sich die Oblesungen, an denen Sie teilgenommen

haben, in der Art und Weise der Information unterschieden von dem, was im Verteidigungsausschuss vorgetragen worden ist? Ich meine jetzt nicht in der Form - das ist klar -, sondern in der Art der Information.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Genau. - Die sind ja telefonisch gewesen; das haben wir meistens, wenn es schnell gehen muss. Also, ich würde mal sagen, das war damals auch so. Ich erinnere mich jetzt nicht an eine Sitzung; aber ist ja jetzt auch schon ein bisschen her. Und insbesondere gab es gesonderte Formate der Information rund um diese kritische Zeit April/Mai, als es darum ging: Wie schnell muss es jetzt gehen mit dem Abzug? Da wurde informiert. Also, das war dann Ende des regulären Afghanistan-Einsatzes. Und dann natürlich auch noch mal eng getaktet Informationen sowohl im Verteidigungsausschuss - ich meine, auch mal mit einer Sondersitzung - als auch Oblesungen hinsichtlich der Evakuierungsoperation.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir hatten heute einen Zeugen, den wir befragt haben zum Thema „Unterrichtung des Parlaments durch die Regierung“, und haben da über verschiedene Unterrichtsformen - mündliche Unterrichtsungen und die schriftlichen Berichte, die es gab, einige für alle Bundestagsabgeordneten, andere für den Verteidigungsausschuss - gesprochen. Wir haben mit Ihnen nun eine Zeugin, die ganz besonders viele Facetten dieser Seite kennt. Deswegen würde ich Sie gerne fragen wollen - weil wir heute auch Abwägungsfragen erörtert haben -: Wie würden Sie die Information zwischen Regierung und Parlament beschreiben? Als eine Mischung aus Bring- und Holschuld? Oder ist das eine ausschließliche Bringschuld? Wie muss das dargestellt werden, aus Ihrer Sicht und Ihrer Erfahrung, dass es seinen Zweck erfüllt, dass Abgeordnete in der Lage sind, vernünftige Entscheidungen zu treffen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, erst mal ist das ganz klar eine Bringschuld der Bundesregierung, die Abgeordneten mit allen Informationen zu versorgen, die sie benötigen, um ihrer Aufgabe nachzukommen, der parlamentarischen Kontrolle der Regierung und in diesem besonderen Fall auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr. Das ist also eine Bringschuld.

Die Bundesregierung hat da ja auch verschiedene Formate, also die regelmäßigen Unterrichtungen über die Auslandseinsätze, aber eben auch im Verteidigungsausschuss den regulären Tagesordnungspunkt „Lage in den Einsatzgebieten“.

Und dann ist es natürlich so, dass wir - alle Anwesenden im Verteidigungsausschuss, die Abgeordneten, auch die Wehrbeauftragte - dann die Möglichkeit haben, an Punkten, die uns vielleicht nicht ausreichend erscheinen oder wo wir detaillierten Bedarf an Informationen haben, dann auch entsprechend nachzufragen. Es gibt also auch eine kleine Holschuld, wenn ich das mal so ausdrücken darf, dann entsprechend nachzufragen und die Lücken zu schließen, die man vielleicht in den Informationen erkennt oder wo man noch Bedarf hat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine der oft zitierten Zeugenaussagen, die wir hier hatten, war, dass ein Zeuge, der mitverantwortlich war, das vorzubereiten, was dem Parlament mitgeteilt wird, uns gesagt hat, dass er es für sinnvoll halte, das Parlament in homöopathischen Dosen zu unterrichten über den Sachstand.

Nun ist das ja ein interpretationsfähiges Wort. Wir haben da nachgefragt. Ich will mich gar nicht auf die konkrete Zeugenaussage da einlassen, aber würde Sie gern nach Ihrem Urteil darüber fragen. „Homöopathische Dosen“ kann ja heißen - so ist das hier auch angesprochen worden -: Man kann Abgeordneten, die in ganz anderen Ausschüssen sind, jetzt nicht einen Riesenfaktenwust übermitteln, und sie müssen in der Lage sein, die Veränderungen zu erkennen.

Man kann es natürlich auch so verstehen, dass die Informationen, sagen wir mal, dem entsprechen, wie diese Informationen teilweise hießen. Es hieß ja eine ganze Weile „Fortschrittsberichte“. Mit Blick auf die Sicherheitslage könnte man vielleicht auch zu dem Eindruck kommen, dass man jetzt ein wenig euphemistisch in der Formulierung war. Es gab auch Zeugenaussagen, die gesagt haben: Wir wollten ja nicht

den Eindruck erwecken, wir gehen da raus als Deutsche - anders als die Franzosen. Wir hatten ein besonderes Interesse, da zu bleiben, gerade mit unseren Entwicklungshelfern.

Das ist so der Kontext, in dem ich Sie frage. Wie muss nach Ihrem Eindruck eigentlich eine Information aussehen? Müssen die Abgeordneten über alles unterrichtet werden? Kann es abgestufte Formen der Information geben? Oder wie sollte das sein, damit es seinen Zweck erfüllt, aus Ihrer Sicht und Erfahrung?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Abgeordnete benötigen alle Informationen, und zwar ehrlich und vollständig, die sie brauchen, um die parlamentarische Kontrolle auszuüben und ihrer Aufgabe nachzugehen. Es steht der Bundesregierung nicht an, homöopathische Dosen oder einzelne Informationen rauszugeben oder in Häppchen oder zeitlich abgestuft, sondern Abgeordnete entscheiden dann selbst, was sie mit den Informationen machen.

Im Übrigen finde ich, dass auch die militärische Lage schonungslos dargelegt werden muss. Dann können Abgeordnete immer noch entscheiden - und das ist ihre Aufgabe -, was sie mit den Informationen machen, wer sie bekommt, wie sie zur Entscheidungsgrundlage werden.

Aber ich bin da ganz klar und sage: Alle Abgeordneten brauchen alle Informationen von der Bundesregierung. Das ist im Übrigen auch die Aufgabe der Bundesregierung. Ich habe ja eben schon gesagt, dass ich das als eine Bringschuld ansehe, die Abgeordneten mit allem an Informationen zu versorgen, was sie brauchen, um gute Entscheidungen im Parlament treffen zu können.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie ahnen es schon: Ich habe Sie zuerst nach dem Grundsatz gefragt, weil ich Sie jetzt auch gerne konkret befragen möchte nach Ihren Erfahrungen und Eindrücken; denn Sie haben ja, wie gesagt, an den Sitzungen teilgenommen. Wie bewerten Sie die mündlichen Darstellungen der Bedrohungs- und Sicherheitslage in Bezug auf Transparenz und Schwerpunktsetzung, Stichwort „Reaktionsfähigkeit“, „Nichtdurchhaltefähigkeit“? Relativ wenige



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dinge sind zur Raumkontrolle gesagt worden. Wie bewerten Sie diesen Fakt, also diesen Punkt „Bedrohungs- und Sicherheitslage“ mit Blick auf die Transparenz und die Schwerpunktsetzung?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, ich habe das in der damaligen Situation immer als ausreichend angesehen. Jetzt ist natürlich die Schwierigkeit, dass wir wissen, wie es ausgegangen ist - - und zum Beispiel die Leistungsfähigkeit der afghanischen Streitkräfte möglicherweise, im Nachhinein betrachtet, nicht ausreichend - - vielleicht kritisch gesehen wurde oder nicht ausreichend betrachtet wurde - wie es sich dann hinterher dargestellt hat. Aber das ist eine Ex-post-Betrachtung. Ich habe damals immer den Eindruck gehabt, dass wir sowohl von den politischen Rahmenbedingungen als auch der Lage in Afghanistan jedenfalls ausreichend Informationen bekommen, um uns eine Meinung zu bilden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn man sich die Aktenlage anschaut, dann findet man zwischen Dezember 2020 und Juli 2021 sechs Unterrichtungen mit eher positiven Gesamtdarstellungen. Ist das mit Blick auf die damalige Perspektive - ausdrücklich nicht auf die heutige, sondern auf die damalige Perspektive - etwas, wo Sie sagen würden: „Das war hinreichend für die Abgeordneten, um zum Urteil zu kommen, zu dem sie zu kommen hatten“?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich sage es ganz klar: Ich kann das nicht beurteilen. Das kann ich nicht beurteilen. Das wäre ein Blick von heute auf das Geschehen - mit dem Wissen, wie es ausgegangen ist. Damals habe ich mich auf die Aussagen des Verteidigungsministeriums verlassen und hatte keine Informationen, die mich haben zweifeln lassen hinsichtlich der Vollständigkeit und Wahrhaftigkeit dieser Informationen, und konnte die Einschätzung der Verantwortlichen auch nicht durch eigene Erkenntnisse, eigene Einschätzungen ersetzen. Deswegen habe ich das als ausreichend angesehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nun haben Sie es da mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zu tun, mit denen man nicht nur während der Sitzungen spricht, sondern auch davor und danach.

Hatten Sie den Eindruck oder haben Sie Kenntnisse darüber, dass die Abgeordneten zu der damaligen Zeit das für ausreichend gehalten haben, wie die Information geflossen ist? Also: Teilten die die Einschätzung, die Sie gerade vortragen? Oder haben Sie andere Wahrnehmungen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Angesichts der Tatsache, dass es dazu intensive Diskussionen im Verteidigungsausschuss gab, hätten alle, die Zweifel an dem Wahrheitsgehalt der Information oder an der Vollständigkeit der Information hatten, diese Zweifel äußern können. Wir hatten ja auch, wie es üblich ist, logischerweise einen Unterschied in der Einschätzung unter den einzelnen Fraktionen, und auch die einzelnen Abgeordneten haben das zum Teil ja durchaus unterschiedlich gesehen. Das hätte alles - dafür ist Raum im Verteidigungsausschuss - auch dort erörtert werden können.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sehen Sie - jetzt dann wieder aus dem Rückspiegel betrachtet - insgesamt Verbesserungsbedarf, was das Thema „mündliche Unterrichtungen von Abgeordneten über Sicherheitslagen und Ähnliches“ angeht, und gibt es den bezogen auf - das sind jetzt andere Situationen, natürlich - andere Einsätze, zu denen jetzt heutzutage berichtet wird?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Zum einen halte ich es für wirklich erforderlich, dass der Tagesordnungspunkt „Lage in den Einsatzgebieten“ im Verteidigungsausschuss immer mit ausreichend Zeit erörtert wird. Das ist wirklich ein wichtiger Tagesordnungspunkt. Die Einsätze unserer Soldatinnen und Soldaten im Ausland sind etwas ganz Besonderes, mandatiert durch den Deutschen Bundestag. Da muss Raum dafür sein. Manchmal ist im Verteidigungsausschuss nicht genügend Zeit. Deswegen sage ich das jetzt hier so: Das ist wirklich ein wichtiger Tagesordnungspunkt.

Der zweite Punkt, den ich dazu sagen möchte, ist, dass ich es für wirklich erforderlich halte - das ist eine Lehre, wie ich finde, aus dem Afghanistan-Einsatz -, dass die Fähigkeiten einer Armee, die ausgebildet wird, die trainiert wird, die man begleitet, beratend auch und so, dass diese Fähig-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

keiten der ausländischen Armee auch richtig eingeschätzt werden. Ich kann das nicht. Aber diejenigen, die da unmittelbar mit befasst sind, können das. Ich glaube, der Afghanistan-Einsatz zeigt, dass es nicht weiterhilft, etwas schönzureden - - sondern auch schonungslos zu analysieren, ob es einen militärischen Erfolg gibt oder nicht. Wie man das politisch dann bewertet, bestimmte Präsenz in einzelnen Ländern fortzusetzen, das steht noch mal auf einem anderen Blatt. Aber ich werbe dafür, die militärischen Fähigkeiten auch wirklich schonungslos zu analysieren und den Abgeordneten auch mitzuteilen, wie man das einschätzt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nun sind Sie Wehrbeauftragte des Bundestages und haben im Wesentlichen natürlich auch andere Punkte, wo es um Versäumnisse, Fehler oder Dinge geht, die geändert werden müssen. Wie würden Sie insgesamt die Fehlerkultur oder den Umgang mit Fehlerkultur zwischen Regierung und Parlament bewerten?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich werbe dafür - das knüpft an das an, was ich eben gesagt habe -, dass es keine Kultur des Schönredens oder Schön-schreibens gibt, sondern dass es eine schonungslose Analyse der Lage gibt; denn nur dann kann man Dinge auch verändern. Wir haben durchaus - die Bundeswehr nennt das immer die „Schlammzone“ - von der Schlammzone zum Minister eine Neigung dazu, Dinge schönzureden oder schönzuschreiben. Ich glaube, dass wir Verbesserungen nur erreichen können, wenn auch die Abgeordneten ausreichend informiert werden, aber auch Fehler, Versäumnisse, Mängel analysiert werden und dann gemeinsam daran gearbeitet wird, sie abzustellen. Das halte ich für wichtig.

Vielleicht erwähne ich etwas noch, was mich im Zuge der Evakuierungsoperation sehr beeindruckt hat und beschäftigt hat. Das möchte ich Ihnen gerne noch mal mitteilen, weil das passt zu dem Thema Fehlerkultur. Denn eine Fehlerkultur setzt ja voraus, dass es auch Vertrauen gibt, dass, wenn Verantwortung wahrgenommen wird vor Ort, es dann Rückendeckung gibt, Vertrauen gibt und dass man dann mit Fehlern auch umgehen

kann und die Fehler analysiert und guckt, was man daraus lernen kann.

Die damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat im Verteidigungsausschuss sehr deutlich gemacht, dass sie General Arlt hundert Prozent vertraut und ihm die Einschätzung überlässt, was zu tun ist im Rahmen der Evakuierungsoperation, und sie hat gesagt, dass sie dafür vollständig die politische Verantwortung übernimmt. Das habe ich in dieser Deutlichkeit noch niemals gehört. Das fand ich sehr stark; das finde ich bis heute noch stark. Das hat General Arlt ausgestattet mit einem Vertrauen und einer Rückendeckung, die ihm die Möglichkeit gaben, die richtigen, hoffentlich richtigen, aber jedenfalls notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Das gehört für mich auch zu einer Fehlerkultur: dieses Vertrauen und diese Rückendeckung zu geben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben ja jetzt die ganze Zeit über mündliche Unterrichtungen im Verteidigungsausschuss gesprochen, Obleutebesprechungen und Ähnliches mehr. Es gibt auch die sogenannten UdPs. Darüber haben wir heute auch gesprochen. Die lesen Sie vermutlich auch.

(Die Zeugin nickt)

Wie bewerten Sie die mit Blick auf die Fragen, die wir gerade erörtert haben, also jetzt im Vergleich mit den mündlichen Unterrichtungen? Erfüllen die den Zweck? Waren die sachgerecht, also grafische Darstellungen von Sicherheitslagen und ähnliche Dinge mehr, die sich da wiederfinden?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, sie sind ja eher allgemein gehalten, geben eine Information darüber, welche Auslandseinsätze, wie viele Kräfte gebunden sind, wie die Dinge sich entwickelt haben. Sie kommen regelmäßig, also häufig, und sie geben eine Möglichkeit, einen Abgleich vorzunehmen.

Aber wenn man mehr Informationen braucht zu einem bestimmten Einsatzgebiet oder zu einer



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bestimmten Veränderung, dann muss man natürlich deutlich in die Tiefe gehen. Also: Die UdP reicht aus, um sozusagen so einen Stand zu haben, dass man weiß, was gerade los ist in dem jeweiligen Einsatzgebiet. Aber für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Einsatzgebiet, besonderen Vorkommnissen, Entwicklungen oder so geben sie nur sozusagen Anhaltspunkte - das muss dann im Gespräch oder durch weitere Informationen vertieft werden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich habe noch ein paar wenige Einzelfragen zum Schluss. Sie haben vorhin ausgesagt, dass Sie sich auch intensiv mit dem Thema der Ortskräfte befasst haben, und haben dazu auch einige Eingaben bekommen. Ich würde Sie gerne danach fragen, welchen Eindruck Sie aus den Gesprächen mit den Soldatinnen und Soldaten gehabt haben über die Bedeutung der Ortskräfte für die Bundeswehr, und vielleicht auch zum persönlichen Verhältnis ... (akustisch unverständlich)

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Unsere Soldatinnen und Soldaten - die, mit denen ich gesprochen habe, auch explizit über das Thema Ortskräfte - haben mir mitgeteilt, dass sie ihren Auftrag in Afghanistan nicht hätten erfüllen können, wenn es die Ortskräfte nicht gegeben hätte - ganz unterschiedlicher Art die Tätigkeiten, insbesondere aber auch Sprachmittler von enormer Bedeutung. Deswegen habe ich wahrgenommen von Anfang an, dass sich die Soldatinnen und Soldaten sehr für das Schicksal der Ortskräfte interessieren, sehr da hinterher waren, dass die Ortskräfte eine Perspektive bekommen in Deutschland, dass sie auf jeden Fall Schutz und Sicherheit bekommen, sei es in Afghanistan oder in Deutschland. Das Schicksal der Ortskräfte war unseren Soldatinnen und Soldaten keinesfalls egal, sondern ich habe auch wahrgenommen, dass in der politischen Diskussion das Verteidigungsministerium sich dieser Verantwortung auch bewusst war und auch immer wieder das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat und versucht hat, auch Lösungen zu finden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben häufig bei der Befragung über das Thema „Fürsorgepflicht für die Ortskräfte“ gesprochen, dass das

das Leitbild der Bundesregierung war. In Ihrem Jahresbericht 2021 - das ist Bundestagsdrucksache 20/900, Seite 15 bis 20 - schreiben Sie:

„Es zeigte sich, dass das in der Bundesregierung vereinbarte „Ortskräfteverfahren“ nicht ausreichend war, um schutzbedürftige Personen zu unterstützen.“

Das ist also der Kernsatz von längeren Ausführungen. Können Sie aus Ihrer Erinnerung noch mal sagen, was aus Ihrer Sicht gefehlt hat, dass es hätte ausreichend sein können?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Wenn es ausreichend gewesen wäre, wären alle Ortskräfte in einem geordneten Verfahren in Schutz und Sicherheit gebracht worden. Die Tatsache, dass immer noch Ortskräfte in Afghanistan sind, dass noch nicht alle Schutz und Sicherheit bekommen konnten und dass es eine - wenn ich das mal so deutlich sagen darf; so habe ich das empfunden - quälende Diskussion darüber gab: „Wer ist schutzbedürftig und -berechtigt? Wer ist ausreichend gefährdet, um den Schutz zu bekommen?“ - - bin ich zu dieser Erkenntnis gekommen, dass das Ortskräfteverfahren zum damaligen Zeitpunkt mit Blick auf die Kräfte in Afghanistan jedenfalls nicht dazu geführt hat, dass alle Kräfte ausreichend Schutz und Sicherheit bekommen haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wissen Sie, woran das gelegen hat oder wer das entschieden hat oder warum das so gekommen ist?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich habe das Ortskräfteverfahren ja, noch bevor ich Wehrbeauftragte wurde, intensiv verfolgt, weil ich davor Innenpolitik gemacht habe und als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für den Bereich Innenpolitik, aus dieser Perspektive das Ortskräfteverfahren auch begleitet habe. Es gab ein ziemliches Hin und Her zwischen den beteiligten Ministerien, sich auf bestimmte Grundsätze, Kriterien zu verständigen. Dieses Interesse und dieses Thema habe ich sozusagen mitgenommen, nicht wirklich zuständig für die Ortskräfte, aber weil ich eben auch wusste, wie wichtig das im Gesamtkontext ist und auch für



## Nur zur dienstlichen Verwendung

unsere Soldatinnen und Soldaten - war es doch nicht einfach, sich in der Bundesregierung auf ein Verfahren zu einigen, das den Ortskräften ausreichend Schutz und Sicherheit gewährt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Zwei Fragen habe ich noch. Die eine bezieht sich darauf, dass Sie sich anlässlich von Eingaben von Feldjägerkräften mit dem Thema befasst haben, dass die berichtet haben, dass sie - nach entsprechender Genehmigung - private Ausrüstung während der Evakuierungsmission in Kabul genutzt haben, die zurückbleiben musste, und dass diese Feldjägerkräfte sich dann später darüber beschwert haben, dass der Verlust privater Ausrüstung nicht vollständig kompensiert worden sei. Das klingt ja, wenn man sich das anguckt, was Sie eingangs gesagt haben zu dem Thema, was die Soldaten dort geleistet haben, nicht besonders überzeugend. Ist dem abgeholfen worden und, wenn nein, warum nicht?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Zunächst einmal - ich fange mit dem Ende an -: Dem ist abgeholfen worden. Man hat einen Kniff gefunden, über den Tatbestand der Enteignung, um dann am Ende doch noch die entstandenen Kosten ersetzen zu können.

Aber ich halte das für einen inakzeptablen Vorgang, und ich beginne mal ganz grundsätzlich: Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen für jeden Einsatz, insbesondere im Ausland, aber insbesondere bei solchen herausfordernden Missionen wie einer Evakuierung, mit allem ausgestattet sein, was sie dafür brauchen. Das ist Aufgabe des Dienstherrn. Es ist bekannt - seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes und auch in anderen Auslandseinsätzen leider immer noch der Fall -, dass unsere Soldatinnen und Soldaten nicht immer alles am Mann und an der Frau haben, was sie brauchen, und sich dann Dinge, die sie benötigen - vor allen Dingen in dem Fall benötigten sie die Sachen ja schnell -, privat beschaffen - was ich, ich betone das noch mal, für nicht akzeptabel halte und was auch regelmäßig Gegenstand in den Jahresberichten ist.

Als ich erfahren habe, dass nicht mal Schadensersatz geleistet wurde dafür, dass in diesem

Tohuwabohu - wir haben die Bilder vor Augen - dann die Dinge zurückgelassen wurden, weil man zugesehen hat - - Und wir können dankbar sein, dass alle Soldatinnen und Soldaten heil rausgekommen sind. Dass dann nicht mal der Schadensersatz gewährt wurde und die entstandenen Kosten ersetzt wurden: Ich war doch erstaunt, wie man zu diesem Ergebnis einer Prüfung kommen kann, bin aber dankbar, dass die Soldatinnen und Soldaten es am Ende dann doch erstattet bekommen haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Meine letzte Frage bezieht sich auf das, was Sie eigentlich relativ zu Beginn Ihrer Eingangsbemerkungen gesagt haben, als Sie sich damit beschäftigt haben, dass bei der Rückkehr der Soldatinnen und Soldaten nach Deutschland ein Empfang durch die Politik oder durch das Parlament versäumt worden ist. Dazu würde ich Sie gerne fragen: Wer hat das entschieden, und warum ist das so entschieden worden? Und hat es eigentlich eine Konsequenz daraus gegeben für vielleicht zukünftige Fälle dieser Art?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Wir wussten alle nicht ganz genau, wann das letzte Flugzeug landen würde in Deutschland, also wann genau der Zeitpunkt ist. Wir haben uns, im Verteidigungsausschuss die Abgeordneten und ich mich auch, logischerweise dafür interessiert und immer nachgefragt. Das Ministerium hat, wie ich finde, auch überzeugend und nachvollziehbar gesagt, dass sie diesen Zeitpunkt und die Uhrzeit nicht öffentlich machen können, aus Sicherheitsgründen; das hat erst mal überzeugt.

Die Situation war aber insofern sehr besonders, als wir eine Sondersitzung zum Thema Mali - dort hatte es nämlich einen Anschlag gegeben - am 30. Juni morgens um 8 Uhr - das erinnere ich noch sehr genau - im Verteidigungsausschuss hatten. Und da haben wir die Information bekommen, dass der letzte Flieger auf dem Weg nach Wunstorf sei. Und dann ist dort erörtert worden, dass es eben keine größer angelegte Rückkehrinempfangnahme der letzten Soldatinnen und Soldaten geben würde, sondern General Pfeffer als Befehlshaber des Einsatzführungskommandos die Soldatinnen und Soldaten begrüßen würde. Man war der Meinung, dass die Soldatinnen und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Soldaten auch kein Interesse daran hätten, dass da Politikerinnen und Politiker noch sind und begrüßen und aufhalten oder verzögern die Rückkehr zu der Familie, sondern man war der Meinung, die wollen jetzt schnell zu ihrer Familie und wollen sich nicht noch großartig in Wunstorf aufhalten. Außerdem war die damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer gerade auf einer USA-Reise und hätte selber auch nicht teilnehmen können, sodass man da im Ausschuss in dieser Runde so zum Ergebnis kam: Okay, dann findet das jetzt ohne uns statt.

Wenn man es gewollt hätte, hätte man sich dann noch auf den Weg machen können. Der Flieger war noch in der Luft. Man wäre, glaube ich, sogar von Berlin aus noch rechtzeitig in Wunstorf angekommen. Wir haben das aber alle so hingegenommen. Es gab darüber jetzt keine großangelegte Diskussion.

Erst danach setzte eine Diskussion ein. Ich habe bei meinen Truppenbesuchen auch mit Soldatinnen und Soldaten gesprochen, die sich dann beschwert haben bei mir, dass niemand da war. Ich habe dann in ein paar Runden - ich erinnere noch sehr gut eine Runde bei den Kampfschwimmern in Eckernförde; das werde ich nicht vergessen -, da habe ich die gefragt: Wie wichtig ist Ihnen das denn, dass dort Politikerinnen und Politiker da sind? - Ich hatte das auch so aufgenommen, dass alle schnell zur Familie wollten. Dann haben sie gesagt: Nein, nein, nein! Das ist zwar manchmal nervig und lästig, und natürlich wollen wir schnell zu unseren Familien, aber das ist sehr, sehr wichtig, dass die Abgeordneten und andere politische Repräsentanten, auch von den örtlichen Parlamenten, dort sind, weil das den Respekt und die Anerkennung usw. ausdrückt.

Ich habe dann also aus der Truppe selber wahrgenommen, wie wichtig das den Soldatinnen und Soldaten gewesen wäre. Danach bin ich dann nach diversen Gesprächen zu meiner Einschätzung gekommen - die ich heute auch vorgetragen habe und auch im Jahresbericht geschrieben habe -, dass das, im Nachhinein betrachtet, wirklich ein Fehler war.

Daraus ist gelernt worden. Der Empfang nach der Evakuierungsoperation und auch jetzt nach anderen Operationen, auch Sudan beispielsweise, findet immer unter Beteiligung von Abgeordneten statt und hat immer ein Zeremoniell, was auch der Bedeutung dieser Einsätze mehr als gerecht wird.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Frau Dr. Högl. - Das Fragerecht geht an die Union.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank, Frau Dr. Högl, dass Sie uns heute Abend zur Verfügung stehen.

Sie leiten ja eine Dienststelle, die Verfassungsrang hat, und haben uns auch Akten zugeliefert in Erfüllung des Beweisbeschlusses. Im Umgang mit Behördenakten bin ich vertraut, im Umgang mit Akten eines Hilfsorgans des Bundestages noch nicht. Deswegen gehen meine ersten Fragen eher in die Richtung der Aktenführung und Vollständigkeit der Akten. Können Sie kurz am Anfang vielleicht beschreiben, ob und inwieweit Sie in Ihrer Dienststelle die Akten nach den gängigen Grundsätzen der Aktenführung der öffentlichen Verwaltung führen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ja, Herr Abgeordneter, wir führen die Akten sehr penibel, sehr sorgfältig und nach den Grundsätzen der Aktenführung, also vollständig; es ist alles in den Akten enthalten. Wir haben die Akten teilweise digitalisiert, aber wir können nicht vollständig digital arbeiten. Das heißt, wir haben vollständige Papierakten. Und die Akten werden von allen Kolleginnen und Kollegen im Amt der Wehrbeauftragten sorgfältig geführt und bearbeitet.

Vielleicht darf ich Ihnen zu den Eingaben auch noch sagen, dass sie natürlich registriert werden und der Eingang notiert wird und dass ich alle Eingaben auch persönlich lese, nachdem sie eingegangen sind - im vergangenen Jahr waren das 2 343 -, und ungefähr ein Drittel der Akten auch Minimum ein zweites Mal lese, um zu erfahren, was aus den Vorgängen geworden ist und wie wir geantwortet haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich frage das deswegen nach, weil wir beispielsweise ja von Ihnen auch geliefert bekommen haben die Berichte 2020 und 2021 der Wehrbeauftragten in ihrer finalen Version. Üblicherweise gelingt ja selten der erste Schuss, dass der erste Berichtsentwurf auch am Ende schon der letzte Berichtsentwurf ist. Deswegen ist meine Frage: Gibt es bei Ihnen in der Behörde keine Unterlagen, die die Genese dieses Berichtes belegen? Also: Gibt es da keine Änderungen im Entstehungsprozess? Weil wir dazu nichts zugeliefert bekommen haben, wollte ich nur mal fragen: Gibt es zur Entstehung der Berichte Unterlagen bei Ihnen im Hause?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich weiß nicht, ob das in Akten niedergelegt wird. Aber es gibt diverse Fassungen des Jahresberichtes, weil ich natürlich persönlich auch daran arbeite, aber weil - - Vom ersten Entwurf aus den jeweiligen Fachreferaten, bis das dann hier in gedruckter Form vorliegt und der Präsidentin des Bundestages übergeben wird, ist das natürlich ein, wie wir Neudeutsch sagen, Living Document. Das ist natürlich eine Genese, aus allerersten Entwürfen bis zum Abschluss. Wie kann es anders sein? Es wird daran geändert und aktualisiert und mit Zahlen angereichert usw.

Inwieweit das bei uns archiviert wird, das weiß ich allerdings nicht. Das macht das Referat WB 1; die erstellen immer den Jahresbericht und die haben das in - - Diese Akten habe ich nie. Deswegen weiß ich nicht, ob es die gibt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. - Weil ich kenne das auch so, dass es Entwürfe und Änderungen und Hinweise gibt. Aber die sind uns gegenüber nicht dokumentiert. Können Sie sich denn aus Ihrer Erinnerung - - Oder können Sie sich daran erinnern, dass bei der Abfassung der Jahresberichte gerade zu dem hier untersuchungsausschussrelevanten Vorgang Afghanistan es auch inhaltliche oder redaktionelle Änderungen gegeben hat an den Fassungen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das weiß ich jetzt so genau nicht. Aber ich arbeite sehr akribisch die jeweiligen Texte mehrfach durch. Also, ich lese von

vorne bis hinten mehrfach und arbeite selber engagiert an den Texten. Und der Jahresbericht ist dann am Ende auch immer eine persönliche Note des oder der jeweiligen Wehrbeauftragten, was Einschätzungen angeht usw. Mit Sicherheit, wenn wir über die Evakuierungsoperation sprechen - ich war ja in Taschkent -, habe ich selbstverständlich auch sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch mal meine Einschätzung usw. - - Das ist also immer ganz viel Eva Högl auch in den Jahresberichten, jedenfalls logischerweise in meinen. Und deswegen wird es da auch Fassungen geben, wo ich noch dran gearbeitet habe.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun haben Sie auch eine parlamentarische Erfahrung. Sie können schon verstehen, dass wir an der Vollständigkeit der Akten, auch was solche Entwurfsveränderungen betrifft, ein grundsätzliches Interesse haben, vermute ich mal. Und deswegen wäre meine Bitte, ob Sie in Ihrer Behörde noch mal nachfragen könnten, ob gerade im Hinblick auf solche Vorgänge uns wirklich vollständig die Akten geliefert wurden.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Es wäre auch - wenn ich das sagen darf, Herr Abgeordneter - überhaupt kein Problem gewesen, wenn der Ausschuss an der Entstehung der Jahresberichte Interesse hat, das mal zu übermitteln. Also, wir haben alles geliefert, was wir dachten zum Untersuchungszeitraum gehört.

Und Vollständigkeit: Davon bin ich ausgegangen. Aber dass die Genese des Jahresberichtes den Ausschuss interessiert, das konnte ich nicht wissen. Das hätte mitgeteilt werden können, und - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Lieber Herr Kollege Röwekamp, ich bin auch nicht ganz sicher - wir müssen darüber, glaube ich, in einer internen Sitzung noch mal sprechen -, dass das Gegenstand dessen ist, was wir hier untersuchen. Gerade solche Entwurfsfassungen, soweit sie im Bereich der Verantwortlichen entstehen, sind ja keine Akten sozusagen, sondern das, was vorgelegt wird, ist das, was die Wehrbeauftragte macht. Also, ich bin da jedenfalls unsicher, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

man das so ohne Weiteres als Akten bezeichnen kann. Darüber sollten wir doch mal -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. Dann schlage ich vor, dass wir das intern noch mal beraten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: - intern beraten.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Aber wir kennen ja aus anderen Vorgängen auch beispielsweise Ministervorlagen, die einer Genese unterlagen -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Ja, ja, klar.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - und die uns zugeliefert worden sind. Insofern ist es offensichtlich unterschiedlich gehandhabt worden. Dann sollten wir schon noch mal darüber reden.

(MDg Hans-Ulrich Gerland  
(BT) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Nein, ich will ja da gar nicht - - Ich will nur sagen: Es sind ja keine Exekutivakten. - Aber Sie haben gerne das Wort.

**MDg Hans-Ulrich Gerland** (BT): Ich wollte nur sagen: Das ist natürlich ein parlamentarisches Dokument, das wir am Ende als parlamentarische Drucksache veröffentlichen. Wir sind keine Behörde; wir sind kein Gericht; wir sind keine der zum Beispiel in der Vorschrift erwähnten herausgabepflichtigen Stellen, möchte ich an dieser Stelle sagen.

Wir haben natürlich die Unterlagen, die wir hatten, zusammengestellt und Ihnen ohne Anerkennung einer Rechtspflicht übermittelt. Der Prozess einer Erstellung eines Berichts ist kein Aktenvorgang. Das ist ein Prozess, der über einen gewissen Zeitraum - - Und jeder weiß, wie Berichte gehen, wo einzelne Sätze noch mal überlegt werden. Das ist kein Aktenvorgang in dem Sinne.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Wir sind jetzt in öffentlicher Sitzung. Das war meine Vermutung

auch. Wir besprechen den Punkt noch mal intern, aber verfolgen den jetzt an dieser Stelle nicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Vielen Dank. - In dem Zusammenhang ist es auch so - das wollte ich jetzt auch noch mal nachfragen -: Sie waren ja - da haben Sie auch drauf hingewiesen - mit der Verteidigungsministerin und dem Generalinspekteur gemeinsam in Usbekistan. Das ist auch zweifelsohne richtig und wichtig gewesen. Wir haben allerdings zu diesem Vorgang auch keine Akten zugeliefert bekommen. Insbesondere Vorbereitung - - Also, Reiseplanungen interessieren uns auch nicht und Kostenabrechnungen auch nicht. Aber die Frage ist in diesem Zusammenhang, ob Sie sich daran erinnern, dass Sie auf diesen Besuch entweder durch Ihre Dienststelle oder durch das Ministerium in irgendeiner Weise inhaltlich vorbereitet worden sind.

**Zeugin Dr. Eva Högl**: Das Einzige, was ich dazu erinnere, ist, dass ich einen Anruf bekommen habe und Frau Kramp-Karrenbauer mich gefragt hat, ob ich mitkomme. Und dann ging das holterdiepolter. Dann kriegte ich eine Uhrzeit mitgeteilt, zu der ich am Flughafen zu sein hatte, und dann ging es rein ins Flugzeug. Und mehr war da nicht. Da gab es auch kein Programm, keine aufwendige Reisevorbereitung oder Sonstiges. Das war rein in den Flieger, raus aus dem Flieger, Gespräche führen, wieder rein in den Flieger und wieder ankommen. Mehr war da nicht. Da war also nichts, was man sonst üblicherweise macht an Programm oder sonst was, sondern das war alles in einer sehr, sehr schwierigen Situation. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich war sehr dankbar, dass die Ministerin mich mitgenommen hat, weil mir das die Möglichkeit gab, stellvertretend für die Abgeordneten dort die Situation unmittelbar aufzunehmen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Frau Dr. Högl, in einem Interview mit dem rbb Inforadio am 18. August 2021, das öffentlich noch im Internet verfügbar ist, haben Sie sich zu den Zuschriften mit Bezug auf Ortskräfte geäußert und Folgendes sinngemäß gesagt: Uns erreichen Hunderte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

E-Mails mit Anliegen von Ortskräften. - Und dann wörtlich: „Und da übertreibe ich nicht.“

Bei der Durchsicht der von Ihnen und Ihrer Behörde überlassenen Unterlagen konnten wir allerdings nur rund 15 Eingaben zu Ortskräften finden. Deswegen auch im Hinblick auf die Frage der Vollständigkeit der uns überlassenen Unterlagen: Hat es außer diesen 15, die Sie uns übermittelt haben, weitere Hunderte andere Vorgänge zu Ortskräften gegeben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das „uns“ ist in diesem Fall ein kollektives „uns“, das nicht nur das Amt der Wehrbeauftragten meinte und mich als Wehrbeauftragte. Wir haben zum Thema Ortskräfte alle Akten übermittelt, die wir haben. Und Sie erinnern das wahrscheinlich sehr gut noch oder alle, die damals in der Situation waren, dass wirklich auf allen Kanälen die Ortskräfte oder Bekannte von Ortskräften oder so versucht haben, Lösungen zu erreichen.

Wir haben die Fälle, die uns erreicht haben, alle ordnungsgemäß weitergeleitet an die zuständige Stelle. Das kam dann raus, dass der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Niels Annen, gesagt hat: Wir nehmen die alle. - Er hat zu mir gesagt: „Eva, schick mir alles; wir kümmern uns um die einzelnen Fälle“, weil das Auswärtige Amt die zuständige Stelle war. Und außerdem ist der Petitionsausschuss die Stelle, wenn wir nicht zuständig sind, an die wir entsprechende Anliegen weiterleiten. Weil wir eben für die Ortskräfte selbst nicht zuständig waren, sind wir so verfahren.

In dem Fall war das ein sehr kollektives „uns“.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wer außer Ihnen gehörte denn zu diesem „uns“? Die Bundesregierung oder -

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Die Bundesregierung, die Abgeordneten. Ich glaube, in dieser Zeit haben alle, die irgendwo an irgendeiner Stelle Verantwortung getragen haben, sei es in den Wahlkreisen oder bei Veranstaltungen oder an anderer Stelle, sei es von Hilfsorganisationen, in Flüchtlingsunterkünften oder so, Hinweise bekommen auf Menschen, die auf eine Rettung, auf Schutz

und Sicherheit gewartet haben. Das war eine sehr angespannte Situation, und viele Menschen haben gebangt, ob sie Schutz und Sicherheit bekommen und ihre Familien.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Und die Zahl „Hunderte“ ist eine nicht gezählte Zahl, sondern eine - - Oder wie ist die zustande gekommen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich meine, das ist - Sie haben es ja gesehen - ein Interview, in dem man die Dramatik einer Situation deutlich macht, und das ist nichts, was man in einem Untersuchungsausschuss Spitz auf Knopf dann darlegen kann. Ich habe Ihnen begründet, wie ich dazu gekommen bin. Es war eine dramatische Lage. Sie haben ja vielleicht auch wahrgenommen, dass mir das Schicksal der Ortskräfte sehr am Herzen liegt und immer lag und bis heute liegt. Und deswegen habe ich natürlich in diesem Interview auch dazu beigetragen, die Dramatik dieser Situation deutlich zu machen. Das heißt aber nicht, dass ich schriftlich Hunderte Ortskräfteanfragen im Amt der Wehrbeauftragten bekommen habe.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank. - In Ihrem Jahresbericht 2021 - das ist Bundestagsdrucksache 20/900 - stellen Sie sehr ausführlich das Ende des Afghanistan-Einsatzes auch dar und mahnen eben Aufarbeitung und Untersuchung an. Meine Fragen beziehen sich jetzt auf die Darstellung zu den Eingaben von Soldatinnen und Soldaten, die Sie unmittelbar in Ihrer Dienststelle bekommen haben. Können Sie sich noch daran erinnern, wie viele Eingaben Ihnen im Untersuchungszeitraum insgesamt zum Themenkomplex Afghanistan vorlagen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich habe ja in meinen einführnden Bemerkungen eben die Zahlen noch mal genannt. Also, ich hatte zum Komplex Afghanistan ja die Präsenz bei dem Ende des Afghanistan- - bei der Rückkehr nach Wunstorf. Über die Ortskräfte haben wir eben schon gesprochen. Dann gab es die Eingaben zur Ausrüstung - da hat Herr Vorsitzender ja schon mit mir drüber gesprochen - und vereinzelt noch mal was zu den Rahmenbedingungen oder so. - Das war die Situation.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Ich habe das ausgewertet. Es waren 31 nach meiner Zählung, und es waren 18, die sich auf originäre Probleme von Soldatinnen und Soldaten im Zusammenhang mit dem Einsatz bezogen haben. Dann waren weitere acht, die sich mit der bereits erörterten Frage „Empfang bei Rückkehr“, sage ich jetzt mal als Überschrift, befasst haben. Und es bleiben also insgesamt zehn Eingaben zu Problemen von Soldatinnen und Soldaten im Untersuchungszeitraum, die unmittelbar jetzt sozusagen mit der Frage des Endes des Afghanistan-Einsatzes zu tun hatten. Nun haben Sie vorhin gesagt, die Zahl für letztes Jahr waren 2 346 - keine Ahnung; habe ich so in Erinnerung.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** 2 343.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): 2 343; Entschuldigung. - Im Jahr 2021 waren es nach dem Bericht wohl über 2 600, von denen sich nur zehn, sage ich mal, jetzt mit Afghanistan beschäftigt haben. Wie würden Sie das noch mal bewerten, weil Sie das ja im Jahresbericht als einen Eingabeschwerpunkt bezeichnet haben? Also, am Ende zehn von 2 600 sind als Eingabeschwerpunkt in Ihrem Bericht benannt worden.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Könnten Sie so freundlich sein, mir die Passage noch mal - -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, klar.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich glaube, ich meinte damit, welchen Eingaben, die sich auf Afghanistan bezogen - - welchen Schwerpunkt die hatten. Aber Afghanistan war -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wir legen Ihnen das kurz vor. Wir legen das vor.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** - definitiv kein Eingabeschwerpunkt. Denn der Eingabeschwerpunkt lag im Jahr 2020 bei allen Fragen rund um die Pandemie.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Entschuldigung; wir reden über 2021.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ja, genau. Und ich wollte sagen: 21 war auch der Eingabeschwerpunkt weiterhin Pandemie, Amtshilfe, und der größte Teil der Eingaben bezieht sich immer auf das Thema Personal, also Beurteilung, Beförderung, Vereinbarkeit Familie und Dienst usw. - Ich lese das noch mal durch. Einen Moment. Wo haben Sie das mit dem Eingabeschwerpunkt?

(Die Zeugin liest in den ihr  
vorgelegten Unterlagen)

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wenn Sie mal eben schauen wollen auf -

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich habe zwar meine Brille auf. Aber wo steht das?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - Seite 18, also unter - -

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ja.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Da steht: „Eingabeschwerpunkte 2021“.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ah. Das heißt nicht, die Eingabeschwerpunkte aus dem Jahresbericht 2021, sondern die Eingabeschwerpunkte zum Komplex Afghanistan. Also: Was waren von der Handvoll Eingaben zu Afghanistan die Themen? So rum. Also, Afghanistan war also kein Eingabeschwerpunkt, sondern aus den Eingaben zu Afghanistan habe ich aufgeschrieben: Worum ging es bei den Eingaben?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - In dem Zusammenhang auch noch mal eine Frage zu Ihren Ausführungen zur Rückkehr und dem Empfang: Da haben Sie eben schon auf die Frage des Kollegen Stegner geantwortet, dass sozusagen am 30. Juni - so habe ich das verstanden - morgens eigentlich die übereinstimmende Auffassung war: Wir fahren da nicht hin. - So verstehe ich das jetzt mal. In Ihrem Jahresbericht üben Sie dennoch Kritik an diesem Vorgehen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und das, obwohl Sie morgens sozusagen an dieser Meinungsbildung mitgewirkt haben. Können Sie uns diesen Widerspruch noch mal darlegen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Selbstverständlich, sehr gerne. - Ich hatte dazu eben schon auf die Fragen des Herrn Vorsitzenden geantwortet, wie es zu dieser Einschätzung und zu dieser veränderten Einschätzung gekommen ist. Wir haben morgens alle zusammen im Verteidigungsausschuss zur Kenntnis genommen, wann die Soldatinnen und Soldaten dann in Wunstorf voraussichtlich eintreffen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Ministerin in den USA war. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Soldatinnen und Soldaten nach Auskunft der Verantwortlichen vermutlich ein Interesse daran haben, zügig zu ihren Familien zu kommen, und dass es wahrscheinlich besser wäre, eine stille Ankunft in Wunstorf zu haben, ohne großes Tamtam. Wir waren sogar der Auffassung, das wäre wahrscheinlich im Interesse der Soldatinnen und Soldaten.

Und erst danach setzte die Debatte ein. Danach gab es plötzlich eine intensive Diskussion darüber, dass die letzten Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan waren, mit dem letzten Flieger nicht würdig von politisch Verantwortlichen empfangen worden seien. Diese Diskussion war ziemlich heftig, weshalb ich dann bei meinen Gesprächen mit Soldatinnen und Soldaten danachgefragt habe, wie wichtig ihnen das gewesen wäre, wie sie die Diskussion beurteilen, ob das ihrer Meinung auch so ist.

Danach komme ich dann - und das habe ich im Jahresbericht auch so dargestellt - zu der Einschätzung, dass das - - Ich schreibe auch, glaube ich: Im Nachhinein betrachtet war das ein Fehler. - Ich habe es vorhin ja bei meinen einführenden Worten auch so gesagt. Das ist eine Ex-post-Betrachtung. Aber ich denke, es ist wichtig, das auch so zu qualifizieren als Fehler, um dann bei einer künftigen Rückkehr auch entsprechend anders zu handeln. Ich habe wahrgenommen, dass auch unseren Soldatinnen und Soldaten es sehr wichtig ist, wenn politisch Verantwortliche vor Ort sind, auch wenn es dann etwas länger dauert

in Wunstorf oder anderswo, bis sie zu ihren Familien kommen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich würde dann gern noch was zu den Eingaben im Zusammenhang mit der Visaerteilung für Ortskräfte fragen. Nach unseren Unterlagen und unserer Auswertung sind es insgesamt 13, die Sie uns übermittelt haben, für diesen betreffenden Untersuchungszeitraum. Nach Ihrer Kenntnis: Wer war eigentlich in der Bundesregierung federführend für die Visaerteilung im Ortskräfteverfahren?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das Auswärtige Amt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wir haben in unseren Unterlagen erstmalig gesehen, dass Sie ab 24. August die bei Ihnen vorhandenen Eingaben an das Auswärtige Amt weitergeleitet haben. Vorher sind die ans Verteidigungsministerium weitergeleitet worden. Wie kam es dazu, dass Sie die zunächst ans Verteidigungsministerium weitergeleitet haben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Wir leiten grundsätzlich die Eingaben an das Verteidigungsministerium mit der Bitte um Stellungnahme, weil das unsere Stelle ist, von der wir Stellungnahmen erbitten, also meistens über das Referat „Parlament und Kabinetttangelegenheiten“. Manchmal aber auch bei anderen Eingaben - nur um das ergänzend zu sagen - leiten wir auch ein über entsprechende Stellen der Bundeswehr direkt. In diesem Fall aber ans Verteidigungsministerium; war ja eine hoch politische Frage auch. Und ich hatte eben schon dargestellt: Später - jetzt haben Sie gesagt, das muss dann im August gewesen sein - kam dann die Nachricht von dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Niels Annen, dass das alles gesammelt würde beim Auswärtigen Amt, und es wurde dann gesagt: Am besten direkt ans Auswärtige Amt schicken, weil dort die Namen bekannt waren, weil dort Listen erstellt wurden. - Und es gab ja auch Ortskräfte, die haben sich an verschiedene Stellen gewandt: an Abgeordnete, an uns; die haben verschiedene Schreiben geschickt oder Gespräche gesucht. Und das Auswärtige Amt hat dann gesagt: Wir sind die Stelle; wir nehmen uns der Anliegen der Personen an, und wir koordinieren auch, dass die Person dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

aufgenommen wird auf eine Liste oder Unterstützung bekommt oder wie auch immer. - Das heißt, es war dann der einfachere, bessere Weg - und so wurde das vom Auswärtigen Amt auch kommuniziert -, es direkt ans Auswärtige Amt zu schicken.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nur damit ich das noch mal verstehe: Sie sind ursprünglich davon ausgegangen, Sie leiten das ans Verteidigungsministerium weiter, und von dort aus wird es an zuständige Stellen weitergeleitet? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Genau. Ich leite auch nicht immer bunt und vielfältig an diverse Stellen der Bundesregierung, sondern wir wenden uns immer an das Bundesministerium der Verteidigung, und wenn dann von dort aus andere Stellen zu beteiligen sind, wird es von dort aus gemacht, sodass wir dann eine Stellungnahme der Bundesregierung bzw. der zuständigen Stellen bekommen. Aber das war ein Sonderfall, und das Auswärtige Amt hatte eben kommuniziert, dass es alles über Staatsminister Niels Annen läuft und sein Büro.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann würde ich für diese Runde meine letzte Frage stellen. Sie führen in Ihrem Jahresbericht 2021 aus - Zitat -:

„Die Wehrbeauftragte setzte sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine zügige und erleichterte Einreise der Ortskräfte und ihrer Familienangehörigen ein.“

Können Sie uns noch mal beschreiben, wie Sie das persönlich gemacht haben, mit wem Sie welche Gespräche für Ortskräfte geführt haben und mit welchem Nachdruck Sie das entsprechend verfolgt haben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das sage ich Ihnen gerne. Ich ergänze noch mal, dass ich natürlich als Wehrbeauftragte für Ortskräfte grundsätzlich nicht zuständig bin - ich habe das ja eben schon erläutert -, dass aber unseren Soldatinnen und Soldaten das Schicksal der Ortskräfte alles andere als egal ist und egal war und sie sich sehr

dafür engagiert haben, sodass ich meine Möglichkeit genutzt habe, sei es, mit dem Ministerium auch Gespräche zu führen. Der damalige Parlamentarische Staatssekretär Stephan Mayer hat auch mal eingeladen zu einer, wie er es genannt hat, informellen Runde zu Ortskräften. Da hat er auch mich - da war ich dann schon Wehrbeauftragte, obwohl wir uns vorher aus der Zusammenarbeit im Innenbereich kannten - mal dazu gebeten, damit da über das Verfahren gesprochen wurde. Und ich habe meine Möglichkeiten genutzt, sowohl mit dem damaligen Parlamentarischen Staatssekretär Tauber oder dann Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Silberhorn, mit der Ministerin - - Ich habe das verfolgt. Ich habe meine Möglichkeiten genutzt, obwohl nicht originär zuständig, dafür zu werben, dass es gute Lösungen gibt, dass man die Namen der Ortskräfte kennt, dass man eine zügige Gefährdungsanalyse macht, dass man eine zügige Prüfung der Papiere macht, dass man den Ortskräften Schutz und Sicherheit gibt. Weil wir merkten ja alle: Die Situation wurde immer gefährlicher in Afghanistan. Es war ein drängendes Problem.

Und vielleicht darf ich Ihnen noch sagen, dass ich auf dem Rückflug von Taschkent dem Generalinspekteur und der Bundesministerin der Verteidigung gesagt habe, dass sie bitte, bitte in künftigen Fällen darauf hinwirken, dass wir von Anfang an die Namen der Ortskräfte wissen, dass wir wissen, wer für die Bundeswehr gearbeitet hat, und dass nicht erst, wenn es brenzlig wird, mühsam herausgefunden werden muss, wer uns Dienste geleistet hat. Und sie haben mir beide noch auf dem Rückflug von Taschkent nach Wunstorf zugesichert, dass sie schnellstmöglich bezogen auf den Einsatz in Mali eine Liste der dort durch die Bundeswehr angestellten, engagierten Ortskräfte erstellen werden, damit wir für künftige Fälle vorbereitet sind.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Das Fragerecht geht zu Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Limburger.

**Helge Limburger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Frau Dr. Högl. - Vielleicht zu Beginn der Befragung nur ein Hinweis, damit Sie sich auch nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wundern, warum wir vieles zum Verteidigungsausschuss fragen: Nach unseren Informationen war von den anwesenden Abgeordneten keiner in der vergangenen Wahlperiode Mitglied des Verteidigungsausschusses - insofern sind Sie sozusagen tatsächlich die Einzige -, und mehrere der Kolleginnen und Kollegen, mich selber eingeschlossen, waren noch nicht mal Mitglied des Bundestages. Also, insofern sind es echte Fragen und nicht ein Abgleich von Veranstaltungen, wo beide dabei waren. - Es war mir nur einmal wichtig, das noch mal klarzustellen.

Ich würde gern anknüpfen an die Fragen des Kollegen Röwekamp zum Thema Ortskräfteverfahren. Sie haben unter anderem ausgeführt, es hätte dann - ich darf, glaube ich, verraten, dass Sie nicht die Erste waren, die Ähnliches berichtet hat - ein ziemliches Hin und Her zwischen den Ministerien gegeben. Können Sie das aus Ihrem Erleben, aus Ihrem Kenntnisstand näher ausführen? Sie haben ja jetzt beschrieben sozusagen, wie dann die Klärung war. Okay, Staatsminister Annen hat gesagt: Gebt mal alles zu mir. - Aber welche weiteren Ministerien waren beteiligt? Wie gestaltete sich das Hin und Her? Können Sie das ein bisschen ausführen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich antworte auf Ihre Frage, Herr Abgeordneter, auch aus vergangener Zuständigkeit. Ich habe ja eben schon dargelegt, dass ich das Ortskräfteverfahren auch bereits betrachtet hatte in der Zuständigkeit in der Innenpolitik. Es war eine Klärung notwendig zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium des Innern. Ich habe schon damals in der frühen Phase wahrgenommen, dass das Verteidigungsministerium sehr darauf gedrungen hat, eine Verantwortung für die Ortskräfte wahrzunehmen. Ich habe das also ausdrücklich so wahrgenommen, dass es dem Verteidigungsministerium sehr am Herzen lag, ein gutes Verfahren zu finden, das Schutz und Sicherheit möglichst vielen Ortskräften gewährleistet, und auch die Diskussion, wer einbezogen wird in das Ortskräfteverfahren, welche Personengruppe, beispielsweise welchen Zeitpunkt man auswählt, ab wann man die Ortskräfte als schutzbedürftig ansieht, ein wichtiger Ge-

sichtspunkt war, auch wie die Gefährdung definiert wird, was man dafür benötigt, für diese Gefährdungsprüfung.

Und - also, das ist sehr subjektiv; aber ich sage es jetzt hier trotzdem mal - ich habe das als sehr bürokratisch und sehr quälend empfunden, diesen Einigungsprozess zwischen den drei beteiligten Ministerien. Ich verrate, glaube ich, auch kein Geheimnis, wenn ich sage, dass das Bundesinnenministerium nicht daran interessiert war, möglichst viele Ortskräfte nach Deutschland zu holen, und das Auswärtige Amt auch nicht übermäßig hilfreich war, pragmatische Lösungen jenseits eines regulären Visaverfahrens zu finden. Deswegen hat es auch so lange gedauert, um dort - - Und deswegen komme ich in meinem Jahresbericht, dann in veränderter Funktion, das Thema ein bisschen mitgenommen habend, auch zu der Bewertung, dass eben das gefundene Verfahren nicht dazu geführt hat, dass alle Ortskräfte, die das meiner Meinung nach verdient hätten, auch den Schutz und die Sicherheit bekommen haben.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Sie haben ja auch mal auf der anderen Seite eines Untersuchungsausschusses gesessen und wissen, dass innere Tatsachen auch zum Befragungsgegenstand gehören können. Insofern: Ich hatte nach dem Eindruck gefragt, und Sie haben den geschildert. Ich sehe da kein Problem.

Haben Sie aus Ihrer Abgeordnetentätigkeit oder dann aus Ihrer Tätigkeit als Wehrbeauftragte irgendwann, zu irgendeinem Zeitpunkt das Bundeskanzleramt mal in diesem Prozess, in diesem Diskussionsprozess, den Sie als sehr kritisch - - wahrgenommen in irgendeiner Rolle?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Nein, das habe ich nicht wahrgenommen. Ich will Ihnen aber sagen, dass ich das gut gefunden hätte; denn immer, wenn mehrere Ministerien, in dem Fall drei, nicht zu einer vernünftigen Lösung in einer absehbaren Zeit kommen, ist das Bundeskanzleramt gefragt mit seiner Richtlinienkompetenz und mit seiner Koordinierungsaufgabe. Und nein, das Bundes-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kanzleramt hat sich jedenfalls nach meiner Wahrnehmung in der Zeit als Abgeordnete - und dann als Wehrbeauftragte war ich nicht mehr nah genug dran - aber nicht eingeschaltet.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Dann würde ich gern den Komplex Ortskräfteverfahren für den Moment verlassen und zum Bereich Ihrer Reisen bzw. geplanten Reisen kommen. Sie hatten das angesprochen - ich habe mir mitgeschrieben -, dass Sie am 10. Mai 2021 ein Gespräch hatten mit dem zuständigen General über eine eigentlich geplante Reise nach Afghanistan, die Sie dann abgesagt haben aus verschiedenen von Ihnen dargestellten Gründen. Handelte es sich dabei um die Reise, die für den 16./17. Juni 2021 geplant war nach Masar-i-Scharif, oder war das noch mal eine andere Reise?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Nein, ich hatte gar keine konkrete Reise geplant, weil ich ja, wie gesagt, gar nicht reisen konnte wegen der Pandemie. Ich habe dann - nur als Ergänzung zur Einordnung - meine erste Reise in ein Einsatzgebiet - in dem Fall nach Litauen; das war das erste Land, wo es dann ging, mit den Voraussetzungen, die dann bestanden - erst im Juli 2021 gemacht.

Aber mich hat das beunruhigt, dass in Afghanistan so viel los ist, so viel passiert, so viel ungewiss ist, die Lage unserer Soldatinnen und Soldaten. Deswegen hat es mich - ich habe es ja eben gesagt - sehr genervt, dass ich nicht hinfahren konnte, weil ich meinen Platz als Wehrbeauftragte dort sehe, wo unsere Soldatinnen und Soldaten Unterstützung brauchen, oder auch, um aufzunehmen, wie es ihnen geht. Und deswegen habe ich gedacht, in dieser - - Das war ja die Zeit, wo es kritisch wurde auch, April, wo dann die Frage war: Wann geht es jetzt - - Wann beginnt der Rückzug?

Deswegen habe ich dann beschlossen, Herrn General Meyer anzurufen. Und da habe ich sehr wortreich ihm gesagt: Bitte, Herr General, geben Sie mir eine wirklich ehrliche Einschätzung: Ist es wichtig, dass ich komme? Reicht es, wie wir Kontakt halten, über Videokonferenz und Tele-

fon? Oder wäre es auch ein Zeichen der Wertschätzung, des Interesses und der Wahrnehmung meiner Aufgabe, wenn ich nach Afghanistan reise? - Und er hat dann - - Also, ich meine, das fällt einem General nicht leicht, der Wehrbeauftragten zu sagen: Bleiben Sie mal lieber zu Hause. - Deswegen haben wir etwas länger telefoniert, weil die Bundeswehr auch immer alles möglich macht, und wenn ich den Wunsch äußere, dann wird eigentlich direkt losgelegt, das zu machen. Aber er hat mir zum Beispiel berichtet, dass er in dieser Phase sehr viel Besuch von Politikerinnen und Politikern hat. Er hat mir beispielsweise geschildert, dass die niederländische Verteidigungsministerin noch mal kommt, dass auch der Außenminister gerade da war - der hatte, glaube ich, gerade rund um den Mai auch eine Reise -, und er hat gesagt: Ehrlich gesagt, das verursacht hier so viel Aufregung, das bindet so viel Kräfte; ich richte Ihre Grüße aus, ich halte Sie informiert; Sie würden mir einen Gefallen tun und unseren Soldatinnen und Soldaten, wenn Sie nicht reisen.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das ist ja in der Tat wichtig, dass man auch offenes Feedback bekommt. - Ich würde Ihnen gerne eine Akte vorhalten, eine Aktenkopie vorlegen, und zwar ist das, Herr Vorsitzender, MAT A BKA-2.326 VS-NfD, Blatt 273 ff. bzw. dann 406 ff. Da geht es nämlich um eine geplante Reise. Darauf hatte ich gerade Bezug genommen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Das ist ja nicht aus Ihren Akten. Es sind Akten des Bundeskriminalamtes, und da geht es offensichtlich um die Sicherheitsplanung einer Reise der Wehrbeauftragten, also von Ihnen, nach Masar-i-Scharif, vom Abflug am 16.06.2021, 17.06.2021.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ja.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Deswegen hatte ich gefragt, ob das die besagte Reise gewesen sein könnte, die Sie im Mai mit General Meyer erläutert hatten, oder welche



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Reise das sonst ist - sie kam offensichtlich nicht zustande -, also welche geplante Reise.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das ist ganz interessant, was ich jetzt lese. Ich hatte geplant, nach Afghanistan zu reisen. Aber ich erinnere mich jetzt nicht, dass dafür schon ein konkretes Datum vereinbart war und ein Reiseweg über Tiflis. Aber das passiert auch folgendermaßen: Also, die Bundeswehr legt auch mit Planungen dann schon los. Und dass ich das BKA um Prüfung der Gefährdung gebeten habe, das kann gut sein, ja.\* Die machen das ja auch immer schon sehr frühzeitig. Also, es war bekannt, dass ich nach Afghanistan reisen wollte, und ganz offensichtlich ist hier schon losgelegt worden mit den Planungen. Ich habe dann eben diese Planungen gestoppt nach dem Telefonat mit General Meyer. Aber dass das schon so konkret war: Entweder erinnere ich mich daran nicht, oder das war schon prophylaktisch für eine mögliche Reise, und das hätte man mir dann offeriert als mögliche Planung.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, alles klar. Wie gesagt, ich hatte ja gesagt, ist es ja auch nicht aus Ihrem Aktenbestand, sondern aus dem Bundeskriminalamt; genau. Deswegen frage ich das. - In der Tat bezieht sich die Frage dann auch - - Das ist Blatt 408 des Konvoluts. Das würde ich gerne mal kurz vorlesen.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das habe ich jetzt hier nicht.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das Blatt 408 ist da nicht mit bei?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Bei mir endet es mit 405.

(Ein Mitarbeiter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt der Zeugin einen Hinweis)

- Ach, da. Alles klar. Ich hatte die roten Zahlen. - Gefunden.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ja, alles gut. In Rot wäre es 397, aber ja. Also Blatt 408. Es geht um die Gefährdungsanalyse des

Bundeskriminalamtes der Bedrohungslage vor Ort. Und dann der fettgedruckte Hinweis:

**„Es liegt ein Warnhinweis vor:  
Bei einem nicht mit den Taliban  
abgestimmten Verbleib der deutschen  
Streitkräfte in Afghanistan  
über den 30.04.2021 hinaus wird  
ein Angriff auf vor Ort befindliche  
deutsche und internationale  
Kräfte bzw. das Camp Marmal als  
nahezu sicher bewertet (Zeitraum  
der Bedrohung: ab 01.05.2021;  
Art der Bedrohung: IDF/Direkter  
Angriff).“**

Ich gehe nach Ihren vorherigen Ausführungen davon aus, dass Ihnen diese Gefährdungsanalyse nicht bekannt war, weil Ihnen der ganze Vorgang nicht bekannt war?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Diese Gefährdungsanalyse bezogen auf eine Reise von mir, eine geplante Reise, nach Afghanistan ist mir nicht bekannt, weil mir dieser Vorgang nicht bekannt ist und diese Analyse. Was mir aber selbstverständlich bekannt ist aus den Diskussionen im Verteidigungsausschuss, ist, dass genau das angenommen wurde - dass bis dahin es ja auch keine Angriffe auf internationale Kräfte gab, sondern die Taliban die afghanischen Sicherheitskräfte und die afghanischen Streitkräfte angegriffen haben, aber eben bis dahin nicht internationale, aber dass das die Erwartung war, wenn man länger als mit den Taliban vereinbart dort bleibt, dass sich dann die Angriffe der Taliban auch auf die internationalen Kräfte ausweiten würden. Also, die grundsätzliche Analyse ist mir also bekannt, aber nicht bezogen auf eine geplante Reise von mir.

**Helge Limburger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Aber das heißt - - Dann haben Sie im Prinzip meine nächste Frage schon vorweggenommen. Verstehe ich Sie richtig? Dieser Gefährdungshinweis, der ja schon sehr deutlich ist, sehr klar, weil ein Angriff unmittelbar erwartet wird, der deckt sich auch mit dem, was Sie aus dem Verteidigungsausschuss und anderen Stellen wahrgenommen haben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Definitiv. Das deckt sich. Also, diese Analyse ist deckungsgleich mit dem, was uns auch mitgeteilt wurde.

Ich will aber noch mal kurz betonen: Mein Beweggrund, von der Reise abzusehen, war der dann forcierte Rückzug der deutschen Kräfte und das Bestreben, nicht hinderlich zu sein bei diesem Rückzug und bei dieser Verlegung der Kräfte und des Materials und da nicht Platz zu okkupieren und Aufmerksamkeit zu absorbieren und Kräfte zu binden, die an anderer Stelle dringender gebraucht wurden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur AfD.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von mir Guten Abend, Frau Dr. Högl, und vielen Dank, dass Sie zur Verfügung stehen.

Sie haben ja jetzt schon viele Fragen beantwortet. Ich beziehe mich auf die eine oder andere. Sie haben dargestellt auf die Frage, ob Sie sich ausreichend informiert gefühlt haben in Ihrer Einführung als Wehrbeauftragte und dann in den einzelnen Fragestellungen. Ich habe jetzt Ihren Ausführungen entnommen, dass Sie das sehr positiv beantwortet haben. Also, wenn ich Sie jetzt fragen würde: Was würden Sie sich wünschen oder was würden Sie erwarten, jetzt auch nach den Erfahrungen, die Sie haben, wie Sie noch besser informiert werden könnten vom BMVg, aber auch vielleicht von anderen Ressorts?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich hatte ja eben schon ausgeführt, Herr Abgeordneter, dass ich das für unbedingt erforderlich halte, dass die Abgeordneten ausführlich und unaufgefordert auch von den Ministerien entsprechend informiert werden, und dass ich es auch für richtig halte, dass das Thema „Lage in den Einsatzgebieten“ regelmäßig mit ausreichend Zeit im Verteidigungsausschuss diskutiert wird. Ich nehme auch wahr, dass es bei der Information sowohl damals im Verteidigungsausschuss als auch jetzt immer so angelegt ist, dass zunächst die politischen Rahmenbedingungen erörtert werden und es dann immer einen Teil gibt, wo militärisch Verantwortliche noch

mal ausführen zu den militärischen Gegebenheiten, zu konkreten Details, die eben aus militärischer Sicht zu beurteilen sind oder mitzuteilen sind. Und so war die Aufteilung damals auch: einführende Bemerkungen der Parlamentarischen Staatssekretäre und dann Äußerungen des Generalinspektors bzw. von General Schütt als damaliger Leiter SE.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank. - Zweites Thema: Mir ist nicht - und deswegen frage ich nach - ganz klar, wie die Abfolge bei der Rückkehr der letzten Soldaten am 29. Juni 21 in Wunstorf war. Also, nach meiner Kenntnis ist diese Maschine am Nachmittag des 29. Juni in Wunstorf gelandet, und Sie haben beschrieben, wie am 30. Juni, also einige Stunden später - 9 Uhr morgens ist der Ausschuss, wenn ich das richtig erinnere oder richtig weiß -, im Verteidigungsausschuss entschieden worden ist, dass außer General Pfeffer keiner von der Führung oder von der politischen Führung teilnimmt. Das macht doch keinen Sinn. Das sind Stunden später. Oder habe ich das falsch verstanden?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Da müsste vielleicht noch mal ein Abgleich der Daten stattfinden, weil die letzte Maschine und diese Ankunft in Wunstorf bei Anwesenheit von General Pfeffer war am 30. Juni, nicht am 29. Die Rückkehr nach Wunstorf der letzten deutschen Soldatinnen und Soldaten war am 30. Juni. Deswegen ist das ja auch so, dass wir da alle zusammensaßen - und das erinnere ich sehr gut - morgens um 8 Uhr zu dieser Sondersitzung wegen des Anschlags in Mali, den es gegeben hatte, dass wir da die Information bekamen, dass die letzte Maschine in der Luft sei und dann am Nachmittag in Wunstorf landen würde.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also wäre es auch, sagen wir mal, sehr schwierig zu organisieren gewesen, von Berlin aus dann noch nach Wunstorf zu kommen an dem Tag?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das hat gar nicht die entscheidende Rolle gespielt. Also, es ist nicht diskutiert worden, wie schnell man noch nach Wunstorf kommen kann von Berlin und ob der Zeitpunkt noch zu erreichen ist, sondern man



## Nur zur dienstlichen Verwendung

war sich in der Runde - - Und das ist im Übrigen - das will ich noch mal ganz deutlich sagen - unwidersprochen geblieben. Also, es gab kein großartiges Hin und Her hinsichtlich dieser stillen Ankunft dann in Wunstorf, sondern man hat das Datum und die Uhrzeit, die vermutliche, die geplante Rückkehr zur Kenntnis genommen und dann, wie von mir beschrieben, erörtert, dass die Ministerin nicht da ist, die Abgeordneten das vorher nicht wussten, und sich dann entschieden - vor dem Hintergrund: die Soldatinnen und Soldaten wollen ohnehin schnell zu ihren Familien -, dass eben General Pfeffer derjenige ist, der dann die Soldatinnen und Soldaten in Empfang nimmt, und eben keine politisch Verantwortlichen auch noch nach Wunstorf reisen. Aber ich sage nur im Nachhinein betrachtet - noch mal: wieder ex post -: Es wäre durchaus möglich gewesen, wenn man es gewollt hätte, in der Zeit bis zur Ankunft, die dann tatsächlich stattgefunden hat, noch nach Wunstorf zu reisen. So weit ist es von Berlin aus ja nicht.

**Joachim Wundrak (AfD):** Na gut. Aber auch Ihnen persönlich ist es in dem Moment eben halt nicht, sage ich mal, eingefallen, zu sagen: Okay, jetzt setze ich andere Schwerpunkte. - Sie haben geäußert auf Anfrage, dass Sie in Trollenhagen bei einer Übung gebunden waren an dem Tag.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Wir hätten alle natürlich unsere Pläne verändert und verändern müssen. Es war aber Einvernehmen in der Sitzung, in dieser Sondersitzung des Verteidigungsausschusses. Also, es gab darüber also keine Debatte. Ich will das ganz ausdrücklich noch mal sagen, weil ich ja so erstaunt war, als die Debatte danach einsetzte. In dieser Sitzung haben wir aber, bevor wir über den Anschlag in Mali gesprochen haben, erst noch mal eine Runde über die Situation in Afghanistan, über die Rückkehr gesprochen. Wir haben das erörtert gemeinsam. Ich meine auch, dass ich in der Sitzung noch mal zur Bedeutung des Afghanistan-Einsatzes mich zu Wort gemeldet habe, wenn ich das richtig erinnere, zur Notwendigkeit der Nachbereitung, der ausreichenden Würdigung, der Evaluierung - das sind ja so meine Themen auch gewesen im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Einsatz - und dass man die Bedeutung dieses Einsatzes eben

entsprechend dann auch würdigt. Aber es gab keine Debatte darüber in dieser Sitzung, dass es doch eigentlich richtig wäre, wenn wir Abgeordnete plus Wehrbeauftragte oder ohne Wehrbeauftragte, wie auch immer, nach Wunstorf fahren würden, sodass wir alle dann unsere Pläne weiter so gemacht haben. Und ich bin eben dann von dort aus nach Trollenhagen gefahren, um das Kommando Spezialkräfte des Heeres bei einer Übung - Black Star - zu beobachten und zu schauen, wie die Übung läuft.

**Joachim Wundrak (AfD):** Letzte Nachfrage dazu: Die Entscheidung ist quasi von den Vertretern des BMVg so vorgeschlagen worden, und es gab keinen Widerspruch. Ist das so richtig? Es ist also entschieden worden im Prinzip im Hause BMVg, dass die Soldaten keine weitere Würdigung erwarten und dass es im Sinne der Soldaten wäre, eben halt nicht nach Wunstorf zu gehen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich habe das nicht als Vorgabe des BMVg empfunden. Aber das BMVg hat natürlich mit der Bekanntgabe, dass die Ministerin selber die Soldaten nicht empfangen kann, weil sie in den USA war zum damaligen Zeitpunkt, wahrgenommen, dass dann eine Ebene drunter, also möglicherweise ein Parlamentarischer Staatssekretär oder so, hätte anwesend sein können. Aber ich habe das nicht als konfrontativ empfunden. Es war wirklich Einvernehmen darüber, dass niemand - so war die Verständigung: niemand - aus dem Kreis der dort Anwesenden nach Wunstorf reist. Deswegen bin ich auch nicht auf die Idee gekommen. Weil sonst hätte man im Kreis der Abgeordneten sagen können: Okay, wir reisen nicht. Aber Frau Högl, möchten Sie vielleicht als Wehrbeauftragte anwesend sein? - Die Möglichkeit hätte bestanden. Das ist aber nicht so eingeschätzt worden. Deswegen sage ich ja auch noch mal: Erst danach setzte diese Diskussion ein, dass man sich empörte darüber, dass die Soldaten zurückkehren ohne entsprechende politische Anwesenheit. Diese Debatte gab es zu dem Zeitpunkt nicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur FDP.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Peter Heidt (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Frau Dr. Högl. Ich muss jetzt dann doch mal an der Stelle - wie soll ich sagen? - einhaken. Es gibt einen Vermerk im BMVg im Juli 2021 - das ist MAT A BMVg-4.1108 VS-NfD, Blatt 110 - anlässlich der Berichtsbitte meines Kollegen Alexander Müller. Es ging dabei um die Frage, das BMVg habe die Ankunft des letzten Einsatzkontingents deshalb nicht frühzeitig mit den MdB des Verteidigungsausschusses geteilt, da die Verteidigungsministerin selbst aufgrund einer Reise nicht vor Ort sein konnte und deshalb keine Bilder ohne sie selbst von der Rückkehr des Kontingents haben wollte.

Und jetzt kommt der Punkt, der mich dann schon - - Ja, wie soll ich sagen? Im Verteidigungsausschuss war ja dort mitgeteilt worden, dass man aufgrund der Bitte der Soldaten eine stille Ankunft durchgeführt habe. Das deckt sich auch mit dem, was mir meine Fraktionskollegen gesagt haben. Ja, man hat keine Diskussion geführt, weil vom BMVg gesagt worden ist: „Die Soldaten wünschen eine stille Ankunft“, und das haben dann die Mitglieder des Verteidigungsausschusses akzeptiert, weil sie gedacht haben, das wäre der Wunsch der Soldaten. Können Sie das bestätigen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ja, und da sehe ich auch keinen Widerspruch.

**Peter Heidt (FDP):** Okay.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das ist so übermittelt worden als Wunsch der Soldatinnen und Soldaten, dass sie schnellstmöglich - das hatte ich eben auch schon ausgeführt - zu ihren Familien wollen, dass das ihr Interesse ist. Und das hat die Abgeordneten dann auch bewogen, davon Abstand zu nehmen, nach Wunstorf zu fahren oder das überhaupt zu überlegen.

Es ist immer spekuliert worden, ob das damit zusammenhängt, dass Frau Kramp-Karrenbauer selber eben nicht in Wunstorf sein konnte. Das haben Sie ja eben auch noch mal vorgetragen aus dieser Notiz. Aber ich meine, die Abgeordneten lassen sich ja nicht vom BMVg davon abhalten, Soldatinnen und Soldaten zu begrüßen, wenn sie

das für sinnvoll erachten, und setzen sich gegebenenfalls auch über einen durch das BMVg geäußerten Wunsch der Soldatinnen und Soldaten hinweg. Aber diese Stimmung ist gar nicht aufgekommen. Das ist also so akzeptiert worden. Das ist zur Kenntnis genommen worden. Das hat auch überzeugt, sodass in dieser Situation in dem Ausschuss da in dieser Sondersitzung darüber keine streitige Diskussion entstanden ist - hinterher.

**Peter Heidt (FDP):** Ja. - Ich will auf das Ortskräfteverfahren noch mal dann jetzt zurückkommen. Sie hatten ja gesagt, dass Sie das schon in Ihrer früheren Position interessiert hat. Das Ortskräfteverfahren war ja schon vor 2021, auch schon vor 2020 Diskussionspunkt gewesen; man hat immer wieder angemahnt, man will es vielleicht verbessern. Haben Sie dann in Ihrer Eigenschaft als Wehrbeauftragte das Thema angesprochen beim BMVg, oder haben Sie sich im Prinzip erst dann sozusagen damit befasst, als in Afghanistan das so aktuell wurde? Oder haben Sie versucht, beim BMVg zu erreichen, dass dort eine Änderung eintritt beim Ortskräfteverfahren?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, zunächst einmal bin ich ja für Ortskräfte nicht zuständig, um das noch mal zu sagen.

**Peter Heidt (FDP):** Ja, klar.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Deswegen: Da muss ich auch drauf achten, wofür ich zuständig bin. Ich habe das Thema ja - das habe ich beschrieben - so ein bisschen mitgenommen aus vorheriger Tätigkeit - und dann in der Kombination mit einem wahrgenommenen Interesse unserer Soldatinnen und Soldaten, was das Schicksal der Ortskräfte angeht. Das kam dann zusammen.

Und ich habe meine Möglichkeiten genutzt, mit dem Ministerium über das Ortskräfteverfahren zu sprechen. Ich hatte erwähnt, dass Herr Parlamentarischer Staatssekretär damals, Stephan Mayer, mal eingeladen hat zu einer Sitzung - er nannte es „informelles Gespräch“ - zum Thema Ortskräfteverfahren. Ich habe an den Diskussionen im Verteidigungsausschuss teilgenommen und habe mich natürlich - so habe ich es im Jahresbericht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann ja auch beschrieben - im Rahmen meiner Möglichkeit für ein gutes Verfahren durch einfach Äußerungen oder Nachfragen oder so eingesetzt und die Diskussion verfolgt und mich dafür interessiert.

**Peter Heidt (FDP):** Es gab in 21 einen Antrag der Grünen. Der ist dann am 23. Juni 21 auch debattiert worden. In diesem Antrag haben die Grünen gefordert, ein Gruppenverfahren durchzuführen zur großzügigen Aufnahme afghanischer Ortskräfte. Waren Sie damals bei der Debatte anwesend am 23. Juni 2021? War ein Mittwoch! Ich weiß es genau, weil parallel hat Deutschland gespielt; deswegen weiß ich das so genau.

(Heiterkeit)

Ich war natürlich im Plenum und nicht - -

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich war auf jeden Fall am 23. Juni 2021 im Plenum, weil dort zu Beginn der Tagesordnung mittags eine Aktuelle Stunde zum Thema -

**Peter Heidt (FDP):** Richtig.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** - „Ende des Afghanistan-Einsatzes“ stattgefunden hat mit einleitenden Worten des damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Schäuble unter Anwesenheit von Soldatinnen und Soldaten auf der Ehrentribüne. Ich weiß das deshalb so genau, weil mich seitdem auch sehr beschäftigt, dass diese Aktuelle Stunde zu einer prominenten Zeit, zu Beginn der Plenardebatte, in der öffentlichen Wahrnehmung überhaupt nicht stattgefunden hat. Daher kam ja dann auch die Debatte hinterher, so nach dem Motto: Die Abgeordneten interessieren sich überhaupt nicht für das Ende des Afghanistan-Einsatzes; es gibt keine Wertschätzung für unsere Soldatinnen und Soldaten.

Und ich habe im Gespräch mit den Soldatinnen und Soldaten immer darauf hingewiesen, dass wir diese Aktuelle Stunde hatten, dass Herr Dr. Schäuble sehr viel zum Afghanistan-Einsatz gesagt hat, auch die Abgeordneten, dass eine Delegation von Soldatinnen und Soldaten anwe-

send war. Und das ist komplett unter der Wahrnehmungsschwelle durchgelaufen. Das hat weder in den Medien irgendeine Resonanz gehabt, noch hat das die Soldatinnen und Soldaten erreicht. Deswegen weiß ich nicht genau, ob ich zur Beratung des Antrags der Grünen zum Thema Ortskräfte anwesend war. Ich würde aber mal sagen: Es hat eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass ich auch zu diesem Tagesordnungspunkt im Plenum war.

**Peter Heidt (FDP):** Ja. - Ich kann mich daran auch erinnern; ich war nämlich da auch anwesend, bei beiden Tagesordnungspunkten. - Der Antrag ist dann abgelehnt worden von der Koalitionsmehrheit und der AfD. Können Sie sich - - Oder was ist Ihr Empfinden davon, dass man damals sozusagen von der Koalition nicht gesagt hat: „Mensch, da ist ein Antrag - - Ich weiß, unsere Anträge werden immer abgelehnt. Aber da stand ja viel Vernünftiges drin. Da ist auch im Prinzip nach meiner Kenntnis von dem, was da drin stand, nichts aufgenommen worden von der Bundesregierung. Wissen Sie noch, was Sie da empfunden haben? Denn das war ja schon ein Problem im Juni, Ende Juni 21.“

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich hatte ja eben auch schon zum Ausdruck gebracht, dass mir das Thema Ortskräfte auch persönlich - jetzt mal unabhängig von der jeweiligen - - als Abgeordnete, als Wehrbeauftragte - sehr am Herzen liegt und ich auch den Meinungsbildungsprozess der Bundesregierung als quälend empfunden habe und deswegen natürlich viel Sympathie für eine großzügige Aufnahme der Ortskräfte hatte. Das ist aber ein übliches Verfahren, dass die Koalition versucht, selber eine Lösung zu finden. Und das ging ja gerade hin und her. Das hatte ich auch schon beschrieben, wie sich das aus meiner Sicht dargestellt hat zwischen den drei Ministerien. Das ist ein normaler Vorgang dann, leider, im Plenum, auch wenn man sagt: So was müsste man eigentlich fraktions- und parteiübergreifend regeln, solche Fragen.

Das ist aber in diesen sehr emotionalen - - mit sehr unterschiedlichen Sichtweisen beim Thema „Aufnahme von Personen nach Deutschland“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht ansatzweise möglich oder denkbar gewesen. Also, es war nicht überraschend, dass der Antrag der Grünen, wie auch immer man den individuell bewertet, abgelehnt wurde.

**Peter Heidt (FDP):** Sie haben ja gesagt, Sie konnten nicht nach Afghanistan reisen. Und letztendlich sind Sie - so habe ich das Gefühl - genau so informiert gewesen wie die Abgeordneten des Ausschusses für Verteidigung. Oder meinen Sie, dass Sie noch mehr Informationen hatten, die den Abgeordneten des Verteidigungsausschusses nicht vorgelegen haben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Nein, auf keinen Fall. Ich hatte denselben Informationsstand wie die Abgeordneten. Ich habe, mehrheitlich jedenfalls, an denselben Sitzungen teilgenommen. Ich hatte ja eben schon beschrieben, dass es auch mal Ob- und Untere Informationen gibt. Manchmal werde ich dazu eingeladen, manchmal auch nicht; deswegen kann ich da nicht Vollständigkeit darlegen. Aber ich würde mal sagen: Ich hatte wirklich den gleichen Kenntnisstand. Ich hatte keine Informationen darüber hinausgehend - mit Ausnahme der Evakuierungsoperation. Darüber habe ich den Abgeordneten berichtet, selbstverständlich sofort. Und ich habe auch, sofern ich das für geboten gehalten habe, den Abgeordneten von meinen Truppenbesuchen oder von besonderen Vorkommnissen berichtet. Möglicherweise habe ich auch mal berichtet, wie zum Beispiel die Rückkehr nach Wunstorf gesehen wurde oder so, bei entsprechenden Gelegenheiten. Aber ich hatte jedenfalls, was die Lage in Afghanistan angeht, die Situation unserer Soldatinnen und Soldaten, keinen abweichenden Kenntnisstand gegenüber dem der Abgeordneten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht geht zur SPD.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Angesichts der vorgerückten Stunde und des Prinzipes, dass man viele Fragen stellen kann, sie aber nicht immer von allen gestellt werden müssen, würde ich gern an zwei Punkte anknüpfen, die Sie auch gerade wieder dargestellt haben, nämlich das Informationsbedürfnis des

Parlaments und der Informationsfluss von den Regierungsstellen in das Parlament hinein.

Der Zeuge aus dem BMVg, den wir heute vernommen haben, hat mehrmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Bundesministerium der Verteidigung nur über die Faktenlage berichtet, über Tatsachen, die in der Vergangenheit tatsächlich stattgefunden haben. Jetzt stellt sich mir die Frage, dass es natürlich auch im Interesse der Abgeordneten des Deutschen Bundestages ist, die Frage danach zu stellen: Wie geht es denn jetzt weiter in Afghanistan? Welche Prognosen wird das Ministerium abgeben, wie die weitere Entwicklung sich in Afghanistan darstellen könnte? - Ist Ihnen gegenwärtig, dass solche Fragen in den Ausschusssitzungen gestellt wurden - über die zukünftige Entwicklung in Afghanistan auf Grundlage der Berichte, die gegeben worden sind?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das war auf jeden Fall immer Gegenstand der Diskussionen im Verteidigungsausschuss. Und auch vonseiten des BMVg ging es nicht nur um, sage ich mal, reine Fakten, sondern Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Tauber hat selbstverständlich immer auch Einschätzungen des BMVg gegeben und Bewertungen auch. Das ist auch im Grunde genommen gar nicht verwunderlich, sondern üblich, dass das Ministerium natürlich auch Einschätzungen gibt. Und das ist auch ergänzt worden durch die Verantwortlichen des Auswärtigen Amtes, weil es insbesondere darum ging: Wie schätzt man jetzt das mit den Taliban getroffene Abkommen ein? Wie entwickelt sich die Lage nach der Präsidentschaftswahl in den USA?

Ich hatte das eben ja schon auch gesagt: Es war eine Unsicherheit da, ob die Administration von Präsident Biden das genau so fortsetzt, wie die vorangegangene Administration das auf den Weg gebracht hat, ob die USA schneller abzieht, ob sie länger dableibt, mit welchen Fähigkeiten. Das war immer Gegenstand der Diskussionen im Verteidigungsausschuss.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Und Ihrer Auffassung nach waren die Antworten, die vom Bundesministerium der Verteidigung gegeben wurden



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder auch von den betreffenden Vertretern des AA, für Sie auch in diesem Zusammenhang und im Anschluss an Ihre vorherige Aussage ausreichend und hinreichend?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Definitiv ausreichend, umfassend, detailreich. Ich hatte jedenfalls keinen Anlass, an bestimmten Stellen nachzufragen oder Skepsis zu hegen, oder habe jetzt im Nachhinein festgestellt, dass mir damals Dinge berichtet wurden, die ja dann gar nicht der Wahrheit entsprachen. Und es hat auch im Verteidigungsausschuss immer die Möglichkeit gegeben für die Abgeordneten - die Abgeordneten haben davon auch Gebrauch gemacht -, einzelne Informationen oder auch Einschätzungen zu hinterfragen bzw. mehr detaillierte Informationen einzufordern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich möchte mich an der Stelle nur an ein bestimmtes Thema heranarbeiten. Und zwar haben wir in den vergangenen Sitzungen des Verteidigungsausschusses auch im Hinblick auf Aussagen des BND festgestellt, dass bereits im November 2020 die Entwicklung hin auf ein „Emirat 2.0“ als das wahrscheinlichste Szenario der Entwicklung nach dem Abzug der internationalen Truppen festgestellt wurde, wobei man allerdings davon ausging, dass es einen Zeitrahmen, der wesentlich länger war, als es sich dann in der Realität dargestellt hatte, brauchen würde. Ich darf da beispielhaft auf das Protokoll der Staatssekretärsrunde vom 5. November 2020 verweisen - MAT A BMZ-3.84 VS-NfD, Blatt 286. Können Sie sich erinnern, ob diese Weiterentwicklungsszenarien für die Republik Afghanistan im Verteidigungsausschuss in dieser Intensität und auch im Hinblick auf diese Szenarioanalyse diskutiert wurden?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich erinnere mich nicht, dass das Gegenstand der Diskussionen im Verteidigungsausschuss war. Ich erinnere auch nicht, dass wir mal eingestuft getagt haben zu diesem speziellen Punkt. Aber ich darf Ihnen sagen, dass mir dieses Szenario bekannt war, weil ich beim BND war und ganz individuell als Wehrbeauftragte für meine Arbeit eine eingestufte, also in dem Fall Geheim eingestufte, Einschätzung der Lage in Afghanistan erbeten hatte, die ich auch

bekommen habe, und da hat das eine Rolle gespielt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann will ich an der Stelle keine weiteren inhaltlichen Fragen zu dieser Information aus dem BND stellen, weil ich glaube, wir wollen heute nicht mehr eingestuft tagen. Aber Sie haben vorhin in Ihrer Aussage dargestellt - und das entspricht langjähriger, man könnte vielleicht sagen, jahrzehntelanger oder vielleicht noch längerer militärischer Praxis -, dass immer wieder der Vorwurf erhoben wird, im Berichtswesen würden Berichte - Sie haben es vorhin, glaube ich, mit der Matschebene oder so ähnlich bezeichnet -

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Die Schlammzone.

**Jörg Nürnberger (SPD):** - die Schlammzone; dann haben wir einen unterschiedlichen Wortschatz, aber meinen das Gleiche -, bis es eben in die Führungsebenen des Ministeriums hinaufgeht, teilweise verwässert oder auch Tatsachen mit anderen Gewichtungen dargestellt. Jetzt haben Sie diese allgemeine Feststellung getroffen. Ich würde dann Sie trotzdem gerne fragen: Gibt es Anlass aus Ihrer eigenen Wahrnehmung, diese Feststellung auch auf Ergebnisse bzw. Erklärungen zu übertragen, von denen Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit und Ihrer Anwesenheit im Verteidigungsausschuss und/oder in den Obleutunden Kenntnis erhalten haben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Bezogen auf die Informationen zu Afghanistan konnte ich das zum damaligen Zeitpunkt nicht feststellen, überhaupt nicht. Ich konnte aber ja auch die Informationen nicht abgleichen mit eigenen Erkenntnissen oder so. Das heißt, ich war angewiesen darauf auch, wie die Abgeordneten auch, die Informationen des Verteidigungsministeriums und aus den verantwortlichen Stellen der Bundeswehr zu erlangen. Und erst jetzt, im Nachhinein, wo wir wissen, wie es ausgegangen ist, stellt sich beispielsweise die Einschätzung der Befähigung der afghanischen Streitkräfte als falsch oder nicht ausreichend dar. Aber ich würde jetzt, zu diesem Zeitpunkt, niemandem unterstellen, das bewusst beschönigt zu haben oder anders dargestellt zu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, als das damals eingeschätzt wurde. Den Eindruck habe ich nicht gewonnen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es wäre ja auch unsere Aufgabe, herauszufinden, ob es vielleicht tatsächlich Informationen damals gegeben hätte, die, wenn sie ungeschönt weitergeleitet worden wären, andere Ergebnisse zeitigt hätten.

Ich darf mich an der Stelle für Ihre Einschätzungen, aber auch für die wertschätzenden Worte im Hinblick auf den Einsatz der Bundeswehr bedanken und für die SPD-Fraktion mitteilen, dass von unserer Seite keine weiteren Fragen bestehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann geht das Fragerecht zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Frau Dr. Högl, ich habe auch nur noch eine Frage zu dem bereits vorhin in Bezug genommenen Interview bei rbb am 18.08.21. In Bezug auf die Ortskräfte sagen Sie, dass eine Gefährdungslage spätestens bei Beginn des Jahres 2021 zu Handlungen aufgefordert hätte. Können Sie mir sagen, woher Sie diese Einschätzung haben, also Anfang 21? Und welche Handlungen wären aus Ihrer Sicht damals erforderlich gewesen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Wir hatten im Verteidigungsausschuss fortlaufend die Information bekommen, dass sich die Sicherheitslage verschlechtert hat - bezogen auf die Anschläge, die die Taliban verübt haben, und die Angriffe auf die afghanische Armee. Ich habe eben schon gesagt, dass wir immer die Information bekommen haben, dass internationale Kräfte nicht angegriffen werden. Aber es war insgesamt eine angespannte Sicherheitslage, und umso größer waren die Sorgen um die Ortskräfte, die ja nachweislich dadurch gefährdet waren, dass sie eben für internationale Kräfte, in dem Fall für die Bundeswehr, gearbeitet haben. Und ja, es war, glaube ich, allen bewusst, weil wir auch immer öfter über die Ortskräfte gesprochen haben, dass da Handlungsbedarf ist, wenn man das ernst machen möchte mit Schutz und Sicherheit für Ortskräfte, auch aus einer Dankbarkeit heraus, dass sie für die Bundeswehr gearbeitet haben, sodass das Thema Ortskräfte auch in immer kürzeren Abständen

auch auf die Tagesordnung der entsprechenden Sitzungen kam und alle beschäftigt hat.

Und Handlungsbedarf habe ich jedenfalls darin gesehen, ein praktikables Ortskräfteverfahren zu entwickeln, mit Verantwortung aller beteiligten Ministerien.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Waren nach Ihrer Auffassung denn zu diesem Zeitpunkt, also Beginn des Jahres 2021, bereits Mängel im Ortskräfteverfahren vorhanden? Ich frage das deswegen, weil bisher die Vertreter des Auswärtigen Amtes und andere Behördenvertreter hier immer gesagt haben: Es bestand ja immer noch die Möglichkeit zur geregelten Ausreise. - Und das hat sich erst im Laufe des Jahres eben zugespitzt. Aber zu dem Zeitpunkt Januar 2021 gab es ein funktionierendes Ortskräfteverfahren.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich hatte ja eben schon ausgeführt, dass ich bereits in den Jahren 2019/2020 - denn ich bin ja am 25. Mai 2020 Wehrbeauftragte geworden - schon als Abgeordnete, zuständig für Innenpolitik, mich mit dem Thema Ortskräfteverfahren beschäftigt habe. Und das war auch Thema unserer Diskussionen: ein praktikables Verfahren zu finden.

Man muss aber ergänzen, dass ja auch die Auffassung bestand: Man holt nicht im großen Stil Ortskräfte irgendwann raus, sondern man möchte auch keine Fluchtbewegungen in Gang setzen, und man möchte auch keine Unsicherheit verbreiten. - Und man wollte ja auch bis zum Schluss, ja, nicht den Eindruck erwecken, man überlässt Afghanistan sich selbst und man geht von einer enormen Gefährdung der Ortskräfte aus. Das war ja bewusst nicht gewollt, diesen Eindruck zu erwecken.

Aber trotzdem brauchte man es für den Fall der Fälle. Man braucht so ein Ortskräfteverfahren ja immer für den Fall der Fälle, wenn es dann mal schnell gehen muss und brenzlich ist. Deswegen ist es ja gut, dass wir zum Beispiel jetzt in Mali wissen, welche Ortskräfte wir haben. Und wenn wir mal evakuieren müssten - was wir nicht hoffen, dass das auf uns zukommt -, dann wissen wir jedenfalls jetzt, in welcher Größenordnung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und welche Personen sich dahinter verbergen und wer da möglicherweise gefährdet ist und bis zu welchem Grad. Das ist ja nur eine Vorbereitung auf eine irgendwann zu treffende Maßnahme. Deswegen war das auch zu dem Zeitpunkt notwendig, ein gutes Verfahren zu haben.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann will ich noch mal nachfragen, weil Sie sagen, es hätte zu Handlungen aufgefordert. Welche konkreten Handlungen hätten denn schon im Beginn des Jahres 2021 ergriffen werden können? Also, welche Veränderungen am Ortskräfteverfahren hätte man vornehmen müssen, wenn ich das richtig höre, wie Sie das beschreiben? Also, welche vorbereitenden Maßnahmen? Oder wie auch immer Sie die beschreiben wollen. Welche konkreten Handlungen sind damals aus Ihrer Sicht erforderlich gewesen und dann offensichtlich nach Ihrer Einschätzung nicht ergriffen worden?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Es gab keine ausreichend gesicherte Klarheit darüber, welche Personen, welcher Personenkreis, überhaupt erfasst werden, also was die Kriterien sind. Wir haben lange darum gestritten, ab welcher Jahreszahl Personen schutzbedürftig sind und in Sicherheit gebracht werden müssten für den Fall der Fälle. Die damalige Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich sehr dafür eingesetzt, auch den Zeitraum 2013 bis 2019 einzubeziehen. Und sie war damit auch erfolgreich und hat das erwirkt, dass Ortskräfte ab 2013 in den Blick genommen wurden. Es war nicht ausreichend klar, wie eine Gefährdung zu beurteilen ist. Es war nicht ausreichend klar, wer welches Visum bekommt und wie praktikabel das dann eigentlich umgesetzt werden kann.

Und das war das, was ich meinte mit „Maßnahmen ergreifen“ - also ein Ortskräfteverfahren zu entwickeln, was Handlungssicherheit gibt allen Beteiligten und was dann auch entsprechend hätte kommuniziert werden können, damit die betroffenen Personen auch darüber Bescheid wissen. Da gab es eine ganze Menge Unklarheit.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich will noch mal im Detail nachfragen. Diese Unklarheit gab

es aus Ihrer Einschätzung in Bezug auf die Ortskräfte der Bundeswehr?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ja. Wir sprechen ja jetzt die ganze Zeit über die Ortskräfte der Bundeswehr. Aber natürlich gibt es auch noch andere Ortskräfte von anderen Organisationen. Aber ich hatte das jetzt so verstanden, dass es sich hauptsächlich bezieht auf die Ortskräfte der Bundeswehr. Dafür hatte sich Frau Kramp-Karrenbauer ja auch eingesetzt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, gut; ich lasse das mal so stehen. Weil ich wundere mich ein bisschen, weil wir bisher auch aus sozusagen der Statistik und dann dem Abschlussbericht, den das Bundesverteidigungsministerium abgegeben hat - - also ich für mich sagen würde: An sich sind 90 Prozent der Ortskräfte, die für die Bundeswehr tätig waren, mit ihren Familien am Ende im Ortskräfteverfahren ausgereist. Und deswegen wundere mich, dass Sie zu der Einschätzung kommen, dass es zu Beginn des Jahres 2021 bereits weiterer oder anderer Handlungen bedurft hätte, um die Ortskräfte der Bundeswehr sicher ausfliegen und im Ortskräfteverfahren nach Deutschland führen zu können.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Aber wir müssen doch selbst heute feststellen, dass - jetzt mal über den Kreis der Bundeswehr hinaus - nicht alle Ortskräfte bisher in Schutz und Sicherheit sind, -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** - weder in Afghanistan noch in benachbarten Ländern, noch die Möglichkeit gehabt hatten, nach Deutschland zu kommen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Deswegen frage ich ja ausdrücklich nach den Ortskräften der Bundeswehr.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ja. - Wenn Sie diesen Abschlussbericht jetzt - - Da spreche ich nicht dagegen; das kann ich ja auch gar nicht. - Wenn der Abschlussbericht sagt, dass alle Ortskräfte der Bundeswehr in Sicherheit sind oder die Möglichkeit hatten, auszureisen, dann gefällt mir das,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und dann freue ich mich darüber, und dann spreche ich da auch nicht dagegen. Dann habe ich möglicherweise in dem von Ihnen zitierten Interview vielleicht den Blick geweitet und auch andere Ortskräfte in meinen Blick genommen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): In dem Interview führen Sie dann weiter aus, dass das BMI alle Wege einer legalen Einwanderung blockiert hätte. Darf ich Sie fragen, wie Sie zu dieser Einschätzung gelangen?

**Zeugin Dr. Eva Högl**: Das habe ich ja nun unmittelbar wahrgenommen in meiner Funktion damals als für Innenpolitik verantwortliche stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Ich war unmittelbar an den Verhandlungen mit dem BMI natürlich auch beteiligt, über alle Fragen der Migrationspolitik. Und das BMI war jetzt nicht die treibende Kraft hinsichtlich der Aufnahme von Ortskräften nach Deutschland.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Aber Sie sprechen hier ja nicht nur nicht von einer treibenden Kraft, sondern von einer Blockadehaltung in Bezug auf Ortskräfte. Deswegen noch mal meine Frage: Hat es damals in Bezug auf die Ortskräfte, auch in Ihrer früheren Tätigkeit, bereits eine Blockadehaltung des BMI gegeben, was die Ortskräfte der Bundeswehr betrifft?

**Zeugin Dr. Eva Högl**: Herr Abgeordneter, ich habe das so wahrgenommen, dass das BMI im Kreis der drei beteiligten Ressorts das Ressort war, was am wenigsten Interesse daran hatte, dass im großen Stil viele Personen Schutz und Sicherheit in Deutschland bekommen. Und das betrifft möglicherweise nicht nur die Ortskräfte der Bundeswehr, sondern den größeren Kreis von Ortskräften. Und wir haben mit dem BMI auch immer gerungen, um pragmatische Lösungen zu finden.

Ich fand es ganz hoffnungsvoll, dass der damalige Parlamentarische Staatssekretär Stephan Mayer sich der Sache angenommen hat und mal zu einem Gespräch eingeladen hat - ich hatte das ja eben schon gesagt: informelles Gespräch über Ortskräfte -, an dem auch zum Beispiel von der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Luise Amtsberg teilgenommen hat, und wir in einer kleineren Runde mal erörtert haben, was getan werden sollte, was sinnvoll wäre und was vielleicht eine pragmatische Lösung wäre. Und daran habe ich mich beteiligt - ein bisschen in Ausdehnung meiner eigentlichen Zuständigkeit.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann frage ich noch einmal zu dieser Frage anders: Haben Sie konkrete Anhaltspunkte dafür, dass eine Blockadehaltung des BMI die notwendige Evakuierung von Ortskräften der Bundeswehr behindert hat -

**Zeugin Dr. Eva Högl**: Die notwendige Evakuierung? Sie haben ja eben gesagt, dass die meisten ganz legal ohne Evakuierung ausgereist sind.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): - oder sozusagen die Ausreise behindert hat?

**Zeugin Dr. Eva Högl**: Ich kann das nur noch mal wiederholen, was ich gesagt habe: dass es schwierig war, eine Einigung unter den beteiligten Ressorts zu finden.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Aber das war nicht meine Frage. Meine Frage ist: Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass eine Blockadehaltung des BMI die Ausreise von Ortskräften der Bundeswehr behindert hat?

**Zeugin Dr. Eva Högl**: Ich habe keinen einzigen konkreten Fall, in dem ich belegen könnte, dass wegen der Blockadehaltung des BMI eine Ortskraft ganz konkret weder in Afghanistan oder in Deutschland Schutz und Sicherheit bekommen kann. Ich kann Ihnen keinen Namen nennen und keinen Fall. Ich habe dazu auch keine Akte. Aber ich darf noch mal sagen, dass ich hart gerungen habe mit dem BMI, um gute Lösungen zu finden.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Eine kurze Nachfrage: Vor Ihrer Zeit als Wehrbeauftragte?

**Zeugin Dr. Eva Högl**: Genau. - Als Wehrbeauftragte habe ich nicht mehr gerungen mit dem BMI, weil ich genau weiß, dass ich für Ortskräfte nicht zuständig bin, sondern habe mich interessiert für das Verfahren, für den Fortgang der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dinge, und war auch natürlich als Wehrbeauftragte nicht mehr so nah dran. Und da ist es auch als Wehrbeauftragte nicht meine Aufgabe, mit einem Bundesministerium zu ringen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir wieder zu Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Limburger.

**Helge Limburger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Frau Zeugin, ich würde gern einmal noch mal zum ganzen Komplex Wunstorf und besagter Sitzung - - Sie haben das beschrieben. Sie haben ja ausgeführt auch auf die Frage des Kollegen Heidt, dass es die Auskunft gab von den Zuständigen - das habe ich mir notiert -, dass die Soldaten eben sozusagen keinen großen Zinnober wünschen, sondern schnell nach Hause möchten. „Zuständigen“ kann in diesem Kontext ja nur die Bundesregierung sein - richtig? -, also das Bundesverteidigungsministerium.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Genau.

**Helge Limburger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist irgendwie näher konkretisiert worden - ich frage deshalb, weil das ja dann auch Gegenstand der von Ihnen angesprochenen öffentlichen Debatte war -, auf welche Weise dieses Bedürfnis geäußert wurde? Also, hat man „Das haben die Soldaten uns im persönlichen Gespräch gesagt“ oder „Das ist abgefragt worden“ gesagt? Ist das irgendwie ausgeführt worden? Oder ist das nur so in den Raum gestellt worden?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das müsste sich eigentlich auch aus dem Protokoll der Sitzung ergeben, wie das ausgeführt wurde. Ich erinnere mich nicht daran, dass es irgendwie näher spezifiziert wurde, zumal das auch so hingenommen wurde als Information. Also, es ist nicht nachgefragt worden: „Haben die das geäußert, wissen Sie das von General Meyer, oder wie kommen Sie zu Ihrer Einschätzung?“, sondern das wurde mitgeteilt. Das klingt logisch, nachvollziehbar und führte dann zu keiner weiteren Diskussion unter den Abgeordneten.

**Helge Limburger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar; vielen Dank. Dann hätte ich zu Wunstorf keine weiteren Fragen.

Ihr angesprochenes Briefing beim BND: Das haben Sie ja gerade auf die Frage des Kollegen Nürnberger erläutert. Da hätte ich noch einige wenige Nachfragen. Zunächst einmal: Ging das Gespräch von Ihnen oder vom Bundesnachrichtendienst aus? Also, wer hat gesagt: „Hier, wir müssen uns mal treffen und austauschen“?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das ging von mir aus, weil ich etwas mehr Informationen haben wollte zur Lage in Afghanistan und deswegen den BND angesprochen hatte. Diese Möglichkeit hatten die Abgeordneten ja auch. Es war also keine sozusagen - - dass ich dann aus den Informationen wiederum den Abgeordneten berichte. Es war nicht stellvertretend, sondern es war für mich auch ein bisschen - das war ja in der frühen Phase, als ich gerade das Amt angetreten hatte -, um mich auf mein Amt auch bestmöglich vorzubereiten. Und da ich den BND-Präsidenten auch aus vorangegangener Tätigkeit kannte, habe ich ihn gebeten, mich zum Thema Afghanistan zu briefen. Und ich habe dann ein zweites Mal noch mal den BND gebeten, mich zu briefen zum Thema Mali.

**Helge Limburger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abstrakt gesprochen, weil, wie gesagt, über konkrete Inhalte - davon gehe ich aus - können wir hier nicht reden in der Sitzung: Hat sich das sozusagen, was Ihnen der BND mitgeteilt hat - ein bisschen was haben Sie ja angedeutet auf die Frage des Kollegen Nürnberger -, eingefügt in das, was Sie ansonsten in den Unterrichtungen im Verteidigungsausschuss wahrgenommen haben, oder hatte es eine andere Note? Also wahrscheinlich einen höheren Detaillierungsgrad - da gehe ich von aus -, aber sozusagen: Füge es sich grundsätzlich in das Bild ein?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Es fügte sich absolut in das Bild ein, und das hat mich auch nicht veranlasst, jetzt Debatten zu initiieren, Abgeordnete zu informieren oder irgendwie Informationen noch mal kritisch zu hinterfragen, die ich sonst auf anderem Weg vom Verteidigungsministerium in den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sitzungen des Verteidigungsausschusses bekommen habe. Und das Briefing drehte sich auch im Wesentlichen um das eben schon zitierte Szenario: Was passiert, wenn die internationalen Kräfte rausgehen? Wie entwickelt sich Afghanistan weiter? - Es ging also auch nicht um Schutz und Sicherheit der deutschen Soldatinnen und Soldaten - dazu war ich nicht da -, sondern: Was hat der BND für Szenarien im Kopf? Wie könnte das weitergehen? Worauf ist zu achten bei den künftigen Diskussionen? Müssen wir uns weiter in Afghanistan engagieren? Was kann das Land stabilisieren und stützen? - Und da war eben das genannte Szenario „Emirat 2.0“ Gegenstand der Diskussion.

**Helge Limburger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Nun ist heute ja auch schon gesagt worden, auch in vielen Sitzungen - - haben sich ja nun die Szenarien, mindestens was die Zeitachse angeht, als nicht zutreffend herausgestellt im Nachhinein. Ist - bezogen ausdrücklich logischerweise auf den Zeitraum des Untersuchungsausschusses - Ihnen zum Beispiel vom Bundesverteidigungsministerium oder vom Bundesnachrichtendienst oder von anderen Stellen damals irgendeine Form von Erklärung, wie es, warum es zu dieser Fehleinschätzung kommen konnte bzw. warum doch die Geschwindigkeit des Sturzes von Kabul dann letztlich auch nicht vorhergesehen oder nicht prognostiziert wurde, irgendein Erklärungsansatz, Erklärungsmuster bekannt geworden?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Nicht wirklich. Das, was ich noch gut erinnere, ist, dass gesagt wurde, dass auch die anderen internationalen Verantwortlichen, die anderen Nachrichtendienste, die anderen Kräfte auch ähnlich überrascht waren, weil man ja alles auch in enger Abstimmung gemacht hat. Und ich gehe auch davon aus, dass man auch Informationen geteilt hat und entsprechend abgestimmt auch gehandelt hat. Und es war ja insgesamt für alle Beteiligten eine Überraschung, dass die Taliban so schnell die Macht übernehmen.

**Helge Limburger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. - Dann hat die Kollegin Nanni noch Fragen, aber ich wäre so weit fertig.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, bitte.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Frau Högl, zu fortgeschrittener Stunde noch eine Frage: Sie haben jetzt mehrfach ausgeführt, dass Sie sich - und auch die Parlamentarier, nach Ihrem Eindruck zumindest - immer gut durch die Bundesregierung informiert gefühlt haben. Können Sie sich erinnern, ob es in der Zeit des Untersuchungszeitraums mal Fachgespräche gab - es gibt ja auch außerausschüssliche Formate der parlamentarischen Bearbeitung von Themen - - also dass vielleicht eine Fraktion oder die Regierungsfaktionen oder alle zusammen mal ein Fachgespräch gemacht haben oder Ähnliches zum Thema Afghanistan?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich versuche mich jetzt mal zu erinnern, krame mal ein bisschen in der - - Ich erinnere das nicht, dass wir ein Fachgespräch hatten, irgendwas, nein. Also, die wesentlichen Diskussionen, die ich erinnere, fanden im Verteidigungsausschuss statt. Aber logischerweise: Ich kann das nicht ausschließen. Aber ich habe jetzt jedenfalls nichts, was ich jetzt so präsent habe, dass ich es Ihnen berichten könnte.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und daran anschließend: Gab es zu irgendeinem Zeitpunkt, wo Sie schon Wehrbeauftragte waren, im Untersuchungszeitraum mal den Wunsch - und falls ja: wurde der auch erfüllt? -, im Verteidigungsausschuss externe Expertise zum Thema Afghanistan hinzuzuziehen? Sie sind ja bei der Oblegerunde nicht dabei; deswegen ist die Frage so ein bisschen gemein mit dem ersten Satz. Aber zumindest, ob es so was mal gab!

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich erinnere mich nicht daran.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann habe ich keine Fragen. Ich danke Ihnen recht herzlich.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann ist die AfD wieder dran.

**Joachim Wundrak** (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Högl, Sie haben ja eben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schon ausgeführt, dass Sie einen weiteren Ortskräftebegriff benutzt haben. Da will ich jetzt nicht im Einzelnen nachfragen, wie Sie den definieren. Im Laufe des Jahres 2021 häuften sich die Eingaben an Sie, bei denen Sie um Unterstützung gebeten wurden, obwohl Sie ja gesagt haben, dass Sie nicht zuständig sind. Aber es wandte sich zum Beispiel Frau MdB Filiz Polat von den Grünen mit der Bitte um Unterstützung in einem Einzelfall an Sie.

In einem Entwurf für eine Zwischeninformation an MdB Polat - das ist MAT A BT-Präs-7.19, Blätter 22 bis 24 - steht der Satz - das ist also aus Ihrem Haus -:

„Seit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 befinden sich ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr ... in akuter Gefahr und müssen um ihr Leib und Leben bangen.“

Und Sie notierten unter diesem Brief: „prima! gut geschrieben! Unterschreibe ich gerne ...“.

Jetzt möchte ich die Grundlage Ihrer Bewertung doch erfragen. War oder ist Ihnen bekannt, dass afghanische Regierungen seit 2013 bis einschließlich der Regierung Ashraf Ghani im Jahre 2021, im Sommer 2021, sich sehr kritisch, ja, ablehnend gegen das Ortskräfteverfahren ausgesprochen haben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Diese Tatsache ist mir nicht bekannt, oder ich erinnere das nicht.

**Joachim Wundrak (AfD):** War Ihnen damals, als Sie diesen Brief unterschrieben haben, bekannt, dass die Taliban wiederholt, erstmals im Frühjahr 2020 und später dann im Sommer 2021, eine Generalamnestie ausgerufen haben, dass sie ehemaligen Ortskräften kein Haar krümmen werden?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, das kann gut sein, dass wir davon mal gehört haben. Dass mir das auch zur Kenntnis gelangt ist, das weiß ich jetzt nicht, und das kann ich nicht mit absoluter Sicherheit sagen. Aber selbst wenn ich das zur Kenntnis bekommen hätte, hätte ich daran meine

Zweifel gehabt und hätte dem jedenfalls keinen Glauben geschenkt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ist Ihnen weiterhin bekannt, dass in diesem Untersuchungsausschuss bereits mehrere Zeugen aus verschiedenen Ressorts und auch von NGOs ausgesagt haben, dass sie nicht einen einzigen dokumentierten Fall einer Ortskraft, die für deutsche Institutionen gearbeitet hat, kennen, die auch nur irgendeinen körperlichen Schaden durch die Taliban erlitten habe?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das ist die Aussage der jeweiligen Zeugen. Das kann ich ja nicht durch andere Erkenntnisse ergänzen oder diese Erkenntnisse dagegenstellen. Aber ich bleibe dabei, dass ich der Auffassung bin, dass die Ortskräfte dadurch, dass sie für die Bundeswehr und auch für andere deutsche Stellen oder andere internationale Kräfte gearbeitet haben, gefährdet waren. Sonst hätte es ja auch einer Gefährdungsanalyse nicht bedurft; sonst hätte es eines Ortskräfteverfahrens nicht bedurft. Und ich bleibe auch dabei, dass ich der Auffassung bin, dass die deutschen Stellen, die die Ortskräfte beschäftigt haben, eine Verantwortung haben für Schutz und Sicherheit der Ortskräfte.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ich habe keine weiteren Fragen. Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind wir bei der FDP. Herr Kollege Heidt.

**Peter Heidt (FDP):** Ja, ich habe eine doch kleine Frage noch mal wegen Wunstorf. Ist Ihnen bekannt, wer denn die Bitte um eine stille Ankunft an das BMVg herangetragen hat? Oder war das eine Idee des BMVg selbst?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das weiß ich nicht. Und das sagte ich ja auch eben schon: Das wurde auch nicht hinterfragt. Das wurde mitgeteilt. Das klang logisch. Das war nachvollziehbar.

Und ich will Ihnen auch ganz ehrlich sagen: Ich arbeite ja für den Deutschen Bundestag - selbstverständlich -, aber auch für die Soldatinnen und Soldaten. Und wenn mir mitgeteilt wird von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einer Stelle - was ich nicht infrage stelle und auch nicht in Zweifel ziehen muss -, dass das der Wunsch der Soldatinnen und Soldaten ist, dann sage ich: „Den Wunsch möchte ich gerne erfüllen“, und dann habe ich dazu auch keine Fragen.

**Peter Heidt (FDP):** Vielen Dank. - Ich will noch mal auf was anderes zu sprechen kommen. Im Bericht von 2022 weisen Sie auch auf einen konkreten Sachverhalt von vier Feldjägern hin, die persönliche Ausrüstungsgegenstände zurücklassen mussten. Die hatten die aber vorher selbst angeschafft, und die sind dann nur unzureichend entschädigt worden. Ein bisschen war das am Anfang schon mal heute das Thema. Mich würde da interessieren: Inwieweit hat die unzureichende Materialausstattung Ihrer Auffassung nach den Einsatz beeinflusst?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Also, das Thema „unzureichende Materialausstattung“ war von Beginn an des Afghanistan-Einsatzes immer wieder Thema. Das kann man auch in den Jahresberichten der Wehrbeauftragten nachlesen. Das war immer Gegenstand von Eingaben und von Besuchen vor Ort in Afghanistan und auch von Gesprächen mit Soldatinnen und Soldaten. Und das begleitet uns im Übrigen bis heute, dass auch heute in den Einsätzen immer noch mal wieder Lücken sich auftun, Material nicht vorhanden ist, was eigentlich gebraucht wird, und dass eine permanente Beschäftigung des Ministeriums und auch der Abgeordneten und selbstverständlich auch der Wehrbeauftragten ist, dafür zu sorgen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten mit allem ausgestattet sind, was sie für den jeweiligen Auftrag brauchen. Es gibt auch eine Priorisierung auf Auslandseinsätze und natürlich Bündnis- und Landesverteidigung; aber nicht immer ist trotzdem das Material zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle.

**Peter Heidt (FDP):** Ich möchte vielleicht noch ein bisschen nachhaken. In der Beschwerde von einem der vier Feldjäger schildert dieser näher den Sachverhalt - MAT A BT-Präs-7.23, Blatt 4 -:

„Aufgrund einer sogenannten "Warning Order" wurden wir an einem Freitagnachmittag über eine erhöhte

Alarmbereitschaft telefonisch informiert. Die Servicestation des Bundeswehrbekleidungs Management, welche für unsere Einkleidung zuständig war, hatte bereits geschlossen. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurden wir gegen 01:30 Uhr durch unsere Dienststelle alarmiert. Ein Empfang unserer Ausrüstung war nicht möglich. Trotz der Aussage das wir im Rahmen einer Alarmierung noch ausreichend Zeit hätten zu reagieren und die Ausrüstung zu empfangen, konnten wir nur noch auf die schon geringen Bestände unserer Dienststelle zurückgreifen und mussten somit durch unsere persönlichen Bestände die Vakanzen auffüllen.“

Demnach war nicht geplant, die persönliche Ausrüstung mitzunehmen. Vielmehr war es zwingend erforderlich, weil der Empfang der dienstlich gelieferten Ausrüstung nicht mehr möglich war.

In einem weiteren Schreiben zu diesem Sachverhalt von einem anderen Soldaten heißt es - MAT A BT-Präs-7.20, Blatt 5, auszugsweise -:

„Natürlich sind wir an diesem Tag NICHT eingekleidet worden. Was bei dieser kurzfristigen Entscheidung auch nicht umsetzbar gewesen wäre.“

Wir waren also mit keinerlei Ausrüstung ausgestattet, die für so einen Einsatz notwendig ist. Oberbekleidung mit Protektoren, für die Witterungsverhältnisse angepasste Kleidung, Rucksäcke, nicht einmal eine Schutzweste.“

Weiter heißt es:

„Durch Interne FJg“

- Feldjäger -

„Befehle gab es auf unserem Dienstkommando Plattenträger, die dann durch uns genutzt wurden, sonst hätten wir mit unserer



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Lochkoppel nach Kabul verlegen müssen!“

Der Schreiben schließt mit den Worten:

„Die Bundeswehr hat es nicht geschafft 21 Soldaten im Vorfeld auszustatten bzw. im Nachhinein zeitnah zu entschädigen.“

Ist es nach Ihrer Kenntnis nicht möglich gewesen, die Servicestation der Bundeswehr Bekleidungsmanagements ebenfalls zu alarmieren, und halten Sie es für notwendig, zukünftig Anpassungen zu machen, was die Alarmierung von Stellen angeht, die Ausrüstung ausgeben?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Dieser Vorgang ist ja ein ziemlicher Klassiker in der Bundeswehr, und er gibt ausreichend Anhaltspunkte, was alles geändert werden muss. Denn die Soldatinnen und Soldaten, die in einer Bereitschaft sind, müssen alles haben am Mann und an der Frau, was sie für einen möglichen Auftrag brauchen. Und das muss schon da sein. Oder es muss eine Hotline bei der Bekleidungsstelle geben, die dann auch vielleicht mal am Freitag um 18 Uhr noch aufhat oder am Wochenende, wie auch immer. Unsere Soldatinnen und Soldaten bringen alles mit für den Auftrag an eigener Kreativität, an Engagement. Dass sie allein privat sich die Dinge beschaffen, zeigt ja, dass sie bestens ausgestattet in so einen Einsatz gehen wollen. Und deswegen ist das ein Lehrstück. Und ich hoffe, es wird auch zum Anlass genommen, besser zu werden und daraus zu lernen, was man verändern muss.

Alle Soldatinnen und Soldaten müssen vom Dienstherrn alles zur Verfügung gestellt bekommen oder kurzfristig erhalten können, was sie für einen solchen herausfordernden, schwierigen, hochgefährlichen, sehr fordernden Auftrag haben müssen. Und umso beschämender fand ich den Sachverhalt, dass da mit spitzen Bleistift berechnet wird, was dann erstattet wird von dem privat beschafften Material, und erst durch einen mühsam juristischen Trick in Form der Enteignung - das musste dann herangezogen werden - dass man dann wenigstens den Soldatinnen und Soldaten das Geld erstattet, weil sie das Material nicht noch schnell mitnehmen konnten vom

Flughafen in Kabul, es dalassen mussten, dass man ihnen wenigstens die Summe erstattet. Das fand ich kleingeistig, und ich finde, das darf nicht noch mal passieren.

**Peter Heidt (FDP):** Da stimme ich Ihnen hundert Prozent zu. Man sieht generell so ein bisschen, dass auch die Bundeswehr wie viele andere Dienststellen - - eine Art Wochenendblindheit vorhanden ist. Also Freitag, 16 Uhr oder irgend so etwas, bis Montag, 7 Uhr, geht nix. Würden Sie dem zustimmen?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Das muss geändert werden, auf jeden Fall. Das ist in vielen Bereichen der Bundeswehr nicht mehr der Fall. Es gibt aber noch Bereiche, die so arbeiten und die ganz offensichtlich die Erfordernisse, die das, was jetzt notwendig ist, noch nicht ganz verinnerlicht haben. Also, wir reden ja zu Recht von - ich will jetzt die Begriffe noch mal einmal bemühen zum Ende der Sitzung oder jedenfalls zu fortgeschrittener - Zeitenwende: vollständige Einsatzbereitschaft, Kaltstartfähigkeit, und das setzt voraus, dass der Dienstherr unseren Soldatinnen und Soldaten auch die Rahmenbedingungen gibt, mit denen sie dann mit ihrem Engagement, ihrer Professionalität, ihrer individuellen Einsatzbereitschaft, ihrer Kreativität auch vollständig, ausreichend gut ausgestattet in den Einsatz gehen können. Das ist das Gebot der Stunde.

**Peter Heidt (FDP):** Ja. - Nun vielleicht letzter Komplex. In dem in MAT A BMVg-5.201 VS-NfD, Blatt 226 geschilderten Sachverhalt zeichnet sich ab, dass die ehemalige Ortskraft weiterbeschäftigt und während der Evakuierungsoperation auf den Flugplatz und dann auf den Flieger gebracht wurde. Dabei erscheint unklar, wer die Weiterbeschäftigung und Evakuierung der ehemaligen Ortskraft verantwortet hat und möglicherweise disziplinarisch zur Verantwortung zu ziehen ist. Ist Ihnen dieser Fall bekannt geworden?

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Aus welchen Akten ist das denn jetzt? Ist das ein Fall aus den Akten, die ich Ihnen übermittelt habe, oder - -

**Peter Heidt (FDP):** Vom BMVg ist das was.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Nee, das kommt mir jetzt nicht bekannt vor.

**Peter Heidt (FDP):** Wir zeigen Ihnen das mal.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Müsste ich mal reingucken.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Ich lese es mir mal durch; aber ich habe auch noch nicht ganz erfasst, wo das Problem jetzt liegt. Ich gucke mir das mal eben an.

(Die Zeugin liest in den ihr vorgelegten Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Verraten Sie noch die MAT-Nummer. Zu später Stunde wollen wir die noch wissen, Herr Kollege.

**Peter Heidt (FDP):** Habe ich es nicht vorgelesen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Noch bin ich wach. Entschuldigung.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. Ich auch. - MAT A BMVg-5.201 VS-NfD, Blatt 226.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Besten Dank.

**Zeugin Dr. Eva Högl:** Ich bin jetzt so ein ganz bisschen ratlos, was ich Ihnen dazu sagen sollte. Also der Sachverhalt ist mir nicht bekannt und ganz offensichtlich jedenfalls - das ist ja vom 10. November 2021 - - da war er noch in der Klärung. Also, ich weiß jetzt nicht, wie er ausgegangen ist oder ob ich da irgendwie mit befasst war. Meines Wissens war ich damit nicht befasst.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - Dann haben wir keine Fragen mehr, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann stelle ich fest: Es gibt keine Fragen mehr, und wir können für heute Ihre Befragung beenden. Förmlich beendet wird sie erst, wie Sie wissen, wenn das Protokoll, das Ihnen zugeht, für das Sie 14 Tage Zeit haben, sich das anzugucken, Fehler zu korrigieren oder Ihre Darstellung zu ergänzen - - Erst

danach beschließt der Ausschuss förmlich über das Ende der Vernehmung.

Ich darf mich bei Ihnen bedanken und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Den anderen hier Anwesenden sage ich, dass die nächste öffentliche Beweisaufnahmesitzung am 9. November um 12 Uhr vorgesehen ist.

Ich wünsche allen einen guten Heimweg und schließe die Sitzung um 23.11 Uhr.

(Schluss: 23.11 Uhr)

# Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen U [REDACTED] B [REDACTED]

<p>Deutscher Bundestag</p> <p>1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode</p> <p>Ausschussdrucksache 20(27)299</p> <p>06.11.2023</p>
--

Anlage

1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode  
Protokollauszug  
Zeugenvernehmung Kapitän zur See U ■■■ B ■■■  
vom 19. Oktober 2023

Seite 31, Frage von **Jörg Nürnberger (SPD)**:

*[...] Wo sind aus Ihrer Erkenntnis und aus Ihrer persönlichen Wahrnehmung die Informationen aus allen Teilen des Hauses zusammengelaufen? Und wer hat dann darüber entschieden, was Sie an Informationen zur Verfügung gestellt bekommen haben, um diese UdP zu erstellen?*

**Zeuge U ■■■ B ■■■:**

*Am Ende laufen die Informationen zur Lage in den Einsatzgebieten in der Abteilung „Strategie und Einsatz“ zusammen, dabei jeweils in dem fachlich zuständigen Referat. Mit Blick auf Afghanistan war das das Referat SE III 4, Ereignisse in Afrika Referat SE II 4. Die bewerten die Lage. Dort werden alle Informationen zusammengeführt, zusätzlich dazu die Sicherheits- und Bedrohungslage in der Unterabteilung I, in dem von mir bereits mehrfach erwähnten Referat SE I 3. Das sind die zwei wesentlichen Stellen, die für Informationen auch in meine Richtung dann sorgen.*

**Korrektur:**

Das für Afghanistan fachlich zuständige Referat war SE II 1 und nicht SE III 4.

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der  
Zeugin Dr. Eva Högl



75 Jahre  
Demokratie  
lebendig



Dr. Eva Högl

Die Wehrbeauftragte  
des Deutschen Bundestages

Vorsitzenden des  
1. Untersuchungsausschusses der  
20. Wahlperiode (Afghanistan)  
Herrn Dr. Ralf Stegner, MdB

im Hause



Berlin,

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-38200  
eva.hoegl@bundestag.de

**Dienstgebäude:**  
Neustädtische Kirchstraße 15  
10117 Berlin

9.11.2023  
Lieber Ralf,

vielen Dank für die Übermittlung des Protokolls meiner  
Vernehmung vom 19. Oktober 2023.

Nach Durchsicht des Protokolls habe ich nachfolgende zwei  
kleine Anmerkungen:

1. S. 121, rechte Spalte, erster Absatz.

Die Protokollstelle wurde bereits sekretariatsseitig mit einem  
"sic!" versehen. Dort habe ich zu Truppenbesuchen ausgeführt:  
"(...) ein wesentlicher Bestandteil meiner Arbeit natürlich ist,  
nicht nur Papier zu bearbeiten und zu telefonieren, sondern vor  
allen Dingen vor Ort mir ganz konkret im Gespräch mit  
Abgeordneten [sic!] einen Eindruck zu verschaffen."  
Hier muss es statt "Abgeordneten" natürlich "Soldatinnen und  
Soldaten" heißen.

2. S. 144, linke Spalte, zweiter Absatz

Hier möchte ich zu der Aussage: "Und dass ich das BKA um  
Prüfung der Gefährdung gebeten habe, das kann gut sein, ja." die  
Anmerkung machen:

Das BKA wird im Rahmen der Vorbereitung von Reisen in ein  
Einsatzgebiet nicht vom Amt WB um eine Gefährdungsprüfung  
gebeten, sondern diese wird i.d.R. durch die an der Vorbereitung  
einer Reise beteiligten Ressorts BMVg oder AA veranlasst.

Mit herzlichen Grüßen

Deine Eva